

Über den Autor:

Stationen

Jochen Weichold, Dr. sc. phil., Jahrgang 1948, Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Geschichte/Deutsch). 1979 Promotion A, 1985 Promotion B. Gegenwärtig als Dozent am Institut für Imperialismusforschung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Berlin tätig.

Publikationen

Anarchismus heute (1980). Mitarbeit an Büchern und Broschüren sowie zahlreiche Artikel in Zeitungen und Zeitschriften des In- und Auslands vor allem zu Fragen des Linksradikalismus, der neuen sozialen und demokratischen Bewegungen und der GRÜNEN.

nl · konkret 89

Sie sind stolz auf ihren Stammbaum. Zu ihren Urvätern zählen Michail Bakunin und Peter Kropotkin. Sie berufen sich auf Leo Trotzki oder Ernesto Che Guevara und sogar auf Marx, Engels, Lenin. Den Kapitalismus attackieren sie mit Bomben oder „direkter Aktion", dem realen Sozialismus stehen sie meist ablehnend gegenüber. Dogmatisch und sektiererisch geben sie vor, die einzig wahren Revolutionäre zu sein...

Der Linksradikalismus hat jedoch viele Gesichter. Nicht wenige seiner Vertreter waren überzeugte Revolutionäre, kämpften aufopferungsvoll gegen Faschismus und Krieg, engagierten sich in demokratischen Massenaktionen. Viele beteiligen sich heute in den neuen demokratischen Bewegungen, reihen sich ein in den weltweiten Friedenskampf.

Oftmals tot geglaubt und als „Götterdämmerung" beschrieben, betrat der Linksradikalismus immer wieder die Bühne des politischen Geschehens, um seine „Wiederauferstehung" zu feiern. Worin liegen die Ursachen für dieses Auftauchen und Abebben des Linksradikalismus? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten weisen die „Klosterbrüder der Revolution" in diesem Jahrhundert auf, welche Wandlungen vollzogen und vollziehen sich in Geschichte und Gegenwart? Auf diese und andere Fragen gibt der Autor anhand neuester Forschungsergebnisse detailliert und differenziert Antwort.

Jochen Weichold

Zwischen Götterdämmerung und Wiederauferstehung

Linksradikalismus im Wandel

Verlag Neues Leben Berlin

Herausgeber: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Institut für Imperialismusforschung

ISBN 3-355-00492-8

Lizenz Nr. 303(305/163/89)
LSV 0249
Umschlag: Hans-Georg Gerasch
Fotos: ADN-ZB (19); Archiv des Autors (24); Horn (1); Weichold (1)
Typografie: Erika Wald
Schrift: 10 p Univers
Lichtsatz: (140) Druckerei Neues Deutschland, Berlin
Druck und buchbinderische Weiterverarbeitung: Druckerei Märkische Volksstimme, Potsdam
Bestell-Nr. 644 291 2
00510

Inhalt

Mit Bomben für den Frieden?

Wie gewohnt verbrachte der GI Edward F. Pimental, als Wartungsmechaniker in der US-Kaserne „Camp Pieri" stationiert, am 7. August 1985 seinen freien Abend in der vorwiegend von US-Soldaten besuchten Wiesbadener Diskothek „Western Saloon". An der Theke lernte der Zwanzigjährige ein junges Mädchen und einen jungen Mann kennen, mit denen er gegen 23.30 Uhr, offenbar in Erwartung eines Schäferstündchens, die Diskothek verließ. Zeugen erklärten später, das Mädchen sei 17 bis 25 Jahre alt gewesen, 1,60 bis 1,70 Meter groß, schlank, habe glattes, dunkelbraunes, nackenlanges Haar, große Augen und ein ovales, weißes, ungeschminktes Gesicht gehabt und Bluejeans und eine schwarze Lederjacke getragen.

Ungefähr zur gleichen Zeit, als am nächsten Tag Arbeiter an einem Waldrand in der Nähe Wiesbadens die Leiche Pimentals entdeckten, explodierte vor dem Hauptquartier der US-Air-Base beim Frankfurter Rhein-Main-Flughafen ein mit Sprengstoff vollgepackter, grünmetallicfarbener Personenwagen der Marke VW Passat mit dem gestohlenen US-Kennzeichen DN 4544. Ergebnis: zwei Tote, 20 zum Teil schwer Verletzte und hoher Sachschaden.

In einem Bekennerbrief übernahmen ein „Kommando George Jackson" der „Roten Armee Fraktion" (RAF) und der französischen Terrororganisation Action Directe (AD) die Verantwortung. „Wir haben heute mit dem KOMMANDO GEORGE JACKSON die Rhein-Main-Air-Base angegriffen", heißt es in dem Schreiben. Dieser größte Militärflughafen der US-Streitkräfte außerhalb der USA sei „eine Drehscheibe für Kriege in der Dritten Welt von Westeuropa aus" und „ein Geheimdienstnest" voller Computer. Er solle ferner das Einfallstor nach Europa für den Krieg gegen die sozialistischen Staaten im Osten sein. Das Schreiben endet mit den Worten: „Niemals vor der ungeheueren Dimension der eigenen Ziele zurückschrecken! UNITÉ DANS LE COMBAT POUR LA RÉVOLUTION INTERNATIO-

NALE! EINHEIT IM KAMPF FÜR DIE WELTREVOLUTION! RAF – ACTION DIRECTE!"[1]

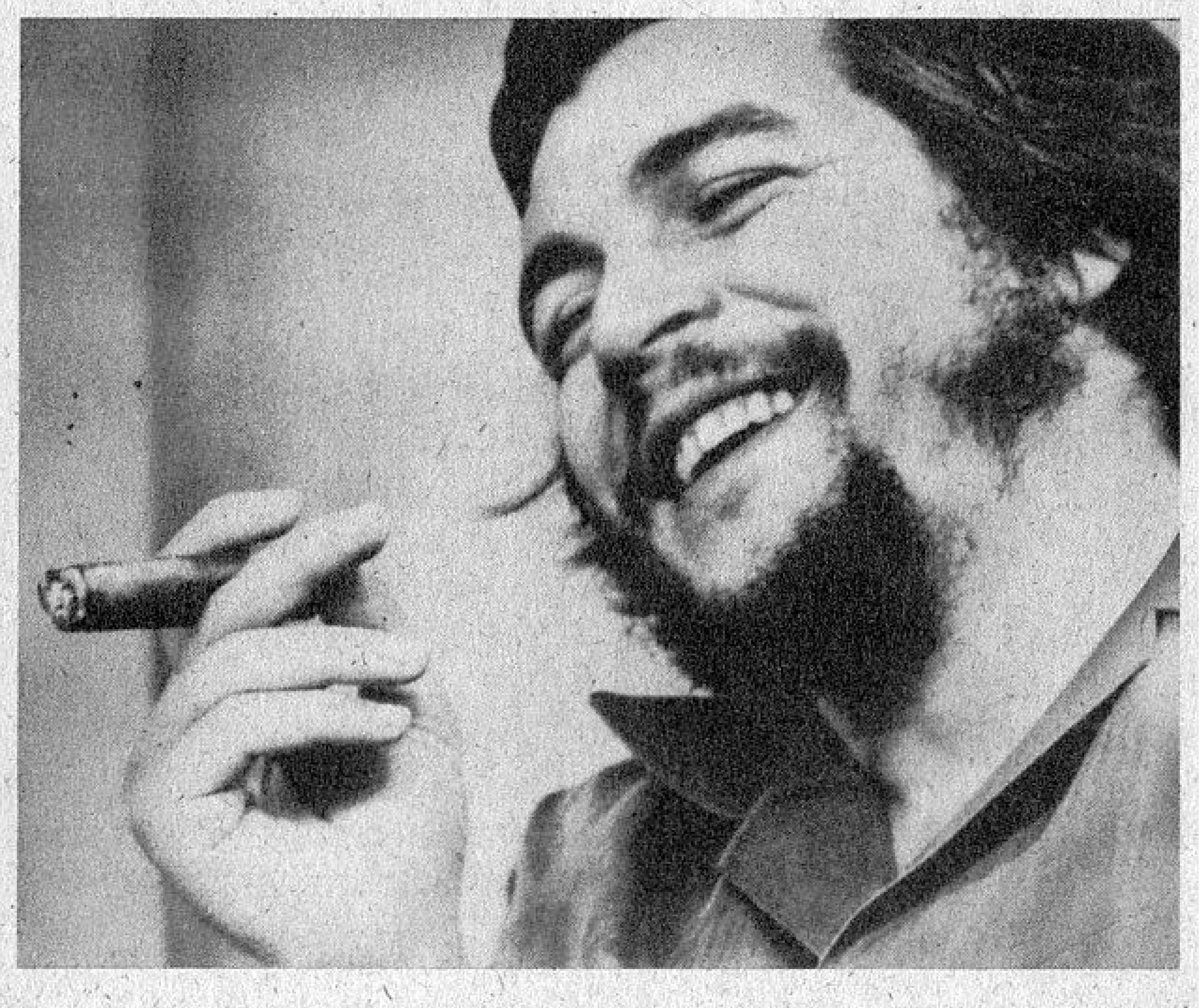
Aus einem weiteren Bekennerbrief der RAF vom 25. August 1985 ging hervor, daß Pimental von RAF-Mitgliedern ermordet wurde, um mit seinem Militärausweis auf den strengbewachten Militärstützpunkt zu gelangen. Bei dem jungen Mädchen – so vermuteten Beamte der BRD-Ermittlungsbehörden – könne es sich um das achtundzwanzigjährige RAF-Mitglied Andrea Martina Klump gehandelt haben. Die RAF – so die Ermittlungsbehörden weiter – sei personell wieder erstarkt, habe sich neu formiert und auf nationaler und internationaler Ebene in einer „westeuropäischen antiimperialistischen Front" stabilisiert. Wie um diese Aussagen zu belegen, folgten dem Terrorakt auf die US-Luftwaffenbasis nur wenige Tage später ein Brandanschlag auf den US-Militärzug Frankfurt (Main)–Westberlin und ein Sprengstoffattentat auf den amerikanischen Soldatensender American Forces Network (AFN) in Mönchengladbach.

Wo liegen die Hintergründe für derartige terroristische Aktivitäten, die das Stichwort „Linksradikalismus" immer wieder in die Schlagzeilen der bürgerlichen Medien bringen? Damit wird gleich eine zweite Frage aufgeworfen: Was ist eigentlich Linksradikalismus?

Der Begriff „Linksradikalismus" wird für die Gesamtheit der verschiedenartigen Formen, Theorien, Aktionen und Gruppierungen des kleinbürgerlichen „linken" Revolutionarismus verwendet.

Dessen Vertreter berufen sich bei ihren verschiedenartigen Zukunftsutopien und Lösungswegen sowohl auf alte Anarchisten wie Michail Bakunin (1814–1876) oder Peter Kropotkin (1842–1921), auf Revolutionäre in Asien, Afrika und Lateinamerika wie Ernesto Che Guevara (1928–1967) oder Frantz Fanon (1925–1961), aber auch auf Mao Zedong (1893–1976) und Leo Trotzki (1879–1940) und sogar auf Marx, Engels und Lenin.

Alle linksradikalen Vereinigungen, Richtungen und Theorien verbindet, daß sie zwar oftmals als „sozialistisch" bzw. „kommunistisch" auftreten und die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse beseitigen wollen, aber keine kon-



Der lateinamerikanische Revolutionär Ernesto Che Guevara, 1967 bei einer Guerillaaktion in Bolivien gefangengenommen und ermordet, auf den sich zahlreiche Linksradikale berufen

struktive, sozialistische Alternative zu entwickeln vermögen, daß sie mit ihrem „linken" Revolutionarismus den gesellschaftlichen Fortschritt nicht befördern, sondern in der Endkonsequenz hemmen.

Gemeinsam ist den heutigen Linksradikalen eine zumeist unverhohlene Gegnerschaft zu den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern.

Dem realen Sozialismus, wie er in der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten verwirklicht wird, stehen sie ablehnend oder mit Vorbehalten gegenüber.

Dabei attackieren sie die kommunistischen Parteien und den realen Sozialismus aber nicht von rechts, sondern von „links", von scheinbar revolutionäreren Positionen aus. Dogmatisch und sektiererisch wie Klosterbrüder im Mittelalter geben sie vor, als einzige die „wahre Lehre" der Revolution zu hüten.

Entsprechend den ideologischen Stammvätern der heutigen Linksradikalen, kann man im Linksradikalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern gegenwärtig fünf Hauptströmungen unterscheiden: Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Trotzkismus, die an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte Richtung und den pseudolinken Terrorismus.

Die Reihenfolge der Aufzählung ist zugleich die Reihenfolge der historischen Entstehung dieser Strömungen. Die Ursprünge des Anarchismus liegen im ausgehenden 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und sind im wesentlichen mit den Schriften bzw. der Tätigkeit William Godwins (1756–1836), Max Stirners (1806–1856), Pierre Joseph Proudhons (1809–1865) und Michail Bakunins verbunden. Der Anarchosyndikalismus, eine kleinbürgerliche halbanarchistische Strömung, die Anarchismus und Gewerkschaftsbewegung miteinander zu verbinden suchte, bildete sich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert heraus. Der Trotzkismus entwickelte sich in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts zu einer internationalen linksradikalen Strömung. Die an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte Richtung entstand erst in den sechziger Jahren und der pseudolinke Terrorismus, der Elemente verschiedener früher entstandener linksradikaler Strömungen aufnahm, am Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren.

Allerdings verschwimmen in der heutigen Praxis die Grenzen zwischen den Hauptströmungen des Linksradikalismus. Viele ultralinke Gruppierungen sind in Übergangsfeldern angesiedelt und nicht eindeutig einer bestimmten Hauptströmung zuzuordnen.*

Seit der Wende zu den achtziger Jahren zeigen sich im linksradikalen Lager bemerkenswerte Veränderungen und Lernprozesse, vor allem im Ringen um die Sicherung des Friedens. Das hängt aufs engste mit der Zuspitzung der internationalen Situation in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zusammen, für die die reaktionärsten Kreise des USA-Imperialismus und der NATO mit ihrem aggressiven

*Anstelle des Attributs „linksradikal" wird mitunter auch „ultralinks", „linksextrem", „pseudolinks" oder „scheinradikal" verwendet.



London, April 1987: Zehntausende Briten demonstrieren für die Beseitigung von Nuklearwaffen in Europa.

Hochrüstungs- und Konfrontationskurs die Verantwortung tragen, hängt zusammen mit der Bedrohung der Existenz der Menschheit, die eine weltweite Friedensbewegung auf den Plan gerufen hat. Imperialistische Macht- und Abenteuerpolitik macht den Weltfrieden nicht sicherer, sondern anfälliger. Im Nuklearzeitalter droht eine solche Politik „eine Katastrophe heraufzubeschwören, die die ganze Menschheit in das Inferno eines neuen Weltbrandes stürzen kann, aus dem es keine Rückkehr gibt"[2]. Denn nach einem nuklearen Krieg wird das Leichentuch der radioaktiven Stille die tote Erde bedecken.

Schon heute existiert weltweit ein Vernichtungspotential von Millionen Hiroshima-Bomben und qualitativ neuen nuklearen, chemischen, biologischen und radiologischen Waffensystemen, ein Arsenal des Todes, das durch die Forcierung des Wettrüstens und seine Ausdehnung auf den Kosmos eine neue Qualität zu erreichen droht: „Die Situation in der Welt könnte dahin gelangen, daß sie von Vernunft und Willen der Politiker nicht mehr abhängen würde."[3] Daher sind ein der nuklearen Epoche entsprechendes neues politisches Denken und eine neue Politik zwingend erforderlich. Denn es gibt heute keine wichtigere Aufgabe, als die internationalen Beziehungen zu entspannen und in Form der friedlichen Koexistenz zu gestalten, das Wettrüsten zu stoppen, einen Prozeß der internationalen Abrüstung einzuleiten und damit den Frieden in der Welt zu sichern. Die Lösung dieser Aufgabe ist die Grundvoraussetzung für das Überleben der Menschheit, für die Erhaltung der menschlichen Zivilisation wie für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt.

Die meisten linksradikalen Kräfte haben erkannt, daß es in einem Nuklearkrieg weder Sieger noch Besiegte geben würde, daß die Sicherung des Weltfriedens zur Lebensfrage der Menschheit geworden ist und jeden einzelnen Menschen angeht. „Ein atomarer Weltkrieg kann weder vom Weltproletariat noch von den Arbeiterstaaten (gemeint sind die sozialistischen Länder – J. W.) ‚gewonnen' werden. Dadurch würde nicht nur der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, sondern das Überleben der ganzen Menschheit unmöglich gemacht", stellte auch die trotzkistische „IV. Internationale" auf ihrem „12. Weltkongreß" im Januar 1985 fest. „Deshalb ist die Verhinderung eines ato-

maren Weltkriegs für das Proletariat ein zentrales strategisches Ziel."[4]

Im Unterschied zu den siebziger Jahren betrachten jetzt alle linksradikalen Strömungen und fast alle derartigen Gruppierungen die Verhinderung eines atomaren Weltkrieges als eine vorrangige Aufgabe. Viele engagieren sich in der breiten demokratischen Friedensbewegung, sind Teil dieser Bewegung und treten gegen die Entwicklung und Stationierung neuer Waffensysteme und gegen die „star wars"-Pläne der US-Administration auf.

Viele fordern darüber hinaus das Verbot und die Vernichtung aller ABC-Waffen und einen Abbau der konventionellen Rüstungen. So wandte sich in der BRD die 4. Bundeskonferenz Autonomer Friedensgruppen (BAF), in der linksradikale Kräfte eine wichtige Rolle spielen, Ende September 1985 „gegen jede Form der Weltraummilitarisierung" und verurteilte Reagans SDI-Konzept als „weiteres wesentliches Element zum Ausbau offensiver Kriegführungsfähigkeit, das wir genauso ablehnen wie die Mittelstreckenstationierung und die sogenannte konventionelle Aufrüstung".[5]

Zugleich sind die im linksradikalen Lager vertretenen Positionen zum Friedenskampf äußerst differenziert und oftmals in sich widersprüchlich. Sie reichen von realistischeren Standpunkten bis zu extrem abenteuerlichen Positionen.

Angesichts der friedensbedrohenden Politik der aggressivsten Kreise des Imperialismus halten realistischere linksradikale Kräfte die Schaffung breiterer Bündnisse der Friedenskräfte für notwendig und sind ehrlich zu einer Mitarbeit in solchen Bündnissen bereit. Die linksradikale Zeitschrift „INPREKORR" unterstreicht: „Wir sind für eine breite Friedensbewegung ohne Unvereinbarkeitsklauseln."[6] Die englische linksradikale Organisation Big Flame betont im Kampf gegen die Kriegsgefahr die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit und der „Aktionseinheit unterschiedlicher politischer Strömungen ungeachtet ihrer speziellen Vorstellungen über die Methoden des Kampfes"[7].

Deshalb nahmen linksradikale Gruppierungen an den



Die Auflösung der US-amerikanischen Militärbasen auf spanischem Territorium fordern im Mai 1986 Tausende Teilnehmer des 6. Marsches auf Torrejon, unter ihnen auch linksradikale Organisationen.

großen Friedensdemonstrationen der letzten Jahre in Westeuropa teil und arbeiteten in lokalen, regionalen und zentralen Friedensinitiativen mit. In Spanien traten die linksradikalen Organisationen Movimiento Comunista de España (MC bzw. MCE) und Liga Comunista Revolucionario (LCR) gemeinsam mit den Kommunisten und der größten Gewerkschaftszentrale Comisiones Obreras (CC.OO.) beim Referendum vom 12. März 1986 gegen den Verbleib des Landes in der NATO ein. Kommunisten und Anarchosyndikalisten wirken in der Kampagne „Basen raus" zusammen, die bis 1987 für den völligen Abbau der USA-Militärbasen 200 000 Unterschriften sammelte.

Andererseits hat eine Reihe dogmatischer pseudolinker Kräfte versucht, die demokratische Friedensbewegung in eine falsche, abenteuerliche Richtung zu lenken. Sie stellten zwar richtig fest, daß die Ursache für Kriege im Imperialismus liegt, sind aber an das Problem von Kapitalismus und Krieg mechanistisch herangegangen: Aus der Existenz des Kapitalismus haben sie – analog einem Naturgesetz – die Unabänderlichkeit des Ausbrechens von Kriegen abgeleitet und daraus verkürzt geschlußfolgert, daß für die Verhinderung bzw. Rückgängigmachung der Raketenstationierung in Westeuropa der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die „sozialistische Revolution" unabdingbar sei, eine Position, deren Haltlosigkeit durch die Ratifizierung des INF-Abkommens im Frühjahr 1988 offenkundig geworden ist.

In die genannte falsche Richtung läuft auch die Behauptung der linksradikalen Freien Arbeiter Union/Rätekommunisten (FAU/R) in der BRD, „daß der Untergang des Welt*kapitalismus* die Voraussetzung dafür ist, daß der *Welt*untergang nicht stattfindet"[8]. Eine solche Position schränkt die Möglichkeiten für eine heute notwendige breite Koalition aller Kräfte der Vernunft und des Realismus, die bis in Kreise der Monopolbourgeoisie reichen muß, ebenso ein wie der Standpunkt der linksradikalen „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" („KPD/ML"), „daß der Friedenskampf als Klassenkampf gegen das hiesige Großkapital geführt werden muß"[9]. Im November 1983 behaupteten einige Pseudorevolutionäre angesichts der beginnenden Raketenstationierung in der BRD, die Friedensbewegung sei durch die bisher nicht gekannte soziale,

politische und weltanschauliche Breite „zahnlos geworden", und forderten, „jetzt muß Schluß sein mit ‚Masse' und ‚Breite', jetzt ist Radikalität angesagt"[10].

In diesem Sinne postulierte die pseudolinks agierende terroristische RAF in einem ihrer „Kommuniqués", daß man nur mit Bombenanschlägen und anderen terroristischen Aktionen erfolgreich gegen die NATO-Kriegspläne vorgehen könnte.[11] Dem „imperialistischen Versuch", Westeuropa zum „harten Block zusammenzuschweißen" und in die NATO zu integrieren, heißt es in einem gemeinsamen Papier von RAF und AD vom Januar 1985, müsse mit „Angriffen gegen die multinationalen Strukturen der NATO, gegen Basen und Strategen" begegnet werden.[12]

Dies ist der Hintergrund für die Serie von Bombenanschlägen der französischen AD, der belgischen Cellules Communistes Combattantes (CCC), der kanadischen Direct Action, der belgischen Front Révolutionnaire d'Action Proletaire (FRAP), der portugiesischen Forcas Populares 25 de Abril (FP-25) und der RAF auf NATO-Einrichtungen ebenso wie die Attentate auf den französischen General René Audran oder den Chef der BRD-Rüstungsfirma Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU), Ernst Zimmermann, Anfang 1985. Mit den Attentaten soll der gesamte militärisch-industrielle Komplex der entwickelten kapitalistischen Staaten getroffen werden.

Die Terroranschläge pseudolinker Kräfte gegen Einrichtungen der NATO und der Rüstungsindustrie imperialistischer Länder wurden von der politischen Reaktion genutzt, um die breite demokratische Friedensbewegung – unter Hinweis auf ihre Gegnerschaft zur friedensgefährdenden Politik der USA-Administration – mit dem politischen Terrorismus in Zusammenhang zu bringen. Auf diese Art und Weise soll die Friedensbewegung, die den Rechtskräften schon lange ein Dorn im Auge ist, zumindest „in die Nähe von politisch motivierten Schwerverbrechern gerückt"[13], somit diskreditiert und schließlich kriminalisiert werden. Die Bomben pseudolinker Terroristen ergießen sich als Wasser auf die Mühlen der politischen Reaktion; sie dienen nicht der Erhaltung des Friedens, sondern dem Kampf der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals gegen die Friedensbewegung.

Die stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Kommu-

nistischen Partei (DKP) in der BRD, Ellen Weber, erklärt in diesem Zusammenhang, „daß die DKP – so wie bisher, auch heute und künftig – den Terrorismus als der Arbeiter- und Demokratiebewegung zutiefst feindliche Erscheinung scharf ablehnt. Nicht die Arbeiterbewegung, nicht die Friedenskräfte unseres Landes bringen den Terrorismus hervor, es sind die Rücksichtslosigkeit und Hoffnungslosigkeit, die Brutalität des Kapitalismus, die junge Menschen in die Arme von Terroristen treibt. Der von Staatsorganen ausgeführte Bombenanschlag in Celle, die vom ‚Spiegel' enthüllten, amtlich bestellten Brandsatz- und Bombenattentate in Bayern belegen mehr als alles andere, wem diese Terroranschläge dienen und wer sie oft genug inspiriert, um damit Politik gegen die Arbeiter- und Friedensbewegung, gegen alle demokratischen Kräfte zu machen."[14]

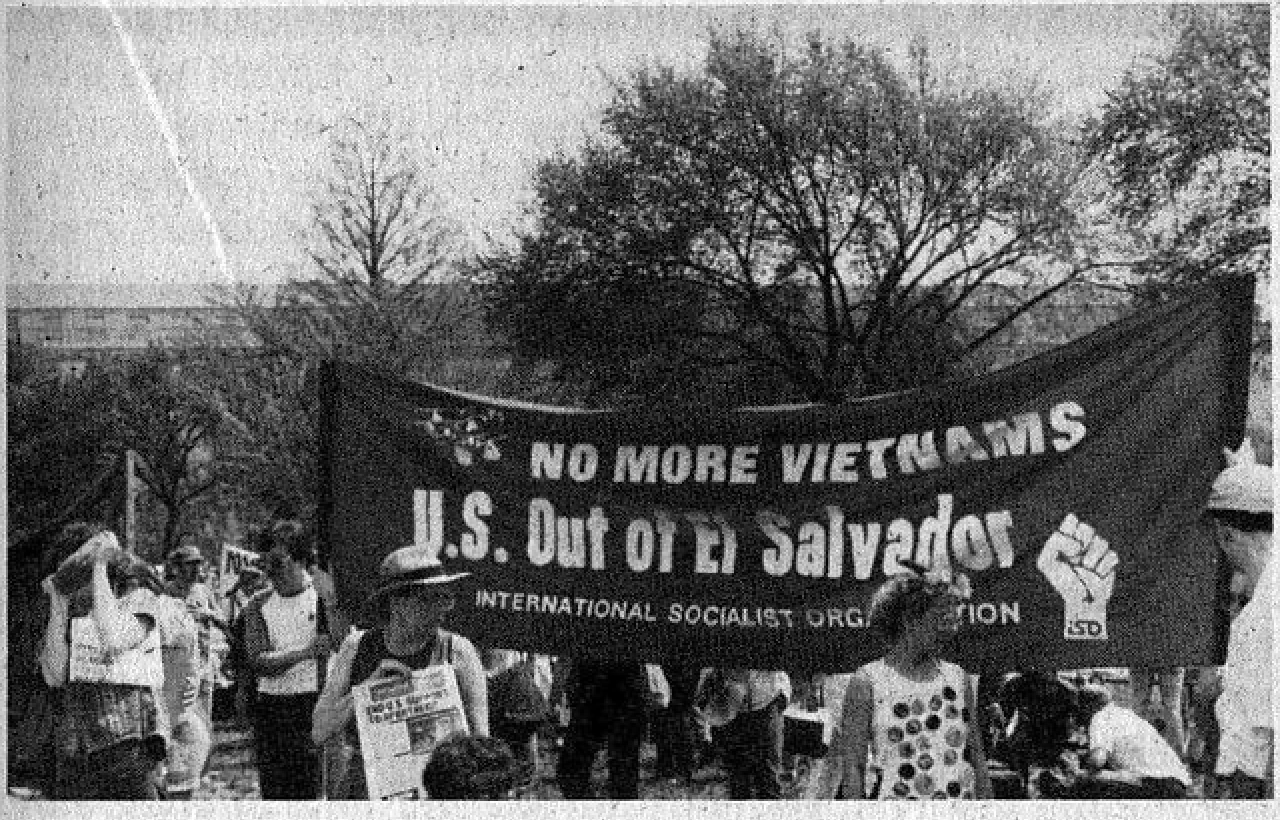
Bei einer Anzahl linksradikaler Kräfte zeichnet sich heute eine realistischere Einschätzung der Ursachen für die Kriegsgefahr ab. Anarchosyndikalistische, anarchopazifistische, trotzkistische und andere linksradikale Kräfte wie Democracia Proletaria in Italien, Big Flame in Großbritannien, die MC in Spanien, der „Kommunistische Bund" (KB) in der BRD und andere sehen die Hauptursache für die Kriegsgefahr in der Aggressivität des Imperialismus, insbesondere des USA-Imperialismus und seiner Hochrüstung; die sowjetische Außenpolitik sei eine „Gefahr" sekundärer Art. Sie lehnen die Position der „gleichen Verantwortlichkeit" von USA und UdSSR für die Kriegsgefahr ebenso ab wie die „Supermacht"-These. „Immer war es der Imperialismus, und er allein, der die Initiative zu jeder neuen Phase des Rüstungswettlaufs ergriff, bis hin zur jetzigen Drehung der Spirale", stellte die Zeitschrift „INPREKORR" 1985 fest. Die Sowjetunion habe „immer nur auf jede dieser neuen Bedrohungen reagiert. Und nur der Imperialismus wird auf den Weg des Rüstungswettlaufs durch wirtschaftliche, soziale und politische Interessen gedrängt, die seinem Wesen inhärent sind."[15]

Diese linksradikalen Kräfte gehen allerdings bei ihrer Einschätzung der Lage nicht von einem bestehenden militärstrategischen Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA aus, sondern von einer „strategischen Überlegenheit" des Imperialismus und wenden sich von daher gegen die Lüge von der „sowjetischen Bedrohung".

Dagegen halten dogmatische pseudolinke Kräfte weiterhin an der Konzeption von den „Supermächten" fest: sie verleumden die Sowjetunion als „Sozialimperialismus", dem die USA als „imperialistische Rivalen" gegenüberstehen würden. Aus ihrem angeblichen „Hegemoniestreben" würde die Kriegsgefahr erwachsen. „Der Atomkrieg droht von den Supermächten, den USA-Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten"[16], behauptet die derzeit größte linksradikale Organisation in der BRD, die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD).

Differenziert reagieren die Linksradikalen, die sich jahrelang für die Liquidierung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa engagierten, auf das INF-Abkommen. Vielfach sind skeptische Töne zu hören. Doch die in Zürich erscheinende linksradikale Zeitschrift „bresche" sieht im INF-Abkommen einen „kleinen, aber wichtigen Lichtblick": „Es ist das erste Mal, daß ein echter Schritt in Richtung Abrüstung eingeleitet wird."[17]

Während eine Reihe linksradikaler Kräfte zu Recht die Verhinderung der Entwicklung und Stationierung neuer Waffensysteme insbesondere in Europa, die Verhinderung der Ausdehnung der Kriegsvorbereitungen auf den Weltraum und das Erzielen weiterer Abrüstungsschritte als die gegenwärtig entscheidenden Aufgaben betrachten, hinter die weitergehende Fragen zurückgestellt werden müssen, belasten andere – wenn auch graduell unterschiedlich – die Friedensbewegung mit heute mehr oder weniger utopischen Zielen. So wollen in der BRD linksradikale Vertreter im Komitee „Raus aus der NATO" die Forderung nach dem sofortigen Austritt der BRD aus der NATO zur neuen Orientierung der Friedensbewegung machen. Trotzkistische Kräfte der „IV. Internationale – Internationales Komitee" in Westeuropa möchten der Friedensbewegung die Forderung nach der „Überwindung des Systems von Jalta und Potsdam" als angebliche Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung aufdrängen und dazu eine „unabhängige", gegen die jeweiligen Regierungen gerichtete „blockübergreifende Friedensbewegung" in West *und* Ost konstituieren. Ein Versuch mehr, die Friedensbewegung zu einer Bewegung zur Unterstützung antisozialistischer Kräfte umzufunktionieren. Der belgische Trotzkist Ernest Mandel (geb. 1923) hat in der englischen Zeitschrift „New



Mai 1985 in Washington: Massenprotest, der auch von linksradikalen Kräften mit getragen wird, gegen die USA-Einmischungspolitik in Mittelamerika

Left Review" offen erklärt, „eine unabhängige Anti-Kriegs-Bewegung in Osteuropa und der UdSSR würde objektiv die anti-bürokratische politische Revolution (d. h. den Sturz der gesellschaftlichen Ordnung in den sozialistischen Ländern – J. W.) fördern. Diese ist ein Bestandteil der Weltrevolution und so des Kampfes zur Rettung der Menschheit vor der nuklearen Zerstörung."[18]

Insgesamt zeigt sich, daß das Leben viele linksradikale Kräfte korrigiert, klüger und in Ansatzpunkten diskussionsfähiger gemacht hat. Abenteuerliche Vorstellungen wurden bei nicht wenigen zurückgedrängt. Nach wie vor dauern aber Auseinandersetzungen, Klärungs- und Differenzierungsprozesse im linksradikalen Lager bezüglich des Ringens um die Erhaltung des Friedens an, gehen bei diesen Kräften die Diskussionen über die Schwerpunkte des Friedenskampfes, über geeignete Strategien und taktische Varianten – wie über die Zweckmäßigkeit und die Art und Weise von Aktionen des zivilen Ungehorsams oder von gewaltfreien Aktionen – weiter. Alles in allem ist die *Friedensfrage zur wichtigsten Differenzierungsachse im Linksradikalismus der achtziger Jahre geworden.*

Die Möglichkeiten, auch aus dem Lager des Linksradikalismus Verbündete für einen gemeinsamen Kampf um Abrüstung und die Sicherung des Friedens zu gewinnen, sind – trotz weiterhin bestehender tiefgreifender politischer, ideologischer und weltanschaulicher Divergenzen zu den Kommunisten – insgesamt gewachsen. Dabei sind wichtige Ansatzpunkte für gemeinsame oder parallele Aktionen vorhanden. Der Streifzug durch die Geschichte des „linken" Radikalismus in unserer Epoche, der mit diesem Buch vorgenommen werden soll, wird immer wieder die auch heute erkennbare Janusköpfigkeit des Linksradikalismus offenbaren. Ein solcher Streifzug wird verdeutlichen, daß einerseits linksradikale Organisationen – vor allem dann, wenn sie über Masseneinfluß verfügen – ein nicht unbeträchtliches progressives Potential verkörpern, das es für den Kampf um Frieden und um sozialen und demokratischen Fortschritt in den kapitalistischen Ländern zu gewinnen gilt, und daß andererseits linksradikale Politik und Ideologie ebendiesen Kampf vielfach hemmen und insofern ein konterrevolutionäres Moment beinhalten. Es soll jedoch auch der Frage nachgegangen werden, worin die Ursachen für das Auftreten des Linksradikalismus in unserer Epoche in den kapitalistischen Industrieländern zu suchen sind, warum er zwischen Götterdämmerung und Wiederauferstehung schwankte.

Die Kinderkrankheit

„Im Sommer 1920 wurde ich als Vertreter der Shop Stewards vom Clyde zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale eingeladen", berichtet William Gallacher (1881–1965) in seinen Erinnerungen. Gallacher war während des ersten Weltkrieges einer der Führer der Komitees der Betriebsobleute (National Shop Stewards and Workers Committee Movement), einer anarchosyndikalistisch beeinflußten proletarischen Massenbewegung, und 1920/21 der Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!". Später wurde er eine der prominentesten Führungspersönlichkei-

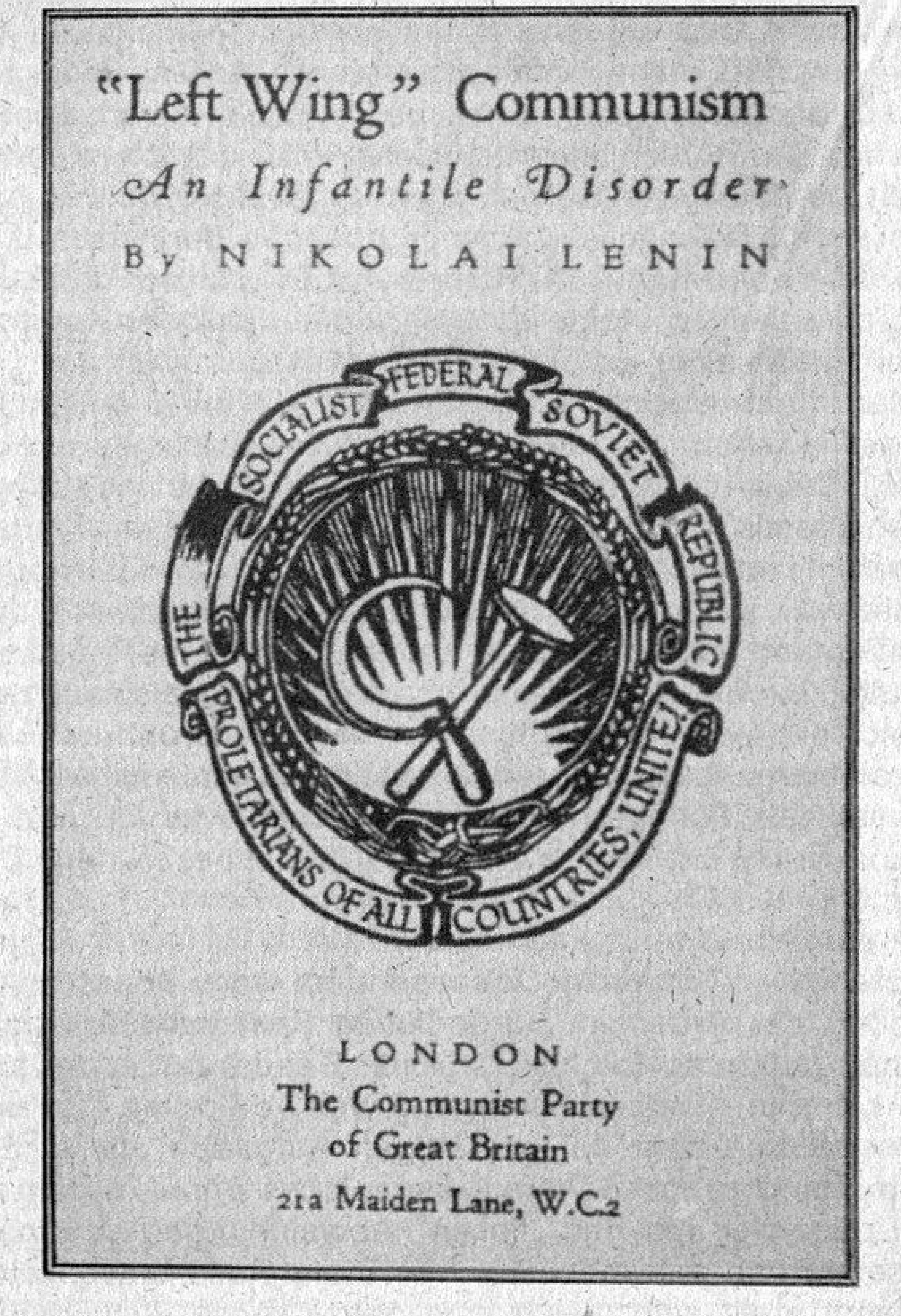
ten der KP Großbritanniens und vertrat seine Partei von 1935 bis 1950 im britischen Parlament. „Anfang Juli ging ich auf die Reise", schreibt er weiter, „doch da ich keinen Paß hatte, verlor ich in Newcastle viel Zeit, bis ich mich auf einen Dampfer nach Bergen schmuggeln konnte. Von hier aus reiste ich zur Insel Vardø und bestieg dort einen Logger, der nach Murmansk auslief. Als ich schließlich in Petrograd anlangte, stellte es sich heraus, daß der Kongreß bereits in Moskau eröffnet worden war.

Man brachte mich in den Smolny, wo mir ein Mandat ausgeschrieben werden mußte. Im Warteraum erblickte ich ein Buch in englischer Sprache. Das war Lenins soeben erschienene Schrift ‚Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus'. Nachdem ich überflogen hatte, was sich auf Deutschland bezog, begann ich den von England handelnden Teil zu lesen. Zu meinem Schrekken stellte ich fest, daß auch ich hier eine Rolle spielte und ein schlechtes Beispiel abgab! Ich war aus Großbritannien mit einer recht hochfahrenden Meinung von meinen Verdiensten als Politiker weggefahren. Das, was ich nun in Lenins Buch las, wirkte auf mich wie eine eiskalte Dusche."[1]

In der Tat hatte Lenin in seinem Werk Gallacher wegen linksradikaler Tendenzen, insbesondere wegen dessen Ablehnung der Arbeit im bürgerlichen Parlament, kritisiert. Damals waren solche linksradikalen Tendenzen in der jungen kommunistischen Bewegung weit verbreitet. Deshalb schrieb Lenin trotz der gewaltigen Aufgaben, die in Sowjetrußland zu lösen waren, ein solches Buch, in dem er sich prinzipiell mit den „linken" Abweichungen auseinandersetzte und den marxistischen Standpunkt entwickelte.

Damit stellt sich gleich eine ganze Reihe von Fragen: Wie kam es zu derartigen Erscheinungen? Wie äußerten sie sich? Warum stellten sie eine Gefahr für die jungen kommunistischen Parteien dar?

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Rußland, sichtbarster Ausdruck der mit dem ersten Weltkrieg eingeleiteten allgemeinen Krise des Kapitalismus, erschütterte das imperialistische System in seinen Grundfesten und löste bedeutende revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten in den Hochburgen des Kapitals aus. Die fortgeschrittensten



"Left Wing" Communism

An Infantile Disorder

By NIKOLAI LENIN

LONDON
The Communist Party
of Great Britain
21a Maiden Lane, W.C.2

Titelblatt der englischen Ausgabe von Lenins Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" aus dem Jahr 1920

revolutionären Kräfte des Proletariats hatten sich in kommunistischen Parteien und Gruppen formiert und 1919 die Kommunistische Internationale (KI, Komintern) gegründet.

Das revolutionäre Klassenbewußtsein des Proletariats entwickelte sich in einem widersprüchlichen Prozeß. Der revolutionäre Aufschwung war von einem Wachstum der Massenorganisationen der Arbeiter (insbesondere der re-

formistischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien) begleitet. Neue Schichten der Arbeiterklasse wurden politisch aktiv und insbesondere kleinbürgerliche Schichten politisiert. Damit entstand ein neuer sozialökonomischer Nährboden für verschiedenartige linksradikale Ideen und Auffassungen.

Im Gefolge des revolutionären Aufschwungs der Massen kam es zu einer *Belebung des Linksradikalismus in der internationalen Arbeiterbewegung.* Diese äußerte sich *zum einen* in *linksradikalen Abweichungen innerhalb der jungen kommunistischen Weltbewegung* bei der Suche nach einer revolutionären Strategie und Taktik und *zum anderen* im *„linken" Opportunismus in der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung.** Dabei gab es zwischen beiden Erscheinungen vielfältige Übergänge und Berührungspunkte.

Gründung und Entwicklung der kommunistischen Parteien verliefen in den einzelnen Ländern auf komplizierten und recht unterschiedlichen Wegen. Vor allem linksradikale und sektiererische Einflüsse erschwerten das Ringen der jungen kommunistischen Parteien um Masseneinfluß in ihren Ländern. Das äußerte sich vor allem im Unvermögen und im Widerwillen, das reale Kräfteverhältnis zu berücksichtigen, im Verzicht auf Mitarbeit in den reformistischen Gewerkschaften und in den bürgerlichen Parlamenten, in der Ablehnung jeglicher politischer Kompromisse und in einem ablehnenden Verhalten gegenüber den Parteiprinzipien und der Disziplin überhaupt. Vertreter derartiger Positionen gab es innerhalb der jungen kommunistischen Bewegung in England, Deutschland, Österreich, Frankreich, den USA, Italien, den Niederlanden und anderen Ländern.

Auf dem Gründungsparteitag der KPD an der Jahreswende 1918/19 gehörte die Haltung der Partei zur Arbeit im bürgerlichen Parlament und in den reformistischen Gewerkschaften zu den heftig debattierten Problemen. Karl Liebknecht (1871–1919), Rosa Luxemburg (1871–1919),

*Ausgehend davon, daß der Opportunismus eine soziale und politische Erscheinung der Einflüsse von bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Ideen *in* der Arbeiterklasse ist, gebraucht man den Begriff „Linksopportunismus" als Unterbegriff zum Oberbegriff „Linksradikalismus" nur in bezug auf linksradikale Erscheinungen und Aktivitäten *in* der Arbeiterklasse und *in* der Arbeiterbewegung.

Käte Duncker (1871–1953), Fritz Heckert (1884–1936) und Paul Levi (1883–1930) konnten sich nicht mit ihrem richtigen Standpunkt gegenüber der Mehrheit der Delegierten durchsetzen, daß sich die KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen sollte, da das Kräfteverhältnis einen sofortigen Kampf um die Macht in Deutschland ausschloß. Mit 62 gegen 23 Stimmen lehnte der Parteitag die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Die Mehrheit der Delegierten neigte auch der von Paul Frölich (1884–1953) vertretenen sektiererischen Forderung „Heraus aus den Gewerkschaften!" zu.[2]

In ähnlichem Geist erklärte W. Gallacher auf dem II. Kongreß der KI: „Es tut mir leid, feststellen zu müssen, daß auch die Kommunistische Internationale auf dem Wege ist, opportunistisch zu werden. Statt Mittel und Wege zu finden, um in die Massen einen Geist der Empörung hineinzutragen, denkt man hier daran, wie man sich an den parlamentarischen Wahlen beteiligen soll."[3]

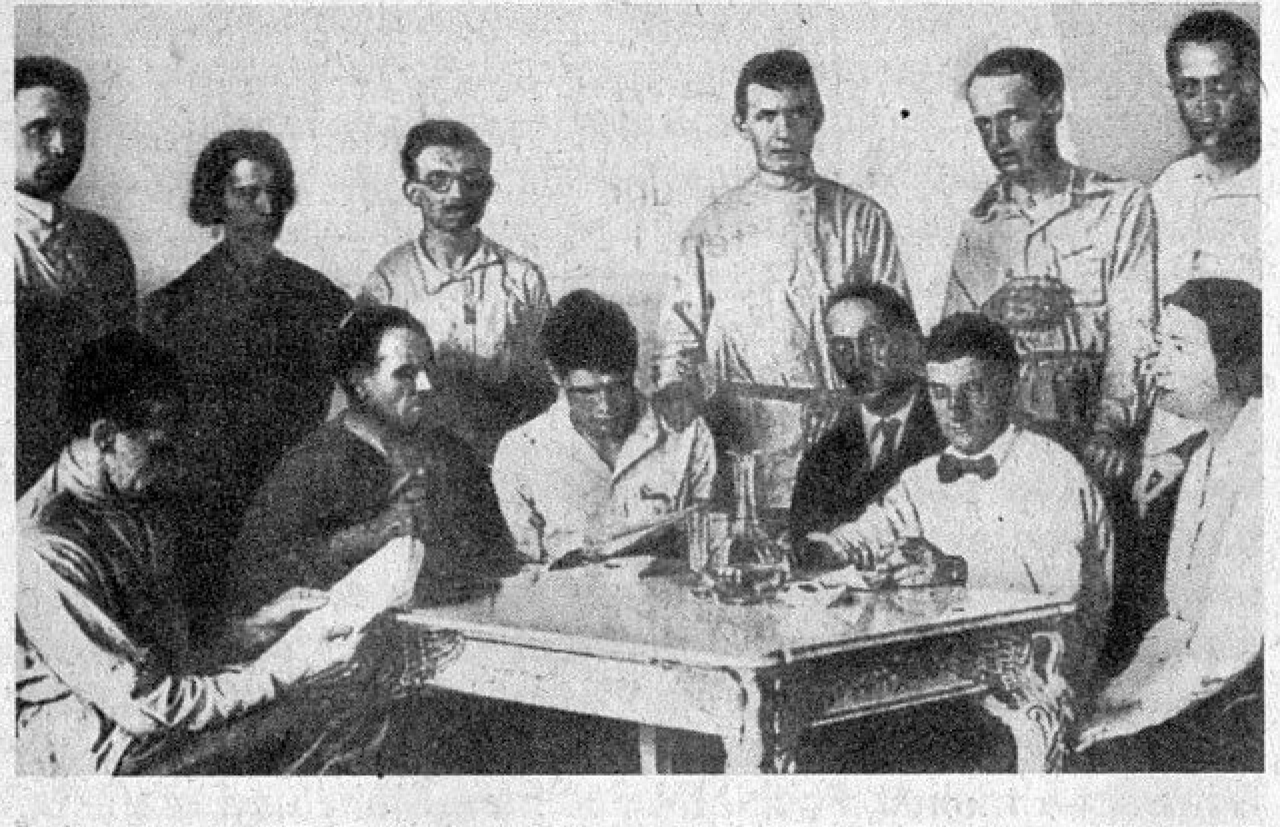
Lenin sah in den „linken" Abweichungen eine große Gefahr für die kommunistische Bewegung. Darum wurde der Kampf gegen den „linken Radikalismus" in der kommunistischen Bewegung zu einer höchst aktuellen Aufgabe, ohne dessen Überwindung eine erfolgreiche Arbeit der Kommunisten unter den Massen nicht möglich war. „Konnte die erste historische Aufgabe (die Gewinnung der klassenbewußten Vorhut des Proletariats für die Sowjetmacht und die Diktatur der Arbeiterklasse) nicht ohne den vollen ideologischen und politischen Sieg über den Opportunismus und Sozialchauvinismus gelöst werden, so kann die zweite Aufgabe, die nun zur nächsten wird und die in der Fähigkeit besteht, die *Massen* heranzuführen an die neue Position, die den Sieg der Vorhut in der Revolution zu sichern vermag – so kann diese nächste Aufgabe nicht erfüllt werden", schrieb Lenin 1920, „ohne daß man mit dem linken Doktrinarismus aufräumt, ohne daß man seine Fehler völlig überwindet und sich von ihnen frei macht."[4]

In geduldiger Überzeugungsarbeit gelang es, „linke" Kräfte von der Fehlerhaftigkeit ihrer Positionen zu überzeugen. Auch William Gallacher berichtet in seiner Autobiographie darüber, wie sich seine Ansichten von revolutionärer Politik im Verlauf langer Diskussionen änderten: „Aber dieser Wandel vollzog sich nicht auf einfache Art und

Weise. Zu jener Zeit war die Shop-Stewards-Bewegung noch vergleichsweise stark, und ich hatte wenig Wertschätzung für Parteien und noch weniger Wertschätzung für Parlament und Parlamentarier. Ich war ein herausgestelltes Beispiel der ‚linken' Sektierer und als solches von Lenin in seinem Buch ‚Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus' angeführt worden. Aber hier war ich in der Gesellschaft von Lenin selbst und anderen führenden internationalen Persönlichkeiten, argumentierend und kämpfend über die Korrektheit oder den fehlerhaften Charakter dieser Ansichten. Ich war schwer zu überzeugen. Ich hatte solch einen Abscheu vor den Führern der Labour Party und ihrer schamlosen Servilität, daß ich jede Berührung mit ihnen vermeiden wollte. In dem Grade, wie die Diskussion fortschritt, begann ich die Schwäche meiner Position zu sehen. Mehr und mehr beeindruckten die klaren, einfachen Argumente und Erklärungen Lenins mein Denken."[5]

Die Zeit zwischen 1920 und 1921 war durch wesentliche Veränderungen der internationalen Situation und in der revolutionären Weltbewegung charakterisiert. Einerseits waren Ende 1920 die ausländische militärische Intervention und der Bürgerkrieg in Sowjetrußland beendet und damit der Versuch des Weltimperialismus, die erste sozialistische Revolution in der Welt gewaltsam niederzuwerfen, gescheitert. Andererseits begann in den kapitalistischen Ländern der revolutionäre Kampf merklich nachzulassen. Ende 1920/Anfang 1921 zeigte sich immer deutlicher, daß eine weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses in den kapitalistischen Ländern zuungunsten der Arbeiterklasse nur zu verhindern war, wenn die Arbeiterklasse gemeinsam vorgehen und der Masseneinfluß der kommunistischen Parteien erweitert werden würde.

Aber anstatt sich der tagtäglichen Kleinarbeit der Organisierung der Kräfte des Proletariats zu widmen, wurde von einigen einflußreichen Kräften innerhalb der kommunistischen Parteien eine ultralinke „Offensivtheorie" entwickelt. Nach dieser sollte die kommunistische Partei unabhängig von den objektiven Bedingungen stets an der Offensivtaktik festhalten, lediglich gestützt auf die eigenen Kräfte, zum bewaffneten Angriff übergehen und in jedem beliebigen Fall „avantgardistische Gefechte" führen. Diese Theo-



Delegierte der KP Großbritanniens und der KP Amerikas, unter ihnen William Gallacher (sitzend, 2. v. l.) und John Reed (stehend, 1. v. r.), zum II. KI-Kongreß im Sommer 1920

rie gewann Anhänger unter den deutschen, ungarischen, tschechoslowakischen, italienischen, österreichischen und französischen Kommunisten.

Die Schädlichkeit der „Offensivtheorie" zeigte sich besonders während der von der deutschen Reaktion provozierten Märzkämpfe der revolutionären Arbeiter Mitteldeutschlands 1921. Diese ultralinke Politik verurteilte das revolutionäre Proletariat zur Niederlage in vorzeitigen Aktionen und beschwor die Isolierung der kommunistischen Parteien von den Massen herauf. Lenin betonte auf dem III. Kongreß der KI 1921, daß die linksradikale Richtung in der kommunistischen Bewegung eine so schädliche und gefährliche Erscheinung zu werden droht, daß „ein rücksichtsloser Kampf gegen diese Richtung notwendig (ist), denn andernfalls gäbe es keinen Kommunismus und keine Kommunistische Internationale"[6]. Mit Hilfe Lenins gelang es der kommunistischen Bewegung insbesondere auf dem III. und IV. Kongreß der KI, viele „linke" Positionen zu überwinden oder zurückzudrängen.

Lenin kritisierte nicht nur schonungslos den „linken Radikalismus", sondern deckte auch seine Wurzeln auf: In

den ersten Jahren der allgemeinen Krise des Kapitalismus erfolgte in allen kapitalistischen Industrieländern ein massenhafter Zustrom von durch den imperialistischen ersten Weltkrieg und seine Folgen ruinierten kleinbürgerlichen Kräften in die Arbeiterklasse. Der Druck dieser kleinbürgerlichen Kräfte auf die Arbeiterbewegung – und auch auf die junge kommunistische Bewegung – stimulierte nicht nur den rechten Opportunismus, sondern begünstigte auch in starkem Maß die Ausweitung des Einflusses des „linken" Opportunismus und das Entstehen anderer linksradikaler Tendenzen.

Lenin schrieb in diesem Zusammenhang, „daß der Kleineigentümer, der Kleinbesitzer (ein sozialer Typus, der in vielen europäischen Ländern sehr weit, ja massenhaft verbreitet ist), weil er unter dem Kapitalismus ständiger Unterdrückung und sehr oft einer unglaublich krassen und raschen Verschlechterung der Lebenshaltung und dem Ruin ausgesetzt ist, leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen. Der durch die Schrecken des Kapitalismus ‚wild gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist."[7]

Zu den sozialökonomischen Trägern des Linksradikalismus gehörten somit auch jene Teile der Arbeiterklasse, die aus dem Kleinbürgertum hervorgegangen waren und die ihre Bräuche, ihre Gewohnheiten, ihre Schwankungen und ihre Unschlüssigkeit sowie den Geist des kleinbürgerlichen Revolutionarismus, des Anarchismus, der Ungeduld und des Ignorierens der von der Arbeiterbewegung gesammelten Erfahrungen in die proletarische Bewegung und auch in die jungen kommunistischen Parteien hineintrugen, ganz abgesehen von jenen kleinbürgerlichen Kräften, die in die revolutionäre Bewegung hineingezogen worden waren. „Die Forderungen dieser Schichten hatten einen merklichen Einfluß auf jenen Teil der Kommunisten, der noch nicht durch die Schule des Selbstbeherrschung und Disziplin erfordernden Kampfes gegangen war."[8]

Vor allem in den romanischen Ländern war die Arbeiterklasse infolge der industriellen Rückständigkeit, des Vor-

herrschens der Kleinindustrie und der Existenz einer großen kleinbürgerlichen Zwischenschicht diesem Druck besonders ausgesetzt.

Rückständige kleinbürgerliche Lebens-, Denk- und Verhaltensweisen prägten daher Teile der Arbeiterklasse in diesen Ländern. „Unter dem Vorwand, daß sie in ihrer Werkstatt eine gewisse Bewegungsfreiheit haben ..., bewachen diese Arbeiter der Kleinindustrie eifersüchtig ihre ‚Unabhängigkeit'", schreiben die französischen Gewerkschaftsfunktionäre J. Bruhat und M. Piolot in ihrer Untersuchung der Geschichte der CGT. „Sie sind bereit, diese selbst gegen die notwendige Disziplin der Arbeiterorganisationen zu verteidigen. Eine Losung, die lange, sorgfältige Vorbereitung einer Bewegung, stößt sie ab. Für sie existiert nur die ‚spontane' Aktion. Im Namen dieser falschen Unabhängigkeit lehnen sie sich gegen jeden Staat auf, ohne einen Unterschied zwischen einem Staat in den Händen der Finanzoligarchie und einem Staat im Dienste des Volkes zu machen."[9]

Die Ausbeutung durch das Großkapital oder die Abhängigkeit von ihm ließen stark antikapitalistische, revolutionäre Stimmungen aufkommen, als Folge wachsender Empörung entstand ein spontaner antiautoritärer Anarchismus. Die durch eine moderne Großindustrie ungeschulte, in vorkapitalistischen Zunfttraditionen befangene und durch eine damit zusammenhängende liberal-individualistische Grundstimmung geprägte Arbeiterklasse der romanischen Länder war geneigt, im Anarchosyndikalismus einen Ausweg aus ihren ökonomischen Verhältnissen zu finden. Vielfach erwartete sie ihr Heil von raschen kühnen Einzelaktionen, die zum Sturz des kapitalistischen Systems führen sollten. „Auch jetzt noch", wurde Anfang der zwanziger Jahre in dem von der Komintern herausgegebenen „Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung" konstatiert, „unterliegt die französische Arbeiterschaft in weitem Ausmaße dem intellektuellen Einfluß der Kleinbourgeoisie. Sie verstrickt sich in zahllosen sozialen ‚Theorien' und ‚Systemen' letzterer und läßt sich bisweilen, wo ihr Instinkt sich nicht dagegen auflehnt, von der Demoralisation der bürgerlichen Demokratie ins Schlepptau nehmen. ... Mehrere Generationen wurden in sozialeklektischem Geist erzogen. Dieser Geist lebt noch in den Köpfen

der Mehrzahl derjenigen, die den Kern der Parteien und Gewerkschaften bilden."[10]

Die romanischen Länder sind also ein deutliches Beispiel dafür, daß rückständige oder in ihrer Entwicklung zurückbleibende ökonomische Verhältnisse stets dazu führen, daß, wie Lenin schrieb, „Anhänger der Arbeiterbewegung auftauchen, die sich lediglich einige Seiten des Marxismus, lediglich einzelne Teile der neuen Weltanschauung oder einzelne Losungen und Forderungen zu eigen machen, ohne imstande zu sein, mit allen Traditionen der bürgerlichen Weltanschauung im allgemeinen und der bürgerlich-demokratischen Weltanschauung im besonderen entschieden zu brechen"[11].

In vielen jungen kommunistischen Parteien wirkte in starkem Maß das Erbe des Anarchosyndikalismus nach und erschwerte die Ausarbeitung einer richtigen marxistisch-leninistischen Politik und deren Durchsetzung in der Partei. Die KP Frankreichs verzeichnete zum Beispiel 1923 einen starken Zustrom von Mitgliedern aus anarchosyndikalistischen Kreisen, war aber zunächst nicht in der Lage, diese Kräfte im Sinne des revolutionären Marxismus zu erziehen. „Teilweise kamen sie in die Partei, ohne sich klar zu sein, daß sie die Vorurteile des revolutionären Syndikalismus noch nicht überwunden hatten, und sie versuchten sogar, diese Vorurteile an Stelle oder sogar gegen die kommunistischen Grundsätze zu propagieren."[12] Diese Kräfte hielten den revolutionären Syndikalismus für eine mit dem Leninismus gleichberechtigte, ja ihm sogar überlegene Theorie und verkannten die Rolle und Funktion der kommunistischen Partei. Es bedurfte eines längeren Prozesses, um die anarchosyndikalistischen Vorstellungen zurückzudrängen und zu überwinden.

Gerade das nicht überwundene anarchosyndikalistische Erbe veranlaßte einige linksradikale Kreise in den jungen kommunistischen Parteien zum Bruch mit den marxistisch-leninistischen Kräften. Sie bildeten selbständige linksopportunistische Organisationen, in denen dieses Erbe teils offen, teils mehr oder minder verdeckt weitergeführt wurde.

Als eine wesentliche Ursache für das Auftreten linksradikaler und linkssektiererischer Tendenzen in der jungen kommunistischen Bewegung erwies sich immer wieder der

rechte Opportunismus sozialdemokratischer Politiker und reformistischer Gewerkschaftsführer. „Denn es war nicht allein das mangelnde Wissen um die revolutionäre Gewinnung der Massen, sondern vor allem die Abneigung gegen den Opportunismus der rechten sozialdemokratischen Führer, die auch klassenbewußte Arbeiter für den Linksradikalismus empfänglich machte", stellt die marxistische Historikerin Barbara Preuß fest. „Sowohl der Verrat, den die rechten Führer der II. Internationale an den Interessen der Arbeiterklasse zu Beginn und im Laufe des ersten Weltkrieges begangen hatten, wie auch die konterrevolutionäre Haltung dieser sogenannten Arbeiterführer während der revolutionären Nachkriegskrise, in der sie unter anderem einer Politik der ‚Arbeitsgemeinschaft' zwischen Gewerkschaften und Unternehmern das Wort redeten, waren Ausdruck dafür, daß sie sich völlig den politischen Interessen der imperialistischen Bourgeoisie untergeordnet hatten. Je mehr sie sich den ‚Spielregeln' der bürgerlichen Demokratie unterwarfen, um so mehr wurden sie von den kampfbereiten Arbeitern, die einen anderen Weg gehen wollten, verachtet und politisch abgelehnt."[13]

Aber der berechtigte Haß gegen den rechten Opportunismus machte oft blind, verleitete einen Teil der Arbeiter zu unüberlegten und verfrühten Aktionen, drängte sie auf eine Position der völligen Ablehnung aller früheren Kampfformen und -methoden, hinderte am ruhigen Überlegen und an der Ausarbeitung einer klugen und flexiblen Strategie und Taktik und wurde so zu einer Quelle des „linken" Opportunismus in der Arbeiterbewegung und linksradikaler Tendenzen in den jungen kommunistischen Parteien.[14]

Die berechtigte Ablehnung des rechten Opportunismus samt dessen Verabsolutierung der friedlichen und legalen Formen der Arbeiterbewegung – unabhängig von den konkreten Bedingungen – schlug bei diesen Kräften um in die Verabsolutierung der nichtfriedlichen und nichtlegalen Formen des Klassenkampfes – wiederum ohne Berücksichtigung der konkreten Bedingungen. Sie glaubten, daß nur im geraden Gegenteil der rechtsopportunistischen Politik revolutionäre Politik bestehen würde.

Die Überwindung der linksradikalen Tendenzen wurde durch das Auftreten von rechtsopportunistischen Kräften *innerhalb* der kommunistischen Parteien zusätzlich behindert, ja, linksradikale Positionen wurden dadurch scheinbar legitimiert. So erschwerte das Auftreten Paul Levis, der unmittelbar nach den Märzkämpfen 1921 in Deutschland mit seiner Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus" öffentlich die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD), die Komintern und den Abwehrkampf der mitteldeutschen Arbeiter verleumdete, die Überwindung der linkssektiererischen Auffassungen in der Führung der VKPD. „Jedem, der mit Kritik an den ‚linken' Fehlern auftrat, wurde der Stempel eines Anhängers Levis aufgedrückt, und die Kommunisten, die für eine Korrektur der Parteilinie und die Absage an die ‚linken' Abweichungen kämpften, mußten unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten."[15]

Oftmals resultierten „linke" Fehler aus der revolutionären Ungeduld vieler Kommunisten, ihrem Sichhinreißenlassen von romantischen Stimmungen, ihrer politischen Unerfahrenheit, ihrem Mangel an theoretischen Kenntnissen usw. „In den meisten Sektionen der Komintern, die auf der Woge der Massenempörung der Arbeiter nach dem Kriege und im Kampf gegen den Verrat der Sozialpatrioten zum Kommunismus gekommen waren, herrschte eine sehr vereinfachte Vorstellung vom revolutionären Prozeß", bemerkte der Mitbegründer der bulgarischen KP Wassil Kolarow. „Die Kommunisten waren zum Kampf angetreten, ohne sich gründlich vorzubereiten und ohne in allen Fällen die konkreten Kampfbedingungen zu berücksichtigen."[16] In ihrem Bestreben, möglichst schnell zu tun, was in Rußland vollbracht worden war, bedachten manche völlig unzureichend die spezifische Lage im eigenen Land. Dies wird durchaus verständlich, wenn man in Rechnung stellt, daß die Mitglieder der kommunistischen Parteien in ihrer Mehrheit der jungen Generation angehörten.

In bezug auf die amerikanische kommunistische Partei nennt der langjährige Führer der KPdUSA, William Z. Foster (1881–1961), solche sektiererischen Abweichungen „wie die mechanische Übertragung der revolutionären Erfahrung der Bolschewiki auf die USA, wie die dogmatische Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie, die Un-

fähigkeit, genügend eng und organisch die Parteipolitik mit den spezifischen Bedingungen und Traditionen Amerikas zu verbinden, die sektiererische Einstellung in der Frage über die Rolle der Partei als Avantgarde, die ungenügende Initiative bei der Entwicklung der Theorie, die bürokratische Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus"[17]. Die kommunistischen Parteien lernten es allmählich, diese Erscheinungen zu überwinden.

Heilung von einem Laster

Im Herbst 1923 hatte vor dem Hintergrund von Inflation und sprunghaft zunehmender Arbeitslosigkeit die revolutionäre Nachkriegsphase in Deutschland, Bulgarien und Polen noch einmal eine Zuspitzung erfahren – ein Ausdruck der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern. Jedoch endeten die Bildung von Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen und der Hamburger Aufstand in Deutschland, der bewaffnete antifaschistische Volksaufstand in Bulgarien sowie der Generalstreik und der Krakówer Aufstand in Polen mit Niederlagen.

Damit ging die revolutionäre Nachkriegsphase zu Ende, und die kapitalistische Welt trat in eine Periode der relativen Stabilisierung ein, die durch wirtschaftlichen Aufschwung, eine Festigung der bürgerlichen Herrschaftssysteme und einen zunehmenden Einfluß bürgerlicher Parteien charakterisiert war. Rechtsopportunistisches Gedankengut fand in der Arbeiterklasse eine weitere Verbreitung als jemals zuvor. „Aus der relativen Stabilisierung des Kapitalismus entstanden für die Entwicklung des revolutionären Kampfes ernste Schwierigkeiten. Die neue Situation verlangte von der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen, die nächsten Aufgaben und die Perspektiven der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie des gesamten internationalen revolutionären Prozesses neu zu bestimmen."[1]

In der Sowjetunion galt es eine praktische Antwort auf

die Frage zu geben, ob der Aufbau des Sozialismus in einem Lande, der UdSSR, möglich ist – und zwar ohne die siegreiche Revolution in anderen Ländern. Während die Führung der KPdSU die Frage nach den Perspektiven des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande, das sich in kapitalistischer Umkreisung befand, im leninschen Sinne positiv beantwortete, leugneten Trotzki und seine Anhänger in der Sowjetunion sowie unterschiedliche linksradikale Kräfte in den kapitalistischen Ländern eine solche Möglichkeit. Sie behaupteten, der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR stünde im Widerspruch zu den Interessen der internationalen Arbeiterklasse.

In den kapitalistischen Ländern standen die Kommunisten vor der Aufgabe, die Parteien der Arbeiterklasse zu konsolidieren und ihre Verbindungen mit den Massen zu erweitern und zu festigen. Die ultralinken Kräfte innerhalb der kommunistischen Weltbewegung erwiesen sich jedoch als unfähig, die zuungunsten der revolutionären Kräfte veränderte Situation in den kapitalistischen Ländern realistisch einzuschätzen. Sie interpretierten die Ereignisse im Herbst 1923 in Deutschland, Bulgarien und Polen nicht als das Ende der revolutionären Nachkriegsperiode, sondern als den Beginn einer neuen Epoche von Revolutionen. Die aus einer solchen Interpretation der Lage gezogenen Schlußfolgerungen waren durch und durch sektiererisch. Die Ultralinken forderten, unmittelbar auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats Kurs zu nehmen, die Taktik der proletarischen Einheitsfront und auch die Orientierung auf die Arbeiter-und-Bauern-Regierung aufzugeben, alle Kontakte mit der Sozialdemokratie abzubrechen und auf den Kampf um die Gewerkschaftseinheit und zum Teil auch auf den Kampf der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften zu verzichten.

In Deutschland stellten die Ultralinken in der KPD um Ruth Fischer (1895–1961) und Arkadi Maslow (1891–1941) die Behauptung auf, die Ereignisse in Sachsen und Thüringen hätten die „Fehlerhaftigkeit" der Einheitsfrontpolitik gezeigt, und bezeichneten diese Leninsche Politik als Quelle des Opportunismus. Die berechtigte Verurteilung der rechtsopportunistischen Fehler Heinrich Brandlers (1881–1967), 1923 Vorsitzender des Politischen Büros der KPD, und seiner Anhänger nahmen die Ultralinken zum An-

laß, um pauschal die gesamte Politik der KPD in den vorangegangenen Jahren, vor allem ihre Einheitsfrontpolitik und ihr Ringen um eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung, zu verwerfen und gewerkschaftsfeindliche Positionen zu fördern. Die Gruppe um Ruth Fischer und Arkadi Maslow nutzte auch die linksradikalen Stimmungen aus, die als Folge des antirevolutionären Verhaltens der rechten Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften im Herbst 1923 und im Winter 1923/24 erstarkten. Den Ultralinken in der KPD gelang es, die Führung der Partei an sich zu reißen. Auf dem 9. Parteitag der KPD im April 1924 in Offenbach und Frankfurt (Main) konnten sie eine Resolution durchbringen, die die Zusammenarbeit der KPD mit den Führern der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften ablehnte und nur noch eine „Einheitsfront von unten" für möglich hielt. Der Begriff der Arbeiterregierung wurde nicht mehr als eine Entwicklungsstufe auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats interpretiert, sondern seinem Klasseninhalt nach mit ihr gleichgesetzt. Soziale und demokratische Forderungen der Werktätigen wurden nicht genügend in den Vordergrund gerückt, sondern direkt mit dem Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse, um die Diktatur des Proletariats verknüpft.

Obwohl auf dem Parteitag auch solche hervorragenden Revolutionäre wie Wilhelm Florin (1894–1944), Ottomar Geschke (1882–1957) und Ernst Thälmann (1886–1944) in die Parteiführung gewählt wurden, erlangte die kleinbürgerliche Gruppe um Ruth Fischer, Iwan Katz (1889–1956), Arkadi Maslow, Arthur Rosenberg (1889–1943), Paul Schlecht (1882–1947) und Werner Scholem (1895–1940) in der neuen Zentrale der Partei, im Zentralausschuß, in der Redaktion der Zeitschrift „Die Internationale" und in anderen leitenden Parteiorganen dominierenden Einfluß. Nach dem Parteitag wurde das Politische Büro zunächst von Arkadi Maslow und ab Juni 1924 von Ruth Fischer geleitet.

Ruth Fischer, eine ungewöhnlich temperamentvolle, sehr selbstsichere junge Frau, war die Tochter eines österreichischen Philosophieprofessors. An der Universität Wien studierte sie Philosophie und Nationalökonomie. 1918 gehörte sie zu den Mitbegründern der KP Österreichs. Nachdem sie nach Berlin übergesiedelt war, wo sie als

Journalistin arbeitete, trat sie im Januar 1920 der KPD bei. Bald schon hatte sie in der jungen Partei als Politischer Sekretär der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg und als Mitglied des Zentralausschusses der KPD wichtige Funktionen inne. Vom Januar 1924 bis zum November 1925 gehörte sie dem Politischen Büro des ZK der KPD an. Sie nahm am IV. und V. Weltkongreß der KI teil und wurde 1924 zum Kandidaten des EKKI und seines Präsidiums gewählt. Wegen ihrer ultralinken, abenteuerlichen und sektiererischen Politik wurde sie am 11. November 1925 aus dem Politbüro und am 19. August 1926 aus der KPD ausgeschlossen. Bis 1933 arbeitete sie als Sozialfürsorgerin in Berlin, emigrierte dann nach Frankreich und später in die USA. Am Ende ihres politischen und persönlichen Weges vertrat sie einen extrem antisowjetischen Standpunkt.

Arkadi Maslow, der eigentlich Isaac Tschemerinski hieß, wurde in Südrußland geboren und war russischer Staatsangehöriger. Seine Mutter war deutscher Herkunft. Seit 1899 hatte er in Dresden ein Gymnasium besucht, dann bis 1919 in Berlin studiert. Seit 1920 gehörte er dem Zentralausschuß der KPD und seit April 1924 dem Politischen Büro der Zentrale an. 1924/25 stand er mit Ruth Fischer und Werner Scholem an der Spitze der KPD. Bereits im Mai 1924 wurde Maslow infolge seiner Tätigkeit als führendes Mitglied der KPD-Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg und auf seine Broschüre „Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917" hin verhaftet und im September 1925 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Aufgrund seines unwürdigen Auftretens vor Gericht und wegen seiner ultralinken Fraktionstätigkeit wurde er 1926 aus der KPD ausgeschlossen. Er starb in Havanna.

Im Dezember 1924 trat die Fischer-Maslow-Gruppe zu den Reichstagswahlen mit der Losung „Für proletarische Diktatur und Proletarisierung!" an und hatte damit die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung auch als Agitationslosung fallengelassen. Die KPD verlor gegenüber den Wahlen im Frühjahr 1924 rund eine Million Wähler, was „nicht nur eine Folge der objektiven Veränderung der Lage (war), sondern auch ein Ergebnis der sektiererisch-dogmatischen Politik der Fischer-Maslow-Gruppe"[2].

Starke ultralinke Tendenzen gab es damals auch in der Italienischen Kommunistischen Partei. Auf dem V. KI-Kon-

greß 1924 verlangte deren Vertreter Amadeo Bordiga (1889–1970), von 1921 bis 1924 Vorsitzender der IKP, die Komintern solle sich offen von den Beschlüssen des IV. KI-Kongresses über die Einheitsfront lossagen und die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung selbst als „Methode der Agitation" fallenlassen: „Ich verlange ganz einfach ein Begräbnis dritter Klasse für die Taktik und zugleich für die Worte der Arbeiterregierungsparole."[3]

Auch in den kommunistischen Parteien anderer Länder verfügten ultralinke Kräfte über einen großen Einfluß und hatten zum Teil längere Zeit führende Positionen inne. Letztlich sprengte aber die lebendige Praxis des Kampfes der Kommunisten die Schemata, die den Erfordernissen der realen Kampfbedingungen nicht entsprachen. In einem langwierigen und komplizierten Prozeß, in dem die Ultralinken ihren Masseneinfluß in den kommunistischen Parteien nach und nach verloren, konnten mit Hilfe des EKKI schließlich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die Ultralinken aus der Führung einer Reihe kommunistischer Parteien entfernt und leninistische Zentralkomitees gebildet werden.

Jedoch traten auch in der Folgezeit bei Veränderungen der Klassenkampfsituation in den einzelnen kapitalistischen Ländern ultralinke, sektiererische Kräfte innerhalb der kommunistischen Parteien auf den Plan. In modifizierter Form vertraten sie Auffassungen, die die ultralinken Positionen aus der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in gewisser Weise reproduzierten. Dies äußerte sich vor allem in Versuchen, schwierige Etappen und komplizierte Aufgaben der Bewegung zu überspringen, in der Nichtberücksichtigung der Besonderheiten der konkreten Situation in jedem einzelnen Lande und insbesondere in einer sektiererischen Haltung gegenüber anderen Teilen der Arbeiterbewegung.

Und auch in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre und der ersten Hälfte der dreißiger Jahre gelang es linkssektiererischen Kräften, zeitweise in führende Funktionen in kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale zu gelangen und Einfluß auf die Bewegung



Delegierte des VI. KI-Kongresses mit einer Arbeiterabordnung aus dem Kreis Artjomowsk im Sommer 1928; mittlere Reihe (v. l. n. r.): S. A. Lozovskij, N. I. Bucharin, Ernst Thälmann, Pierre Sémard, Tom Bell, William Z. Foster

auszuüben, so der Gruppe um Henri Barbé (1902–1966) und Pierre Célor (1902–1957) in der FKP, der Gruppe um Heinz Neumann (1902 bis etwa 1937) in der KPD, der Gruppe um José Bullejos (1899–1974) in der KP Spaniens und der Gruppe um Seigen Tanaka (geb. 1906) in der Japanischen Kommunistischen Partei.

Ein großes Verdienst an der Befreiung der genannten kommunistischen Parteien vom unheilvollen Einfluß des „linken" Sektierertums kommt vor allem solchen Persönlichkeiten wie Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck in der deutschen, Maurice Thorez in der französischen und José Díaz und Dolores Ibárruri in der spanischen KP zu, die mutig sowohl gegen die rechten als auch gegen die „linken" Abweichungen in der kommunistischen Bewegung auftraten. Vor allem die Praxis des Kampfes für die Arbeitereinheitsfront, der aktiv vom EKKI gefördert wurde, half den Kommunisten, den Schaden zu erkennen und zu überwinden, den linkssektiererische Kräfte der Politik der kommunistischen Parteien zufügten.

Im Vergleich mit den linksradikalen Tendenzen in den jungen kommunistischen Parteien in der revolutionären Periode nach dem ersten Weltkrieg zeigte das ultralinke Sek-

tierertum nach 1923 ein verändertes Gesicht. „Das Sektierertum äußerte sich bereits nicht mehr in primitiven, offenen Formen wie in den ersten Jahren des Bestehens der Kommunistischen Internationale, sondern hemmte, unter dem Deckmantel der formalen Anerkennung der bolschewistischen Thesen, die Entfaltung der bolschewistischen Massenpolitik", unterstrich Georgi Dimitroff in seinem Referat auf dem VII. Kongreß der KI 1935 in diesem Zusammenhang. „In unserer Zeit ist das oft keine bloße ‚Kinderkrankheit' mehr, wie Lenin schrieb, sondern ein tief eingewurzeltes Laster. Ohne uns von ihm befreit zu haben, können wir die Aufgabe, die proletarische Einheitsfront herzustellen und die Massen von den Positionen des Reformismus an die Revolution heranzuführen, nicht lösen."[4]

Zwischen Revolution und Revolte

Stürmisch ging es in den Diskussionen zu. Die Vertreter von etwa einer Million revolutionär-syndikalistisch gesinnten Arbeitern hatten sich Mitte Dezember 1920 in Berlin versammelt. Sie kamen aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden, den Niederlanden und Argentinien. Angeregt von der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), debattierten sie darüber, ob der Einladung nach Moskau zu jenem internationalen Gewerkschaftskongreß zu folgen sei, auf dem dann im Sommer 1921 die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI, Profintern) gegründet wurde. Einmütig riefen schließlich die Konferenzteilnehmer „alle revolutionären syndikalistischen und industriellen Organisationen" auf, sich an diesem Kongreß zu beteiligen, „um dort eine einheitliche revolutionäre Gewerkschaftsinternationale aller revolutionären Arbeiter der Erde zu gründen".[1]

Besonders hitzig diskutierte man über die Frage der Diktatur des Proletariats. Die Meinungen waren geteilt. Es zeigte sich, daß die Spannbreite der auf der Konferenz vertretenen Organisationen von der Revolution bis zur Revolte, von der Annäherung an wahrhaft revolutionäre Auf-

fassungen bis zu stärker vom klassischen Anarchismus geprägten Vorstellungen reichte, die neue Gesellschaft könne in einem einzigen umstürzlerischen Akt – ohne die Errichtung einer Diktatur des Proletariats – geschaffen werden. Vor allem die Abgesandten der britischen Shop-Stewards-Bewegung stellten sich rückhaltlos auf den Boden der Diktatur des Proletariats. Die deutschen und schwedischen Anarchosyndikalisten lehnten die Diktatur des Proletariats grundsätzlich ab und traten für eine sofortige Abschaffung des Staates ein.[2]

Auf dieser internationalen Konferenz spiegelte sich der Differenzierungsprozeß wider, der sich vor allem unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in Rußland im Anarchosyndikalismus vollzog. Das war um so bedeutsamer, als der Anarchosyndikalismus – auch „revolutionärer Syndikalismus" oder einfach „Syndikalismus" genannt – in der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung einen starken Einfluß erlangte.

Bereits auf dem Dritten Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Januar 1918 hatte Lenin auf diese Differenzierung hingewiesen: „... während ein Teil der Anarchisten, der noch immer unter dem Einfluß der veralteten Auffassungen steht, mit Furcht von den Sowjets redet, steht die neue, frische Strömung des Anarchismus eindeutig auf der Seite der Sowjets, in denen sie die Lebenskraft und die Fähigkeit erkennt, die Sympathie und die schöpferische Kraft der Massen zu wecken."[3] Mit dieser neuen Strömung waren offensichtlich vor allem Teile des Anarchosyndikalismus gemeint.

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß ein großer – wahrscheinlich sogar der überwiegende – Teil der in anarchosyndikalistischen Organisationen zusammengeschlossenen Kräfte der Sowjetmacht positiv gegenüberstand. Zu ihnen gehörten beispielsweise die Arbeiter von Seattle (USA), die im Namen der Industrial Workers of the World (IWW) in einem Brief an Lenin Anfang 1918 schrieben: „Wir, die Industriearbeiter der Welt, als Kollegen im Kampf für die soziale Revolution, senden Ihnen unsere Grüße in der Überzeugung, daß wir genauso fühlen und denken wie ... alle Revolutionäre und wie die breiten Mas-

sen der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika ... Sie, die russischen Arbeiter, die ... eine neue Gesellschaftsstruktur schaffen, gestalten weit mehr als Ihre eigene Zukunft: Sie inspirieren und beschleunigen eine revolutionäre Bewegung, wie es ihresgleichen bisher nicht gab ..."[4]

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland legte W. I. Lenin außerordentlich großen Wert auf die Sammlung all jener Kräfte in der Welt, die revolutionäre Positionen bezogen hatten, einschließlich derjenigen aus dem anarchistischen und anarchosyndikalistischen Lager. Gleichzeitig deckte er ihre Fehler und Unzulänglichkeiten auf, die es im Interesse der Einheit der revolutionären Kräfte, im Interesse des Sieges der Revolution zu überwinden galt. Gerade im Hinblick auf anarchosyndikalistische Organisationen notierte Lenin, „daß *innerhalb* der III. Internationale Platz für die *Sympathisierenden* geschaffen werden muß"[5].

Der Einladung des Exekutivkomitees der KI (EKKI) zur Teilnahme am II. Kongreß der KI 1920 in Moskau folgten Vertreter anarchosyndikalistischer Organisationen aus Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Irland, die zusammen mehr als 1,6 Millionen Mitglieder vertraten. Am III. Kongreß der KI 1921 nahmen Vertreter US-amerikanischer, spanischer und französischer Anarchosyndikalisten teil, und an der Arbeit des Gründungskongresses der RGI, der parallel zum III. KI-Kongreß tagte, beteiligten sich anarchosyndikalistische Delegierte der britischen Shop-Stewards-Bewegung, des niederländischen Nationaal Arbeids-Secretariaat (NAS), der italienischen Unione Sindacale Italiana (USI), der One Big Union (OBU) Kanadas, der schwedischen Sveriges Arbetares Centralorganisation (SAC), der spanischen Confederación Nacional del Trabajo (CNT), der französischen Confédération Générale du Travail (CGT), der IWW der USA, der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (AAUD), der Freien Arbeiter-Union (FAU) Gelsenkirchener Richtung, des Deutschen Schiffahrtsbundes, der deutschen Freien Union der Landarbeiter und der deutschen Union der Hand- und Kopfarbeiter sowie anarchosyndikalistischer Organisationen aus Argentinien, Mexiko und Uruguay. Die Anarchosyndikalisten bildeten unter den Delegierten von annähernd 17 Mil-

lionen revolutionären Gewerkschaftern aus 42 Ländern mit den von ihnen repräsentierten etwa 2,4 Millionen Mitgliedern eine beträchtliche Minderheit.

Der Gründungskongreß der RGI war durch scharfe Meinungsverschiedenheiten gekennzeichnet. Zu den Streitpunkten gehörten die Frage der politischen Betätigung der Gewerkschaften und die Frage der zu errichtenden Beziehungen zwischen der RGI und der KI. Auf der ideologischen Grundlage des anarchistischen Abstentionismus* traten doktrinäre Anarchosyndikalisten generell gegen politische Parteien und alle politischen Aktionen auf, die nicht unmittelbar zur Errichtung der neuen Gesellschaft führten. „Besonders hartnäckig verfochten die französischen revolutionären Syndikalisten den ‚Neutralismus'. Sie übertrugen ihre Erfahrungen aus dem Kampf gegen die Abhängigkeit der Gewerkschaften von den reformistischen Politikern auf die völlig anderen Bedingungen und folgerten, daß die ‚Unabhängigkeit' der Gewerkschaftsinternationale von der Kommunistischen Internationale gesichert werden müsse."[6]

Der vom Kongreß angenommene Paragraph X des Statuts der RGI über die „gegenseitige Vertretung" von KI und RGI paßte vielen Syndikalisten nicht, die gegen eine wie auch immer geartete Verbindung zwischen RGI und KI auftraten. William Z. Foster bemerkt in dem Kontext treffend: „Dieser Widerstand war eine moderne Reflexion des historischen Kampfes zwischen den Marxisten und den politischen Vorfahren der zeitgenössischen Anarchosyndikalisten, den Bakunisten, auf den Kongressen der I. Internationale."[7]

Dennoch war dieser Beschluß – wie Foster feststellt – ein „taktischer Fehler", weil er die Tätigkeit der RGI einengte, da „große Massen von Arbeitern in der Welt noch nicht darauf vorbereitet waren, in so enger Beziehung mit den kommunistischen Parteien zu arbeiten"[8].

Ausgehend von der positiven Beantwortung der Frage, ob sich diejenigen Kräfte, die gegen den Paragraphen X des Statuts auftraten, den Kommunisten annäherten oder sich von ihnen wegbewegten, empfahl Lenin, dem Wunsch

*Verzicht auf politische Tätigkeit, vor allem hartnäckige Ablehnung der Teilnahme an politischen Wahlen (Wahlabstentionismus).

der französischen Confédération Générale du Travail Unitaire (CGTU) zu folgen und die Klausel der gegenseitigen Vertretung von Komintern und Profintern aufzuheben.[9] Der II. Kongreß der RGI im Jahre 1922 faßte einen entsprechenden Beschluß, und seitdem arbeiteten RGI und KI zwar eng zusammen, waren jedoch nicht organisatorisch zusammengeschlossen.

In den Debatten auf dem Gründungskongreß der RGI wurde deutlich, daß es unter den anarchosyndikalistischen Führern und Ideologen in der Welt nicht nur generell eine Differenzierung in der Haltung zur Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats gab. Vielmehr zeichnete sich auch unter jenen Führungskräften, die sich auf den Boden der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats gestellt hatten, eine Differenzierung ihrer Positionen ab: in ihrer Haltung zur Arbeit in den bürgerlichen Parlamenten und zu politischen Aktionen überhaupt, zur Mitarbeit in den reformistischen Gewerkschaften und zur Schaffung einer revolutionären politischen Partei des Proletariats. Das Exekutivkommitee der KI und Lenin persönlich führten kameradschaftliche Unterredungen mit Vertretern anarchosyndikalistischer Organisationen, so mit denjenigen der amerikanischen und australischen IWW, der FAUD und der revolutionären Anarchosyndikalisten in Frankreich, Spanien und anderen Ländern.

Die klarsichtigsten, revolutionärsten Führungskräfte innerhalb des anarchosyndikalistischen Lagers überwanden in einem komplizierten Prozeß ihre linksradikalen Auffassungen und gingen schrittweise auf marxistisch-leninistische Positionen über. Sie bildeten in einigen Ländern den Kern der sich formierenden kommunistischen Parteien, denen sich viele ehrliche, revolutionär gesinnte Arbeiter der anarchosyndikalistischen Organisationen zuwandten – beispielsweise in den USA, in Portugal und in Australien.

Einige anarchosyndikalistische Organisationen durchliefen einen inneren Wandlungsprozeß zu kommunistisch geführten Gewerkschaften – so in Deutschland, in Dänemark und – besonders bedeutsam – in Frankreich. Dort entwickelte sich die CGT, die in dem Jahrzehnt vor dem ersten

Weltkrieg den Prototyp einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft verkörperte, zur kommunistischen CGTU.

Im Unterschied dazu verharrten andere, die anfangs der Entwicklung in Sowjetrußland mit Sympathie gegenüberstanden, auf ihren doktrinären Positionen. Sie hatten zunächst „im neuen Rußland ihre Träume verwirklicht“[10] geglaubt. Der spanische Anarchosyndikalist Eusebio C. Carbó (geb. 1883) schrieb später dazu: „Der gewaltige Eindruck der russischen Oktoberrevolution von 1917 schlug alles in seinen Bann, obwohl die Nachrichten, welche damals aus Rußland zu uns drangen, sehr unbestimmt und widerspruchsvoll waren ... Mehr noch! Wir sahen in dem, was die Presse als die ‚Diktatur des Proletariats‘ bezeichnete und mit Klauen und Zähnen bekämpfte, nur den Weg, auf welchem das russische Volk sein Ziel zu erreichen suchte, und viele stimmten einer solchen *Diktatur* zu.“[11]

In dem Maß aber, wie der sozialistische Aufbau tagtäglich immer offensichtlicher werden ließ, daß das gesellschaftspolitische Konzept Lenins und der Partei der sowjetischen Kommunisten nichts gemein hatte mit den utopischen Gesellschaftsvorstellungen der Anarchosyndikalisten und Anarchisten einschließlich ihrer überzogenen Erwartungen vom Tempo der Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung, wandelte sich die Einstellung der Mehrheit der doktrinären Kräfte zur Sowjetmacht. Die anfängliche Begeisterung schlug in Ablehnung und teilweise in extremen antisowjetischen Haß um. Das ließ sie in der Folge wieder mit denjenigen anarchosyndikalistischen und anarchistischen Kräften verschmelzen, die schon immer als Gegner der Sowjetmacht auftraten. Dieser Wandlungsprozeß wurde durch die Niederschlagung der konterrevolutionären Revolte in Kronstadt 1921, an der Anarchisten führend beteiligt waren, und durch die Bekämpfung antisowjetischer Anarchisten unter Nestor Machno (1889–1935), die in der Ukraine bewaffnete Operationen gegen die Sowjetregierung durchführten, entscheidend beschleunigt.

Die doktrinären anarchosyndikalistischen Führer unternahmen nunmehr verstärkte Anstrengungen, um eine eigene Internationale zu schaffen. Nach mehreren vorbereitenden Konferenzen wurde schließlich auf dem Kongreß vom 25. Dezember 1922 bis zum 2. Januar 1923 in Berlin die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ („IAA“) gegründet,

wobei man den Namen der ruhmreichen I. Internationale okkupierte. Gründungsmitglieder der „IAA" waren die argentinische Federación Obrera Regional Argentina (FORA) mit 200000 Mitgliedern, der dänische Syndikalistisk Propagandaforbund mit 600 Mitgliedern, die FAUD mit 120000 Mitgliedern, die italienische USI mit 500000 Mitgliedern, die mexikanische Confederación General de los Trabajadores (CGT) mit 30000 Mitgliedern, die norwegische Norsk Syndikalistisk Federasjon (NSF) mit 3000 Mitgliedern, die portugiesische Confederação Geral do Trabalho (CGT) mit 150000 Mitgliedern und die schwedische SAC mit 32000 Mitgliedern. Nach dem Beitritt der spanischen CNT im August 1923, deren Mitgliederstärke mit 800000 angegeben wurde, und des Nederlandsch Syndikalistsch Vakrevband (NSV) mit 8 100 Mitgliedern vereinte die „IAA" in den Reihen ihrer elf angeschlossenen Organisationen nach eigenen (allerdings offensichtlich überhöhten) Angaben knapp 1,9 Millionen Mitglieder.

Die „IAA" wurde eindeutig mit dem Ziel ins Leben gerufen, eine antikommunistische Gegenorganisation zur RGI zu schaffen. Ein Jahr nach der Gründung der „IAA" schrieb ihr „Internationaler Sekretär" Alexander Schapiro (1883–1946), daß es ihren anarchosyndikalistischen Vätern darauf angekommen war, „um jeden Preis den syndikalistischen Weg von dem bolschewistischen Schutt freizumachen" und „einen unübersteigbaren Wall aufzuwerfen zwischen den Diktatoren von Moskau und der Masse der revolutionären Syndikalisten aller Länder".[12]

Neben der „IAA" existierte noch eine zweite anarchosyndikalistische Organisation mit einem weltweiten Anspruch: die 1905 gegründeten Industrial Workers of the World. Der wichtigste Verband waren die IWW der USA, jedoch gab es auch Organisationen der IWW in Kanada, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Südafrika. Die IWW war eine klassenkämpferische Organisation, die sich bedingungslos für die Sache des Proletariats einsetzte. Lenin charakterisierte sie 1920 als eine „ausgesprochen proletarische Massenbewegung ..., die im wesentlichen faktisch auf dem Boden der Grundprinzipien der Kommunistischen Internationale steht"[13]. Ursprünglich eine sozialistische Organisation, entwickelten sich die IWW jedoch in anarchosyndikalistischem Sinne. Nach anarchosyndikalistischen



DIE INTERNATIONALE

ORGAN DER INTERNATIONALEN ARBEITER-ASSOZIATION

AUS DEM INHALT

Bericht des II. Kongreßes der Internationalen Arbeiter Assoziation

Die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung. Von Rudolf Rocker

Der revolutionäre Syndikalismus und das Dawesabkommen. Reden von führenden Syndikalisten aller Länder

Kampf gegen die internationale Reaktion Von A. Borghi

Ausführliche Berichte über die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung.

Der Kampf der mexikanischen Bauern um Land und Freiheit. Von C. M. Valades

Titelblatt der Zeitschrift „Die Internationale. Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation", Berlin 1925, Nr. 5

Quellen hatten die IWW der USA 1919 etwa 200000 Mitglieder.

Mitglieder der IWW waren vor allem wenig qualifizierte Wander- und Landarbeiter sowie Holzfäller und Bergleute. Ein sehr großer Teil der Mitgliedschaft der IWW rekrutierte sich aus noch nicht in den USA heimisch gewordenen finnischen, ungarischen, rumänischen, italienischen, spanischen und slawischen Einwanderern, die zum Teil in ihren Heimatländern mit revolutionären Ideen in Berührung gekommen waren. Der Politologe Hans Bötcher schrieb Anfang der zwanziger Jahre: „Es sind in erster Linie die ungelernten, aus fremden Erdteilen eingewanderten Arbeiter,

... Männer, die auf der niedrigsten sozialen Stufe stehen, oft kaum der Sprache des Landes mächtig sind, die niedrigste und schwerste Arbeit verrichten und die geringsten Löhne erhalten. ... Es sind die verzweifelten Elemente, Arbeiter, die nichts zu verlieren haben ..., von denen die neue revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ausgeht."[14]

Den IWW standen die syndikalistischen Einheitsverbände nahe, die unter der Bezeichnung One Big Union (OBU) in Kanada, Australien und Neuseeland sowie in der Südafrikanischen Union existierten. Anarchosyndikalistische Tendenzen und Bestrebungen lebten auch in der britischen Gewerkschaftsbewegung[15] sowie in der Dänemarks und Norwegens auf.

Neben dem Anarchosyndikalismus bestanden noch vielfältige anarchistische Gruppierungen und linkssektiererische Organisationen wie die von den kommunistischen Parteien abgespaltenen sogenannten Kommunistischen Arbeiter-Parteien (KAP) in Deutschland, in den Niederlanden, in Dänemark und in Bulgarien sowie mannigfache „linke" Oppositionsgruppen, deren Einfluß jedoch gering blieb.

IWW einerseits und „IAA" andererseits spiegelten jeweils eine der beiden Strömungen, die den Anarchosyndikalismus zwischen den beiden Weltkriegen prägten, wider: die des Industrialismus und diejenige Strömung, die sich stärker am französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende orientierte, der seinen prägnantesten Ausdruck in der „Charte d'Amiens" der Confédération Générale du Travail von 1906 gefunden hatte. Während letztere vor allem in den romanischen Ländern Europas vertreten war, existierte der Industrialismus (auch als „Unionismus" bezeichnet) vor allem in den USA, in Kanada, England, Australien und Neuseeland.

Beide Strömungen einte eine ausgeprägte antiparlamentarische Haltung. „Der revolutionäre Syndikalismus verwirft jede parlamentarische Betätigung und jede Mitarbeit in den gesetzlichen Körperschaften"[16], wurde in der Prinzipienerklärung der „IAA" postuliert. Beide Strömungen lehnten jegliche politischen Parteien – auch die der Arbeiterklasse – ab, waren gegen die Arbeit in den alten, reformistischen bzw. reaktionären Gewerkschaften und forderten deren „Zertrümmerung". Sie setzten auf die „direkte

Aktion“ und glaubten insbesondere, mit dem Mittel des Generalstreiks die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen und so zur neuen Gesellschaftsordnung gelangen zu können.

Aber sie kämpften auch gegen den Militarismus. Die IWW der USA führten eine konsequente Kampagne gegen den imperialistischen ersten Weltkrieg. Am 28. Juli 1917 schrieb das IWW-Organ „Solidarity“: „Seit ihrer Gründung hat unsere Organisation alle nationalistischen und imperialistischen Kriege bekämpft. ... Das Prinzip der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft, dem wir immer treu geblieben sind, macht es uns unmöglich, an den Balgereien der Parasitenklasse um Beute teilzunehmen. Unsere Lieder, unsere Literatur, die Überzeugung unserer gesamten Mitgliedschaft, der Geist unseres Verbandes selbst zeugen von unserer unwandelbaren Gegnerschaft sowohl gegen den Kapitalismus wie gegen seine Kriege.“[17]

Die Unterschiede zwischen beiden Strömungen des Anarchosyndikalismus bestanden insbesondere in den Vorstellungen über den Aufbau der nachkapitalistischen neuen Gesellschaft. Die stärker am französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende orientierte Strömung verfocht das kleinbürgerliche Leitbild einer freien Gesellschaft handwerklicher Kleinproduzenten; der Industrialismus dagegen bejahte die großindustrielle Produktion und anerkannte die daraus resultierende Notwendigkeit einer zentralen Leitung des Kampfes gegen das Kapital wie auch der Wirtschaft. Die Industrialisten gingen vom Erfahrungshorizont des Industriearbeiters aus, der durch den höheren Entwicklungsstand der Produktivkräfte geprägt war, und nicht von dem des Handwerkers. Das Ziel der Industrialisten bestand nicht in einer rückwärts gewandten *Wieder*herstellung einer verklärten und romantisierten kleinbürgerlich-handwerklichen Gesellschaft. Vielmehr wollten sie ein „industrielles Gemeinwesen“, eine „industrielle Demokratie“ schaffen, deren konkrete Ausgestaltung allerdings nebelhaft blieb.

Schließlich organisierten sich die zur Strömung des Industrialismus gehörenden Organisationen überwiegend nach dem Industrieprinzip, das sich im Unterschied zu der stärker am französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende orientierten Strömung, deren Organisatio-

nen zunächst nach dem alten Berufsprinzip gegliedert waren, erst nach längeren inneren Auseinandersetzungen teilweise durchsetzen konnte. Damit deutet sich schon an, daß es zwischen beiden Strömungen des Anarchosyndikalismus keine chinesische Mauer gab. Typisch für die Organisationen, die zwischen beiden Strömungen standen, war die Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation (AAUE) in Deutschland, die sich mehr und mehr vom Industrialismus zur stärker am französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende orientierten Strömung hinbewegte.

Die Unterschiede zwischen den beiden Strömungen des Anarchosyndikalismus waren sowohl eine praktisch-politische Reflexion des damals erreichten Entwicklungsstandes des Kapitalismus als auch Ausdruck unterschiedlicher Traditionen und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse.

Weder Sünde noch Fehltritt

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte sich in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern der Übergang zum Imperialismus vollzogen. In enger Verbindung damit bildeten sich erste Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus heraus, ein Prozeß, der im Weltkrieg 1914–1918 einen ersten Höhepunkt erreichte und sich nach dem Krieg in modifizierter Form fortsetzte. Er äußerte sich in der zunehmenden Verflechtung der Macht des Staates mit der Macht der Monopole, wobei der imperialistische Staat mehr und mehr zur ökonomischen Potenz wurde und im Interesse der herrschenden Finanzoligarchie immer stärker in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß eingriff. Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals nahmen bisher unbekannte Ausmaße an. Viele Klein- und Mittelbetriebe gerieten in die Abhängigkeit der großen Monopolunternehmen oder wurden ruiniert. Der rasche Aufschwung der Produktivkräfte führte zur Herausbildung neuer Industriezweige wie der chemischen und der elektrotechnischen Industrie.

Vor allem im Verlauf des ersten Weltkrieges wurde diese Entwicklung weiter vorangetrieben, der staatsmonopolistische Unterdrückungsapparat ausgebaut und die Kriegslasten der werktätigen Bevölkerung aufgebürdet. Die sich aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern und Regionen ergebenden Unterschiede im ökonomischen Niveau wurden nicht aufgehoben, sondern reproduzierten sich lediglich auf anderer Grundlage. Der Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, der Vergesellschaftung der Produktion und das Niveau der technischen Ausstattung der Produktionsstätten waren am Ende des Krieges in Frankreich, Italien und Japan niedriger als in den USA, Großbritannien und auch in Deutschland, obwohl Deutschland als Folge seiner Niederlage bedeutende ökonomische Verluste hinnehmen mußte.

Im Vergleich zu den kapitalistischen Hauptländern wiesen die Beneluxstaaten und die Schweiz – legt man insbesondere die Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung in Landwirtschaft, in Bergbau und Industrie sowie im Dienstleistungssektor Anfang der zwanziger Jahre zugrunde – in ihrer Entwicklung ein ähnliches Niveau und die skandinavischen Länder ein mittleres Niveau auf. Spanien und Portugal blieben hinter den imperialistischen Metropolen um Jahrzehnte zurück. Kanada, Australien, Neuseeland und die Südafrikanische Union waren, obwohl formell Kolonien, „faktisch unabhängige, fast voll entwickelte kapitalistische Staaten“[1]. Diese Unterschiede spiegelten sich auch im Entwicklungsstand der Arbeiterklasse und in der Arbeiterbewegung wider.

Die schnelle Entwicklung des Linksradikalismus vollzog sich in den ersten Jahren der allgemeinen Krise des Kapitalismus vor dem Hintergrund der gewaltigen Erschütterung des imperialistischen Systems im Gefolge des ersten Weltkrieges. „Die Entwicklung der Russischen Revolution und das Anwachsen einer revolutionären Situation in Europa nach dem Krieg intensivierten in starkem Maße solche ‚linken‘ Stimmungen“[2], stellte William Z. Foster in diesem Zusammenhang fest.

Für jene Jahre traf zu, was Rosa Luxemburg bei der Analyse der russischen Revolution von 1905 herausgear-

beitet hatte: „... in der Revolutionsperiode, wo die sozialen Fundamente und die Mauern der Klassengesellschaft aufgelockert und in ständiger Verschiebung begriffen sind, vermag jede politische Klassenaktion des Proletariats in wenigen Stunden ganze bis dahin unberührte Schichten der Arbeiterschaft aus der Unbeweglichkeit zu reißen ...“[3]

Der Zustrom dieser Schichten in die Arbeiterbewegung verkomplizierte die Bedingungen des Klassenkampfes. Obwohl sie aktionsbereit waren, mangelte es diesen Schichten an gewerkschaftlicher und politischer Erfahrung wie an Ausdauer und Zielstrebigkeit. Viele politisch unerfahrene, aber auf revolutionäre Veränderungen eingestimmte und von revolutionärer Ungeduld erfaßte Arbeiter glaubten daher, in den superrevolutionär auftretenden linksradikalen Organisationen den konsequentesten Vertreter ihrer Interessen vor sich zu haben.

Eine weitere Ursache für linksradikale Erscheinungen in der Arbeiterbewegung erwuchs aus dem Haß gegen den imperialistischen Krieg und aus der Erbitterung über seine sozialen Folgen. Die politisch in Bewegung geratenen Kräfte in den am ersten Weltkrieg beteiligten Ländern waren in erster Linie bestrebt, die Ursachen der Kriege und ihre Träger ein für allemal mit der Wurzel zu beseitigen. Besonders Radikale und Ungeduldige setzten ihre Hoffnungen auf linksradikale Organisationen. Vor allem anarchosyndikalistische Organisationen, die eine radikale antimilitaristische Position einnahmen und eine lange dementsprechende Tradition aufweisen konnten, schienen die geeignete Kraft zu sein, um dieses Ziel zu erreichen.

Während des ersten Weltkrieges wurden in vielen kapitalistischen Ländern Ausnahmegesetze erlassen, die die mühsam erkämpften politischen und ökonomischen Rechte der Arbeiter einschränkten. Regierungsorgane griffen eigenmächtig und willkürlich in die innere Organisation der Gewerkschaften und in Lohnkämpfe ein, die soziale Lage der Arbeiterklasse verschlechterte sich dramatisch. Andererseits verbuchten die Unternehmer hohe Kriegsgewinne. Das bewirkte – nach Ansicht selbst vieler bürgerlicher Beobachter – die in der zweiten Hälfte des ersten Weltkrieges ausbrechenden Klassenkämpfe in Großbritan-

nien mit ihren ausgedehnten, zumeist „wilden" Streiks, die Entstehung der revolutionären Shop-Stewards-Bewegung und das schnelle Anwachsen ihres Einflusses – ein revolutionärer Aufschwung der Arbeiterbewegung, der durch viele linksopportunistische Erscheinungen gekennzeichnet war.

Der Imperialismus ging aber auch vielfach mit nackter Gewalt gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vor und schreckte dabei weder vor falschen Anschuldigungen, Verleumdungen und konstruierten Mordanklagen – besonders typisch für den Imperialismus der USA – noch vor brutalem Mord oder Massakern der Polizei, Nationalgarde oder Armee zurück, um die berechtigten Forderungen der streikenden Arbeiter zu unterdrücken. Diese „Methode der Gewalt" begünstigte linksradikale Tendenzen in der Arbeiterbewegung, worauf auch Lenin verschiedentlich hinwies.[4] Verfolgungen und Verbote der legalen Tätigkeit der revolutionären Kräfte erschwerten eine gründliche ideologische Auseinandersetzung mit linksradikalen und anderen, dem Marxismus feindlichen Auffassungen, so daß viele ehrliche, revolutionär gesinnte Kräfte in der Arbeiterklasse derartigen Einflüssen zeitweise unterlagen.

Schließlich nährten die extreme politische Korruption in den Regierungen, besonders in Italien, Spanien und Frankreich, und die Begrenzung der allgemeinen Bürgerrechte – wie die Verweigerung oder Einschränkung des Wahlrechts für Wanderarbeiter bzw. für Arbeiter, die in der Periode der „späten Übersiedlung" in die USA gekommen waren – ein Desinteresse an politischer Tätigkeit. Daran konnten anarchosyndikalistische Organisationen mit dem von ihnen propagierten Abstentionismus anknüpfen.

In einer Reihe kapitalistischer Länder brachte die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg keineswegs die Erfolge, die deren Führer einst versprochen hatten. Das begünstigte antiparlamentarische Tendenzen und Haltungen und brachte anarchosyndikalistischen Organisationen einen erheblichen Gewinn an Einfluß und Mitgliedern. In Frankreich, in Portugal und einigen anderen Ländern wurde diese Entwicklung noch dadurch gefördert, daß die sozialistischen Parteien in verschiedene, einander befehdende Richtungen gespalten und sektiererisch eingestellt waren, sich vor dem ersten

Weltkrieg auf die parlamentarische Arbeit versteiften, zum Teil das Streikrecht und Streiks verurteilten, die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen durch ständige Bevormundungen einengten und sich nicht kämpferisch verhielten. Sie überließen damit in der Tat den anarchosyndikalistischen Gewerkschaften, die dem Streben nach Einheit der Arbeiterbewegung entgegenkamen, allein die Sorge um die Führung des Kampfes für die Forderungen der Arbeiter. Sie trennten somit den politischen Kampf – die „Sache der Sozialisten" – vom ökonomischen Kampf – der „Sache der Gewerkschafter" –, was der vom Anarchosyndikalismus propagierten Ablehnung des Kampfes auf dem politisch-parlamentarischen Feld entgegenkam.

Während des ersten Weltkrieges hatten in den Augen vieler revolutionär gestimmter Arbeiter auch die reformistischen Gewerkschaften durch ihre Zustimmung zu arbeiterfeindlichen Gesetzen und durch den Verzicht auf das Streikrecht versagt. Die Opposition gegen eine solche Politik, vor allem gegen die rechtsopportunistische Ablehnung des Massenstreiks, äußerte sich oftmals in anarchosyndikalistischen Formen. Denn die für den Anarchosyndikalismus typische Vorliebe für Streiks und seine drastischen und höchst gewaltsamen Methoden des Protestes widerspiegelten in gewissem Maß den Angriffsdrang der Massen und ihr Streben nach praktischem Handeln und imponierten der „aufrührerischen" Stimmung eines Teils der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Auch die Schwerfälligkeit des reformistischen Gewerkschaftsapparates, Tendenzen seiner „Bürokratisierung" und „Verbeamtung" sowie die oftmals ungenügende Berücksichtigung der lokalen Interessen der Arbeiter verstärkten die Rufe nach dem Austritt aus den bestehenden Gewerkschaften, nach ihrer „Zertrümmerung" und sowohl nach Schaffung neuer, revolutionärer, klassenkämpferischer Organisationen des Proletariats als auch nach dezentralisierten Organisationsformen der Arbeiterklasse.

In jenen Jahren konnte der Anarchosyndikalismus international vor allem deshalb einen so bedeutenden Einfluß erringen, weil es schien, als könne er – im Unterschied zum Opportunismus der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften – auf eine Reihe

von Problemen der Arbeiterklasse eine befriedigende Antwort erteilen.

Bereits vor dem ersten Weltkrieg hatte Lenin zu dieser Problematik festgestellt: „In Westeuropa war der revolutionäre Syndikalismus in vielen Ländern das direkte und unvermeidliche Resultat des Opportunismus, des Reformismus, des parlamentarischen Kretinismus."[5] Lenin, der immer wieder diesen „parlamentarischen Kretinismus" und andere Erscheinungsformen des rechten Opportunismus gegeißelt hatte, bemerkte 1917 zu dieser Frage: „Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß das Proletariat der ‚fortgeschrittenen' parlamentarischen Länder, angeekelt durch den Anblick solcher ‚Sozialisten' wie der Scheidemann, David, Legien, Sembat, Renaudel, Henderson, Vandervelde, Stauning, Branting, Bissolati und Co., seine Sympathien immer öfter dem Anarchosyndikalismus zuwandte, obwohl dieser der leibliche Bruder des Opportunismus ist."[6]

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Entwicklung des Einflusses linksradikaler Organisationen war die von ihnen selbst betriebene Agitation und Propaganda. Diese erfolgten vor allem durch die Herausgabe von Presseorganen, Broschüren und Büchern sowie Flugblättern und Plakaten. So gaben die IWW der USA Anfang der zwanziger Jahre Zeitschriften und Wochenblätter in zwölf verschiedenen Sprachen heraus. Das FAUD-Organ „Der Syndikalist" erschien 1920 in einer Auflage von etwa 120000 Exemplaren. Die schwedische Sveriges Arbetares Centralorganisation verbreitete 1924 zwei Gratisbroschüren (eine 16seitige gegen Krieg und Militarismus und eine 24seitige über die syndikalistische Organisation) zu je 200000 Exemplaren im ganzen Lande.

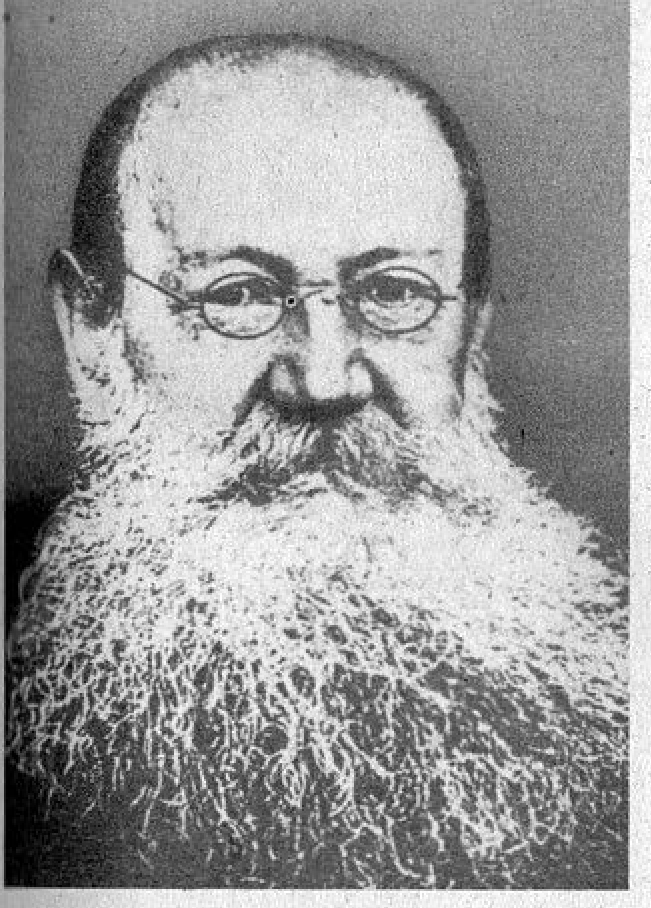
Weiterhin wurde mit einer ausgedehnten Vortragstätigkeit führender Anarchosyndikalisten und anderer linksradikaler Ideologen und Funktionäre und mit der Durchführung von politischen Bildungskursen pseudorevolutionäres Gedankengut verbreitet. So führte in Schweden die SAC systematische Studienkurse über den Anarchosyndikalismus, seine Theorie und Praxis, seine Verbreitung in den verschiedenen Ländern und seine Kampfmittel durch, an denen 1929 1780 Mitglieder der SAC (das entsprach

6,35 Prozent der Gesamtmitgliedschaft) teilnahmen. Die Mitglieder sollten so besser befähigt werden, ihre „linken" Ideen und Prinzipien gegenüber Andersdenkenden zu vertreten und dadurch neue Anhänger zu gewinnen.

Schließlich erleichterten auch das Fehlen von marxistischen *Massen*parteien in den meisten kapitalistischen Industrieländern und die politische Unerfahrenheit der jungen kommunistischen Parteien die Ausbreitung des „linken" Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Anfang der zwanziger Jahre, als die meisten linksradikalen Organisationen den Höhepunkt ihres Einflusses erreicht hatten, waren die meisten kommunistischen Parteien der kapitalistischen Industriestaaten gerade erst gegründet worden. Dieser Umstand war unter zwei Aspekten von erheblicher Bedeutung:

Zum einen war der Einfluß der jungen, in sich noch ungefestigten kommunistischen Parteien auf die Arbeiterklasse relativ gering. Es bedurfte eines längeren Prozesses, sich das theoretische Rüstzeug des Marxismus-Leninismus anzueignen, um – damit ausgerüstet – den linksopportunistischen Erscheinungen in der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung wirklich mit aller Entschiedenheit entgegentreten zu können. Zum anderen waren die jungen kommunistischen Parteien zumeist selbst nicht frei von linksradikalen Tendenzen.

Unter den ideologischen Quellen des Linksradikalismus in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus spielten seine historischen Traditionen eine herausragende Rolle. Sie sind zugleich eine wesentliche Ursache für seinen Einfluß vor allem in jenen Ländern, in denen Anarchismus, Anarchosyndikalismus und andere kleinbürgerliche Sozialismusauffassungen schon im 19. Jahrhundert Gewicht besaßen, in denen marxistische Traditionen unbedeutend oder der wissenschaftliche Sozialismus ungenügend in die Arbeiterklasse eingedrungen waren. Insbesondere in den romanischen Ländern lebte anarchistisches Gedankengut fort und übte einen starken Einfluß auf die Ausformung des Anarchosyndikalismus aus. „Die Doktrin des Anarchosyndikalismus war eine Mischung aus ihrem Ursprung und Charakter nach unterschiedlichen Ansichten: Proudhonismus, Bakunismus, Ideen Kropotkins, Tradeunionismus, Elemente des Marxismus, die von den anar-



Peter Kropotkin



Pierre Joseph Proudhon

chosyndikalistischen Ideologen falsch aufgefaßt und verzerrt wiedergegeben wurden."[7]

Nach dem ersten Weltkrieg knüpften anarchosyndikalistische Führer vor allem bewußt an den Bakunismus und den Proudhonismus des vergangenen Jahrhunderts an. Mit Michail Bakunin teilten sie die Gegnerschaft gegenüber jeglichem Staat, den politischen Abstentionismus und die Verabsolutierung des ökonomischen Kampfes sowie die voluntaristische* Revolutionsvorstellung, mit Pierre Joseph Proudhon die Ideen des Föderalismus**. So stellte der Sekretär der „IAA", Alexander Schapiro, die anarchosyndikalistische Internationale als politisch-ideologische Erbin des von Marx und Engels entschieden bekämpften antiautoritären Flügels der I. Internationale heraus und

* *Voluntarismus* – Auffassung und daraus resultierende praktische Haltung, die Menschen könnten sich in ihrer Tätigkeit, insbesondere im politischen Handeln, über die objektiven Gesetze von Natur und Gesellschaft hinwegsetzen, weil mit dem menschlichen Willen alles zu erreichen sei.

** System einer lediglich losen Verbindung gesellschaftlicher Organismen (wie Gemeinden und Kommunen), die dabei mehr oder weniger ihre Selbständigkeit bewahren.

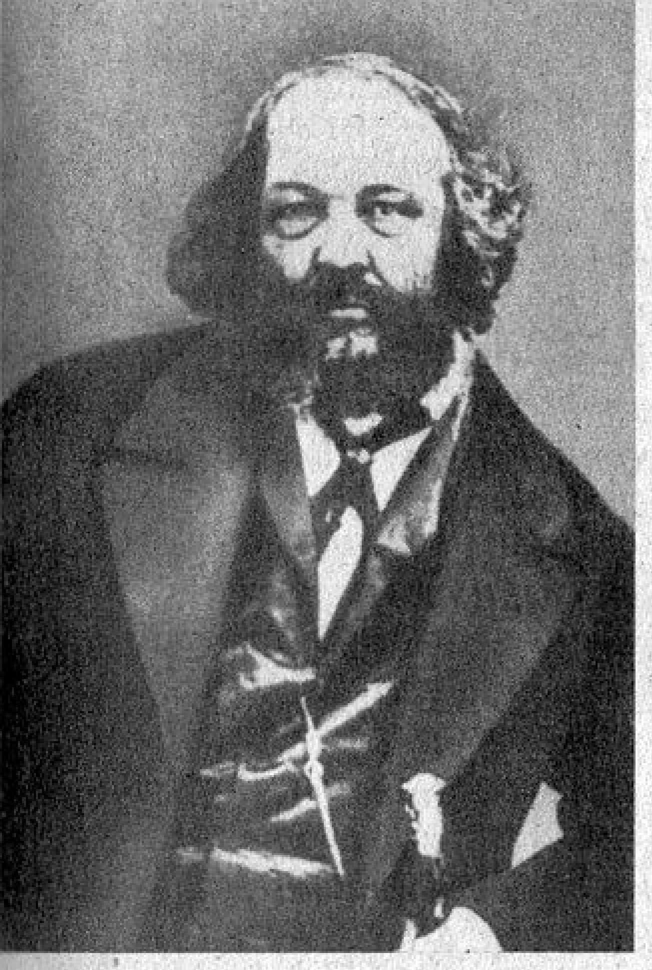
schrieb, sie sei „eine Fortsetzung der föderalistischen und antistaatlichen Traditionen der I. Internationale"[8]. Daneben spielten im Erbe des Anarchosyndikalismus der zwanziger Jahre die Ideen Peter Kropotkins eine wichtige Rolle. Kropotkin plädierte für ein auf dem Gruppeneigentum basierendes, föderalistisch aufgebautes Gesellschaftsmodell – eine Art Genossenschafts- bzw. Munizipal-Sozialismus*, der von gegenseitiger Hilfe durchdrungen sein sollte.

Die Ideen Bakunins und Proudhons hatten schon in hohem Maß den französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende inspiriert, was nicht zuletzt damit zusammenhing, daß zahlreiche Führer der CGT ihrer Herkunft nach Anarchisten waren, daß ihr ganzes Denken und Verhalten von anarchistischen Doktrinen geprägt war. Das traf sowohl für Georges Yvetot (1868–1942), Paul Delesalle (1870–1948), Victor Griffuelhes (1874–1923) und Léon Jouhaux (1879–1954) zu als auch für Émile Pouget (1860–1931) und Fernand Pelloutier (1867–1901), die besonderen Anteil an der Herausbildung von Theorie und Praxis des französischen Anarchosyndikalismus hatten und deren Schriften wesentlich die anarchosyndikalistischen Führer in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus beeinflußten. Der USI-Führer Armando Borghi (1882–1968) würdigte Pelloutier: dieser habe die Lehre Proudhons mit dem Idealismus Bakunins verbunden.[9]

Einen bestimmten Einfluß auf die Entwicklung des Anarchosyndikalismus in den romanischen Ländern übten auch solche kleinbürgerlichen Theoretiker aus wie Hubert Lagardelle (1874–1958), Arturo Labriola (1873–1959), Edouard Berth (1874–1939), Enrico Leone (1875–1940), Gustav Hervé (1871–1944) und Georges Sorel (1847–1922).

Eine gewisse Übereinstimmung bestand zwischen den Ideen der IWW in den USA und den Auffassungen des französischen Anarchosyndikalismus. Dies war jedoch nur zum Teil auf den Einfluß des französischen Anarchosyndikalismus zurückzuführen. Die Hauptgedankengänge der IWW ebenso wie ihre Taktik besaßen ihre hauptsächliche Quelle in den konkreten Erfahrungen derjenigen Schichten der amerikanischen Arbeiterklasse, die am meisten entrechtet und am wenigsten qualifiziert waren. Das führte

* *Munizipium* – unabhängige Stadtgemeinde.



Michail Bakunin



William D. Haywood

diese Arbeiter zu einer ähnlich begründeten Ablehnung der politischen Parteien und des bürgerlich-demokratischen Systems und zur Anwendung der Taktik der „direct action", der „sabotage" (Zerstörung von Maschinen und Werkzeugen) und des Ca-canny (absichtliches Langsamarbeiten), wie sie von den Theoretikern des französischen Anarchosyndikalismus entwickelt worden waren.

Erst nach 1908, als der IWW-Führer William D. Haywood (1869–1928) nach Europa ging, Kontakte mit einigen Führern der CGT anknüpfte und bei dieser Gelegenheit deren Organisation, Taktik und Schriften aus eigener Anschauung kennenlernte, ergab sich die Möglichkeit eines größeren Einflusses der französischen anarchosyndikalistischen Theorie auf die IWW. Diese Ideen wurden allerdings nicht schematisch übernommen, sondern den spezifischen amerikanischen Verhältnissen angepaßt. Auch viele aus Europa emigrierte Anarchisten und Sozialisten förderten die Ideen des amerikanischen Industrialismus, zumal in den USA eine starke sozialistische Partei fehlte.

Auf die geistige Ausprägung der IWW in den USA und der One Big Union in Kanada, Australien und Neuseeland übten auch die Ideen des utopischen Sozialisten Robert Owen (1771–1858) einen wichtigen Einfluß aus. Er war der Verkünder des Gedankens, daß sich die Arbeiter in einer „General Union of the Productive Classes" organisieren sollten, in einer großen Föderation der Arbeiter aller Berufe, einer „One Big Union", in der das Zunftprinzip durch das Industrieprinzip ersetzt sein sollte. Auf der Basis einer jeweiligen besonderen Gewerkschaft für jeden Industriezweig, die in „national companies" umgewandelt werden sollten, hätten sie die einzelnen Industriezweige zu übernehmen und zu verwalten, womit der Staat überflüssig und in der Folge absterben würde. Die Produktionsmittel sollten nicht Eigentum der ganzen Gesellschaft, sondern nur desjenigen Teils der Arbeiter werden, der mit ihnen arbeitet. Owen begründete somit die für den späteren Anarchosyndikalismus typische Idee des Gruppeneigentums an den Produktionsmitteln. Dem Anarchosyndikalismus nahestehende Autoren verweisen auf die Ähnlichkeit der von Owen im Jahr 1834 gegründeten „Grand National Consolidated Trades Union" mit den IWW[10], und auch die englischen Anarchosyndikalisten bezogen sich immer wieder auf die Ideen Owens und die Projekte seiner Anhänger.

Die Gesamtheit dieser sozialökonomischen, politischen und ideologischen Ursachen belegt also anschaulich, daß der Linksradikalismus in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus – analog zu der von Lenin 1915 für den Rechtsopportunismus getroffenen Feststellung – „kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen ist, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche"[11].

Hochseedampfer nach Murmansk entführt

„Schiffsraub für Räterußland. Politisches Piratenstück", verkündeten fette Lettern von der Titelseite der „Vossischen Zeitung" am 7. Mai 1920. Was war geschehen?



Spottzeichnung von Henry Bing: Haussuchung beim Anarchisten – „Aha, hier muß es sein, es riecht nach Schießbaumwolle!"

Bereits Wochen vorher, kaum daß die „Senator Schröder" internationale Gewässer erreicht hatte, waren zwei Männer die Treppe zur Brücke des Fischdampfers hochgestürmt, hatten den Kapitän bedroht und das Schiff mit Waffengewalt zur Kursänderung gezwungen: nach Murmansk, nach Sowjetrußland. In Hamburg waren zwei führende Mitglieder der linkssektiererischen Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) als blinde Passagiere an Bord gekommen: Jan Appel (geb. 1890) und Franz Jung (1888–1963). Beide hatte der Gründungsparteitag der KAPD zum II. KI-Kongreß nach Moskau delegiert. Da der Landweg infolge von Interventions- und Bürgerkrieg schwer zu passieren war, wählten sie den Seeweg. Als der Dampfer, einer der größten der Cuxhavener Hochsee-Fischerei Aktien-Gesellschaft, nach schwieriger Fahrt durch Minenfelder, Nebel und Sturm ohne hinlängliche Seekarten schließlich Murmansk erreichte und der Vorfall bekannt wurde, brandeten die Wogen der Empörung in der

bürgerlichen Presse hoch auf. Antisowjetische Schreiberlinge erhielten neue Nahrung.[1]

Die Entführung des Hochseedampfers illustriert ein vielschichtiges Phänomen des politischen Lebens in den ersten Jahren der Weimarer Republik: den Linksradikalismus. Er trat sowohl in Form von ultralinken Stimmungen und Tendenzen in den großen Arbeiterparteien und Gewerkschaften Deutschlands in Erscheinung als auch in organisatorisch selbständiger Form. Er wurde vom französischen Anarchosyndikalismus wie vom angelsächsischen Industrialismus beeinflußt, von den revolutionären Ereignissen in Rußland wie von den Ideen Bakunins und Kropotkins, von den Auffassungen eines Johann Most (1846–1906) wie von denen Max Stirners. Emigranten und Agitatoren aus aller Herren Länder kamen damals nach Deutschland und verwandelten es, der lang ersehnten Revolution entgegenfiebernd, in einen Schmelztiegel revolutionärer und pseudorevolutionärer Ideen. Sie saßen in Cafés und Klubs, debattierten die Möglichkeiten des Generalstreiks, plädierten für eine anarchistische Revolte, traten für die Errichtung der Rätemacht ein ...

Der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, damals als Korrespondent sowjetischer Zeitungen in Westeuropa tätig, kam im Spätherbst des Jahres 1921 aus dem satten und geruhsamen Brüssel in das brodelnde Berlin. „Die Deutschen lebten wie in einem Wartesaal", berichtet er in seinen Memoiren, „niemand wußte, was der kommende Tag verhieß. Die Zeitungsverkäufer riefen: ‚BZ! Neueste Ausgabe! Kommunistische Erhebung in Sachsen! Putschvorbereitungen in München!' Schweigend lasen die Leute die Zeitung und gingen zur Arbeit. Die Ladeninhaber wechselten täglich ihre Preisschilder: Die Mark fiel. Der Kurfürstendamm wimmelte von Ausländern, für ein Spottgeld kauften sie die Reste verflossener Herrlichkeit. In den Armenvierteln wurden einige Bäckereien gestürmt. Der Zusammenbruch schien unvermeidlich, doch die Fabrikschlote rauchten, die Bankangestellten notierten gewissenhaft vielstellige Zahlen, die Nutten legten sorgfältig Rouge auf ...

In dem Viertel, das die ausländischen Marodeure und die Berliner Neureichen, die ‚Schieber', bevorzugten, befand sich das ‚Romanische Café' – Asyl der Schriftsteller,

Maler, kleinen Spekulanten und Prostituierten. Da traf man Italiener, die vor Mussolinis Rizinusöl davongelaufen waren, Ungarn, die sich vor Horthys Kerkern gerettet hatten. Da debattierte der ungarische Maler Moholy Nagy mit Lissizki über den Konstruktivismus. Da erzählte Majakowski Piscator von Meyerhold. Da träumten italienische Phantasten von einem Marsch der internationalen Arbeiterschaft auf Rom, indes Devisenschieber mit kleinen Dollarnoten handelten. Wenn die braven Bürger sonntags zum Gottesdienst in die Gedächtniskirche gingen, schielten sie ängstlich zum ‚Romanischen Café' hinüber, als läge da gegenüber von ihrer Kirche das Hauptquartier der Weltrevolution....

Alle Welt blickte damals auf Berlin, die einen aus Angst, die anderen voll Hoffnung: In dieser Stadt entschied sich das Schicksal Europas für die kommenden Jahrzehnte. ... Zugegeben, die Sowjetrepublik in Bayern war niedergeschlagen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren ermordet, aber vor uns sollten noch die Flammen des Hamburger Aufstands lodern. Für die Zeitgenossen war noch nichts entschieden, und im Herbst 1922 wartete ich wie alle auf die Revolution."[2]

In dieser revolutionären Nachkriegssituation spalteten sich linksradikale Gruppen von den großen Arbeiterorganisationen ab, schwemmten in kurzer Zeit zu großen Formationen auf, spalteten sich und schlossen sich mit anderen Gruppen zusammen. Bisher bedeutungslose Organisationen erhielten über Nacht Massenzulauf.

Das Spektrum linksradikaler Gruppierungen reichte von der anarchosyndikalistischen FAUD über die FAU Gelsenkirchener Richtung, den Deutschen Schiffahrtsbund, die industrialistische AAUD, die Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation (AAUE) und andere bis zur linkssektiererischen KAPD. Die organisatorischen Grenzen zwischen den einzelnen Organisationen waren mitunter fließend.

Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands entstand 1919 aus der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften (FVDG). 1920 hatte die FAUD nach eigenen Angaben 150000 Mitglieder. Ihren Haupteinfluß besaß sie unter

Berg-, Metall- und Bauarbeitern. Regionale Schwerpunkte waren das Ruhrgebiet, das mitteldeutsche Industrierevier, Berlin und eine Reihe weiterer Großstädte. Zu den führenden Kräften der FAUD, die zum Teil recht stark von den anarchistischen Ideen Peter Kropotkins und Gustav Landauers (1870–1919) beeinflußt waren, gehörten Rudolf Rocker (1873–1958), Augustin Souchy (1892–1984), Fritz Oerter (1869–1935), Fritz Kater (1861–1945) und Theodor Plivier (1892–1955).

Die FAUD orientierte sich am französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende, insbesondere an der „Charte d'Amiens" der CGT aus dem Jahr 1906, „in der man den vollkommensten Ausdruck des anarchosyndikalistischen Gedankens finden kann"[3]. Auffällig war die gedankliche Übereinstimmung der Prinzipienerklärung der FAUD mit der „Charte d'Amiens". In beiden Dokumenten wurde die Aufgabe der Gewerkschaft nicht nur in einer Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gesehen, sondern vor allem darin, unabhängig von jeder politischen Partei die „volle Befreiung der Arbeiter" vorzubereiten, „die nur durch die Enteignung der Kapitalisten herbeigeführt werden kann"[4]. In beiden Dokumenten wurde übereinstimmend unterstrichen, „daß die Gewerkschaften, die heute Kampforganisationen sind, in Zukunft Organe der Produktion und der Verteilung, d. h. die Grundlage der sozialen Umgestaltung sein werden"[5].

Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwarfen beide Organisationen in ihren programmatischen Dokumenten bzw. in den grundlegenden Schriften ihrer Führer jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften und die Eroberung der *politischen* Macht. Sie stellten sich (im Unterschied zur „indirekten Aktion" durch Politiker in den Parlamenten) auf den Boden der sogenannten „direkten Aktion", das heißt Straßendemonstrationen, Sabotage, Boykott, Streiks und ähnliches, die ihren höchsten Ausdruck im „sozialen Generalstreik" finden sollte. Sie wandten sich gegen eine Verstaatlichung der Produktionsmittel, da eine solche angeblich „nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber zum Sozialismus führen"[6] könne. Statt dessen plädierte man für die soge-



Sitz des FAUD-Verlages „Der Syndikalist" 1928/29 in Berlin O. 34, Warschauer Straße 62 (Aufnahme aus dem Jahr 1986)

nannte gesellschaftliche Selbstverwaltung auf der Basis des Gruppeneigentums an den Produktionsmitteln.

Um ihre linksradikalen Vorstellungen historisch zu legitimieren und ihre praktische Politik zu begründen, waren führende Funktionäre der FAUD bestrebt, bestimmte Ele-

mente des utopischen Sozialismus und Kommunismus in ihre Traditionslinie zu stellen und für sich fruchtbar zu machen. Dieser Problematik widmeten sie in ihren theoretischen Organen sowie in ihrer Tagespresse wiederholt Artikel und ganze Artikelserien. Rudolf Rocker beschäftigte sich mit den Vorstellungen Charles Fouriers (1772–1837) über die zukünftige Gesellschaft und mit den praktischen Bemühungen seines Schülers Jean B. A. Godin (1817–1888) und unterstrich, daß einige Gedanken Fouriers „auch heute noch für ein schöpferisches sozialistisches Wirken von Bedeutung" seien.[7] Fouriers Ideal habe in einer sich allmählich über Provinzen, Länder und endlich die ganze Welt erstreckenden Föderation kleiner, überschaubarer, freier Gemeinwesen bestanden, und seine tiefschürfenden Gedanken hätten für die Anarchosyndikalisten ganz neue Perspektiven eröffnet, deren Bedeutung für die Zukunft noch gar nicht zu ermessen sei.

Zwar sollte die von der FAUD angestrebte neue Gesellschaft auf dem Rätesystem aufbauen, doch erwies sich diese Rätevorstellung bei näherer Betrachtung lediglich als aktuelle Umbenennung der herrschaftslosen Gesellschaftskonzeption, wie sie schon vom anarchistischen Flügel der I. Internationale vertreten wurde. Die FAUD lehnte eine Diktatur des Proletariats, wie sie in Sowjetrußland errichtet worden war, ab und plädierte für ein „reines Rätesystem", das auf den bestehenden anarchosyndikalistischen Organisationsgrundlagen errichtet werden sollte. Es verwundert daher nicht, daß sich der Antisowjetismus der FAUD-Führer in dem Maß verstärkte, in dem die FAUD zur bedeutungslosen politischen Sekte degenerierte. Anfang 1933 behauptete der FAUD-Funktionär Gerhard Wartenberg, daß sich *„die Sowjetunion kapitalistisch betätigt.* Zwar nicht privatkapitalistisch, sondern staatskapitalistisch, aber auf keinen Fall sozialistisch." Er unterstrich, *„der Staatskapitalismus in der Form des russischen Bolschewismus ist kein Sozialismus"*.[8]

Mit solchen Behauptungen setzten Gerhard Wartenberg und andere anarchosyndikalistische Führungskräfte den sozialistischen Sowjetstaat mit den kapitalistischen Staaten mechanisch gleich und ignorierten, daß sich mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland eine grundlegende Veränderung der politischen Machtverhält-

nisse vollzogen hatte. Die politische Macht ging aus den Händen einer Minderheit in die Hände der Mehrheit des Volkes über. Die Ausbeuterklassen wurden entmachtet, und das Proletariat lenkte von nun an im Bündnis mit der Masse der Bauernschaft und der Intelligenz die Geschicke dieses Landes. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten eröffnete den Weg für radikale Veränderungen in der sozialökonomischen Ordnung: die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihre Überführung in gesellschaftliches Eigentum. Damit wurden zugleich entscheidende Voraussetzungen für die Errichtung der neuen, der sozialistischen Gesellschaft geschaffen. Sowohl für den Aufbau dieser neuen Gesellschaftsordnung als auch für den Schutz der sozialistischen Errungenschaften ist der Staat der Werktätigen, auf den die Attacken der anarchistischen und anarchosyndikalistischen Ideologen gerichtet waren, erforderlich. Nur der Staat des Kapitals „verschwindet" als Folge der sozialistischen Revolution „mit einem Schlage", während die kommunistische Gesellschaft nur über das „Aufblühen" und Reifen des sozialistischen Staates erreicht werden kann. Lenin unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Existenz des Staates, „solange der siegreiche Sozialismus nicht in den vollständigen Kommunismus hinübergewachsen ist"[9].

Die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchener Richtung ging aus der Allgemeinen Bergarbeiter-Union hervor, die im März 1919 in Konkurrenz mit der FVDG, damals gefördert von der KPD, im Ruhrgebiet aufgebaut worden war und sich im September 1919 an der Gründung der rheinland-westfälischen Freien Arbeiter-Union beteiligt hatte. Aus deren Konkursmasse rettete sie später das Kürzel „FAU". Der bürgerliche Historiker Hans Manfred Bock schreibt in diesem Zusammenhang: „Einige Monate lang herrschte in der ehemaligen ‚Allgemeinen Bergarbeiter-Union' ein unentwirrbares Durcheinander von unionistischen Ideen (Betriebsorganisation, Einheitsorganisation) und syndikalistischer Propaganda."[10]

Erst mit der Zeit löste sich dieses Durcheinander, die Anarchosyndikalisten behielten die Oberhand, und zeitweise schien es, als wäre eine Vereinigung aller anarchosyndikalistischen Kräfte in der FAUD möglich.

Doch die Differenzen zwischen den verschiedenen anarchosyndikalistischen Kräften blieben bestehen, und mit einem eigenen Reichskongreß, der vom 31. Oktober bis zum 2. November 1920 stattfand und auf dem sich ihr die Bergarbeiter-Unionen Mitteldeutschlands und Oberschlesiens anschlossen, zog die FAU Gelsenkirchener Richtung einen Trennungsstrich zur FAUD. Die neugegründete Organisation zählte nach eigenen Angaben 115000 Mitglieder, davon etwa 90000 im Ruhrgebiet. Vom Einfluß der FAU in diesem Revier zeugen die Resultate der Betriebsratswahlen vom April 1920, bei denen die FAU mehr als ein Drittel der Mandate erlangen konnte. Als sich die FAU Gelsenkirchener Richtung im September 1921 mit der Freien Union der Landarbeiter und der Union der Hand- und Kopfarbeiter zur Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) vereinigte, hatte sie nach Angaben der RGI 150000 Mitglieder.

Die organisatorischen Veränderungen waren von langwierigen Diskussionsprozessen begleitet, in denen marxistische mit anarchosyndikalistischen Kräften um den Einfluß in der Organisation rangen. Ab Juni 1920 begannen sich schrittweise marxistische Positionen durchzusetzen, und ähnlich wie in einigen anderen Ländern vollzog sich ein Transformationsprozeß von einer mehr oder weniger anarchosyndikalistischen Organisation zu einer mit der KPD verbundenen Gewerkschaft. „In unzähligen öffentlichen Versammlungen wurde der syndikalistische Geist gebrandmarkt und eine marxistische Grundlage in der Organisation geschaffen."[11]

Auf dem Gründungskongreß der RGI 1921 gehörten die Delegierten der FAU jedoch noch zu jenen, die anarchosyndikalistische Positionen durchzusetzen suchten. Nach der Vereinigung zur Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) schloß sich die Gewerkschaft der RGI an. Wie in der CGT bzw. der CGTU in Frankreich war die Durchsetzung der politischen Linie der RGI und damit derjenigen der kommunistischen Partei in der Organisation mit heftigen und komplizierten Auseinandersetzungen mit anarchosyndikalistischen und anarchistischen Auffassungen einiger Führer der Union, die auf dem Standpunkt der Zerstörung der bestehenden reformistischen Gewerkschaften beharrten, verbunden. Diese Aus-

einandersetzungen führten schließlich im Verlauf des Jahres 1924 mit Unterstützung der RGI zum Ausschluß dieser Kräfte. Die ausgeschlossene Minorität der Union bildete Ende 1924 den Deutschen Industrie-Verband (DIV), der sich später spaltete und bedeutungslos blieb.

Entsprechend dem Beschluß des III. Kongresses der RGI vom Juli 1924 und dem Beschluß des Berliner Parteitages der KPD 1925 über die Verschmelzung aller Sonderorganisationen mit den entsprechenden Verbänden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) löste sich die Union im wesentlichen bis zum Herbst 1925 auf. Ihre Mitglieder schlossen sich in den folgenden Monaten den Ortsgruppen des ADGB an.

Ein ähnlicher Transformationsprozeß wie bei der FAU Gelsenkirchener Richtung vollzog sich auch beim Deutschen Schiffahrtsbund. Der Deutsche Schiffahrtsbund (vordem Deutscher Seemannsbund) gehörte ursprünglich der FAUD an und hat, wie die Führung der RGI feststellte, zunächst „an den spezifischen Krankheitserscheinungen des Syndikalismus" gelitten. „Allmählich verschwanden die syndikalistischen Tendenzen ..."[12] Diese Organisation besaß im Jahr 1924 etwa 20000 Mitglieder.

Weit bedeutender war die Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands. Sie ging aus der unionistischen Bewegung hervor, die im Frühjahr 1919 vor allem in den Bergbaugebieten Deutschlands aus Protest gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsbürokratie und der sozialreformistischen Führung der SPD sowie unter dem Einfluß anarchosyndikalistischer, linkssektiererischer Auffassungen als Parallelorganisation zu den freien Gewerkschaften gegründet worden war, aber objektiv die Arbeiterklasse weiter zersplitterte.

Die AAUD wies große Ähnlichkeiten mit der Shop-Stewards-Bewegung in England und mit den amerikanischen IWW auf und war zum Teil durch das Wirken der IWW beeinflußt. Die IWW trieben in Deutschland, vor allem in den Auswandererhäfen aktiv für ihre Ideen Propaganda; die Arbeiter-Union in Bremerhaven nannte sich im Untertitel „Industrial Workers of the World". Einige Intellektuelle wie Fritz Wolffheim (1888–1942) in Hamburg, die bereits vor dem ersten Weltkrieg in der amerikanischen revolutionären Arbeiterbewegung tätig gewesen waren, vermittelten

die Ideen der IWW. Durch Vorträge und eigene Schriften sowie durch die Herausgabe von Broschüren der amerikanischen Führer der IWW regten sie die Bildung von Arbeiter-Unionen an und wirkten tatkräftig als deren Organisatoren. Die Prinzipienerklärung aus der Feder der AAU Braunschweig erwies sich als „eine nur leicht retouchierte Übersetzung der Prinzipienerklärung der IWW aus dem Jahre 1907"[13].

Die AAUD konstituierte sich auf ihrer ersten Reichskonferenz im Februar 1920 in Hannover. Auf der Konferenz waren unter anderem Vertreter aus Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Hannover, Berlin, aus Mitteldeutschland, Schlesien und dem Ruhrgebiet anwesend. Hans Manfred Bock schreibt in diesem Zusammenhang, daß im „tumultuarischen Entstehungsprozeß" der Unionen anarchosyndikalistische Kräfte aus der Tradition der FVDG der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, gewerkschaftlich radikale Kräfte aus den nordamerikanischen IWW und Angehörige der KPD miteinander um Einfluß gerungen hätten, bevor die Berliner Gründergruppe der KAPD die Unionen als der Partei zugeordnete Wirtschafts-Kampforganisation in Anspruch nahm.[14]

Aus dieser Entstehungsgeschichte heraus existierten bereits in der Gründungsphase der AAUD im wesentlichen drei Richtungen in bezug auf das Verhältnis von Partei und gewerkschaftlicher Organisation, womit der Grundstein für spätere Spaltungen gelegt war: Der Kreis um den früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Rühle (1874–1943) war von der Überlebtheit der Organisationsform der politischen Partei an sich überzeugt; eine zweite Richtung plädierte für ein befristetes Nebeneinander von Partei und Unionen (nämlich für so lange, bis der Aufbau der Unionen vollendet sei); und eine dritte Richtung um den KAPD-Führer Karl Schröder (1885–1950) befürwortete das Nebeneinander von Partei und revolutionärer Betriebsorganisation auf lange Sicht.

Entsprechend traditionellen anarchosyndikalistischen Standpunkten verwarf die AAUD alle politischen Parteien (mit Ausnahme der KAPD, die Ziel und Kampfweise mit der AAUD gemeinsam habe), die Beteiligung am bürgerlichen Parlament und die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Sie sah auch ihre eigene Organisation, die Be-

triebsorganisation, als die Keimzelle der neuen, der kommunistischen Gesellschaft an. „Die Betriebsorganisation ist ein Anfang kommunistischen Werdens und wird als Rückgrat der Betriebsräte zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft, der klassenlosen Gesellschaft“[15], hieß es in den Richtlinien der AAUD.

Unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und der in den kapitalistischen Ländern verbreiteten marxistisch-leninistischen Literatur der Bolschewiki modifizierten einige Anarchosyndikalisten zumindest zeitweise ihre Auffassungen in der Staatsfrage. Vor allem bei den Industrialisten in England, den USA und in Deutschland setzte sich nach 1917 mehr und mehr der Gedanke durch, daß der Kampf um die Produktionsmittel in weitaus höherem Maß, als sie bisher angenommen hatten, einen Kampf um die Staatsgewalt darstellt und neben den wirtschaftlichen auch die zeitweise Anwendung aller politischen Kampfmittel, einschließlich des bewaffneten Aufstandes, notwendig macht. So plädierte die AAUD im Unterschied zur FAUD, welche die Eroberung der politischen Macht und damit auch die Errichtung der Diktatur des Proletariats grundsätzlich verwarf und für die sofortige Abschaffung des Staates in der „sozialen Revolution“ eintrat, *für* die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für die Errichtung einer proletarischen Staatsmacht in der Übergangszeit zur klassen- und staatenlosen Gesellschaft, die sowohl Produktion und Verteilung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab regeln als auch die proletarische Macht vor dem Klassenfeind schützen sollte. Damit hatte die AAUD marxistische Auffassungen aufgenommen, diese jedoch eklektisch* mit anarchosyndikalistischen Ideen vermischt.

Die zeitweise Aufnahme von Bruchstücken des Marxismus in das ideologische Arsenal des Anarchosyndikalismus kann jedoch keineswegs die generalisierende Behauptung bürgerlicher Ideologen stützen, die Richtung des Anarchosyndikalismus sei „in ihren führenden Geistern so stark vom Marxismus geprägt worden, daß man sie als dessen Seitenströmung betrachten muß“[16].

**Eklektizismus* – willkürliche, prinzipienlose und unschöpferische Vereinigung von Elementen sich widersprechender Theorien zu einem System.

Gerade die theoretischen Hauptaussagen des Anarchosyndikalismus – das Ziel einer mittels des Generalstreiks zu erreichenden, auf dem Gruppeneigentum an Produktionsmitteln beruhenden herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung, deren Träger die Gewerkschaften sein sollten, die Ablehnung einer politischen Partei des Proletariats und eines proletarischen Staates in der sozialistischen Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, die Ablehnung des Klassenkampfes auf dem politischen Feld usw. – stehen in grundsätzlichem Widerspruch zu den Ideen von Marx und belegen somit die Richtigkeit des marxistischen Leitsatzes, „daß Anarchismus und Anarchosyndikalismus *bürgerliche* Strömungen sind", die in „unversöhnlichem Gegensatz ... zum Sozialismus, zur proletarischen Diktatur, zum Kommunismus stehen".[17]

Die AAUD hatte nach eigenen Angaben im März 1921 etwa 200000 Mitglieder. Aber bereits bis zum Herbst desselben Jahres lösten sich unter der Führung von Otto Rühle und Franz Pfemfert (1879–1954) größere Teile von der AAUD ab und bildeten die Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation. Demgegenüber blieb die AAUD bis zum Ende der zwanziger Jahre eng mit der KAPD verbunden. Parallel zur Spaltung der KAPD im März 1922 in eine KAP Essener Richtung und eine KAP Berliner Richtung spaltete sich auch die AAUD und glitt damit unwiderruflich ins Sektenwesen ab.

Die AAUE, die bald nach ihrer Gründung im Oktober 1921 einen vielfältigen Spaltungsprozeß durchlief, hatte ihre Hauptmacht im Wirtschaftsbezirk Ostsachsen (Dresden). Ende 1922 zählte sie nach eigenen Angaben 75000 Mitglieder. Die AAUE näherte sich in politisch-ideologischer Hinsicht dem Modell des französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß sie als Gast an der Gründungskonferenz der „IAA" teilnahm. Sie lehnte jede Partei (auch die KAPD) ab und verstand sich als politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation. In ihren Richtlinien hieß es: „Die AAU ist die politische und wirtschaftliche Einheitsorganisation des revolutionären Proletariats."[18]

Die Vertreter einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation negierten die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei als organisierter und bewußter Vorhut

der Arbeiterklasse und verwischten den Unterschied zwischen der Klasse selbst und der Partei als Führerin der Klasse. An die Stelle einer disziplinierten und einheitlich handelnden Kampforganisation wurde eine mehr oder weniger lockere Vereinigung von Gleichgesinnten in Form von „Betriebsorganisationen" gesetzt. Diese sollten jeweils autonom sein und nur lose Verbindungen untereinander und völlige Handlungsfreiheit in ihrer Tätigkeit haben, was objektiv zu einer Zersplitterung der revolutionären Kräfte in eine Vielzahl von Gruppen und Grüppchen führen mußte.

Die Ersetzung der politischen Partei des Proletariats durch eine politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation bedeutete – wie Lenin dazu feststellte – die Verneinung des Parteibegriffs und der Parteidisziplin, was mit völliger Entwaffnung des Proletariats zugunsten der Bourgeoisie identisch war: „Das ist gleichbedeutend eben mit jener kleinbürgerlichen Zersplitterung, Unbeständigkeit und Unfähigkeit zur Konsequenz, zur Vereinigung, zu geschlossenem Vorgehen, die unweigerlich jede proletarische revolutionäre Bewegung zugrunde richten wird, wenn man ihr die Zügel schießen läßt."[19]

Das Erfordernis einer revolutionären Partei Leninschen Typus ergab sich bereits in der damaligen Zeit vor allem aus zwei Gründen: Zum einen kam es darauf an, „zu erreichen, daß die Arbeiterklasse *als Klasse* handelt"[20], wie Engels treffend formulierte. Dazu mußte die proletarische Bewegung schrittweise auf die dafür notwendige theoretische Höhe gebracht werden. Da die Arbeiterklasse, wie die Geschichte aller Länder gezeigt hat, aus eigener Kraft lediglich ein tradeunionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag und ein sozialistisches Bewußtsein nur aufgrund tiefer wissenschaftlicher Einsicht entstehen kann, ergibt sich daraus – damals wie heute – die Notwendigkeit einer revolutionären Partei des Proletariats. Ihre Existenz ist die entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse.

Die Kommunisten müssen den Kampf der Massen für die unmittelbaren Tagesinteressen mit dem Ringen um antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen und für das kommunistische Endziel miteinander verknüpfen. Die Werktätigen mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung auszurüsten, sie an ihre neue, revolutionäre Position heran-

zuführen ist Aufgabe der Partei, die nur lösbar ist mittels einer geduldigen Überzeugungsarbeit durch Agitation und Propaganda und der unbedingten Berücksichtigung der politischen Erfahrungen der Massen selbst. Die Partei muß ihnen diese Erfahrungen verdeutlichen, Klassenbewußtsein bei ihnen entwickeln, die Massen aktivieren und ihre Aktionen für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft leiten.

Der Verzicht auf eine revolutionäre Partei führt unweigerlich zu einer Schwächung der Positionen der Arbeiterklasse, weil „jede Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elements'", wie Lenin zu Beginn unseres Jahrhunderts schrieb, „zugleich – *ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht – die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet*"[21].

Zu Recht bemerkte Lenin in diesem Zusammenhang an anderer Stelle: „In Wirklichkeit ist die Parteilosigkeit, die eine scheinbare Selbständigkeit gewährleistet, die allergrößte Unselbständigkeit, die größte Abhängigkeit von der herrschenden Partei."[22]

Die Notwendigkeit einer revolutionären Partei des Proletariats ergab sich aber auch aus der Organisiertheit des Klassengegners. Angesichts des bereits damals hochorganisierten imperialistischen Staates mit seinen technisch gut ausgerüsteten und organisierten Repressivorganen, mit seinen politischen Parteien und Unternehmerverbänden freiwillig auf eine festgefügte und kampfstarke revolutionäre Organisation, auf eine klassenbewußte politische Partei der werktätigen Massen zu verzichten bedeutete in der Praxis des Klassenkampfes nichts anderes, als von vornherein das Proletariat zu entwaffnen und der Monopolbourgeoisie den Sieg zu überlassen.

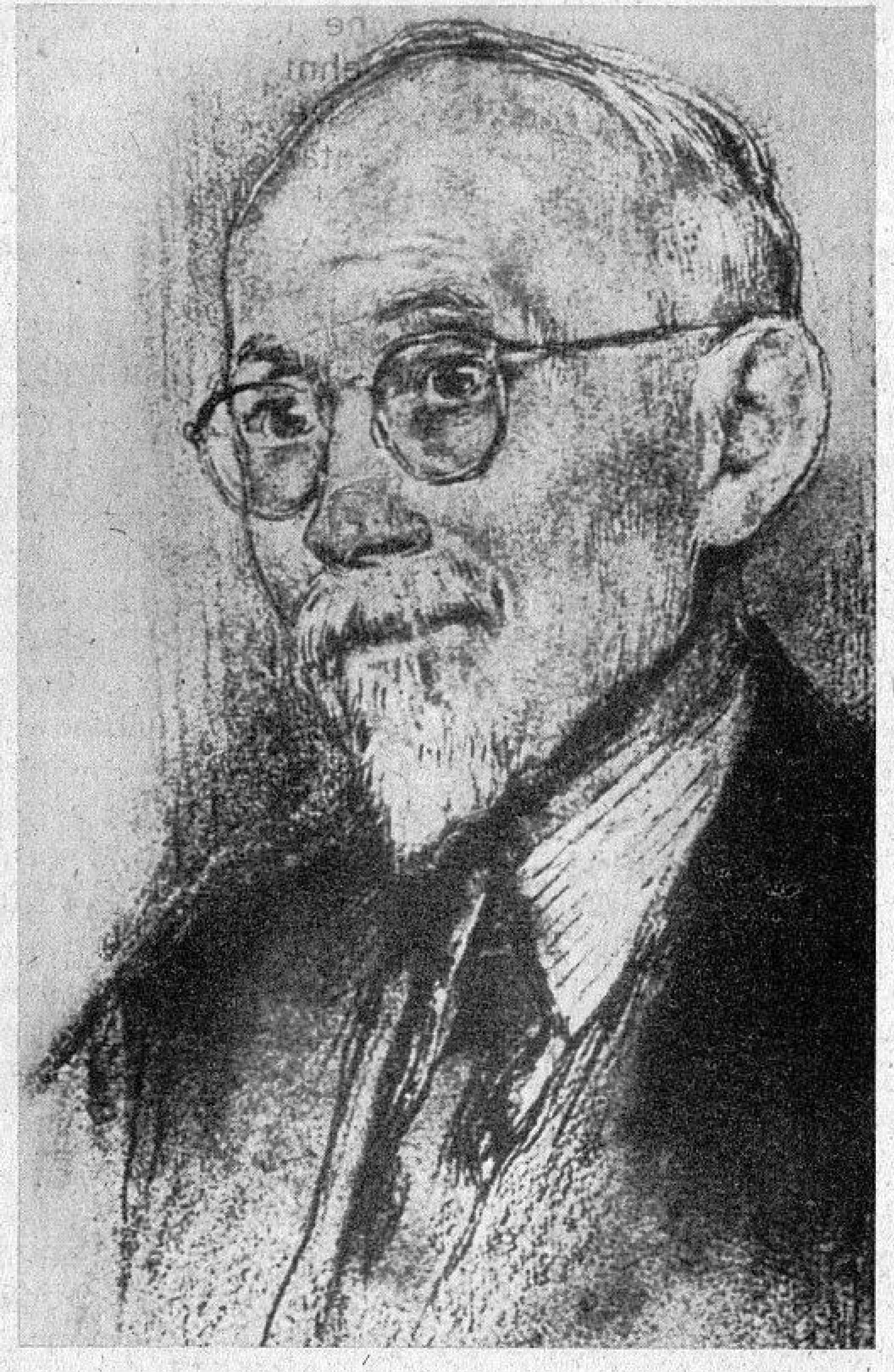
Die AAUE – durch innere Streitigkeiten und Spaltungen geschwächt – vermochte dem Angriff des Kapitals nichts entgegenzusetzen. Ende 1931 vereinigten sich die Reste der AAUD und der AAUE zur Kommunistischen Arbeiter-Union Deutschlands (KAUD). Zum Zeitpunkt der Gründung hatte diese ganze 343 Mitglieder, von denen 57 aus der AAUE kamen.

Von Bayern nach Mitteldeutschland, vom „Weißen Kreuz“ zur „Roten Fahne“

Im April 1920 gründeten aus der KPD ausgeschlossene ultralinke Kräfte die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, die die KPD des rechten Opportunismus bezichtigte. Die KAPD erreichte im September 1921 mit rund 45000 Anhängern, davon allein ein Drittel in Berlin, ihr Maximum an Mitgliederstärke. Nennenswerten Einfluß hatte die KAPD zeitweise auch in Hamburg, Bremen, Rheinland-Westfalen, Ostsachsen und Mitteldeutschland. Zu ihren Führern gehörten Karl Schröder, Alexander Schwab (1887–1943), Bernhard Reichenbach (1888–1975), Friedrich Wendel (1886–1960), Adam Scharrer (1889–1948), Peter Utzelmann (geb. 1894), Otto Rühle, Heinrich Laufenberg (1872–1932) und Fritz Wolffheim. Als Inspirator des Parteiprogramm-Entwurfs vom Mai 1920 und „intellektueller Mentor“ galt der Niederländer Anton Pannekoek (1873–1960), dessen antiparlamentarische, gegen die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften gerichtete Theorien von seinem Freund und politischen Weggefährten Herman Gorter (1864–1927) innerhalb der KAPD vertreten wurden.

Die bereits auf dem 2. Parteitag der KAPD im August 1920 einsetzende lange Reihe von Spaltungen dezimierte die Organisation schnell. „Ende 1921 war die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands zu einer kleinen Sekte geworden. Die ehrlichen proletarischen Elemente in dieser Partei brachen mit den linksradikalen Führern und fanden zur KPD zurück.“[1]

Im Mai 1922 war die KAPD wie Schnee in der Frühlingssonne bereits auf ganze 2000 Mitglieder zusammengeschmolzen. Der bürgerliche Historiker Olaf Ihlau stellt in diesem Zusammenhang fest: „Als Opfer ihres eigenen Doktrinarismus in die Isolierung getrieben, huldigten auch in den folgenden Jahren die nunmehr auf wenige Hundert zusammengeschmolzenen Mitglieder fanatisch ihren utopistischen Zielen und beschränkten sich vorwiegend auf



Anton Pannekoek

agitatorische Tätigkeit in Erwerbslosenversammlungen."[2] 1931 hörte die KAPD – bis auf einen kleinen Rest – praktisch auf zu existieren.

Auf ihrem 2. Parteitag behandelte die KAPD ein Programm, das die „Bildung von Arbeiterräten als Organe der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt" forderte und auf die Errichtung einer Rätemacht in Deutschland orientierte. Es war ein Programm, das den Antiparlamentarismus und die Zerstörung der alten Gewerkschaften verkün-

dete sowie indirekt putschistische Minderheitsaktionen propagierte und Tageskämpfe ablehnte. In superradikaler Manier wurde behauptet, daß im Deutschland von 1920 „auch die Beteiligung am Parlamentarismus zu den reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden" gehöre. Weiter hieß es: „Neben dem bürgerlichen Parlamentarismus bilden die Gewerkschaften das Hauptbollwerk gegen die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland."[3]

Derartige Forderungen und Parolen entsprachen den radikalistischen Stimmungen und Tendenzen unter einem Teil der deutschen Arbeiterklasse. Wilhelm Thiele (1902–1983), der – von der KPD kommend – sich 1920 unter dem Eindruck solcher Stimmungen für kurze Zeit der KAPD anschloß, schrieb dazu in seinen Erinnerungen: „... die Arbeit in den alten reformistischen Gewerkschaften lehnte ich ab, hörte ich doch in den Parteiversammlungen, daß die rechten Gewerkschaftsführer bereits am 15. November 1918, also schon sechs Tage nach Beginn der Revolution, mit den Monopolkapitalisten ein ‚Arbeitsgemeinschaftsabkommen' geschlossen hatten, zu keinem anderen Zweck, als die Herrschaft des Kapitalismus zu sichern. Außerdem stand – so nahm ich an – der revolutionäre Entscheidungskampf ja unmittelbar bevor, und ich dachte, die Arbeit in den Gewerkschaften würde nur davon ablenken."[4]

Um die irregeführten ehrlichen, revolutionär gesinnten Arbeiter für die kommunistische Bewegung zurückzugewinnen, wurde dem Wunsch der KAPD nach Aufnahme in die KI Ende 1920 stattgegeben, nachdem die KAPD ihre auf extremsten Positionen stehenden Führer Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim wegen ihrer bürgerlich-nationalistischen Anschauungen und den anarchosyndikalistische Auffassungen vertretenden Otto Rühle wegen Antibolschewismus und „parteizerrüttender Tätigkeit" ausgeschlossen hatte. Die KAPD erhielt den Status einer „sympathisierenden Partei mit beratender Stimme". Gleichzeitig lehnte die KI die falschen Positionen der KAPD ab und verlangte von ihr, alle Kominternbeschlüsse zu erfüllen, das heißt auch jenen, der die Wiedervereinigung mit der KPD vorsah. Da sich die KAPD diesem Beschluß nicht fügte, schied sie 1921 aus der KI aus.

In der Folgezeit bezog die KAPD in wachsendem Maß antisowjetische Positionen und verleumdete die KI, sie habe „alle Reste einer revolutionär-proletarischen Einstellung" aufgegeben.[5] Da es der KAPD nicht gelungen war, der KI ihre linkssektiererischen politischen Positionen aufzudrängen oder zumindest innerhalb der KI eine „linke" Opposition zu bilden, unternahm sie schon frühzeitig Bestrebungen, eine neue, vierte „wahrhaft revolutionäre" Internationale zusammenzuzimmern. In diesem Sinne wurde im April 1922 in Berlin offiziell eine „Kommunistische Arbeiter-Internationale" (KAI) gegründet. Doch dürfte diese KAI, an deren „Kongressen" lediglich Vertreter ultralinker Gruppen Deutschlands, Bulgariens und der Niederlande sowie russische „Linkskommunisten" teilnahmen, nicht einmal auf 2000 Mitglieder gekommen sein. Die KAI mit ihrer Stoßrichtung gegen die Sowjetunion und gegen die KI erwies sich somit als Totgeburt. Nach einer als „5. Kongreß der KAI" deklarierten Zusammenkunft Mitte 1926 in Berlin schrieb einer der ausländischen Organisatoren, ein Bulgare: „Nach diesem lächerlichen ‚internationalen Kongreß' muß man feststellen, daß eine KAI nicht existiert und daß die Essener Richtung (der KAPD und deren internationaler Parallelorganisationen – J. W.) vollständig zerfallen ist."[6]

Von den anarchistischen Gruppierungen in Deutschland sind nur zwei erwähnenswert: die Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands (FKAD) unter der Leitung von Rudolf Oestreich (1878–1963) und die Anarchistische Vereinigung Berlin, deren bedeutendste Persönlichkeit der Schriftsteller Erich Mühsam (1878–1934) war. Die FKAD hatte auf ihrem organisatorischen Höhepunkt 1923/24 einen ungefähren Mitgliederstand von 500 bei einer agitatorischen Ausstrahlung auf etwa 10000 bis 15000 Arbeiter, ihr Organ „Der freie Arbeiter" 1920 eine Auflage von 7000 Exemplaren. Noch unbedeutender war die Anarchistische Vereinigung Berlin, die maximal neun Ortsgruppen (1928) hatte und „der Öffentlichkeit verborgen blieb"[7]. Weit größer waren Bekanntheitsgrad und Ausstrahlung der Persönlichkeit Erich Mühsam, der sich über die kleinlichen Streitereien des linksradikalen Lagers erhob, indem „er mit seinem gesamten literarischen Schaffen seit dem ersten Weltkrieg ein klar umreißbares bündnispolitisches Anliegen verband: dem Gedanken der Einigung aller oppositio-

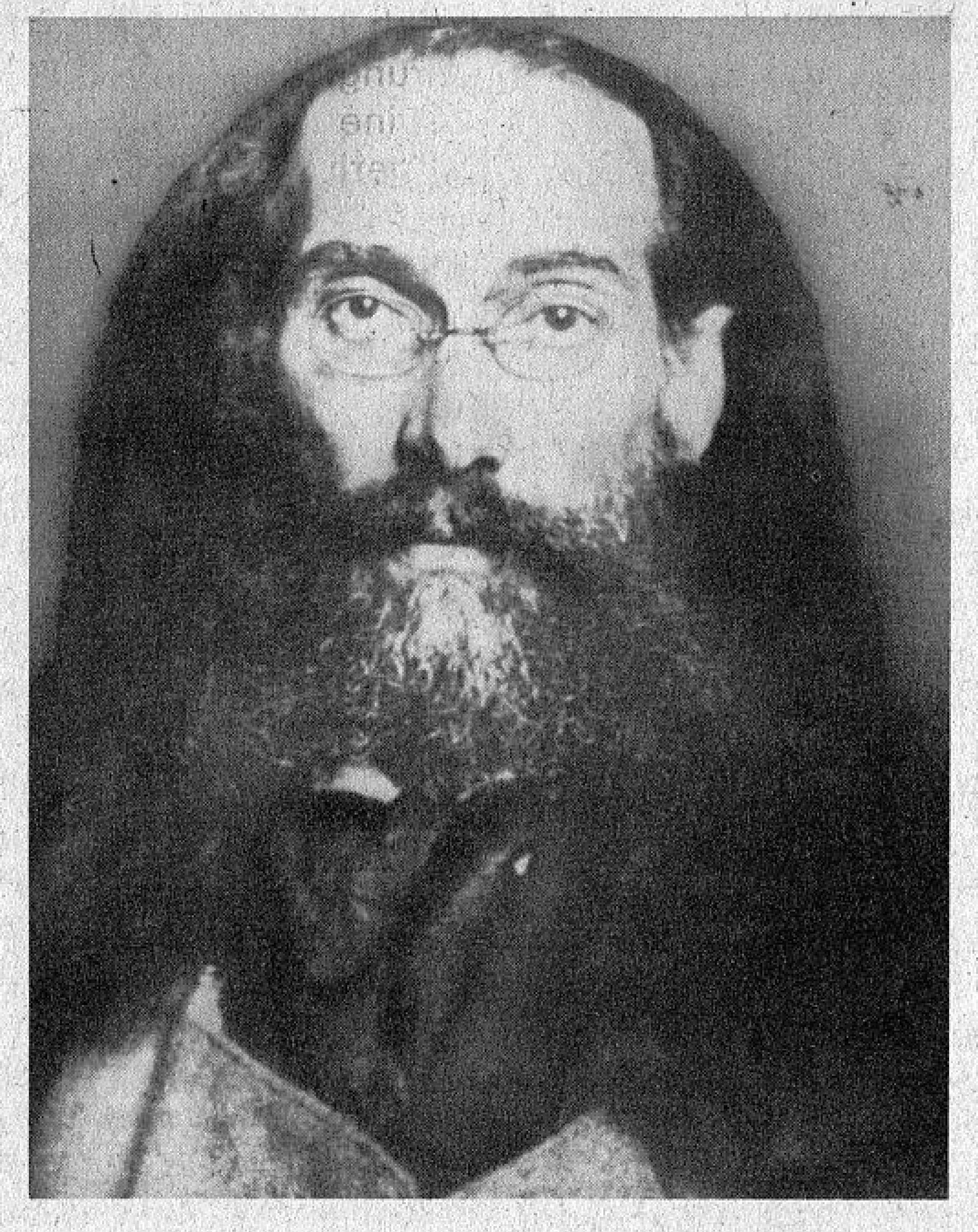
nellen und revolutionären Kräfte über alle politischen Meinungsunterschiede hinweg Ausdruck zu verleihen"[8].

Insgesamt spielten die linksradikalen Kräfte in den revolutionären Ereignissen der Nachkriegszeit in Deutschland eine widersprüchliche Rolle. Einerseits brachten sie ihren kämpferischen Enthusiasmus in die Klassenauseinandersetzungen ein, andererseits zeichneten sie sich durch pseudorevolutionäres Abenteurertum aus.

Linksradikale Kräfte waren im Frühjahr 1919 führend an der ersten Bayerischen Räterepublik beteiligt, die von den Kommunisten als Scheinräterepublik bezeichnet wurde, weil sie die Machtpositionen der imperialistischen Bourgeoisie unangetastet ließ und wenig tat, um die Konterrevolution zurückzudrängen. Der unter dem Einfluß von Führern der USPD, eines Teils der SPD, des Bayerischen Bauernbundes und der anarchistischen Schriftsteller Gustav Landauer und Erich Mühsam stehende Zentralrat der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte proklamierte am 7. April 1919 in München die Räterepublik in Bayern und wählte als Regierung einen Rat der Volksbeauftragten, dem sowohl ein so integrer Kämpfer für eine neue, menschliche Gesellschaft wie Gustav Landauer als auch ein so skurriler ökonomischer Theoretiker wie der Anarcholiberale Silvio Gesell (1862–1930) angehörten.

Der Dichter Ernst Toller, damals der Führer der USPD in München, fängt in seiner Autobiographie mit wenigen Strichen das Abenteuerliche und Weltfremde der Aktivität Gesells, des Theoretikers des „Freigeldes" und der „Freiwirtschaft", als Finanzminister ein: „Der Finanzkommissar Gesell versucht, das kapitalistische Problem vom Geldproblem aus zu lösen. Durch die Schaffung eines gleitenden Geldwertes will er den Zins und damit die Ausbeutung beseitigen. Er telegraphiert an das Reichsbankdirektorium in Berlin: ‚Die Übertragung des diplomatischen Bruchs auf das Geldwesen würde den Wiederanschluß in beklagenswerter Weise erschweren. Ich will mit durchgreifenden Mitteln die Währung sanieren. Verlasse die Wege der systemlosen Bargeldwirtschaft, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.'"[9]

Obwohl die erste Bayerische Räterepublik den bürgerli-



Gustav Landauer

chen Staatsapparat unangetastet ließ, stieß sie auf den wütenden Haß der Konterrevolution. Schon die Tatsache, daß sie sich auf Räte stützte, veranlaßte die Monopolbourgeoisie, in dieser Republik eine Gefahr für die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft zu sehen. Deshalb putschte ein Teil der Münchener Garnison in der Nacht vom 12. zum 13. April 1919 gegen die Scheinräteregierung.

Aber die revolutionären Arbeiter und Soldaten Münchens erhoben sich unter Führung der Kommunisten gegen die Konterrevolution und schlugen den Putsch nieder. Um die revolutionären Errungenschaften der Werktätigen zu schützen und zu festigen, erfolgte am 14. April 1919 eine Neukonstituierung der Räterepublik, die Schaffung einer

wirklichen Räterepublik, an der sich auch die KPD beteiligte. Die neugewählte Räteregierung, die unter der Leitung des Kommunisten Eugen Leviné stand, entwaffnete die Bourgeoisie, löste die alte bürgerliche Polizei auf und schuf eine Rote Armee, deren Oberkommandierender der Kommunist Rudolf Eglhofer wurde. Sie traf Maßnahmen zur Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, zur Nationalisierung der Banken und zur Neubesetzung wichtiger Funktionen in der Verwaltung. Sie verbot die bürgerliche Presse und unternahm Schritte zur Bekämpfung der Konterrevolution, der Spekulation und der Sabotage.

Doch die Rote Armee konnte nur anfangs militärische Erfolge gegen die konterrevolutionären Truppen erzielen. Angesichts der großen Übermacht der schwerbewaffneten Regierungstruppen schwankten kleinbürgerlich gestimmte Betriebs- und Soldatenräte, schwächte Uneinigkeit die Kampffront der Münchener Arbeiter. Trotz erbitterten Widerstandes der Roten Armee wurde die Bayerische Räterepublik letztlich am 3. Mai 1919 niedergeschlagen. Dem weißen Terror fielen nicht nur der USPD-Politiker Kurt Eisner, die Kommunisten Eugen Leviné und Rudolf Eglhofer und viele unbekannte revolutionäre Arbeiter und Soldaten zum Opfer, sondern auch der Anarchist Gustav Landauer.

Im Jahr darauf putschte konterrevolutionäres Militär unter Kapp und Lüttwitz, um die Errungenschaften der Novemberrevolution 1918 zu beseitigen, eine Militärdiktatur zu errichten und damit Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Monarchie zu schaffen. Die deutsche Arbeiterklasse beantwortete den Kapp-Putsch mit einem von KPD, USPD, SPD und Gewerkschaften organisierten Generalstreik. In vielen Orten übernahmen revolutionäre Einheitsorgane die vollziehende Gewalt, wurden wie im Mansfelder Revier, im Vogtland und in Thüringen bewaffnete Formationen der Arbeiter aufgestellt. Der Abwehrkampf, mit dem die von Kapp gebildete Regierung am 17. März 1920 zum Rücktritt gezwungen wurde, erreichte seinen Höhepunkt im bewaffneten Kampf der 100000 Mann umfassenden Roten Ruhrarmee. In ihren Reihen fochten nicht nur Mitglieder der KPD, der USPD und der SPD, sondern auch Anhänger der FAUD, von denen viele im Kampf gegen die Reaktion fielen oder nach Einstellung der Kämpfe von der Konterrevolution ermordet wurden.

Im März 1921 provozierten Polizei und Reichswehr die revolutionären Arbeiter im mitteldeutschen Industriegebiet, wo die VKPD ihren stärksten Einfluß besaß, zum bewaffneten Kampf. Unter dem Vorwand, gegen „Diebstähle in der Produktion" vorzugehen, besetzten bis an die Zähne bewaffnete Hundertschaften der Schutzpolizei Fabriken, Städte und Dörfer wie Feindesland. Unter dem Einfluß der „Offensivtheorie" beantwortete die VKPD die von langer Hand durch Monopolbourgeoisie und Großgrundbesitz vorbereitete und von den Rechtssozialdemokraten Severing und Hörsing (damals preußischer Innenminister bzw. Oberpräsident der Provinz Sachsen) organisierte Provokation mit dem bewaffneten Kampf, obwohl die objektiven Voraussetzungen für seinen Erfolg fehlten.

„Heldenhaft kämpften die Arbeiter gegen die bewaffneten Formationen des imperialistischen Staates, um dessen Anschläge auf die unter großen Opfern errungenen politischen und sozialen Rechte abzuwehren."[10] In diesen Kämpfen spielte eine legendäre Gestalt eine herausragende Rolle: Max Hoelz (1889–1933), der als Kommandeur von Arbeiterkampfgruppen, in denen VKPD-, KAPD-, AAUD- und FAUD-Mitglieder gemeinsam mit anderen Arbeitern zusammenwirkten, mutig, zum Teil auf eigene Faust, bewaffnete Aktionen unternahm.

Sein abenteuerliches Leben führte ihn vom „Weißen Kreuz", einem evangelischen Keuschheitsbund, zur „Roten Fahne", zur Kommunistischen Partei. Von früh auf hat Hoelz hart arbeiten müssen: als Knecht bei einem Großbauern, als Kitchenboy (Küchenjunge) in London oder als Landvermesser in Falkenstein. Das sinnlose Gemetzel des ersten Weltkrieges ließ ihn an der Richtigkeit seiner religiösen Weltsicht zweifeln. Die Novemberrevolution 1918 und die ihr folgenden revolutionären Ereignisse im Vogtland prägten Max Hoelz zum Revolutionär. Bald schon wurde sein Name zum Synonym für kühne Handstreiche gegen Polizei und Reaktion, wurde Max Hoelz zum Robin Hood des Vogtlandes, der den Reichen nahm, um den Armen zu geben. Hoelz selbst berichtete in seinen Memoiren: „In einer Sitzung des Arbeitslosenrates erschien ein Blinder, der seinen kümmerlichen Unterhalt mit Korbflechten verdiente, und bat um ein Darlehn von tausend Mark, um sich Weiden für seine Arbeit kaufen zu können. Ich sandte so-

fort ein Mitglied des Vollzugsrats zu einem steinreichen Händler, dem die Unmassen seines Geldes große Sorgen bereiteten, ließ ihn holen und forderte ihn auf, dem Blinden das Gewünschte zu geben; der arme Reiche erklärte sich dazu bereit."[11] In gewagten Aktionen befreite Hoelz inhaftierte Mitkämpfer, ließ Gerichtsakten und Villen der Reichen in Flammen aufgehen, Dynamitanschläge auf Gerichtsgebäude verüben, „Expropriationsgruppen" Überfälle auf Bankgebäude und Postkassen ausführen. Kein Wunder, daß die reaktionäre Klassenjustiz schon im März 1920 30000 Mark auf seine Ergreifung ausgesetzt hatte.

Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates in Falkenstein, der Initiator des dortigen Arbeitslosenrates, der Mitbegründer der KPD im Vogtland, der Führer bewaffneter Kämpfe in diesem Gebiet während des Kapp-Putsches, wuchs mit den Ereignissen. Sicher war er in seinen Handlungen nicht frei von Fehlern, doch sind für ihre Beurteilung auch die damaligen Rahmenbedingungen einer revolutionären Krise zu beachten. „Hoelz ging es immer um die Aktion", schreibt sein Biograph Manfred Gebhardt. „Alles andere war für ihn Opportunismus. Manche wichtige Entscheidung im gesamtrevolutionären Prozeß verstand er nicht und billigte sie auch nicht. Später – erst im Zuchthaus – fand er Zeit, erwarb er sich das nötige Wissen, um sein Verhältnis zur KPD zu klären und als revolutionärer Kämpfer in den Reihen der Partei zu wirken."[12]

In den Märzkämpfen 1921 stand Max Hoelz der KAPD nahe. KAPD-Führer stifteten hier durch ihr linksradikales Gebaren Verwirrung unter den revolutionären Arbeitern. In ihren Zeitungen und Flugblättern proklamierten sie den „bewaffneten Aufstand" und riefen zum „Kampf um die Diktatur des Proletariats" auf. Den individuellen Terror als zulässige Kampfmethode ansehend, organisierten sie eine Reihe von Sprengstoffattentaten. Schon vorher, 1920, hatten sie Sabotage offen zu einem Mittel des Klassenkampfes erklärt und behauptet, von einem bestimmten Punkt an sei Klassenkampf eine Auseinandersetzung „mit Fäusten und Zähnen, mit Messern und Knüppeln, aber besser noch mit Gewehren, MG, Handgranaten und Sprengstoff"[13]. Andere KAPD-Funktionäre wie der Vorsitzende des paritätisch aus VKPD- und KAPD-Mitgliedern zusammengesetzten Aktionsausschusses der Leuna-Werke, Peter Utzel-



Max Hoelz (rechts) mit bewaffneten Arbeitern 1921 in Mitteldeutschland

mann, der dort unter dem Pseudonym Kempin auftrat, glaubten von vornherein nicht an einen Erfolg der bewaffneten Aktionen und zeichneten sich durch Passivität aus.

Da den mitteldeutschen Arbeitern eine einheitliche Zielsetzung und Führung fehlten und ihre Aktionen im Lande weitgehend isoliert blieben, konnten sie sich gegen die militärische Übermacht ihrer Feinde nicht behaupten. Viele

Arbeiter fielen in Leuna und anderen Orten des Industriereviers dem weißen Terror zum Opfer, wurden ohne Gerichtsverfahren ermordet, rund 6000 eingekerkert und ein Großteil von ihnen, darunter Max Hoelz, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Brennpunkte des Klassenkampfes waren zumeist auch Hochburgen des Linksradikalismus. In Deutschland waren anarchosyndikalistische und andere linksradikale Ideen vor allem unter den Bergleuten des Rhein/Ruhr-Gebietes, Mitteldeutschlands und Oberschlesiens, den Arbeitern der Metallindustrie (so im Ruhrgebiet), den Bauarbeitern (z. B. in Berlin) und den Chemiearbeitern (z. B. in den Leuna-Werken) verbreitet.

Vor allem die Kategorie der jungen, zum großen Teil ungelernten und bisher nicht organisierten Arbeiter, die durch den Krieg und die revolutionären Nachkriegsereignisse politisiert und radikalisiert worden waren, charakterisierte „die breite Mitgliedschaft aller linksradikalen Organisationen (FAUD, KAPD, AAUD) bis zu einem gewissen Grade soziologisch; sie war jedoch für den deutschen Syndikalismus keineswegs von der Bedeutung wie z. B. für die Mitgliedschaft der IWW in den Vereinigten Staaten vor dem ersten Weltkrieg“[14]. Im Unterschied zu den USA hatten sich viele hochqualifizierte Arbeiter, die von den bestehenden reformistischen proletarischen Organisationen enttäuscht waren, dem Linksradikalismus zugewandt.

Die Veränderungen in der Volkswirtschaftsstruktur, insbesondere der Aufbau der Chemieindustrie, sowie Konzentration und Zentralisation des Kapitals führten zu einer immensen Ausdehnung alter Industriestandorte und zur Entstehung neuer industrieller Zentren. Dort dominierten oftmals Proletarier mit wenig politischen Kampferfahrungen und mit anderer Mentalität und sozialer Psyche als in organisch gewachsenen traditionellen Industriezentren. Vor allem im Verlauf des ersten Weltkrieges wurden – entsprechend den Erfordernissen der kapitalistischen Kriegswirtschaft – in hohem Maß jugendliche Arbeiter und Frauen im Bergbau und in den metallverarbeitenden und Hüttenbetrieben eingestellt. In Deutschland stieg zum Beispiel die Zahl der Arbeiter bei Krupp von 34000 im Jahr 1914 auf

100000 im Jahr 1918 und in der Maschinenfabrik Thyssen in Mülheim (Ruhr) von ursprünglich 3000 auf 26500. Auch in der Chemieindustrie in Leverkusen und in Merseburg gab es eine ähnliche Massierung von Arbeitern. „Die plötzliche Ballung von Arbeitermassen in riesigen Industriebetrieben, unter Zerstörung aller bisherigen sozialen, auch politischen Bindungen, schuf zwangsläufig einen günstigen Nährboden für Radikalisierungen und Massenaktionen"[15], stellen linksbürgerliche Autoren zutreffend fest.

So sollen Ende 1920 von den rund 22000 Leuna-Werkern etwa 2000 der AAUD angehört haben.[16] Gerade in der neuentstandenen Chemieindustrie wurden in hohem Maß junge un- und angelernte Arbeitskräfte beschäftigt, die nicht über die jahrzehntelangen Kampferfahrungen der Arbeiterklasse alter Industriezentren verfügten, sich diese Erfahrungen erst aneignen mußten und dabei gewissermaßen bestimmte Stadien verkürzt noch einmal durchlaufen mußten, die der Kern der Arbeiterklasse dieser Länder insgesamt schon längst absolviert hatte. Dazu gehörten auch solche Stadien, in denen die Arbeiterklasse besonders empfänglich für den Linksopportunismus gewesen war.

Bestimmte regionale bzw. lokale Zentren wie Berlin wiesen über längere Zeit hinweg eine gewisse Tradition des Linksradikalismus auf. Die lokalistische FVDG hatte vor dem ersten Weltkrieg ihr organisatorisches und kräftemäßiges Zentrum in Berlin, wo ihr vorwiegend im Bauwesen tätige Arbeiter angehörten. Bemerkenswert ist auch, daß sogar Berliner Sozialdemokraten antiparlamentarisch eingestellt waren. Nach dem ersten Weltkrieg war Berlin eins der wichtigsten Zentren von KAPD, AAUD und FAUD. In Teilen der Berliner Parteiorganisation der KPD hatten in der Folge verschiedene ultralinke Kräfte Einfluß, so Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Ernst Reuter (1889–1953), der unter dem Pseudonym Friesland bekannt wurde. 1926 teilten knapp 22 Prozent der Berliner KPD-Mitglieder die politischen Ansichten der beiden größten ultralinken Oppositionsgruppen in der KPD. Später war daher auch der „Leninbund" in Berlin relativ stark. Schließlich waren es vor allem Berliner Mitglieder mit Paul Kaiser (1885–1950), die sich weigerten, den Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter mit dem entsprechenden Verband des ADGB zu verschmelzen. Kaiser gründete 1926 den Industriever-

band für das Baugewerbe, der nach eigenen Angaben allein in Berlin seinen Mitgliederbestand von 1927 bis 1931 von 10000 auf 18000 Mitglieder erhöhen konnte. Zudem hatte der linksradikale Deutsche Industrieverband fast die Hälfte seiner Mitglieder in Berlin.

„In Berlin fanden linkssektiererische Auffassungen einen besonders günstigen Boden", stellt der marxistische Historiker Stefan Weber fest, „denn hier stießen die Klassenfronten schärfer als in anderen Teilen des Landes zusammen. Hier waren die revolutionären Arbeiter ständig und direkt mit der arbeiterfeindlichen Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer konfrontiert, wurden sie mehr und über längere Zeit hinweg durch die von Noske kommandierten Truppen erbarmungslos verfolgt. Auch erwies sich Berlin als ein Sammelpunkt vieler kleinbürgerlicher Kräfte, die die Wucht der Novemberrevolution bewogen hatte, sich zeitweilig der revolutionären Arbeiterbewegung anzuschließen, und die einen günstigen Nährboden für sektiererische Auffassungen bildeten."[17]

Zerfall und Niedergang

Der Übergang von der revolutionären Nachkriegsphase zur Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus stellte nicht nur die kommunistische Weltbewegung vor neue Aufgaben, sondern war zugleich eine gravierende Zäsur in der Entwicklung des Linksradikalismus. Der Anarchosyndikalismus trat damit ebenso wie der Anarchismus in eine Periode des Niedergangs ein, die bis zum Ende der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus andauern sollte.

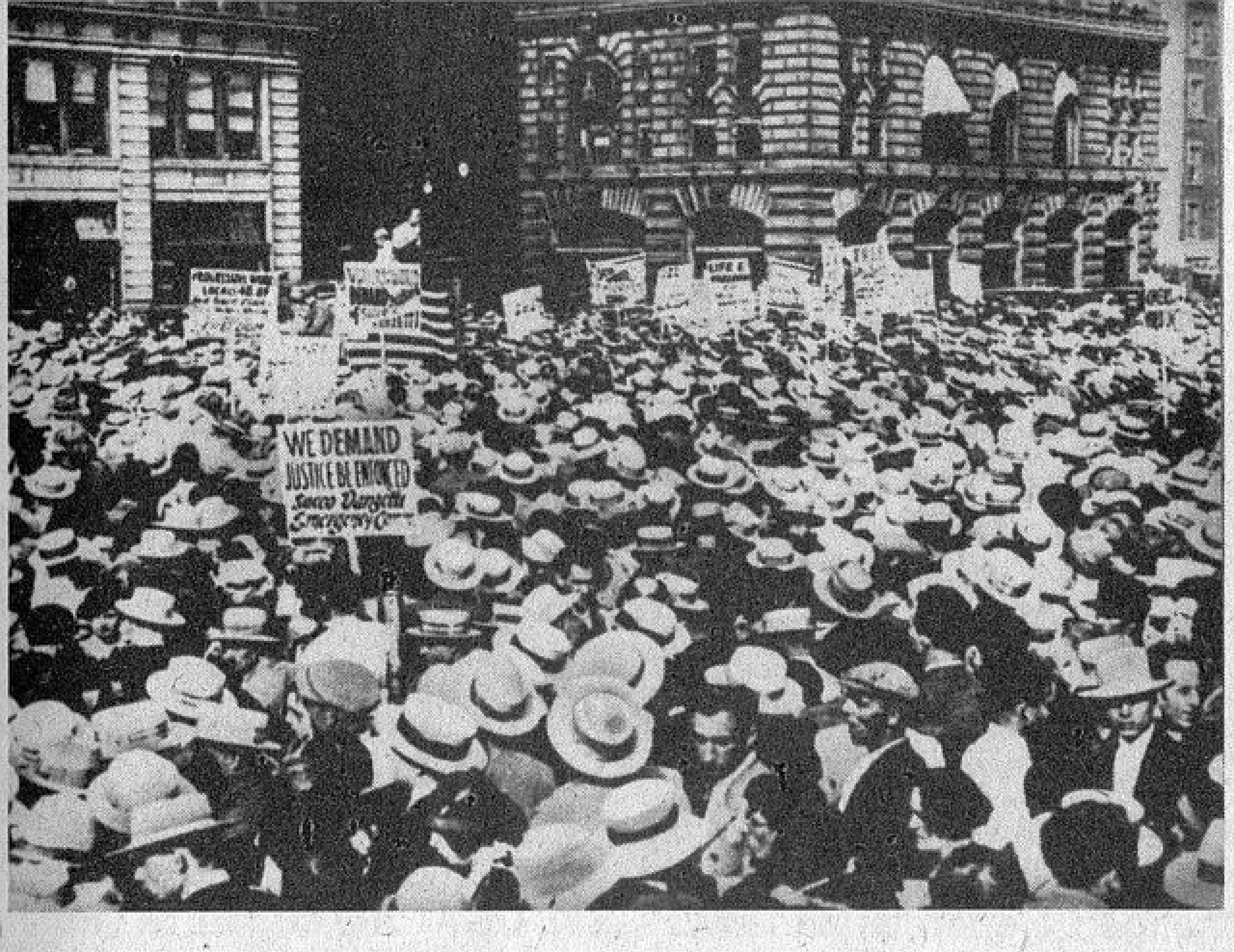
Die „IAA"-Gründer mußten einsehen, daß die hochgesteckten Erwartungen, mit ihrer Organisation ein wirkungsvolles Pendant zur RGI geschaffen zu haben, nicht in Erfüllung gingen. Zwar konnte die „IAA" die Anzahl ihrer Mitgliedsorganisationen erhöhen, aber ihre Gesamtmitgliederzahl sank ständig. Durch den Vormarsch der Reaktion in Spanien (Putsch Primo de Riveras am 13. September 1923),



„Rettet Sacco und Vanzetti!" – Unter dieser Losung demonstrierten Werktätige der ganzen Welt gegen den Terror der amerikanischen Klassenjustiz in Berlin ...

in Portugal (konterrevolutionärer Militärputsch am 28. Mai 1926) und in Italien (Beginn der uneingeschränkten faschistischen Diktatur 1926/27) wurden vor allem die Hauptstützen der „IAA" – die spanische CNT, die portugiesische CGT und die italienische USI – praktisch aktionsunfähig. In dieser Zeit mußten auch die anderen anarchosyndikalistischen Organisationen in den kapitalistischen Industrieländern mit bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen einen rapiden Mitgliederschwund verzeichnen. Von manchen blieb kaum mehr als die Abkürzung des Namens ihrer Organisation. Für Oktober 1929 gab das „IAA"-Büro einen Gesamtbestand der Weltorganisation von 222800 Mitgliedern an, mithin nur noch ein Neuntel der Mitgliedschaft aus der Gründungszeit.

Die anarchosyndikalistischen Führer nahmen diese Entwicklung mit Betrübnis zur Kenntnis. So schrieb Reinhold Busch (geb. etwa 1900) im Sommer 1931: „Es ist leider so: die FAUD (A.-S.) ist eine kleine Minderheitsbewegung."[1] Die Delegierten der spanischen CNT erklärten in ihrem Be-



... in New York im August 1927.

richt an den III. Kongreß der „IAA" in Lüttich (Liège) im Mai 1928, „daß von der mächtigen CNT von einst nur noch einzelne Organisationen, die unter ungünstigen Umständen und Verhältnissen dahinvegetieren, bestehen"[2]. Und der FAUD-Funktionär Gerhard Wartenberg stellte rückblikkend fest: Ende 1923 „waren alle wirklich revolutionären Bewegungen in äußerst schwieriger Lage. Lediglich der Kommunistischen Partei gelang es, sich als Massenpartei zu behaupten. ... Alle anderen revolutionären Bewegungen gingen praktisch zugrunde, und der deutsche Anarcho-Syndikalismus wurde wieder auf die Rolle der Vorkriegszeit zurückgedrängt."[3]

Der organisatorisch selbständige Linksradikalismus verkümmerte immer mehr zum politischen Sektenwesen. Seine Organisationen wurden zumeist unduldsamer und dogmatischer, wodurch sich die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften verstärkte. Vor allem die Sowjetunion und die kommunisti-

schen Parteien der kapitalistischen Länder wurden zur Zielscheibe vehementer Angriffe linksradikaler Führungskräfte.

Dennoch kam es auch in dieser Zeit hin und wieder – wenn auch in der Regel nur in punktuellen Fragen – zu einer Kooperation von linksradikalen Kräften und Kommunisten. Zu gemeinsamen Aktionen fanden sich zum Beispiel Kommunisten und linksradikale Kräfte beim Kampf um die Befreiung von Nicola Sacco (1891–1927) und Bartolomeo Vanzetti (1888–1927) zusammen.

Am 15. April 1920 überfielen in der Nähe von Boston in den USA bewaffnete Gangster den Transport von Lohngeldern einer Schuhfabrik. Der Kassierer und ein Wächter wurden erschossen. Mit 15000 Dollar flüchteten die Gangster in einem Wagen, in dem drei weitere Männer saßen. Augenzeugen glaubten, Italiener erkannt zu haben. Sicher führte in einer Zeit, die durch die Palmer-Raids – vom damaligen Generalstaatsanwalt der USA, Alexander M. Palmer, inszenierte Überfälle auf die fortschrittlichen, radikalen und kämpferischen Kräfte in der amerikanischen Arbeiterbewegung – in die Geschichte einging, die Spur eines Leihwagens, den die Polizei mit dem Verbrechen in Verbindung brachte, nicht zufällig zu den italo-amerikanischen Anarchisten Sacco und Vanzetti: Beide hatten sich als aktive Gewerkschafter für die Interessen der Werktätigen engagiert. Sacco und Vanzetti wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Die Klassenjustiz der USA verurteilte sie im Juli 1921 zum Tode.

Einige Zeit darauf bekannte ein gewisser Celestino Madeiros, wegen eines anderen Mordes zum Tode verurteilt, an dem Überfall auf den Geldtransport beteiligt gewesen zu sein, und entlastete damit Sacco und Vanzetti vollständig. Dennoch lehnte der zuständige Richter Thayer eine Wiederaufnahme des Prozesses ab. Trotz intensiver Proteste der demokratischen Weltöffentlichkeit wurden die beiden Unschuldigen am 22. August 1927, sechs Jahre nach dem Urteilsspruch, auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Offensichtlich genügte bei beiden ihr kämpferisches Engagement für Arbeiterinteressen, sie dem Henker auszuliefern. Zu Recht stellt der marxistische Gesellschaftswissenschaftler Johannes Zelt fest: „Der Prozeß gegen Sacco



Sacco und Vanzetti auf dem Weg zur Hinrichtung, 23. August 1927

und Vanzetti war ein eklatantes Beispiel des Terrorcharakters der kapitalistischen Klassenjustiz."[4]

Der Protest gegen den geplanten Justizmord führte unterschiedliche politische Kräfte zusammen. 1926 wollten sich auf einer gemeinsamen Protestversammlung in Villafalletto, dem Heimatdorf Vanzettis in Italien, ein Kommunist – das Mitglied des ZK der KP Italiens Giovanni Germanetto (1885–1959) –, ein Anarchist und ein Reformist für die Befreiung von Sacco und Vanzetti einsetzen, jedoch wurde die Veranstaltung von den italienischen Behörden verboten und die Redner gewaltsam vom Platz geschafft. Zu einer Demonstration für die Befreiung von Sacco und Vanzetti, die am 17. Mai 1927 auf dem Gendarmenmarkt in Berlin stattfand, hatten die KPD, die FAUD, die Union anarchistischer Vereine Berlins und Umgebung und die KAPD sowie eine Reihe weiterer Parteien und Organisationen aufgerufen.

An der Kampagne für den Volksentscheid über die Für-

stenenteignung in Deutschland beteiligten sich sowohl die KPD als auch die anarchosyndikalistische FAUD und Erich Mühsams Anarchistische Vereinigung.

Wie ist nun der Niedergangs- und Zerfallsprozeß des Linksradikalismus, der mit dem Ende der revolutionären Nachkriegsphase einsetzte, zu erklären?

Hier trafen mehrere Momente zusammen. Vor allem bedingte das Unvermögen der linksradikalen Führungskräfte, sich auf die veränderten Klassenkampfbedingungen einzustellen, den Rückgang des Einflusses ihrer Organisationen. Ihr Vorgehen baute auf der Illusion auf, die kapitalistische Krise müsse bald wiederaufleben und zu einer neuen revolutionären Situation führen. Unverändert an den veralteten Losungen festhaltend, die durch die neuen Kampfbedingungen völlig wirklichkeitsfremd geworden waren, betrachteten sich die Linksradikalen als die einzig „wahren" Revolutionäre und huldigten weitgehend der Vorstellung, die Revolution *jederzeit* „machen" zu können. Das verleitete sie oftmals dazu, die brennenden aktuellen Tagesforderungen der Werktätigen geringzuschätzen oder völlig zu negieren.

Der Linksradikalismus erwies sich als unfähig, eine konstruktive Theorie zur Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu entwickeln. Dies insbesondere deshalb, „weil", wie Lenin 1921 in einer analogen Auseinandersetzung schrieb, „er sich auf die abstrakte Gegenüberstellung von ‚Kapitalismus' und ‚Sozialismus' beschränkt und die konkreten Formen und Stufen dieses Übergangs ... nicht erfaßt".[5]

Zwar knüpften die Anarchosyndikalisten an Elemente der marxistischen Lehre von der historischen Mission der Arbeiterklasse an, lehnten aber die entscheidende Form des Klassenkampfes, den *politischen* Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus/Kommunismus, ab und beschränkten den Klassenkampf auf die rein gewerkschaftliche Aktion, im Prinzip auf seine *ökonomische* Seite. Eine derartige Beschränkung des Klassenkampfes und der – ausgesprochene oder unausgesprochene – Verzicht auf den Kampf auf der politischen Ebene schlossen aber praktisch die Arbeit am damals möglichen und notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt von vornherein aus und verurteilten die

Werktätigen zur Passivität im Kampf um die Sicherung und Erweiterung ihrer politischen Rechte.

Schon Marx und Engels wiesen mit allem Nachdruck darauf hin, daß sich die Arbeiter niemals der Teilnahme am politischen Kampf enthalten dürften, daß sie im Gegenteil durch die Praxis des wirklichen Lebens zur Politik gezwungen und damit auch genötigt sind, die Institutionen des bürgerlichen Staates für ihren Kampf zu nutzen. Marx und Engels betonten in der Auseinandersetzung mit den Bakunisten die Notwendigkeit, den Klassenkampf „nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig"[6] zu führen, „die alte, zusammenbrechende Gesellschaft auf dem politischen wie auf dem sozialen Boden zu bekämpfen"[7].

Diese Feststellung ist von allgemeingültiger Bedeutung, denn Apolitizismus* inmitten einer durch und durch politischen Umwelt zu verfechten bedeutet in der Konsequenz Unfähigkeit, auf die brennendsten Tagesfragen, die jeden einzelnen berühren, eine konstruktive Antwort zu geben. Zudem resultiert daraus die Ablehnung von politischen Parteien, also auch die Gegnerschaft zur revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Den Arbeitern „Abstention** von der Politik zu predigen, hieße, sie der Bourgeoispolitik in die Arme treiben", erklärte Engels in der Auseinandersetzung mit dem Bakunismus in der I. Internationale.

Einig sei man sich in dem Ziel, die politische Herrschaft des Proletariats im Zuge einer Revolution zu errichten. „Die Revolution aber ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muß auch das Mittel wollen – die politische Aktion, welche die Revolution vorbereitet, welche die Arbeiter für die Revolution erzieht ..."[8]

Ebenso wie damals die Bakunisten betrachteten sich die Anarchosyndikalisten als Revolutionäre, wollten sie die Befreiung der Arbeiterklasse in die Tat umsetzen und führten ständig den Begriff des Klassenkampfes im Munde. Aber

*Enthaltung vom politischen Geschehen.
**Enthaltung.

sie wollten ebensowenig anerkennen, daß eine Revolution ein politischer Akt ist, und reduzierten damit die Lehre vom Klassenkampf auf ein hohles Schlagwort. In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie berechtigt die von Lenin vorgenommene Charakteristik des Anarchosyndikalismus als eines „Revisionismus von links" war, der sich dem Marxismus anpaßte, indem er ihn „korrigierte", und „auf Schritt und Tritt vom falsch verstandenen an den richtig verstandenen Marx" appellierte.[9]

Eine weitere Ursache dafür, daß der Einfluß der linksradikalen Organisationen mit dem Abflauen der revolutionären Welle sank, waren die verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen des kapitalistischen Staates und entsprechende Aktivitäten der Unternehmerverbände, die teilweise mit der Führung reformistischer Gewerkschaftsorganisationen koordiniert wurden. Dem konzentrierten Angriff des Kapitals auf die politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse konnten die linksradikalen Organisationen – vielfach durch persönliche Streitigkeiten, unversöhnliche Richtungskämpfe und daraus resultierende Spaltungen geschwächt – mit ihrer Dezentralisation, ihrem Voluntarismus und Individualismus nur wenig entgegensetzen.

In den USA sahen sich die IWW einer bereits gegen Ende des ersten Weltkrieges beginnenden Repressionswelle ausgesetzt. Verschiedene Einzelstaaten der USA nahmen Gesetze gegen den „kriminellen Syndikalismus" an, und ein sogenannter Anti-Sabotage-Gesetzentwurf, der sich eindeutig gegen die IWW richtete, passierte den USA-Senat am 6. Mai 1918. Behörden und Justizapparat, Polizei und Militär gingen im Interesse der Unternehmer mit Willkür und Grausamkeit gegen die „Wobblies", wie die Mitglieder der IWW genannt wurden, vor, nahmen Verhaftungen und Deportationen vor und verhängten langjährige Gefängnisstrafen. „Es gab kaum eine Gewaltmaßnahme", konstatierte der Gewerkschaftshistoriker Siegfried Nestriepke, „die ihnen gegenüber nicht zur Anwendung gekommen wäre."[10] Insbesondere durch die verschärfte Unterdrückung und Verfolgung spielten die IWW bereits seit Anfang der zwanziger Jahre keine wesentliche Rolle mehr in der Arbeiterbewegung der USA.

Im Zusammenhang mit dem Abebben der revolutionären

Welle der Nachkriegszeit – und speziell infolge von Niederlagen ultralinker Organisationen – resignierten viele Anhänger der Linksradikalen. Nach verlorenen Streiks der IWW der USA verschwanden ganze Ortsorganisationen der Industrial Workers of the World von der Bildfläche. Der damalige Internationale Sekretär der „IAA", Augustin Souchy, schrieb Ende 1927, daß sich nach dem ersten Weltkrieg die Reihen der anarchosyndikalistischen Organisationen unverhältnismäßig schnell und stark füllten, da viele revolutionär gestimmte Arbeiter „an den nahen Sieg der sozialen Revolution glaubten und nicht abseits stehen wollten, sondern sich denen zuwandten, die den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Als dann der Sozialismus nicht kam und der Kapitalismus sich wieder festsetzte, verloren sich die zugeströmten Massen ebenso schnell wieder, wie sie gekommen waren ..."[11] In dieser Schnellebigkeit äußert sich die Unfähigkeit linksopportunistischer Kräfte, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen. Hier zeigt sich die Unbeständigkeit des „linken" Revolutionarismus, „seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen".[12]

Der Einfluß des Linksradikalismus in seinen verschiedenen Spielarten auf die revolutionär gesinnten Arbeiter wurde auch durch die Beispielwirkung des realen Sozialismus im Sowjetland begrenzt und zurückgedrängt. Die Praxis des Aufbaus der neuen Gesellschaftsordnung im Lande Lenins ließ das Unrealistisch-Utopische der linksradikalen Vorstellungen erst recht deutlich werden. Selbst bürgerliche Politikwissenschaftler müssen einräumen, daß die linksradikale Sektenbildung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre „durch die Faszination, die von der Sowjetunion zwischen den beiden Weltkriegen ausging, gebremst"[13] wurde.

Deshalb mußte der von linksradikalen Führungskräften geschürte Antisowjetismus auf diese selbst wie ein Bumerang zurückschlagen. Wenn der Anarchosyndikalist Rudolf Rocker damals das gesellschaftliche System in Sowjetrußland als „Bankerotterklärung des Staatssozialismus in seiner schlimmsten und abschreckendsten Gestalt"[14] diffamierte, konnte er damit in den zwanziger Jahren noch nicht an den später auch in der Arbeiterklasse weit verbrei-

teten Antisowjetismus und Antikommunismus anknüpfen, sondern die revolutionär gestimmten Arbeiter nur abstoßen.

Schließlich – aber keineswegs an letzter Stelle – trug der entschiedene politisch-ideologische Kampf der Kommunisten, der Marxisten-Leninisten, gegen den Linksradikalismus dazu bei, dessen Einfluß zurückzudrängen. Eine äußerst wichtige Rolle spielte dabei Lenins Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", das weite Verbreitung fand. Wie kaum ein anderes half dieses Buch vielen Kommunisten sowie Angehörigen linksradikaler Organisationen, ihre „linken" Fehler zu überwinden und im schwierigen revolutionären Kampf den richtigen Weg zu finden.

Große Aufmerksamkeit widmeten die Marxisten-Leninisten der Gewinnung anarchosyndikalistischer Kräfte. Nachdem viele Führer linksradikaler Organisationen auf offen konterrevolutionäre Positionen übergegangen waren, bemühten sich die Kommunisten, die ehrlichen, revolutionär gesinnten Kräfte in diesen Organisationen vom schädlichen Einfluß der ultralinken Führer zu befreien und sie auf den revolutionären Weg zu führen. Das Leben selbst mit seinen tagtäglichen Klassenkämpfen ließ viele Arbeiter, die sich zunächst von den pseudorevolutionären Positionen angezogen fühlten, Lernprozesse durchlaufen und mehr und mehr die Haltlosigkeit der linksradikalen Thesen erkennen. Viele von ihnen fanden daher den Weg in die kommunistischen Parteien, während die linksradikalen Organisationen immer mehr an Einfluß auf die Arbeiter verloren.

Insgesamt zeigt sich, daß in dem Maß, wie es den kommunistischen Parteien gelang, die linksradikalen und sektiererischen Tendenzen in den eigenen Reihen zu überwinden, sie auch den Einfluß des Linksradikalismus in der Arbeiterbewegung zurückzudrängen vermochten.

Trotzki – ein neuer Prophet?

3. September 1938: Rund zwei Dutzend Personen treffen sich unter „tiefster Geheimhaltung" in einer kleinen Wohnung in Périgny, einem Dorf bei Paris, zu einem „Gründungskongreß". Ebenso obskur und hochstaplerisch wie die Tagesordnung für diese Eintagssitzung, so überladen, daß sie einen normalen Kongreß eine ganze Woche lang beschäftigt hätte, ist auch das Ziel des ganzen Unternehmens: die Gründung einer „IV. Internationale". Ihr geistiger Vater, Leo Trotzki, will mit ihr ein Gegengewicht zur III., zur Kommunistischen Internationale schaffen.

Die 21 Delegierten, die behaupteten, die Organisationen von elf Ländern zu vertreten, nahmen einen Bericht über den Stand der trotzkistischen Bewegung entgegen, der unwillentlich enthüllte, daß – wie der Trotzkist Isaac Deutscher (1907–1967) später feststellen mußte – „die Internationale wenig mehr als eine Fiktion war: ... Die ‚Sektionen' der Internationale bestanden jeweils aus ein paar Dutzend, höchstens ein paar hundert Mitgliedern – das galt sogar von der amerikanischen Sektion, der zahlreichsten von allen, die eine reguläre Mitgliederzahl von 2500 zu haben behauptete. Die Konferenz ließ sich jedoch nicht in ihrem Entschluß erschüttern, sich als ‚Gründungskongreß' zu konstituieren, wie das Trotzki geraten hatte."[1]

Lediglich zwei polnische Delegierte protestierten und prophezeiten: „Die Schaffung jeder der früheren Internationalen bildete eine entschiedene Bedrohung der bürgerlichen Herrschaft ... Das wird bei der Vierten Internationale nicht der Fall sein. Von der Arbeiterklasse wird keine wesentliche Gruppe auf unser Manifest reagieren."[2]

In der Tat – diese Prophezeiung sollte sich für die Anhänger Trotzkis bitter bewahrheiten. Im Unterschied zum Anarchosyndikalismus verfügte der Trotzkismus als selbständige organisatorische Richtung in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu keinem Zeitpunkt über einen bedeutsamen Masseneinfluß, blieb er mit wenigen Ausnah-

men immer im Larvenstadium einer politischen Sekte. „Wie immer sich auch die Umstände änderten", muß Deutscher eingestehen, „der Einfluß des Trotzkismus sollte unerheblich bleiben."[3]

Der Trotzkismus hatte sich im Verlauf der zwanziger Jahre in enger Wechselwirkung mit der trotzkistischen Opposition in der KPdSU(B), einer „kleinbürgerlichen Abweichung in der Partei"[4], die sich im Herbst 1923 formierte, zu einer politischen Strömung in der kapitalistischen Welt entwickelt. In dieser Zeit war „der Trotzkismus aus einer parteifeindlichen Strömung zu einer offen konterrevolutionären, antisowjetischen Kraft geworden"[5].

Vom Herbst 1923 bis zum Jahr 1927 mußte sich die Komintern wiederholt mit den abenteuerlichen pseudolinken Positionen Trotzkis und seiner Anhänger auseinandersetzen, die bestrebt waren, innerhalb der KI eine internationale Fraktion zu formieren.

Der Trotzkismus erwies sich als eine reale Gefahr für die ganze kommunistische Bewegung und für den Sozialismus. „Seine Überwindung, an der neben der KPdSU(B) alle kommunistischen Parteien beteiligt waren, gehört mit zu den größten historischen Leistungen der Kommunistischen Internationale."[6] Die Trotzkisten versuchten, die kommunistischen Parteien zu bewegen, die Leninsche Linie zu verlassen, und wollten ihnen eine dem Wesen nach kleinbürgerliche Politik aufdrängen. Die Auseinandersetzung mit Trotzki und seinen Anhängern war untrennbar mit dem Kampf um die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Komintern verbunden. Die Überwindung des Trotzkismus war, wie die Autoren des sowjetischen Werkes „Die internationale Arbeiterbewegung" feststellen, „ein wichtiger Meilenstein im politisch-ideologischen Reifeprozeß und bei der Festigung der Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung"[7].

Obwohl Trotzki und seine Anhänger in der KPdSU(B) zum Teil bei den ultralinken Elementen der jungen kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Rückhalt fanden, blieben die Trotzkisten in der kommunistischen Weltbewegung weitgehend isoliert. Es existierten

lediglich kleine trotzkistische Oppositionsgruppen in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Österreich, Luxemburg und den USA sowie in der Tschechoslowakei, die nach dem Ausschluß Trotzkis aus dem EKKI und aus der KPdSU(B) im Jahr 1927 aus der Komintern entfernt wurden. Selbst der führende Trotzkist Pierre Frank (1905–1984) muß zugeben: „Alle diese Gruppen waren im Verhältnis zu den (kommunistischen – J. W.) Parteien zahlenmäßig schwach ...“[8]

Ideenspender und politischer Kopf dieser Spielart des Linksradikalismus war Leo Trotzki, in dem seine Anhänger den Propheten einer neuen Revolutions-, besser: Heilslehre sehen wollten. Was beinhaltete diese Lehre jedoch wirklich?

Den Kern der politisch-theoretischen Auffassungen Trotzkis bildete seine Theorie der „permanenten Revolution“,[9] von der er behauptete, sie stünde im Einklang mit den Auffassungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Diese Theorie verfälschte jedoch den Marxschen Gedanken von der ununterbrochenen Revolution, der den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution beinhaltet. Marx und Engels bezogen dagegen Stellung, daß sich die Arbeiterbewegung während der bürgerlich-demokratischen Revolution den Interessen der Bourgeoisie unterordnen müsse, und erklärten, vielmehr müsse das Proletariat bedeutend weiter gehen als die bürgerliche und kleinbürgerliche Demokratie und dürfe sich nicht auf gewisse demokratische Errungenschaften beschränken: „Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschlusse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind.“[10]

Lenin entwickelte diesen Gedanken von Marx und En-

gels weiter. Er orientierte auf das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution, auf eine ununterbrochene Revolution: „... denn von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben."[11]

Von diesen Auffassungen unterschied sich Trotzkis Position grundsätzlich. Er empfing seine Inspirationen von den kleinbürgerlichen bzw. revisionistischen Theoretikern Pavel N. Miljukov (1859–1943), Alexander Parvus-Helphand (1867–1924) und Karl Kautsky (1854–1938). Das Wesen seiner Theorie der „permanenten Revolution" „bestand in der Ignorierung der bürgerlich-demokratischen Etappe der Revolution in Rußland und in der Leugnung der revolutionären Rolle der Bauernschaft als Bundesgenossen des Proletariats". Die Autoren der sechsbändigen „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion" kommen zu dem Schluß: „Mangelnder Glaube an die Kräfte der Arbeiterklasse, Furcht vor der Bauernschaft – das war die Grundlage der Theorie von der ‚permanenten Revolution'."[12] Diese Theorie betrachtete „den Sieg der Revolution in Rußland lediglich als ein Mittel ..., die Revolution im Westen ‚anzupeitschen'"[13].

Theoretischer Ausgangspunkt der Theorie der „permanenten Revolution" war zum einen die Auffassung, im Imperialismus wären nicht die Verschärfung der Widersprüche, sondern die nivellierenden Tendenzen das Ausschlaggebende. Letztere seien angeblich im 20. Jahrhundert stärker als in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus. Diese Auffassung brachte zum Ausdruck, daß Trotzki Stärke und Möglichkeiten des Imperialismus überbewertete und zugleich die revolutionären Potenzen der nationalen Formationen der Arbeiterklasse unterschätzte. Daraus resultierte zum anderen der Unglaube Trotzkis und seiner Anhänger an die Fähigkeit der Arbeiterklasse, den Sozialismus zunächst in einem oder in mehreren Ländern aufzubauen. Da Trotzki in der Bauernschaft nur eine konservative oder gar reaktionäre Masse, einen potentiellen Gegner des Proletariats sah, behauptete er, daß das Proletariat

keine Klassenverbündeten habe. Er zog daraus die Schlußfolgerung, die sozialistische Revolution könne nur erfolgreich sein, wenn sie weltweiten oder zumindest gesamteuropäischen Charakter annehmen würde: „Ohne direkte Staatshilfe des europäischen Proletariats wird sich die Arbeiterklasse Rußlands nicht an der Macht halten und ihre vorübergehende Herrschaft nicht in eine lang während sozialistische Diktatur verwandeln können."[14]

In dem gleichen Sinne behauptete Trotzki 1930 in seinem Buch „Die permanente Revolution": „Der Abschluß einer sozialistischen Revolution ist im nationalen Rahmen undenkbar. ... Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollendet in der Weltarena. Folglich wird die sozialistische Revolution in einem neuen, breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution: sie findet ihren Abschluß nicht vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem Planeten."[15]

Angesichts der Tatsache, daß in den kapitalistischen Ländern keine revolutionäre Situation bestand, ergaben sich aus Trotzkis Position zwei Alternativen: entweder Stagnation der Entwicklung im Sowjetland und damit letztlich Kapitulation der Sowjetmacht vor dem Imperialismus durch Verzicht auf den Aufbau des Sozialismus oder aber Export der Revolution in andere Länder durch Krieg. Trotzki plädierte für die zweite Variante und versuchte damit, der UdSSR eine abenteuerliche Außenpolitik aufzudrängen.

In der Vorstellung Trotzkis war die Weltrevolution eine Kette von Schlachten und Auseinandersetzungen, die durch bewaffnete Trupps aus dem Hauptherd des Aufstandes hinausgetragen werden. Das in einem Land siegreiche Proletariat müßte die Revolution auf seinen Bajonetten in andere Länder tragen, mit anderen Worten: Trotzki forderte den „Export der Revolution" mit den Mitteln des Krieges, das heißt die künstliche Auslösung von Revolutionen in Ländern, in denen die objektiven und subjektiven Bedingungen für sie noch gar nicht herangereift waren.

Indem sich Trotzki später immer wieder fälschlicher-

weise auf Lenin berief, wollte er vergessen machen, daß sich Lenin mehrfach gegen ein solches „Anpeitschen" der Revolution gewandt hatte. In der Auseinandersetzung mit den „linken Kommunisten" um Bucharin 1918 bezeichnete Lenin deren Auffassungen in dieser Frage als „völligen Bruch mit dem Marxismus" und betonte, daß sich Revolutionen „in dem Maße entwickeln, wie die Klassengegensätze, die Revolutionen hervorrufen, immer größere Schärfe gewinnen"[16]. Lenin unterstrich einige Monate später erneut, daß Revolutionen „weder auf Bestellung noch nach Vereinbarung gemacht werden können, daß sie dann ausbrechen, wenn Millionen und aber Millionen zu dem Schluß kommen, man könne so nicht mehr weiterleben"[17]. Die Geschichte hat immer wieder bewiesen, daß ein Außerachtlassen dieser Tatsache, daß ungeduldige Beschleunigungsversuche des revolutionären Prozesses stets Rückschläge und Niederlagen zur Folge haben.

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU 1986 erinnerte Michail Gorbatschow an diese Auseinandersetzungen Lenins mit den Ansichten der „linken Kommunisten" und Trotzkisten und betonte: „Wir sind auch heute zutiefst überzeugt: Eine Revolution von außen anzupeitschen, erst recht mit militärischen Mitteln, ist sinnlos und unzulässig."[18]

Aus der Theorie der „permanenten Revolution" ergab sich als eine Konsequenz die Ablehnung der Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie von der jungen Sowjetmacht in die Wege geleitet wurde, und die Verleumdung dieser Politik als „Renegatentum". Zum anderen hängt mit ihr aufs engste Trotzkis vehemente Zurückweisung und Diffamierung der Idee und Praxis des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande zusammen. Nach seiner Auffassung war schon die Idee einer sozialistischen Gesellschaft in einem Lande reaktionär. Er behauptete, „daß die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ... letzten Endes nur möglich ist in der Weltarena"[19], und negierte damit den von Lenin in seinen letzten Briefen und Artikeln entwickelten Gedanken, daß in Sowjetrußland „alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten", vorhanden sei.[20] Trotzki verleumdete die KPdSU und den Sowjetstaat, indem er die These von ihrer angeblichen „Entartung" aufstellte, und erklärte schließlich 1938 folgerichtig im „Übergangsprogramm", dem politischen

Grundsatzprogramm der „IV. Internationale", den Sturz der bestehenden sozialistischen Ordnung in der Sowjetunion zur „wichtigsten politischen Aufgabe in der UdSSR"[21].

Trotzkis Lehre erwies sich so keineswegs als revolutionär, sondern entpuppte sich in der Endkonsequenz als konterrevolutionär; Trotzki entwickelte sich nicht zu einem neuen Propheten, dem die revolutionären Massen zuströmten, sondern blieb ein einsamer Rufer in der Wüste. Der Trotzkismus verkümmerte mehr und mehr zu einer Strömung, „die unter dem Deckmantel pseudolinker Phrasen den realen Sozialismus und die kommunistische Bewegung wutschäumend bekämpft hat"[22].

Die genannten fundamentalen Positionen Trotzkis finden sich – analog begründet – bei allen trotzkistischen Gruppierungen in den kapitalistischen Industrieländern in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ganz im Geist Trotzkis behaupteten im März 1928 die „Linken Kommunisten" Deutschlands, die sich kurz darauf im „Leninbund" zusammenschlossen: „Die Politik der jetzigen Führung der Komintern hat immer offener die Grundsätze und die Taktik des revolutionären Marxismus-Leninismus verlassen. Die Strategie der stalinistischen ‚Führung' der Komintern wurde am klarsten ausgedrückt durch die Formel vom Aufbau des Sozialismus in *einem* Lande *allein*. Das ist die Formel der **Liquidation der internationalen Revolution** ..."[23] Daher, postulierten die Trotzkisten, werde „die Theorie der permanenten Revolution zur Fahne des internationalen Marxismus"[24].

In diesem Sinne schrieb 1933 Max Shachtman (etwa 1904–1972), einer der Führer der trotzkistischen Communist League of America (Opposition) in den USA: Entgegen der angeblich „reaktionären, nationalistischen Theorie des Sozialismus in einem Lande" verteidige die „Linke Opposition" „die marxistische Konzeption der permanenten Revolution, d. h. der ununterbrochenen Entwicklung der Weltrevolution, welche – beginnend in einem Land – sich nur behaupten kann durch ihre Ausdehnung im internationalen Maßstab"[25]. Davon ausgehend ließen die Vasallen Trotzkis kaum eine Gelegenheit ungenutzt, um die Sowjetunion zu verleumden. In der 1939 in Paris erschienenen Schrift „La

bureaucratisation du monde" („Die Bürokratisierung der Welt") stellte der Trotzkist Bruno Rizzi (1901–1977) die These auf, in der Sowjetunion habe sich eine Bürokratie verselbständigt und die Herrschaft nicht nur über die Staatsunternehmen, sondern über das gesamte Gesellschaftsgefüge übernommen.[26] In der Konsequenz antisowjetischer Verleumdung riefen 1944 die amerikanischen Trotzkisten die sowjetischen Arbeiter zum Sturz der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der UdSSR auf.

Schon seit den zwanziger Jahren war die internationale trotzkistische Bewegung in sich heftig zerstritten, was bürgerliche Historiker wiederholt dazu veranlaßt hat, die eine oder andere Organisation aus dem Trotzkismus herauszurechnen. Doch betrafen die Differenzen stets mehr oder weniger wichtige Detailfragen wie die der Wahrung der organisatorischen Unabhängigkeit, nie das Hauptsächliche. Die Kernfragen, die den Kampf der Trotzkisten gegen die kommunistische Weltbewegung ausmachten, „lassen sich" – wie Pierre Frank feststellt – „theoretisch auf das eine – und immer gleiche – Problem zurückführen: *den Kampf für die permanente Revolution gegen die Theorie des ‚Sozialismus in einem Lande' ...*"[27]. Zudem bildeten sehr oft persönliche Streitigkeiten die Ursache für weitere Spaltungen. Selbst Pierre Frank muß zugeben, daß die trotzkistischen Gruppierungen in den zwanziger Jahren „im allgemeinen keine feste Verbindung zur Arbeiterklasse hatten, untereinander stritten und keinen wirklichen politischen Zusammenhalt besaßen"[28].

Trotzkistische Organisationen und Gruppen existierten in Frankreich, den USA, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Spanien, Italien, Österreich, Griechenland, der Schweiz, Luxemburg, Australien, Kanada und anderen Ländern. Ihr geringes politisches Gewicht versuchten sie durch ein maßloses Selbstbewußtsein zu kompensieren. Fehlenden Massenanhang suchten sie durch den Glauben an die eigene Mission und durch doktrinäre Festigkeit zu ersetzen. Mit der Selbsterhöhung wuchs die Selbsttäuschung, indem die Theorie der „permanenten Revolution" zum Gesetz für die ganze Welt erhoben wurde.

In den USA wurde im Januar 1938 die Socialist Workers Party (SWP) gegründet, die sich zur „Weltpartei der sozia-

listischen Revolution" proklamierte und die größte Sektion der „IV. Internationale" wurde. Mit den Worten des Trotzki-Biographen Isaac Deutscher war jedoch auch die SWP ein schwacher Schößling, „der seine Wurzeln in einem allzu kargen Nährboden stecken hatte"[29]. Als Führer der SWP agierte der 1928 wegen trotzkistischer Anschauungen aus der KPdUSA ausgeschlossene James P. Cannon (1890–1974). Die amerikanische Sektion soll zunächst etwa 500 Mitglieder gezählt haben und wuchs nach der Vereinigung mit der extremistischen Amerikanischen Arbeiterpartei, die sich aus linksradikal gesinnten Intellektuellen zusammensetzte, auf etwa 1000 Mitglieder an. Später schwankte die Mitgliederzahl der SWP zwischen 1000 und 2000 Anhängern. Es kam immer wieder zu Spaltungen und zur Absplitterung neuer Gruppierungen von dieser trotzkistischen „Partei", wie derjenigen um Max Shachtman im Jahr 1940. Isaac Deutscher muß auch dazu eingestehen: „Die SWP blieb ein kleiner Verein, dessen Mitglieder eifrig und buchstabengetreu der Lehre Trotzkis und später seinen Manen* ergeben waren, niemals jedoch irgendeine politische Bedeutung erlangten, während ihr Rivale, die Gruppe Shachtmans, der es selbst an solchen Qualitäten fehlte, die sonst sogar die schwächsten Sekten jahrzehntelang am Leben erhalten können, immer mehr von ihrem ‚Trotzkismus' aufgab, bis sie zerbröckelte und verschwand."[30]

Der bürgerliche Trotzkismusforscher Heinz Abosch schrieb zu diesen Querelen unter den amerikanischen Trotzkisten: „Der Kampf wurde mit gewaltigem Eifer und nicht ohne persönliche Anfeindungen ausgetragen. Es war eine Ersatzhandlung, wobei unerfüllte Hoffnungen sich in wechselseitigen Attacken entluden; die ausbleibende Revolution wurde durch erbitterte Kämpfe im eigenen Kreise kompensiert. Dieser Sturm im Wasserglas, der alle Sekten periodisch heimsucht mit Bannflüchen, Verstossungen und Spaltungen, verführt die Beteiligten gewöhnlich zu einer Verkennung der Proportionen: sie glauben, einem grossen historischen Unwetter beizuwohnen. Der Gefahr dieser Verwechslung erlag auch Trotzki. Da die Massen, die

*Geister der Toten, die im Ahnenkult der altrömischen Religion verehrt wurden.

das *Übergangsprogramm* mobilisieren sollte, unerreichbar blieben, mass er der Auseinandersetzung unter seinen amerikanischen Genossen eine ungeheure Bedeutung bei. So war es bezeichnend, dass er, der die Welt umzustürzen hoffte, die letzten Monate seines Lebens vornehmlich dem Gezanke eines kleinen Vereins widmete. Während in Europa Heere marschierten, Konzentrationslager wuchsen, Mordkolonnen wüteten, wurden zwischen Coyoacan und New York Botschaften ausgetauscht, um zu entscheiden, ob Cannon oder Shachtman die SWP dirigieren solle. Die belanglose Frage erhielt die Aura eines Weltereignisses, die Ersatzhandlung verlangte, dass Trotzki ihr einen hohen historischen Sinn verlieh. Mithilfe von Beispielen aus der Geschichte der russischen Revolution bewies er die entscheidende Bedeutung der Debatten für das Schicksal der Vereinigten Staaten. Ähnlich wie im vergangenen Jahrzehnt galt als mächtigstes Hindernis für die Entfaltung der Revolution der ‚Verrat' jener, die seine Ansichten nicht vollständig teilten. Das allein erklärt den Bekehrungseifer, den unermüdlichen Einsatz und die Zornesausbrüche gegen ‚Abweichler' – eine Erscheinung, welche die Sache selbst nicht rechtfertigte."[31]

In Deutschland gründeten am 8./9. April 1928 aus der KPD ausgeschlossene Ultralinke in Berlin den „Leninbund" (LB). Der von Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Hugo Urbahns (1890–1947) geführten Organisation gelang jedoch kein großer Einbruch in die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. Lediglich in Suhl konnten die Ultralinken eine größere Absplitterung von der Ortsgruppe der KPD herbeiführen, sich in den Besitz des Parteihauses und des dortigen Parteiorgans, der Zeitung „Volkswille", setzen und diese eine Zeitlang als ihr „Reichsorgan" für antisowjetische Angriffe benutzen. Schon bald nach Gründung des Bundes traten Ruth Fischer und Arkadi Maslow wieder aus ihm aus; ein großer Teil seiner Mitglieder schloß sich danach im Mai 1928 der SPD an.

Der LB, der nach eigenen Angaben 1928 rund 6000 Mitglieder zählte, beteiligte sich am 20. Mai 1928 an den Reichstagswahlen unter der Bezeichnung „Linke Kommunisten".[32] Während die KPD 3264793 Stimmen (10,6 Prozent der gültigen Stimmen) erhielt, entfielen auf die Liste der „Linken Kommunisten" lediglich 80405 Stimmen

(0,3 Prozent) und damit kein einziges Mandat. In keinem Wahlkreis konnte der LB die Einprozentmarke überschreiten. Der LB, „dessen Marschroute ... an den konkreten Auseinandersetzungen des Tages vorbeiführte“[33], erlitt damit eine entscheidende politische Niederlage, und selbst ihm freundlich gesinnte bürgerliche Beobachter müssen feststellen, daß der Einfluß der trotzkistischen Renegaten gering blieb und die Schere zwischen Anspruch und realer Möglichkeit des LB immer weiter auseinanderklaffte.

In Frankreich entstand Ende der zwanziger Jahre eine trotzkistische Gruppe, die im September 1929 die Zeitung „La Vérité“ herausbrachte und 1930 die Ligue communiste gründete. Auf Anregung von Trotzki persönlich trat die Ligue communiste in die Sozialistische Partei Frankreichs (SFIO) ein und praktizierte somit die Politik des Entrismus. Damit gaben die Trotzkisten ihre organisatorische Unabhängigkeit zeitweilig auf, um zu versuchen, durch den Eintritt in eine große Partei der Arbeiterbewegung ihren Ideen Masseneinfluß zu verleihen. Die Trotzkisten konnten mit dieser Taktik, die eine – zumindest zeitweilige – stillschweigende Revidierung ihres Kurses auf die Schaffung selbständiger trotzkistischer Parteien bedeutete, insbesondere in der Jugendorganisation der SFIO einen gewissen Einfluß gewinnen. Der Erfolg war jedoch kurzfristig und schmolz wie Wachs im Feuer dahin, als die Trotzkisten – zudem in sich gespalten – 1935 aus der SFIO ausgeschlossen wurden, das heißt zu der Zeit, als die Volksfront in Frankreich entstand, die von den Trotzkisten vehement bekämpft wurde. Erst Anfang 1944 vereinigten sich die zerstrittenen trotzkistischen Gruppen Parti Ouvrier Internationaliste (POI), Comité Communiste Internationaliste (CCI) und Octobre zur Parti Communiste Internationaliste (PCI) als „französische Sektion der IV. Internationale“.

In Spanien zählte die 1935 gegründete Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM), die ihre Hauptstützpunkte in Katalonien hatte, im Juli 1936 kaum mehr als 3000 eingeschriebene Mitglieder. Allerdings soll der Mitgliederstand dann innerhalb weniger Wochen auf 30000 (!) angestiegen sein. Die der POUM angeschlossene Gewerkschaft Federación Obrera de Unidad Sindical (FOUS) hatte in Katalonien angeblich 60000 Mitglieder. Die POUM unterzeichnete am 15. Februar 1936 gemeinsam mit der Kommunistischen Par-

tei, der Sozialistischen Partei, den bürgerlichen Parteien Republikanische Union und Republikanische Linke und anderen politischen Gruppierungen das Volksfrontabkommen und erhielt bei den Wahlen vom 16. Februar 1936 ein Mandat. In der Regionalregierung von Katalonien stellte sie von September bis Dezember 1936 den Justizminister (Andrés Nin, 1892–1937). Die POUM formierte eigene Truppen gegen Franco. Aber auf antikommunistischen und antisowjetischen Positionen stehend, spielte sie mit ihrer pseudorevolutionären abenteuerlichen Politik vielfach eine destruktive Rolle.

Es wäre allerdings einseitig, die Bedeutung des Trotzkismus einzig und allein anhand seiner relativ geringen Mitgliederzahlen zu messen. Ihm kam vielmehr eine spezifische Funktion in der antikommunistischen und antisowjetischen Strategie des Monopolkapitals gegenüber der revolutionären Arbeiterbewegung zu: Der Trotzkismus diente zum einen dazu, Verwirrung in die Reihen der Revolutionäre zu tragen, und lieferte zum anderen „Argumente" für revisionistische und bürgerliche Angriffe auf die Sowjetunion und die kommunistische Weltbewegung.

Noch unter einem anderen Aspekt verdient der Trotzkismus Aufmerksamkeit: Einerseits vollzog sich im linksradikalen Lager ein Übergangsprozeß, in dem revolutionäre Kräfte – insbesondere aus den Reihen des Anarchosyndikalismus – linksradikale Auffassungen überwanden, schrittweise auf marxistisch-leninistische Positionen übergingen und sich den kommunistischen Parteien anschlossen. Andererseits spalteten sich Kräfte mit mehr oder minder ausgeprägten linksradikalen Standpunkten von den kommunistischen Parteien ab oder wurden von diesen wegen ihrer abenteuerlich-linksradikalen Auffassungen und Aktivitäten ausgeschlossen, Kräfte, die in der Folgezeit zumeist extrem antisowjetische und antikommunistische Positionen bezogen.

Hatte der erste Prozeß vielfach Massencharakter und trug er zum Entstehen einer Massenbasis der jungen kommunistischen Parteien bei, so blieb der zweite Prozeß vor allem nach dem Beginn der relativen Stabilisierung des Ka-

pitalismus in der Regel auf kleine Gruppierungen beschränkt, die sich zumeist noch mehrmals spalteten und zu einflußlosen Sekten degenerierten. Charakteristisch dafür sind sowohl das Schicksal der schon erwähnten KAP-Richtung als auch die Entwicklung des internationalen Trotzkismus.

Spanien – auf dem Prüfstand der Geschichte

„Barcelona ist eine große Industriestadt, doch seine Arbeiter standen seit langem unter dem Einfluß syndikalistischer Gewerkschaften, der CNT ..., und der Anarchisten, nämlich der FAI (Federación Anarquista Ibérica – J. W.). ... Durch die Hauptstraße, die Rambla, rollten Laster, die man in aller Eile mit Blech verkleidet hatte und ehrerbietig ‚Panzerspähwagen' nannte. Kavalleristen in rotschwarzen Hemden, mit Jagdflinten bewaffnet, führten Reitkunststücke vor. An Taxis prangten die Aufschriften: ‚Wir fahren nach Huesca!' oder ‚Wir nehmen Zaragoza!" Die Anarchisten fuhren an die Front mit Handgranatenkisten, Gitarren und Frontfreundinnen. Modedämchen auf unwahrscheinlich hohen Absätzen schleppten schwere Karabiner. ...

‚CNT – FAI' – diese Worte konnte man überall hören: auf der Rambla, auf Hunderten von Meetings, in requirierten Häusern, wo die verschiedenen Komitees, Ligas und Vereine untergebracht waren – von den ‚Anhängern der Weltanarchie' bis zu den ‚streitbaren Esperantisten'. An den Mauern leuchteten Plakate: ‚Es lebe der organisierte Kampf gegen die Disziplin!' Man sang die Internationale, man sang auch die Hymne der CNT ‚Söhne des Volkes'. Das Übergewicht hatten die rot-schwarzen Flaggen. Ich fragte einen Milizionär, warum die Anarchisten diese beiden Farben gewählt hätten: die Antwort lautete: ‚Rot – der Kampf, schwarz – der menschliche Gedanke ...'

Überall wurde geschossen, man wußte zwar kaum noch, wer auf wen schoß; doch das regte keinen auf; Cafés und Restaurants waren überfüllt. Die Stadt lebte in fröhlichem Fieberrausch.

Die Kolonnen und Zenturien, die aufbrachen, um Huesca

oder Zaragoza im Sturm zu nehmen, trugen Namen wie ‚Tschapajew', ‚Pancho Villa', ‚Negus', ‚Äthiopien', ‚Verwegene Teufel', ‚Gottlose', ‚Bakunin'. ... Die größten Kasernen der Stadt wurden umgenannt in ‚Bakunin-Kasernen'. Von Autobusdächern schrien Agitatoren: ‚Nieder mit dem Militarismus! Alle an die Front! Freiheit für alle! Tod den Faschisten!'"[1]

Buntschillernd, widersprüchlich, positive Züge mit negativen vereinend – so stellte sich dem sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg das Bild dar, als er zu Beginn des nationalrevolutionären Krieges im Spätsommer 1936 nach Barcelona, in die Hochburg des spanischen Anarchosyndikalismus, kam. In der Tat wiesen der spanische Anarchismus und Anarchosyndikalismus – tief verwurzelt in den Traditionen des Landes, geprägt von Unversöhnlichkeit und Gläubigkeit, von fanatischer Rücksichtslosigkeit und Naivität – verschiedenartige Facetten auf.

Während in den anderen kapitalistischen Ländern Europas und Nordamerikas der Linksradikalismus eine Periode des Verfalls durchlitt, konnten im Spanien der dreißiger Jahre Anarchismus und Anarchosyndikalismus aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus noch einmal eine Blüte erleben. Hier verknüpfte sich die Verschärfung der Klassenkämpfe mit einem großen Aufschwung des Linksradikalismus. Nach dem Sturz der Diktatur Primo de Riveras 1930 und der Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Republik erwachte die 1911 gegründete CNT zu neuem Leben, und die mit ihr verbundene, 1927 geschaffene FAI nahm einen kräftigen Aufschwung.

Wie der österreichische Marxist Bruno Frei feststellt, war Spanien „das einzige Land, das dem Anarchismus die historische Gelegenheit bot, seine Theorie in die Praxis umzusetzen".[2]

Die CNT entwickelte sich zur mächtigsten anarchosyndikalistischen Bewegung der Geschichte. Nach marxistischen Quellen besaß sie 1938 zwischen 1,5 und 1,7 Millionen, nach eigenen Angaben sogar über 2 Millionen Mitglieder. Vor allem bei den Landarbeitern Andalusiens und unter den Industriearbeitern Kataloniens war ihr Einfluß sehr

groß, aber auch die Levante, Asturien, Galicien und Aragonien galten als mitgliederstarke Hochburgen der Anarchosyndikalisten. Mitte 1932 hatte die CNT 50 Prozent ihrer Mitglieder in Katalonien, 20 Prozent in Andalusien und 10 Prozent in der Levante. 1936 waren über 60 Prozent der Hilfs- und etwa 80 Prozent der Bau- und Hafenarbeiter Kataloniens in der CNT organisiert. Die CNT publizierte Bücher und Flugschriften in Millionenauflagen. In den dreißiger Jahren verfügte sie über 36 Tageszeitungen, darunter „Solidaridad Obrera" mit einer Auflage von 240000 Exemplaren.

Ebenso geheimnisumwittert wie mächtig war die anarchistische FAI. „Nach dem Vorbild der alten Bakuninschen Allianz im geheimen organisiert, aus kleinen geschlossenen Zirkeln, die sich mit Freimaurerlogen vergleichen ließen, zusammengeschweißt und von einem Komitee geleitet, wurde die FAI zum geistigen Führungszentrum des anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsbundes. ... Die FAI war es, die die CNT von jeder Verständigung mit Republikanern oder Sozialisten abhielt; die FAI durchtränkte die CNT-Propaganda mit dem anarchistischen Geist unversöhnlicher Feindschaft gegen den Parlamentarismus als ‚Betrug' an den arbeitenden Menschen; die FAI erzog die Gewerkschaftsmitgliedschaft der CNT zu permanentem Wahlboykott."[3]

Die enge Beziehung von FAI und CNT kam in der ständigen Verbindung der Initialen CNT-FAI und dem anarchistischen Schwarz-Rot der gemeinsamen Fahne zum Ausdruck. Von marxistischen Autoren wird die FAI als die „zweite einflußreiche Kraft" nach der Sozialistischen Partei und der von ihr beeinflußten Gewerkschaft Unión General de Trabajadores (UGT) in Spanien zu Beginn der dreißiger Jahre bezeichnet.[4] Die FAI soll zunächst 10000 Mitglieder gehabt haben und dann vom Juli 1936 bis Ende 1937 sprunghaft von 30000 auf über 150000 Mitglieder angewachsen sein. Ilja Ehrenburg schrieb: „Die Führer der CNT und der FAI waren Arbeiter und in der überwältigenden Mehrheit ehrliche Menschen. Das Unglück war, daß sie, die Ankläger des Dogmatismus, selber die reinsten Dogmatiker waren und das Leben nach ihren Theorien zurechtzubiegen suchten."[5]

Spanien war im Unterschied zu den USA, Großbritan-

nien oder Deutschland ökonomisch weit zurückgeblieben. Erst im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vollzogen sich in Katalonien unter verstärktem Eindringen ausländischen Kapitals in erhöhtem Maß Industrialisierung und ökonomische Konzentration und Zentralisation. Jedoch war der Konzentrationsgrad der Industrie im damals bedeutendsten Industrierevier Spaniens – verglichen mit demjenigen der USA-, der britischen oder der deutschen Industrie – gering. Die Industriearbeiter rekrutierten sich vorwiegend aus Landarbeitern und Bauern und fühlten sich immer noch eng mit dem flachen Land verbunden. Massenhaft wanderten arbeitslose ungelernte Landarbeiter aus dem Süden Spaniens in die Städte Kataloniens ein und brachten ihre Denkweise und Traditionen mit, darunter tief eingewurzeltes Gedankengut des spanischen Agraranarchismus Bakuninscher Prägung.

Die Sozialstruktur Südspaniens war dadurch geprägt, daß lediglich weniger als 10 Prozent der agrarwirtschaftlich Beschäftigten – bis in die dreißiger Jahre – auch das von ihnen bewirtschaftete Land besaßen. Demgegenüber stellten die landlosen Tagelöhner, die auf den Latifundien arbeiteten, 75 Prozent der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung des Südens dar. In dieser Bevölkerung lebte noch die Erinnerung an kollektivistische Traditionen mit dörflicher Selbstverwaltung, die Erinnerung an einen „Agrarkollektivismus", der längst durch die Aufhebung der Zünfte und Zunftordnungen, der Bruderschaften, Gilden und Hilfsorganisationen, der Sozial- und Heilfürsorge, der Getreidemagazine und Hospitäler, der Feld-, Flur- und Waldgemeinschaften – das heißt also durch die einsetzende kapitalistische Entwicklung – beseitigt worden war. Aus dieser Landbevölkerung stammten viele Anhänger des Anarchismus, weil – wie der englische Historiker Eric J. Hobsbawm feststellt – „keine politische Bewegung die spontanen Wünsche rückständiger Bauern in moderner Zeit empfindlicher und genauer wiedergab als der Bakunismus, der sich ihnen ganz bewußt unterordnete".[6]

Da mit der Zerstörung der feudalen gesellschaftlichen Ordnung auf dem Lande zugleich das parlamentarische Regierungssystem eingeführt worden war, galt letzteres schon durch diesen Zusammenhang bei Teilen der unteren Bevölkerungsschichten als diskreditiert. Die Kluft zwischen

den Reichen und den armen Bevölkerungsschichten vertiefte sich und wurde auch äußerlich immer sichtbarer, eine Ursache für das wiederholte Aufflammen örtlicher Revolten.

Doch die Herrschenden unterdrückten und erstickten jeden sozialen Protest mit bürokratischen oder polizeilichbrutalen Methoden. Die Verfilzung nicht nur der Latifundienbesitzer, sondern auch der kapitalistischen Unternehmer mit dem Staatsapparat ließ für die Arbeiter den Staat als verlängerten Arm der Ausbeuter spürbar werden und den Haß auf seine Repräsentanten anwachsen. Dies erwies sich als fruchtbarer Nährboden für anarchistische und andere ultralinke Ideen.

Die anarchistischen Ideen wurden von reisenden Propagandisten verbreitet, mehr noch aber durch Flugblätter und Broschüren aus den anarchistischen Zentren der Provinzstädte. „Im trüben Licht der überbelegten Landarbeiter-Baracken mühsam entziffert und den Analphabeten vorgelesen, schürten sie Hoffnungen auf eine baldige Erneuerung der Gesellschaft.“[7]

Unter dem Einfluß der FAI loderten in der republikanischen Ära mehrere kurzlebige Aufstände auf, wilde lokale oder regionale Brände. Jedesmal verkündete man die Errichtung einer „libertär-kommunistischen Ordnung“, das heißt, die Anarchisten übernahmen das Dorf oder die Stadt, erklärten das Geld für abgeschafft, verbrannten die Archive, entwaffneten die „Guardia Civil“, lösten sie auf oder ermordeten deren Angehörige. Aber jedesmal wurde diese „Ordnung“ von der Staatsgewalt rasch zerschlagen: im Januar 1932 in Llobregat, im Januar 1933 in Casas Viejas, im Dezember 1933 in Aragón.

Anschaulich beschreibt der englische Schriftsteller James Joll den Aufstand von Casas Viejas: „Casas Viejas, ein kleines Dorf nahe Jerez, trug alle Merkmale eines Ortes, für den der Anarchismus die einzige Hoffnung bilden mochte. Verzweifelt, arm und von Malaria verseucht, lag es inmitten der Ländereien eines der größten Grundbesitzer Spaniens, des Herzogs von Medina Sidonia. Die Ideen des Anarchismus waren dem Dorf schon wohlvertraut, ja, es scheint sogar eine Art von anarchistischer Dynastie hervorgebracht zu haben ... Als Berichte über Erhebungen in anderen Teilen Spaniens eingingen und das Gerücht auf-

kam, der Boden solle an die Bauern verteilt werden ..., entschied der Senior unter den Anarchisten des Dorfes, Curro Cruz, bekannt als Seisdedos (sechs Finger), daß der so lange erwartete Augenblick zum Handeln nun gekommen sei. Dem Bürgermeister wurde mitgeteilt, Casas Viejas sei zu einer freien Kommune proklamiert worden; die vier Dorfpolizisten wurden entwaffnet. Man entfaltete die rotschwarze Flagge der spanischen Anarchisten und traf Vorkehrungen für die Verteidigung des Dorfes und die Aufteilung des Bodens." Bald wurde aber klar, daß die Aktion von Casas Viejas isoliert blieb. Beim Eintreffen der Regierungstruppen verbarrikadierte sich Seisdedos mit seiner Familie und seinen Freunden in seinem Haus im oberen Teil des Dorfes. „Nach zwölfstündigem Kampf – am Ende ging das Haus in Flammen auf – hatten etwa fünfundzwanzig Anarchisten den Tod gefunden."[8] Typisch auch für diesen Zwischenfall war die Paarung von politischer Naivität mit Mut und Opferbereitschaft der spanischen Anarchisten.

Mit dem Sieg der Monarchisten und Faschisten bei den Corteswahlen im November 1933 begannen in Spanien die „zwei schwarzen Jahre" mit Terror gegen die Arbeiterklasse und schrittweiser Beseitigung der Errungenschaften der Revolution von 1931. Gegen diese reaktionäre Politik entfaltete sich im Oktober 1934 eine proletarische und demokratische Massenbewegung, zu deren Höhepunkten der von der KP Spaniens initiierte Generalstreik, die Ausrufung der unabhängigen Republik Katalonien und insbesondere der große Aufstand der Bergarbeiter von Asturien gehörten. Dort stellten die Arbeiter Rote Garden auf, setzten sich den Regierungstruppen bewaffnet zur Wehr und eroberten Oviedo. Kommunisten, Sozialisten, Anarchosyndikalisten und Anarchisten vereinten sich in Arbeiterallianzen und schufen eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung. Da es nicht gelang, im Landesmaßstab die Einheitsfront der Arbeiter und ein enges Bündnis mit den Bauern herzustellen, konnte die spanische Regierung mit militärischen Mitteln die revolutionäre Macht in Asturien beseitigen. Das Ergebnis des brutalen Vorgehens der Regierungstruppen unter General Franco: 3000 Tote, 7000 Verwundete und 30000 Verhaftete.

Doch der Erfolg der spanischen Reaktion blieb nur von

kurzer Dauer. 1935 reifte bereits eine neue revolutionäre Situation heran. Entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale bemühten sich die spanischen Kommunisten um ein Bündnis aller demokratischen Kräfte des Landes. Am 15. Januar 1936 unterzeichneten Vertreter der kommunistischen, der sozialistischen und der linksrepublikanischen Partei, der Republikanischen Union, der UGT, der POUM, der Syndikalistischen Partei und verschiedener anderer politischer Gruppierungen ein Volksfrontabkommen. Aus den Corteswahlen vom 16. Februar 1936 ging die Volksfront siegreich hervor. Trotz der bisher von anarchistischen und anarchosyndikalistischen Führern propagierten Wahlenthaltung hatten auch viele Anhänger und Mitglieder der CNT ihre Stimme den Volksfrontkandidaten gegeben. Die neue, linksrepublikanische Regierung unter Manuel Azaña y Díez erklärte, sie werde sich in ihrer Tätigkeit vom Volksfrontprogramm leiten lassen, begann mit der Verwirklichung bürgerlich-demokratischer Reformen wie der Grundsteinlegung für eine Agrarreform und der Verkündung der Autonomie für das Baskenland und Katalonien, ohne jedoch die Machtgrundlagen der Reaktion energisch anzutasten.

„Die Arbeiter in den Städten und die Bauern auf dem Lande gingen eigenmächtig, von unten, daran, die brennenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Im Verlaufe der Aktionen der Massen wurde in den Betrieben die Arbeiterkontrolle eingeführt, wurden die politischen Häftlinge entlassen, die Gutsländereien konfisziert. ... Das spanische Proletariat wurde zum Hegemon des demokratischen Kampfes.“[9] Zugleich zeigten sich in der spanischen Arbeiterklasse immer wieder opportunistische, sektiererische, separatistische Tendenzen und ultralinke Stimmungen, gab es in ihren Reihen einen Kult der Spontaneität und des Dezentralismus, die einen zielgerichteten Kampf behinderten.

Derartige Stimmungen beherrschten auch den Kongreß der CNT im Mai 1936 in Zaragoza. Dort wurde ein dem marxistischen Begriff von Kommunismus bewußt entgegengestellter „freiheitlicher Kommunismus“ propagiert und im Programm „Concepto confederal del Comunismo Libertario“ („Föderativer Plan des Freiheitlichen Kommunismus“) verankert.

Als „erste Maßnahmen der Revolution" deklarierte man in typisch anarchistischer Manier, daß „für abgeschafft erklärt (werden): das Privateigentum, der Staat, das Autoritätsprinzip und folglich auch die Klassen, die die Menschen in Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrükker und Unterdrückte teilen"[10]. Mit einem Sprung – ohne notwendige Zwischenetappen – wollten so Anarchisten und Anarchosyndikalisten – ganz im Sinne ihres Lehrmeisters Bakunin – in die neue, herrschaftsfreie Gesellschaft gelangen. Andererseits stimmte aber der CNT-Kongreß auch einem Bündnis mit der sozialistischen UGT zu.

Dem Kongreß von Zaragoza gingen langjährige Zerreißproben durch Flügelkämpfe voraus. Anfang der zwanziger Jahre hatten sich zwei vorherrschende Richtungen in der CNT herausgebildet, die auf ihrem Madrider Kongreß im Juni 1931 ans Licht der Öffentlichkeit traten: einmal ein traditionell-anarchosyndikalistischer Flügel, zum anderen ein orthodox-anarchistischer Flügel. Während der letztgenannte bereits 1927 mit der Gründung der FAI seine Kräfte zusammenfaßte und man seine Anhänger deshalb ‚faístas' nannte, gründete der erstgenannte Flügel als Ausgleich zur FAI 1932 die Federación Sindicalista Libertaria. Ihre Anhänger bezeichnete man als „treintistas", da dreißig Vertreter dieses Flügels im August 1931 ein Manifest veröffentlichten, das als das der „Treinta" bekannt wurde und in dem seine Verfasser die insurrektionelle Taktik* der FAI angriffen. Sie forderten die Rückkehr zur eigentlichen Gewerkschaftsarbeit, größere Beachtung der unmittelbaren Tagesforderungen der Arbeiter und längerfristige Aktionszielsetzungen. Obwohl ihnen die Anhänger der FAI vorwarfen, sich mit dem Reformismus verbündet zu haben, beteiligten sie sich 1934 an den Massenerhebungen in Asturien und Katalonien, während die „faistas" abseits standen.

Zu den Führern der „treintistas" gehörten Joan Peiró i Belis (1887–1942), Juan López Sánchez (1900–1972) und Angel Pestaña (1888–1937), welcher im April 1933 die Syndikalistische Partei (Partido Sindicalista) gründete und damit in der CNT keine Rolle mehr spielte. Zu den Führern

*Taktik des bewaffneten Aufstands, des bewaffneten Aufruhrs.

der „faístas“ zählten Juan García Oliver (geb. 1901), Francisco Ascaso (1901–1936), Buenaventura Durruti (1896–1936) und Ricardo Sanz García (geb. 1900). Die „faístas“ wandten sich vor allem dagegen, die CNT nach nationalen Industrieföderationen zu reorganisieren, da sie diese als zentralistische, bürokratiefördernde und zum Reformismus führende Institutionen ansahen.

Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Flügeln spitzten sich bis zum äußersten zu. Der langjährige Sekretär der „IAA“, Alexander Schapiro, vermerkte im April 1933 dazu kritisch: Aus den sachlichen Zwistigkeiten „erwuchsen persönliche Angriffe, die weit über das hinausgingen, was man noch Anstand nennen konnte; und die Presse der Konföderation, der Anarchisten und der ‚treintistas' wimmelte bald von Beschimpfungen, Beleidigungen, Verleumdungen und gegenseitigen Angriffen. Wer nicht blindlings das Credo der FAI anerkannte, wurde zum mindesten ‚bombero'*, Reformist, Gemäßigter genannt, um beim nächsten Mal zum Verräter, Bestochenen und ‚enchufista'** zu werden. Andererseits war jeder Anhänger der FAI für die übrigen jemand ohne Bewußtsein, ein Dummkopf, ein Provokateur, ein ‚atracador'***. Man konnte die Luft nicht mehr atmen. Auf beiden Seiten vergaß man die Organisation der CNT, um sich nur noch mit Beleidigungen und Verleumdungen zu beschäftigen.“[11]

Am 17./18. Juli 1936 brach unter Führung der Generale Mola und Franco ein von der feudalklerikalen und großbürgerlichen Reaktion inszenierter faschistischer Putsch aus, dessen Niederwerfung durch die bewaffnete Intervention der faschistischen Mächte Deutschland und Italien verhindert wurde. In diesem nationalrevolutionären Krieg wurde die Spanische Republik von der UdSSR und antifaschistischen Freiwilligen aus 53 Ländern aktiv unterstützt, während die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit ihrer „Nichteinmischungspolitik“ faktisch die faschistischen Kräfte begünstigten.

Die Haltung der CNT zur Verteidigung der Spanischen Republik gegen den faschistischen Franco-Putsch war

*Feuerwehrmann: jemand, der das Feuer (der Revolution) löscht.
**Pöstchenjäger: jemand, der durch Beziehungen zu einer guten Anstellung kommt.
***Straßenräuber.



Gewerkschafter und Volksfrontparteien verteilen im Juli 1936 Gewehre an die Arbeiter von Madrid.

zwiespältig. Der spanische Kommunist Ignacio Hidalgo de Cisneros, Chef der Luftstreitkräfte im Spanischen Freiheitskampf, schreibt, „daß diesem Gewerkschaftsverband Tausende und aber Tausende ehrlicher Arbeiter angehörten, die gute Revolutionäre waren und mit Mut und Selbstverleugnung tapfer gegen den Faschismus kämpften“[12]. Insbesondere bei der Verteidigung Madrids im Herbst 1936 hatten sich Anarchisten und Anarchosyndikalisten, Republikaner, Sozialisten und Kommunisten auf Initiative der KPSp zusammengeschlossen. Ebenso wie die anderen spanischen Arbeiterorganisationen stellte die CNT eigene Milizen zum Kampf gegen die Putschisten auf. Besonders berühmt wurde die Kolonne des Anarchistenführers Buenaventura Durruti.

Durruti ist die vielleicht legendenumwobenste Gestalt des spanischen Anarchismus. Zeitgenossen beschreiben ihn als einen herkulischen Menschen mit einem ausdrucksvollen Gesicht: „Groß, athletisch gebaut. Ein schöner, leicht angegrauter Kopf. Gebieterisch beherrscht Durruti seine Umgebung ...“[13] Sein Leben gleicht einem Abenteuerroman: Sohn eines Eisenbahners, in kärglichen Verhältnissen mit sechs Geschwistern aufgewachsen, schon mit



Buenaventura Durruti

14 Jahren als Schlosser in einer Eisenbahnwerkstätte arbeitend, hatte sich Durruti seit früher Jugend dem revolutionären Kampf verschrieben. Er war aktiv in der Streikbewegung von 1917, organisierte Sabotageakte und mußte nach der Niederschlagung der Bewegung nach Frankreich fliehen. Drei Jahre später nach Barcelona zurückgekehrt, hatte er sich der CNT angeschlossen und sich in der Gruppe „Los Solidarios" betätigt. Vor nichts zurückschrek-

kend, kämpfte er im Namen der anarchistischen Sache auf Barrikaden, warf Bomben, raubte Banken aus, entführte Richter und bereitete ein – erfolgloses – Attentat auf König Alfonso XIII. vor. Um den Mord an dem CNT-Führer Salvador Seguí (1887–1923) zu rächen, tötete er mit seinem Freund Francisco Ascaso den Kardinal Soldevila in Zaragoza. Für die braven Bürger Spaniens wurde er zum Symbol anarchistischer Grausamkeit und Unbarmherzigkeit, von seinen Anhängern um so mehr gefeiert und verehrt.

Durruti wurde dreimal zum Tode verurteilt – in Spanien, Chile und Argentinien –, hatte Dutzende von Kerkern kennengelernt und war jahrelang von Land zu Land gehetzt worden. Als im Juli 1936 die Franco-Putschisten versuchten, Barcelona in ihre Gewalt zu bringen, führte Durruti die Arbeiter der CNT zum Gegenangriff. Wie Ilja Ehrenburg in seinen Memoiren schreibt, begriff Durruti „als erster von allen Anarchisten, daß man ohne Disziplin keinen Krieg führen konnte", sah er ein, „daß man angesichts der Faschisten nicht über Prinzipien streiten durfte", und sprach er sich für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten aus.[14] Die republikanischen Streitkräfte erlitten einen schweren Verlust, als Durruti am 19. November 1936 an der Madrider Front fiel. 200000 Menschen gaben ihm in Barcelona das letzte Geleit.

Aber derart weitgehende Einsichten blieben eher die Ausnahme als die Regel. Ebenso wie eine Reihe linkssozialistischer Kräfte sträubten sich die meisten Anarchisten und Anarchosyndikalisten gegen den Aufbau einer regulären Volksarmee, wie ihn die Kommunisten befürworteten, dagegen wollten sie das in den ersten Tagen des Putsches entstandene Milizsystem beibehalten. Die anarchistischen Milizen bestanden auf ihrer eigenen Fahne, eigenen Ausrüstung und vor allem eigenen Führung. Ihre Position lautete: „Wir können keine uniformierten Soldaten sein. Wir sind die Miliz der Freiheit. An die Front, auf die Barrikaden! Aber nicht als Soldaten der allgemeinen Streitkräfte."[15]

Doch selbst den Anarchosyndikalisten freundlich gesinnte Autoren müssen feststellen, daß sich die in den Straßenkämpfen geborenen Milizen in offener Feldschlacht schnell als wenig kampftüchtig erwiesen. „Ihre Anfangserfolge hatten sie mit gewaltigen Verlusten er-



Barcelona, 22. November 1936. Bei der Beerdigung des Anarchistenführers Buenaventura Durruti

fochten. Die Milizmänner wußten nicht nur nicht, wie man in Deckung geht; sie wollten es gar nicht wissen. Für den Befehlshaber einer anarchistischen Einheit war es Ehrensache, ohne jede Abschirmung an der Spitze seines Trupps zu marschieren. So war Ascaso ums Leben gekommen ... Man verachtete die ‚Technik' der Militaristen: als

wesentlich galt nur – wie im Straßenkampf – die selbstlose Einsatzbereitschaft. Von der Instandhaltung der Waffen, häufig auch von ihrem Gebrauch, wußten die Milizmänner sehr wenig ...“[16]

Im Vergleich zu den Milizen anderer Arbeiterorganisationen erwiesen sich die anarchistischen Dogmen für die CNT-FAI-Trupps als besonderes Handikap: „Die Einführung direktdemokratischer Prinzipien – tägliche Wahl ihrer Vorgesetzten, Abstimmung über Befolgung oder Nichtbefolgung von Befehlen, gemeinsame Beratung über Angriffe etc. – brachte den Anarchisten in den Anfangswochen besonders hohe Verluste“[17], konstatiert der bürgerliche Historiker Walther L. Bernecker.

Die Milizmänner hielten es zudem oftmals für ausreichend, ihre unmittelbare Heimat zu verteidigen, nicht jedoch in weiter entfernt liegenden Gebieten Spaniens zu kämpfen, wie dies der nationalrevolutionäre Krieg mit sich brachte. Das Zentralkomitee der Milizen mühte sich nach Darstellung des CNT-Führers Diego Abad de Santillán (geb. 1897) fast ergebnislos, die eigentlichen Frontformationen zu verstärken. So behielten die CNT-FAI-Einheiten in Barcelona noch lange Zeit 40 Maschinengewehre und mehrere Tanks zurück, die an der Aragón-Front schmerzlich vermißt wurden. Einige anarchistische Milizen lehnten sogar jede Zusammenarbeit mit den regulären republikanischen Truppen ab, und eine Gruppe kündigte letztlich am Vorabend einer Schlacht den Gehorsam auf.[18]

Dazu paßt auch eine Episode, die der englische Historiker Eric J. Hobsbawm damals erlebte und später wohlwollend schilderte: „Ich erinnere mich noch aus den ersten Tagen jenes Krieges an die kleine Stadt Puigcerda in den Pyrenäen, eine kleine revolutionäre Republik, angefüllt mit freien Männern und Frauen, Gewehren und endlosen Diskussionen. Eine Anzahl Lastwagen stand auf der Plaza. Sie waren für den Krieg bestimmt. Wenn jemand Lust verspürte, in Aragón an der Front zu kämpfen, ging er zu diesen Lastwagen. Sobald einer voll war, fuhr er ab an die Front. Wahrscheinlich kehrten die Freiwilligen auch wieder zurück, wenn sie es wollten. Der Satz: ‚C'est magnifique, mais ce n'est pas la guerre‘ (‚Das ist herrlich, aber das ist kein Krieg‘ – J. W.) hätte für diese Situation erfunden werden sollen.“[19]

Es sollte sich nur allzuschnell erweisen, daß für einen erfolgreichen Kampf gegen die gut ausgebildeten und modern bewaffneten faschistischen Truppen Mut, Opferbereitschaft und Enthusiasmus allein nicht ausreichten. Selbst der mit dem Anarchismus sympathisierende englische Schriftsteller James Joll muß eingestehen: „Es gibt keinen Zweifel, daß die kommunistische Forderung nach zentraler Kontrolle und Disziplin im militärischen Interesse lag.“[20]

Während viele Anarchisten und Anarchosyndikalisten heldenhaft gegen die Faschisten kämpften, sahen eine Reihe von Führern der CNT und der FAI und deren Anhänger ihre Hauptaufgabe nicht darin, alle Kräfte gegen den faschistischen Putsch zusammenzuschließen, sondern begannen gewaltsame Enteignungsaktionen in den Städten und auf dem Lande, die das Bündnis der antifaschistischen Kräfte schwächten. In Verkennung der objektiven Lage im Lande und des Charakters der sich vollziehenden Umwälzung wollten sie die Revolution durch linksextremistische Maßnahmen vorantreiben und ohne Übergangsetappen sofort ihren „libertären Kommunismus“, eine klassenlose Gesellschaftsordnung nach dem Leitbild der anarchistischen Gleichheitsphantasie, errichten. Solche Kräfte führten beispielsweise unter der Losung der „Sozialisierung“ einen Einheitslohn in den Betrieben ein, „sozialisierten“ auch handwerkliche Kleinstbetriebe, Friseurläden, Gaststätten und Cafés, ja selbst die Bordelle von Barcelona, und versuchten, die politischen Parteien in den Hintergrund zu drängen. In Katalonien erkannten Anarchisten und Anarchosyndikalisten Madrids Macht nicht an, verlangten den Sturz der katalonischen Regierung und ihre Ersetzung durch Räte.

In der Leitung der sozialistischen Gewerkschaft UGT hatten linksradikale Elemente starke Positionen inne und vertraten zum Teil ähnliche Forderungen wie Anarchisten und Anarchosyndikalisten. So plädierten sie für die Bildung einer reinen Gewerkschaftsregierung. „Es gab einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen ultralinken Tendenzen in den Reihen der UGT und den anarchosyndikalistischen Vorstellungen in der CNT“, stellt die marxistische Historikerin Lidia Schewtschenko fest. „Ihr Wesen bestand darin, daß die entscheidende Rolle der Diktatur des Proletariats

bei der Errichtung der neuen Gesellschaftsordnung geleugnet und versucht wurde, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse durch die Hegemonie der Gewerkschaften zu ersetzen."[21]

Anarchistische Arbeiterräte übernahmen insbesondere in Barcelona viele Fabriken, schafften die Direktorenposten und das Geld ab (letztgenannte Maßnahme ließ sich jedoch nur 14 Tage durchhalten!) und führten die 40-Stunden-Woche und eine anarchosyndikalistische Selbstverwaltung ein. Linksradikale Autoren haben diese Maßnahmen später glorifiziert.[22] Insbesondere ab Mitte der siebziger Jahre, als nach dem Sturz des faschistischen Regimes in Spanien die CNT eine „Wiedergeburt" erfuhr und davon starke Impulse für eine Wiederbelebung anarchosyndikalistischer Kräfte auch in anderen kapitalistischen Industriestaaten ausgingen, wurde das entsprechende theoretische Gedankengut wieder aufgewärmt, wobei die Idee der „Selbstverwaltung" eine zentrale Rolle spielte.

Nach Ansicht der linksradikalen Vertreter dieser Idee müsse sich die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Industriestaaten so vollziehen, daß die Belegschaften die Betriebe übernehmen und eine „Arbeiterselbstverwaltung" einrichten. Anschließend müßten die „sich selbst verwaltenden Produktionseinheiten" durch die „Föderation der Gewerkschaften" zusammengefaßt werden. Dabei wenden sich die Theoretiker der anarchosyndikalistischen „Selbstverwaltung" ausdrücklich gegen staatliches gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Sie propagieren dafür das Klein- bzw. das Gruppeneigentum und wollen die in einem Betrieb Arbeitenden zu Eigentümern *dieses einen* Betriebes machen.

In der gesellschaftlichen Praxis würde dies unweigerlich dazu führen, daß sich die Arbeiter dieses einen Betriebes in einem Konkurrenzverhältnis zu den Arbeitern anderer Betriebe befänden. Sie wären lediglich an der Befriedigung ihrer Sonderinteressen interessiert, ohne daß die Möglichkeit vorhanden wäre, diese mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen und Bedürfnissen zu verbinden. Die aus der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise herrührenden Disproportionen in der Volkswirtschaft, insbesondere der unterschiedliche technische Ausstattungsgrad der Betriebe und Zweige der Wirtschaft,

würden die soziale Ungleichheit unter den Produzenten nicht beseitigen, sondern vertiefen. Belegschaften aus Betrieben mit einem modernen Maschinenpark lebten auf Kosten anderer Betriebe, die unter schwierigeren Bedingungen produzieren müßten, erhielten eine besondere „Rente", und ihre größeren Einkommensmöglichkeiten gestatteten es ihnen, Rohstoffe und Maschinen lediglich dank der besseren technischen Bedingungen an sich zu reißen.

Die spezifischen Interessen der einzelnen Gruppen der Arbeiter würden die Arbeiterklasse insgesamt zersplittern und ihre Kraft schwächen. Die Arbeiterklasse wäre nicht mehr in der Lage, ihre Rolle als führende Kraft in der Gesellschaft wahrzunehmen, und eine effektive gesamtgesellschaftliche Planung, die die Interessen aller Gruppen und Schichten der Gesellschaft berücksichtigt und optimal aufeinander abstimmt, wäre unmöglich. Wenn der Anarchosyndikalismus die Leitung der Industriezweige der Masse der parteilosen, nach Produktionsbereichen gegliederten Arbeiter überträgt, hebt er „dadurch die Notwendigkeit der Partei auf und leistet keine langwierige Arbeit, um die Massen zu erziehen und die Leitung der *gesamten Volkswirtschaft tatsächlich in ihren* Händen zu konzentrieren".[23]

In der Tat blühte in den „vergesellschafteten" Betrieben im Spanien der dreißiger Jahre häufig ein „höchst privatwirtschaftlicher Betriebsegoismus der kurzsichtigsten Art"[24]. Eine CNT-Kommission stellte damals fest, daß der einzelne Kollektivbetrieb auf die Interessen der übrigen Teile der Gesellschaft überhaupt keine Rücksicht nehme. Die Kollektivbetriebe würden sich ausschließlich um die Deckung ihrer eigenen Fehlbeträge kümmern und dadurch die Finanzen der anderen Unternehmungen in völlige Unordnung bringen. Die materielle Lage der Arbeiter gestalte sich dadurch völlig unterschiedlich. Es gebe reiche und arme Betriebe. Die Löhne variierten entsprechend.[25] Selbst der CNT freundlich gesinnte Autoren kommen heute zu der eindeutigen Schlußfolgerung: Die „Kollektivierung hatte schon sehr bald dieselbe Ungleichheit und denselben wirtschaftlichen Widersinn hervorgebracht, die ihre Träger dem kapitalistischen System zur Last gelegt hatten. Sie hatte weder zum Sozialismus noch zum freiheitlichen Kommunismus geführt."[26]

Lenin hatte schon zu Beginn der zwanziger Jahre bei der Auseinandersetzung mit derartigen anarchosyndikalistischen Auffassungen betont, daß es „eine völlige Abkehr vom Sozialismus ist, wenn den Arbeitern einer einzelnen Fabrik oder eines einzelnen Berufszweiges in irgendeiner Form, direkt oder indirekt, das Eigentumsrecht an ihrer spezifischen Produktion gesetzlich zuerkannt wird"[27], da die Verabsolutierung der Autonomie von Produzentenorganisationen oder anarchosyndikalistischen „Selbstverwaltungen" die Gefahr in sich birgt, spontane gesellschaftliche Entwicklungsprozesse auszulösen, die den gesamtgesellschaftlichen Interessen und letztlich auch den Interessen dieser Kollektive entgegenstehen.

Marx, Engels und Lenin haben daher nie gefordert, die Fabriken den einzelnen Arbeitskollektiven in „Selbstverwaltung" zu übergeben, sondern wiederholt die Notwendigkeit begründet, alle wichtigen Produktionsmittel in den Händen des neuen, sozialistischen Staates zu zentralisieren, das heißt in den Händen des als herrschende Klasse organisierten Proletariats.[28] In der Auseinandersetzung mit dem Philosophen und Nationalökonomen Eugen Dühring, dem Vertreter eines reaktionären kleinbürgerlichen Sozialismus, der die Frage aufgeworfen hatte, ob denn nicht auch im Sozialismus die „Kommunen" völlig selbständig sein und ihre Geschäfte über den „freien Verkehr", den Konkurrenzmechanismus, untereinander abwickeln sollten, konstatierte Engels, es würde dann alles vor sich gehen „ganz im alten Stil, nur daß an die Stelle des Kapitalisten die Kommune tritt"[29]. In einer Sitzung des Rates der Volkskommissare am 4. März 1918, die sich mit den anarchosyndikalistischen Forderungen der Vertreter des ZK der Gewerkschaft der Schiffahrtsarbeiter beschäftigte, die Verwaltung der Schiffahrt in den Händen der Gewerkschaft zu konzentrieren, unterstrich Lenin, daß es Aufgabe des Sozialismus ist, „alle Produktionsmittel in das Eigentum des ganzen Volkes zu überführen, jedoch keineswegs, die Schiffe an die Schiffsarbeiter, die Banken an die Bankangestellten zu übereignen"[30].

Die Konzeption von der „Selbstverwaltung" richtet sich zugleich gegen den sozialistischen Staat, der sowohl für den Aufbau und die Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung notwendig ist wie für den wirksamen Schutz vor

inneren und äußeren Feinden des sozialistischen Gemeinwesens, solange in der Welt noch dem Proletariat feindliche Klassen existieren. Ein Verzicht auf ihn würde die Arbeiterklasse von vornherein zur Niederlage verurteilen.

Die anarchosyndikalistische Idee der „Selbstverwaltung", die heute als angeblich möglicher „dritter Weg" zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus konzipiert wird, ist – wie das Beispiel Spanien gezeigt hat – bereits von der Geschichte widerlegt worden.

Aber nicht nur Industriebetriebe wurden damals in Spanien „vergesellschaftet", auch auf dem Lande führten Anarchisten „Kollektivierungen" durch, mit denen sie den „freiheitlichen Kommunismus" mit einem Schlage einführen wollten. Auf dem Dorfplatz verbrannten sie zumeist Grundbuch und Besitzurkunden mit einem großen Freudenfeuer. Mitunter wurden nicht nur der Boden, die landwirtschaftlichen Geräte und das Vieh bis hin zu den Hühnern „kollektiviert", sondern auch Ringe und Medaillons, irdene Kochtöpfe, Getreide und der Wein für die häusliche Mahlzeit. Eric J. Hobsbawm skizziert die anarchistische „Revolution" von Castro del Rio in der Provinz Córdoba mit den Worten: „Die Enteignung des Landes, die Abschaffung des Geldes, die gemeinsame Arbeit von Männern und Frauen ohne Besitz und ohne Entgelt, die, was sie brauchten, dem Dorfladen entnahmen (‚sie taten alles zusammen, und jeder nahm, was er brauchte'), und eine große und schreckliche moralische Exaltiertheit. Die Dorfcafés wurden geschlossen. Bald würde es im Dorfladen keinen Kaffee mehr geben, und die Militanten freuten sich, daß ein weiteres Gift verschwände. Das Dorf war isoliert und ärmer als vorher, aber es war sauber und frei, und diejenigen, die nicht in die Freiheit paßten, wurden getötet."[31] Ähnliche Berichte sind über die Dörfer Calanda und Pina in Aragonien, Valez in Katalonien, Membrilla (La Mancha) und die Kleinstadt Fraga in Aragonien überliefert.

Unter den Bedingungen des nationalrevolutionären Krieges, unter denen es nicht möglich war, den Kollektivbetrieben in erforderlichem Umfang Maschinen, Düngemittel und geschulte Agrarfachleute zur Verfügung zu stellen, konnte eine solche anarchistische „Kollektivierung der



Republikanische Kämpfer auf dem Weg zur Front

Landwirtschaft" nur zur gleichmäßigen Verteilung des Elends führen. Die anarchistischen Kollektivierungsbestrebungen stießen oft genug auf den Widerstand der kleinen Bauern und Pächter, „die wohl bereit waren, ihren Besitz auf Kosten der Gutsherren zu vergrößern, aber nicht daran dachten, das kleine Stück Boden, das ihnen gehörte, einem Kollektiv zu überantworten"[32], muß James Joll einräumen. Selbst bürgerliche Beobachter, die sonst gern die Rolle der Anarchisten gegenüber den Kommunisten positiv herauszustreichen versuchen, müssen konstatieren: „Der versuchte Übergang zur ‚Anarchie' konnte im Bürgerkrieg nicht ohne Terror und Mord ablaufen. Die ‚Kollektivisten' (d. h. die Anarchisten – J. W.) brachen nicht nur den Widerstand der Grundbesitzer, sondern bekämpften auch Kleinbauern und Pächter, die an individuellem Besitz festhalten wollten."[33]

Während also viele einfache Mitglieder von CNT und FAI aufopferungsvoll mit der Waffe in der Hand einen wertvollen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus lei-

steten, stellte das pseudorevolutionäre Abenteurertum anderer spanischer Anarchisten und Anarchosyndikalisten, das in der linksextremistischen Rebellion in Barcelona im Mai 1937 kulminierte, objektiv einen Hilfsdienst für die Franco-Putschisten dar.

Den Lernprozeß bei einer Reihe von CNT-Führern signalisierte deren Eintritt in die republikanische Regierung Spaniens im November 1936, die dem Erfordernis der Stunde entsprach, alle antifaschistischen Kräfte zu einigen. Das CNT-Organ „Solidaridad Obrera" begründete am 4. November 1936 diesen Schritt mit den Worten: „Der Eintritt der CNT in die Zentralregierung ist eines der wichtigsten Ereignisse, die die politische Geschichte unseres Landes kennt. Immer, aus Prinzip und Überzeugung, war die CNT gegen den Staat eingestellt und ein Feind jeder Form von Regierung. Aber die Umstände ... haben das Wesen der Regierung und des spanischen Staates verwandelt. Die Regierung hat in der gegenwärtigen Situation als leitendes Instrument der Staatsorgane aufgehört, eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Unterdrückungsgewalt zu sein, ebenso wie der Staat nicht mehr der Organismus ist, der die Gesellschaft in Klassen teilt. Und beide werden mit dem Eintritt der CNT noch mehr davon lassen, das Volk zu bedrücken."[34] Und in einer anderen Ausgabe dieser Zeitung hieß es: „Um den Krieg zu gewinnen und die Völker der Erde zu retten, ist sie (die CNT) bereit, mit jedermann zusammenzuarbeiten, gleich ob das Organ, in dem sich diese Zusammenarbeit abspielt, Rat oder Regierung heißt."[35]

Juan García Oliver, einst Terrorist und stolzer Zuchthausinsasse, übernahm das Amt des Justizministers, Joan Peiró i Belis wurde Minister für Industrie, Federica Montseny Mañe (geb. 1905) erhielt das Gesundheitsministerium, und Juan López Sánchez wurde als Handelsminister tätig. Die vier CNT-Vertreter bewiesen Mut und gesunden Menschenverstand, als sie in einem für die Spanische Republik kritischen Augenblick den Versuch unternahmen, zur Einigkeit im republikanischen Lager beizutragen.

Alle vier gehörten zu den angesehensten Vertretern des spanischen Anarchosyndikalismus. „Juan Peiró war ein Glasarbeiter mit großer organisatorischer Erfahrung; ursprünglich gegen jedes politische Engagement der Ge-

werkschaften, hatte er aus dem Regime Primo de Riveras und aus den Anfängen der Republik Konsequenzen gezogen und seine starre Haltung aufgegeben. Als führender Unterzeichner des Manifests der Dreißig bestand er auf Disziplin und Organisation."[36] Als Industrieminister widersetzte er sich der gewaltsamen Kollektivierung.

Vertreter des militanten Flügels der CNT waren García Oliver und Federica Montseny, die beide aus der FAI kamen. Oliver, damals 35 Jahre alt, galt als der anerkannte Führer der militanten Anarchisten Kataloniens. Als Justizminister ließ er zunächst mit einer wahrhaft anarchistischen Geste die Gefängnisakten vernichten, bewies jedoch mit Reformen des Rechts- und Justizwesens auch Sinn für das Praktisch-Reale. So schaffte er die Gebühren ab, die es den Armen verwehrten, sich an die Gerichte zu wenden, und gründete besondere Volkstribunale für kriegsbedingte Vergehen gegen die Republik. Federica Montseny, eine unermüdliche Rednerin und Propagandistin, die aus einer Familie anarchistischer Intellektueller stammte, wurde Urheberin eines Dekrets, das die Abtreibung legalisierte.

Ehrenburg schreibt dazu, „nicht allein Durruti begriff die Notwendigkeit, im Interesse des Sieges auf die Reinheit der anarchistischen Dogmen zu verzichten. Viele Führer der CNT und FAI waren gezwungen, von ihren Prinzipien abzugehen. Mochte García Oliver noch so ungestüm fordern, man müsse den Staat unverzüglich abschaffen – als er Minister geworden war, führte er Reformen durch, die für seine liberalen Kollegen durchaus annehmbar waren. Er kämpfte gegen die Spekulanten, erweiterte die Rechte der Frauen, organisierte Arbeitskolonien für die Faschisten. ... Der Gesundheitsminister, die Anarchistin Federica Montseny, bewies auf einem Meeting, daß die Regierung nicht ohne die Anarchisten, aber auch die Anarchisten nicht ohne Regierung auskommen könnten."[37]

Von großer Bedeutung für die Einigung der antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus war die Herstellung der Gewerkschaftseinheit zwischen der sozialistischen UGT, in der auch die Kommunisten wirkten, und der anarchosyndikalistischen CNT. In einem komplizierten Prozeß mußten sowohl ultralinke Tendenzen in der UGT und anarchosyndikalistische Vorstellungen in der CNT zu-

rückgedrängt als auch eine gewisse Abneigung gegen die Einheit mit anarchosyndikalistischen Gewerkschaften bei den Kommunisten überwunden werden.

Die KP Spaniens folgte den Empfehlungen des EKKI, mit allen Kräften die Herstellung der Gewerkschaftseinheit anzustreben, und schließlich setzten sich in den Reihen der CNT Auffassungen durch, die einen Zusammenschluß mit der UGT erleichterten. „Die Mitglieder der CNT, die Seite an Seite mit Kommunisten und Sozialisten in der Volksmiliz kämpften, begannen dank der Bemühungen der Kommunisten zu begreifen, daß die Verwirklichung ihrer Forderungen nach Abschaffung des Staates und der Armee, nach Dezentralisierung der Wirtschaft und andere im Gegensatz zu den Erfordernissen des Kampfes gegen den Faschismus standen. Der Druck der Massen und die Angst, in die Isolierung zu geraten, bewegte die anarchistischen Führer, ihre Haltung zu überprüfen und einige theoretische Positionen, die sie früher verteidigten, aufzugeben.“[38]

Endlich führte diese Entwicklung im März 1938 zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen UGT und CNT auf der Basis eines gemeinsamen Aktionsprogramms und zur Schaffung eines Verbindungskomitees. Beide Organisationen vereinten in ihren Reihen zusammen etwa 3,5 Millionen Mitglieder und damit mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung des republikanischen Spaniens. Obwohl der faschistische Sieg nicht verhindert werden konnte, war die Herstellung der Gewerkschaftseinheit im Kampf gegen den Faschismus ein großer Erfolg der spanischen Arbeiterbewegung. „Eine wesentliche Erkenntnis der Kommunistischen Partei Spaniens aus dem Kampf um die Gewerkschaftseinheit mit anarchistischen Arbeitern bestand darin“, resümiert Lidia Schewtschenko, „daß die tiefgreifenden ideologischen Gegensätze zwischen Marxismus-Leninismus und Anarchismus kein Hindernis für die Einheit auf gewerkschaftlichem Gebiet sein müssen. Vielmehr vermag gerade das einheitliche Handeln der Gewerkschaften, anarchistische Vorstellungen zu überwinden und zur Verbreitung marxistisch-leninistischen Gedankenguts beizutragen.“[39]

Nach dem Sieg der Franco-Faschisten wurde auch die CNT zerschlagen, ihre Mitglieder, ebenso wie zuvor Anarchisten, Anarchosyndikalisten, Trotzkisten und andere

Linksradikale in Deutschland und anderen faschistischen oder halbfaschistischen Staaten, verhaftet, ermordet oder zur Emigration gezwungen.

Damit war der Anarchosyndikalismus als politisch bedeutsame Bewegung in der Zwischenkriegszeit in den kapitalistischen Industrieländern praktisch verschwunden. Das Jahr 1938 zeigte, „daß die Anarchisten der Verwirklichung ihrer Träume nicht einen Fußbreit näher gekommen waren“[40].

Rund 50 Jahre nach den geschilderten Ereignissen resümierte das Mitglied des ZK der KP Spaniens Santiago Alvarez, daß die theoretischen Konstruktionen des Anarchosyndikalismus damals „ein völliges Fiasko erlitten, als sie mit dem praktischen Kampf konfrontiert wurden“[41]. Spanien offenbarte: Anarchismus und Anarchosyndikalismus hatten der Prüfung durch die Geschichte nicht standgehalten.

Im Kampf gegen Faschismus und Krieg

„Wir sind die Revolte des Geistes; wir sehen die blutige Revolution als die unausweichliche Rache des durch eure Taten gedemütigten Geistes an. Wir sind keine Utopisten: wir sehen diese Revolution nur unter ihrem sozialen Aspekt. Menschen, gegen die sich eine solche Koalition verbündet hat, daß sie von allen geächtet werden (Verräter an allem außer der Freiheit, Ungehorsame jeder Art, Gefängnisinsassen), mögen nicht vergessen, daß die Idee der Revolution der beste und wirksamste Schutz des Individuums ist.“[1]

Mit diesen Worten schloß das kollektive Manifest „Zunächst und immer Revolution!“, mit dem sich die Surrealisten gemeinsam mit anderen Vertretern der linksgerichteten Intelligenz im Oktober 1925 gegen diejenigen Intellektuellen Frankreichs wandten, die den Kolonialkrieg des französischen Imperialismus in Marokko unterstützten. Das Manifest atmete zugleich einen radikalen Freiheitsbegriff, der mit der utopisch-sozialistischen und der anarchi-

stischen Tradition des 19. Jahrhundert im geschichtlichen Zusammenhang stand.

Der Surrealismus, der vielschichtig und in sich uneinheitlich war, entstand um 1919 als Revolte junger Intellektueller gegen die bisherige Literatur, deren Glaubwürdigkeit durch den ersten Weltkrieg zerstört worden war. Zu dieser künstlerisch vielseitigen Richtung gehörten sowohl Schriftsteller und Dichter als auch Maler, Filmregisseure, Fotografen und andere.

Aus einer subjektivistischen, provozierend-anarchistischen Protesthaltung heraus und getragen von einer sich im Nachkriegsjahrzehnt immer wieder erneuernden Revolutionserwartung, klagten die Surrealisten die Welt des Kapitalismus mit spezifischen künstlerischen Mitteln an und bekannten sich theoretisch zu den Linkskräften. Unter dem Einfluß des französischen Kolonialkrieges in Marokko und des Aufkommens des italienischen Faschismus näherte sich ein Teil der Surrealisten auch politisch der revolutionären sozialen Bewegung. Der marxistische Literaturwissenschaftler Karlheinz Barck sieht im französischen Surrealismus sicher zu Recht auch einen ernst zu nehmenden Versuch, künstlerische Avantgarde und soziale Bewegung zu koordinieren und „die linke Intelligenz" gegen den „Vormarsch des Faschismus in den zwanziger Jahren zu mobilisieren".[2]

Der Surrealismus reagierte somit relativ frühzeitig auf eine neue politische Erscheinung, auf den aufkommenden Faschismus, mit dem sich seit den zwanziger Jahren die internationale Arbeiterbewegung – und damit auch der Linksradikalismus – zunehmend konfrontiert sah. Als erstmals 1922 in Italien der Faschismus an die Macht gelangte, löste dies unter allen progressiven gesellschaftlichen Kräften umfangreiche Diskussionen aus. Obwohl sich die KI bereits früh, nämlich auf ihrem IV. Kongreß 1922, mit dem Faschismus beschäftigte und ihn klassenmäßig einschätzte, vollzog sich doch die wissenschaftlich exakte Analyse des Faschismus in jahrelangem Ringen unter den unterschiedlichsten objektiven und subjektiven Bedingungen. Erst als die kommunistische Bewegung im Prozeß der Aneignung des Leninismus weiter gereift war, konnte der VII. Weltkongreß der KI 1935 den Faschismus an der Macht als die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am

meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals definieren.

Eine Reihe ultralinker Kräfte in den kommunistischen Parteien, in der Regel entschiedene Gegner des Faschismus, setzte in der zweiten Hälfte der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre fälschlicherweise bürgerlich-demokratische und faschistische Herrschaftsmethode der Bourgeoisie gleich und unterschätzte somit den Faschismus. Sie interpretierte ihn vereinfacht lediglich als ein Produkt der Zersetzung und Schwäche des Kapitalismus, als eine unvermeidliche historische Stufe beim Niedergang des Kapitalismus. Beispielsweise sah die Führung der IKP unter Amadeo Bordiga in der Machtergreifung des Faschismus in Italien lediglich einen einfachen Wechsel von Personen und Gruppen in der Regierungsspitze im Rahmen des bisherigen bürgerlichen Regimes, begriff also nicht das Wesen des Faschismus. Bordiga schrieb am 6. September 1925 in „L'Unità": „Im Faschismus und in der gegenwärtigen allgemeinen Gegenoffensive der Bourgeoisie sehen wir keine Veränderung im Sinne eines Bruchs der Politik des italienischen Staates, sondern die natürliche Fortsetzung der vor und nach dem Kriege durch die ‚Demokratie' angewandten Methode. Wir glauben nicht an die Gegenüberstellung von Demokratie und Faschismus..."[3]

Während bürgerliche Politiker, kleinbürgerliche Theoretiker und auch sozialdemokratische Führungskräfte oftmals den Faschismus als eine über den Klassen stehende Macht oder als eine Bewegung oder Diktatur des Kleinbürgertums charakterisierten und den Zusammenhang des Faschismus mit dem Monopolkapital ignorierten, schätzten anarchosyndikalistische, anarchistische und auch andere linksradikale Theoretiker den Faschismus als eine Form der Diktatur des Kapitals weit zutreffender ein, erkannten aber nicht deren neue Qualität und unterschätzten daher in der Regel die von ihr ausgehenden Gefahren für die Arbeiter- und demokratische Bewegung. Typisch ist hierfür die Auffassung des niederländischen Anarchosyndikalisten Artur Müller-Lehning (geb. 1899), der 1931 schrieb: „Für den monopolistischen Kapitalismus ist die faschistische Diktatur die politische Form zur Ausübung seiner Herrschaft."[4] 1934 stellte das anarchosyndikalistische Organ „Die Internationale" fest, daß das Hitlerregime in Deutschland „vollstän-

dig mit den Interessen der Großindustrie verwachsen ist".[5] Und im trotzkistischen Organ „Unser Wort" wurde der Faschismus als „nackte Diktatur des Finanzkapitals"[6] charakterisiert. Es hieß dort: „Die faschistische Diktatur ist der zweckmäßigste Handlanger des deutschen Imperialismus."[7]

Aus der teilweise richtigen Analyse des Faschismus wurden jedoch keineswegs immer die richtigen Schlußfolgerungen für den praktisch-politischen Kampf gegen ihn gezogen. Während viele Linksradikale von vornherein eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnten, waren andere Anarchisten, Anarchosyndikalisten und weitere Linksradikale zwar im Kampf gegen den Faschismus zur Kooperation mit allen Kräften der Arbeiterbewegung bereit, verbanden dies aber oftmals mit weitergehenden ultimativen Forderungen, die von anderen antifaschistischen Kräften nicht geteilt werden konnten. Der 5. Kongreß der französischen anarchosyndikalistischen Confédération Générale du Travail Syndicaliste Révolutionnaire (CGTSR) im November 1934 trat bedingt für eine antifaschistische Einheitsfront ein: „Der Kongreß ist der Meinung, dass die Einheitsfront unter gewissen Umständen unabweisbare Notwendigkeit ist, besonders im Kampfe gegen Faschismus und Krieg." Aber: „Der Kongreß lehnt ... jede angebliche Einheitsfront gegen Krieg oder Faschismus ab, die nicht das Ziel der radikalen Umformung der bestehenden Gesellschaft durch die freiheitliche und antistaatliche Soziale Revolution im Auge hat."[8]

Trotz solcher Schwierigkeiten kam es in einer Reihe von Ländern zu gemeinsamen Aktionen von linksradikalen Kräften mit Kommunisten und anderen Teilen der Arbeiterbewegung im antifaschistischen Kampf.

Der heldenhafte Widerstand von Kommunisten, Sozialisten, Anarchosyndikalisten und anderen Demokraten zur Verteidigung der Spanischen Republik gegen die vom deutschen und italienischen Faschismus unterstützten Franco-Putschisten war dabei das herausragendste Beispiel. Bereits Anfang der zwanziger Jahre bildeten in Italien unter dem Druck der Ereignisse die Kommunistische und die Sozialistische Partei, der Allgemeine Gewerk-



Wilhelm Pieck und Erich Mühsam auf einer Protestkundgebung der „Roten Hilfe" 1931 in Berlin

schaftsbund, die anarchosyndikalistische USI sowie die anarchosyndikalistisch orientierte Eisenbahnergewerkschaft und der Verband der Seeleute die Alleanza del Lavoro (Arbeitsunion), „die einen Versuch darstellte, die Einheitsfront aller demokratischen Kräfte der Werktätigen gegen den Faschismus zu organisieren"[9].

Auch in Deutschland standen anarchistische Kräfte wie Erich Mühsam in diesem Ringen mit den Kommunisten auf der gleichen Seite der Barrikade. Der Essayist und Lyriker Franz Leschnitzer, 1932/33 Sekretär des Deutschen Kampfkomitees gegen Krieg und Faschismus, berichtet von einer gegen die faschistische Gefahr gerichteten Veranstaltung: „Auch in dieser Rede ließ Mühsam sich die Gelegenheit nicht entgehen, gegen uns als ‚verbohrte Marxisten' und ‚Verächter der direkten Aktion' mit ähnlicher Schärfe wie gegen die Nazis zu wettern; dennoch bekannte schließlich auch er sich ... zur Einheitsfront aller aufrechten Antifaschisten. ‚Wir werden', schloß er, ‚weiterkämpfen – wenn es sein muß: in der Emigration oder im Kerker!'"[10] Den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus resümierend, betont der Literaturwissenschaftler Alfred Klein: „Die Aktualität solcher Partnerschaft liegt ebenso auf der Hand wie ihre entscheidende Grundbedingung: absolute Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit auf beiden Seiten."[11]

Als sich die Nacht der faschistischen Barbarei über Deutschland gesenkt hatte, leisteten aus dem linksradikalen Lager kommende Kräfte wie Karl Schröder und Alexander Schwab im Untergrund aktiven Widerstand. Andere – wie der expressionistische Schriftsteller Carl Einstein (1885–1940) – kämpften in Spanien mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus. Der anarchistischen Auffassungen nahestehende Schriftsteller Theodor Plievier gehörte neben Bertrand Russell, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Anna Seghers, Ernst Toller und anderen zu den Mitgliedern des internationalen Initiativkomitees zur Schaffung einer „Deutschen Freiheitsbibliothek" 1934 in Paris. Während des zweiten Weltkrieges schlossen sich in den von Hitlerdeutschland besetzten Ländern Linksradikale wie Jan Appel der Résistance an. Einen genaueren, detaillierteren Überblick über die antifaschistischen Aktivitäten linksradikaler Kräfte zu gewinnen wird leider dadurch erschwert, daß infolge von Krieg und Hitlerterror die Quellenbasis so lückenhaft wie der berühmte Schweizer Käse mit seinen großen Löchern ist.

Die zweite Herausforderung, der sich die Linksradikalen verschiedener Richtung stellen mußten, war die in jener Zeit immer mehr anwachsende Gefahr eines neuen Weltkrieges. Vielfach räumte man dieser Frage nicht den ihr ge-

bührenden Platz ein. Eine Reihe ultralinker Kräfte in den kommunistischen Parteien unterschätzte den Kampf für den Frieden und vertrat die Ansicht, der Krieg sei ein Mittel, das den Weg zur Revolution ebnen würde. Das Ringen um die Erhaltung des Friedens, dem die Komintern auf ihrem VII. Kongreß 1935 einen hohen Stellenwert beigemessen hatte, diffamierten sie als kleinbürgerlichen Pazifismus. „Diese Art der Kritik von ‚links'", schätzen die Autoren des Werkes „Die Kommunistische Internationale" ein, „war ein Versuch, Zweifel an der Richtigkeit des vom VII. Kongreß eingeschlagenen Kurses zu säen und sektiererische Vorurteile in den Reihen der Kommunisten zu unterstützen."[12]

Bei der Abwehr der drohenden Kriegsgefahr engagierten sich dagegen vor allem die Anarchosyndikalisten, die alljährlich antimilitaristische Kundgebungen durchführten. Die „IAA" erklärte 1932 den *„Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges*, den die Weltreaktion zu entfesseln versucht", zu einer der zwei wichtigsten vor ihr stehenden Aufgaben.[13] Sie rief die Arbeiter in allen Ländern gegen die „ungeheure drohende Gefahr eines neuen Weltgemetzels, dessen Opfer an erster Stelle aufs neue die Arbeiterklasse sein würde", zum „direkten Kampf gegen den Krieg und gegen die Kriegsvorbereitungen auf ökonomischem Gebiet" auf.[14]

Ende 1934 warnte das anarchosyndikalistische Organ „Die Internationale": „Die größte Gefahr, die heute droht, ist, dass das (faschistische – J. W.) Regime (in Deutschland – J. W.) einen Ausweg sucht im Abenteuer des Krieges."[15] Obwohl diese Linksradikalen die Kriegsgefahr deutlich erkannten, lehnten sie zumeist ein gemeinsames Vorgehen mit Kommunisten oder mit der Sowjetunion ab und vertraten vielfach äußerst eingeengte Vorstellungen über die Schaffung von Aktionseinheits- oder Volksfrontbündnissen im Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Zusammenfassend muß man feststellen, daß der Linksradikalismus in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den kapitalistischen Industrieländern einen wichtigen politischen Faktor darstellte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß er nicht nur in organisatorisch selbständiger Form auftrat, sich nicht nur in

linksradikalen Tendenzen in den jungen kommunistischen Parteien äußerte, sondern auch in sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Organisationen eine Rolle spielte, so innerhalb der USPD in Deutschland, in der reformistischen Confederazione Generale del Lavoro in Italien und in der sozialistischen Gewerkschaft UGT in Spanien.

Die verschiedenen Vertreter des Linksradikalismus hatten zumeist nur unreife Vorstellungen über Sozialismus und Kommunismus und interpretierten die von ihnen angestrebte neue Gesellschaftsordnung im wesentlichen als eine Gleichheitsgesellschaft mit stark asketischen Zügen. An dieser Elle maßen sie den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR. So ist auch zu erklären, daß vor allem doktrinäre linksradikale Kräfte insbesondere ab Mitte der zwanziger Jahre einem „fast irrationalen Antibolschewismus“[16] verfielen. Beispielsweise diffamierte die KAPD-Führung 1929 die Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion, im ersten proletarischen Staat, als „Faschismus“ und behauptete: „Auch in Rußland hat das Proletariat nichts mehr zu verlieren als seine Ketten.“[17]

Die Kapitalismus- und Imperialismuskritik der Linksradikalen verschiedener Richtung war weitgehend moralisch geprägt, woraus subjektivistische und voluntaristische Vorstellungen von der „Machbarkeit“ der Revolution zu jeder Zeit resultierten – unabhängig davon, ob eine revolutionäre Situation existierte oder nicht. Diese Kräfte leugneten die Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Partei und lehnten den Marxismus-Leninismus entweder ab oder verzerrten ihn linksradikal und ersetzten ihn durch ein buntes Gemisch von verschiedenartigen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Auffassungen.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen trat der Linksradikalismus in den kapitalistischen Industrieländern im wesentlichen als Linksopportunismus auf, das heißt, der Linksradikalismus wirkte hauptsächlich in den Reihen der Arbeiterklasse und -bewegung.

Dieser Linksopportunismus war antiimperialistisch, aber in den Klassenauseinandersetzungen erwiesen sich linksra-



Flugschriften der Kommunistischen Internationale

6.

An die Mitglieder der K. A. P. D.

Offener Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale

1 9 2 1

Verlag der Kommunistischen Internationale

Auslieferungsstelle für Deutschland:

Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Preis 30 Pfg.

Offener Brief des EKKI an die Mitglieder der KAPD 1921 (Faksimile)

dikale Ideologie und Politik oftmals als Hemmschuh in der Entwicklung des Klassenbewußtseins und wirkten objektiv vielfach konterrevolutionär. Das pseudorevolutionäre kleinbürgerliche Wesen dieser Ideologie und Politik äußerte sich letztlich darin, die Arbeiterklasse objektiv von der Verwirklichung ihrer historischen Mission abzuhalten und sie in scheinradikale Sackgassen zu führen. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß in den linksopportunistischen

Organisationen ein nicht unbeträchtliches revolutionäres Potential lag, das es für die Sache des sozialen Fortschritts zu gewinnen galt.

In diesem Zusammenhang verdient die hohe Wertschätzung Beachtung, die Lenin dem „Offenen Brief" der VKPD vom Januar 1921 beimaß, mit dem sich die deutschen Kommunisten nicht nur an den ADGB, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, die SPD und die USPD, sondern auch an die AAUD, die FAUD und die KAPD mit dem Angebot zum gemeinsamen Kampf gegen die Offensive des Kapitals gewandt hatten und der bei den Syndikalisten ein positives Echo fand. „Obgleich die Geschäftskommission der F. A. U. D. (Syndikalisten) eine Reihe von Punkten der vorgeschlagenen Grundlage als unzulänglich und ungeeignet zur Erreichung eines Erfolges betrachtet, ist dieselbe doch bereit, den Mitgliedern der F. A. U. D. die Unterstützung der gemeinsamen Aktion zu empfehlen", hieß es im Antwortbrief der FAUD-Führung an die VKPD. „Notwendig ist aber, daß zuvor eine Aussprache aller beteiligten Organisationen stattfindet, in welcher die einheitlichen Forderungen und die taktischen Maßnahmen festgelegt werden."[18]

Obwohl der Linksradikalismus in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus in verschiedene Richtungen zerfiel, waren diese nicht durch eine chinesische Mauer voneinander getrennt. Vielmehr gab es vielfältige fließende Übergänge von einer Richtung zur anderen. Dies betraf sowohl die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Vertreter dieser Richtungen, ihre Positionen zu den Grundfragen unserer Epoche und ihre Auffassungen von Strategie und Taktik als auch den politischen Lebenslauf einer Reihe herausragender Führer des Linksradikalismus in dieser Zeit, der ausweist, daß sie vielfach – zu unterschiedlichen Zeitpunkten – Repräsentanten verschiedener Richtungen des Linksradikalismus waren.

Ein solcher Wanderer zwischen den politischen Welten war der Spanier Joaquín Maurín (1897–1973). Zunächst einer der Führer der anarchosyndikalistischen CNT, schloß er sich 1921 der KP Spaniens an und leitete bis 1930 die katalanische und die balearische Sektion der Kommunistischen Partei. In den Jahren 1927 bis 1930 wandte er sich immer mehr trotzkistischen Ideen zu. 1930 aus der KPSp

ausgeschlossen, bildete er mit seinen Anhängern den Bloque Obrero y Campesino (BOC). 1935 vereinigte sich der BOC unter seiner Führung mit der Gruppe Izquierda Comunista zur trotzkistischen POUM.

Bei der geistigen Ausprägung der linksradikalen Hauptrichtungen und -strömungen spielten der sozialökonomische Entwicklungsstand der einzelnen Länder, der Grad der Reife der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung, die historischen Traditionen des Linksradikalismus und die wechselseitige Beeinflussung der linksradikalen Bewegungen in den verschiedenen kapitalistischen Staaten eine Rolle. Jene, die in Ländern mit zurückgebliebeneren ökonomischen Verhältnissen wirkten, eigneten sich vorwiegend jenes Gedankengut an, das dem Ideal einer Gesellschaft von Kleinproduzenten verhaftet blieb und historisch rückwärts orientierte. Die Welt der Kleinindustrie mit ihrer Dezentralisierung, in der die Arbeiter dieser Länder vorwiegend lebten, prägte damit auch das Bild der neuen Gesellschaft, das als Rückgriff auf vorkapitalistische Organisationsmodelle der Gesellschaft konzipiert wurde. Die spanische, italienische und portugiesische anarchosyndikalistische Bewegung nahm sich aufgrund der in ihren Ländern ähnlichen sozialpsychologischen Bedingungen die französische CGT im allgemeinen zum Vorbild, sowohl für ihre Struktur als auch für ihre Taktik und ihre Philosophie.

Umgekehrt griff die linksradikale Bewegung in den höher entwickelten kapitalistischen Ländern insbesondere jene Ideen auf, die der Orientierung auf ein modernes, technisch hochentwickeltes industrielles Gemeinwesen dienlich waren. Der konkrete Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte beeinflußte somit die jeweilige ideologische Ausprägung der linksradikalen Bewegung in den einzelnen Ländern in hohem Maß. Er funktionierte gewissermaßen als Filter bei der Geburt und Verbreitung linksradikaler Ideen und Gesellschaftsvorstellungen: die den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen am wenigsten entsprechenden Auffassungen blieben im Sieb hängen. Aufgrund dessen zeigte der Anarchosyndikalismus in Frankreich, Spanien, Portugal und Italien jeweils weit mehr Ähnlichkeiten als im Vergleich mit dem Industrialismus in den USA, Großbritannien und anderen angelsächsischen Ländern.

In der Entwicklung des Linksradikalismus in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus lassen sich im wesentlichen zwei Phasen unterscheiden: Die *erste Phase* reichte von 1914/17 bis zum Ende der revolutionären Nachkriegsperiode 1923. In dieser Phase kann man den Linksradikalismus als Massenbewegung charakterisieren. Seine verschiedenen Organisationen zählten zusammen mehrere Millionen Mitglieder in den kapitalistischen Ländern Europas und in Nordamerika.

In der *zweiten Phase*, die etwa 1924 begann, führte der Linksradikalismus (mit Ausnahme Spaniens) im wesentlichen nur noch ein Sektendasein, das von relativ geringen Mitgliederzahlen (nur noch Zehntausende in den kapitalistischen Ländern Europas und in Nordamerika) und einer äußerst starken Zersplitterung in einander heftig befehdende Gruppen gekennzeichnet war. Er ähnelte damit immer mehr dem herkömmlichen Anarchismus, den stets geringe Anhängerschaft und Atomisierung charakterisierten.

Im Zusammenhang mit dem Umschlag des Linksradikalismus von einer Massenbewegung zu einer im wesentlichen einflußlosen sektiererischen Randerscheinung des politischen Lebens der kapitalistischen Industriestaaten wirft Eric J. Hobsbawm die Frage auf, wo die französische anarchosyndikalistische Bewegung, die vor dem ersten Weltkrieg Massencharakter trug, im Frankreich von 1924 oder gar von 1934 geblieben sei. Hobsbawm bezieht seine Frage auf den Anarchosyndikalismus in Form der CGT, aber man kann diese Frage getrost auf den gesamten Linksradikalismus ausweiten, zumal der Anarchosyndikalismus die Hauptform war, in der der Linksradikalismus in dieser Zeit in Erscheinung trat. Hobsbawm schreibt: „Die Antwort ist und muß lauten: Der Anarchismus war weitgehend in den neuen kommunistischen bzw. kommunistisch geführten Bewegungen aufgegangen." Es sei „durchaus nicht unwahrscheinlich, daß Arbeiter, die zunächst der militantesten und revolutionärsten lokalen oder berufsbezogenen Organisation angehörten, nach deren Verschwinden ohne Umschweife in eine kommunistische Gruppe überwechselten, die von nun an als Repräsentant einer militanten oder revolutionären Gesinnung galt".[19]

Ohne mit Hobsbawm in jedem Detail und jeder Formulierung übereinzustimmen, kann man dennoch festhalten,

daß ein sehr großer Teil derjenigen Kräfte, die vor dem ersten Weltkrieg und in den ersten Jahren danach linksradikalen Organisationen angehörten, vor allem die ehrlichen, revolutionär gesinnten Kräfte und damit die besten Kräfte, den Weg zu den Kommunisten fanden, selbst Kommunisten wurden.

Epigonen wittern Morgenluft

1946 tauchten in Lagern deutscher Kriegsgefangener in Großbritannien englische Anarchisten auf. Sie führten mit Billigung höchster britischer Regierungsstellen in den Jahren 1946 und 1947 unter dem Mäntelchen „demokratischer Umerziehung" anarchistische Schulungskurse durch. Eine zentrale Rolle spielte in diesem Zusammenhang ein gewisser John Olday, der den alten Anarchisten völlig unbekannt war und dessen Herkunft dunkel blieb. 1948 sollte diese geheimnisumwitterte Figur genauso spurlos von der politischen Bühne abtreten, wie sie auf ihr erschienen war, allerdings nicht, ohne vorher ein Blatt mit dem Titel „Räte-Anarchist" herauszugeben, in dem sie die Losung „Alle Macht den Räten!" erneuerte und anarchistisch interpretierte. 1946/47 jedoch organisierte und leitete Olday mit stillschweigender Billigung der britischen Behörden die „deutsche Sektion" der Internationalen Bakunin-Gruppe.[1]

Wie ist diese plötzliche Sympathie britischer Regierungskreise für den Anarchismus zu erklären, traten sie doch sonst als entschiedene Gegner all jener auf, die auch nur entfernt ihren Auffassungen einen linken Anstrich gaben?

Mit dem zweiten Weltkrieg und seinen Folgen war die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus eingeleitet worden. Ihre Hauptkennzeichen waren das Entstehen des sozialistischen Weltsystems im Ergebnis sozialistischer Revolutionen in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens, der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, die weitere Verstärkung der Labilität des Kapitalismus und seine fortschreitende Herausbildung als staats-

monopolistischer Kapitalismus. Das internationale Kräfteverhältnis hatte sich – vor allem durch den Sieg der Sowjetunion über die faschistischen Aggressoren – grundlegend zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert. Mit der Zerschlagung des Faschismus wurde die kapitalistische Ordnung in Europa und Japan in bis dahin nicht gekanntem Maß erschüttert und ein Aufschwung der revolutionären Kräfte ausgelöst, an dem der Linksradikalismus partizipieren konnte.

Einige imperialistische Kreise versuchten, die Wiederbelebung des Linksradikalismus zu nutzen, um mittels pseudorevolutionärer Ideen und Aktivitäten zumindest Teile der demokratischen Massenbewegungen in den kapitalistischen Ländern zu desorientieren und um die antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und die neuen demokratischen Verhältnisse in den Ländern Osteuropas zu unterminieren und zu destabilisieren. Die von Olday ausgebildeten anarchistischen Diversanten sollten so „wie ein Maulwurf an den Wurzeln des Staatskommunismus" nagen, „um seine Konsolidierung in der russischen Zone zu vereiteln", und „das Fundament der SED unterhöhlen"[2]. Wie die Geschichte bewies, waren alle derartigen Versuche letztlich zum Scheitern verurteilt.

In einigen entwickelten kapitalistischen Ländern äußerte sich die Wiederbelebung des Linksradikalismus darin, daß sich anarchosyndikalistische Kräfte in den einheitlichen Gewerkschaftszentralen und anderen großen Gewerkschaften aktivierten, so in der französischen CGT, der niederländischen Eenheidsvakcentrale (EVC) und der italienischen Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL). Doch bald schon spalteten sich in einer Reihe dieser Länder die Anarchosyndikalisten von den großen allgemeinen Gewerkschaftsorganisationen ab und bildeten selbständige Organisationen. In den Niederlanden konstituierte die von der EVC abgesplitterte Minderheit die Onafhankelijke Vakbeweging (OVB), die damals 10000 bis 20000 Anhänger hatte. In Frankreich gründeten die von der CGT abgespaltenen Anarchosyndikalisten im Dezember 1946 die Confédération Nationale du Travail (CNT), die nach eigenen Angaben 1948 etwa 200000 Mitglieder erreichen konnte.

Zugleich erlebten in einigen kapitalistischen Ländern an-

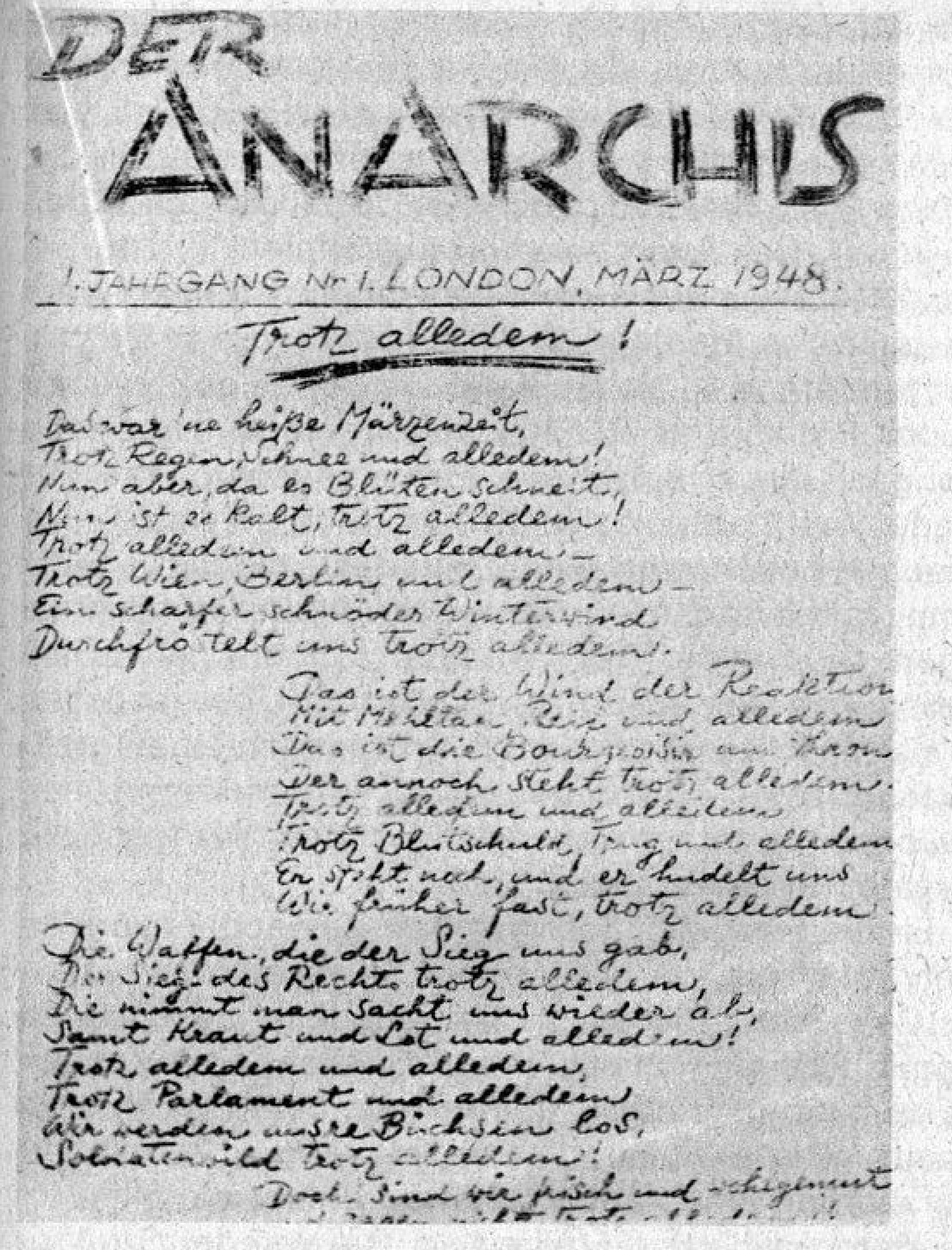
archosyndikalistische Organisationen, die schon vor dem zweiten Weltkrieg existiert hatten, einen gewissen Aufschwung. Die schwedische SAC soll Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre 50000 Mitglieder umfaßt haben. 1945 waren auf dem Kongreß der spanischen CNT im Exil 26000 Mitglieder vertreten, und in Spanien selbst wurden 15 nationale, regionale und Provinzkomitees gegründet und ein illegales Organisationsnetz aufgebaut, das bis nach 1950 die gesamte Halbinsel umfaßte. Anarchosyndikalistische Organisationen gab es auch in den USA, in der BRD, in Norwegen und Dänemark.

In ähnlicher Weise – wenn auch in geringerem Maß als der Anarchosyndikalismus – belebten sich Anarchismus und Trotzkismus in den kapitalistischen Industrieländern. Ihre Epigonen* witterten Morgenluft. „Seit dem Ende des Krieges ist in allen westeuropäischen Ländern eine Auferstehung der anarchistischen Bewegung zu bemerken"[3], stellte der Anarchosyndikalist Rudolf Rocker 1948 befriedigt fest. In Japan soll es Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre an die 70000 Anarchisten gegeben haben, in Frankreich soll die Fédération Anarchiste (FA) 10000 Mitglieder und mindestens 100000 Sympathisanten gezählt haben, Angaben, die sicher stark übertrieben sein dürften.

In den meisten kapitalistischen Industriestaaten agierten sowohl anarchistische Gruppierungen als auch trotzkistische Organisationen. In Frankreich hatte die trotzkistische Parti Communiste Internationaliste nach eigenen Angaben im September 1946 mehr als 1 000 Mitglieder. Zu den Wahlen vom 10. November 1946 stellte sie 20 Listen auf und erhielt über 60 000 Stimmen (davon 14 000 in Seine-et-Oise). Die linksradikale Rassemblement Démocratique Révolutionnaire, die durch von der PCI abgefallene Trotzkisten gegründet worden war, zählte Ende 1948 etwa 2 000 Anhänger. Die Trotzkisten verfügten in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre über einen gewissen Einfluß in den autonomen Gewerkschaften, aber auch in der CGT.

Dennoch konnte der Linksradikalismus in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus insge-

* Nachkommen; Nachahmer ohne Schöpferkraft.



DER ANARCHIS

1. JAHRGANG Nr 1. LONDON, MÄRZ 1948.

Trotz alledem!

Das war 'ne heiße Märzenzeit,
Trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüten schneit,
Nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem –
Trotz Wien, Berlin und alledem –
Ein scharfer schnöder Winterwind
Durchfröstelt uns trotz alledem.

Das ist der Wind der Reaktion
Mit Mehltau, Reif und alledem
Das ist die Bourgeoisie am Thron
Der annoch steht, trotz alledem.
Trotz alledem und alledem
Trotz Blutschuld, Trug und alledem
Er steht noch, und er hudelt uns
Wie früher fast, trotz alledem.

Die Waffen, die der Sieg uns gab,
Der Sieg des Rechts trotz alledem,
Die nimmt man sacht uns wieder ab,
Samt Kraut und Lot und alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Parlament und alledem
Wir werden unsre Büchsen los,
Soldatenwild trotz alledem!
Doch sind wir frisch und wohlgemut

Titelseite des Zirkulars von Olday „Der Anarchist", März 1948

samt bei weitem nicht das Niveau seiner Hoch-Zeit nach dem ersten Weltkrieg erreichen. Die politisch-ideologischen Grundpositionen der Linksradikalen blieben wenig verändert. Die linksradikalen Ideologen verharrten in der Regel doktrinär auf ihren schon früher vertretenen Standpunkten, ohne die in der Welt vor sich gegangenen Veränderungen angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere ihr Antikommunismus und ihr Antisowjetismus verstärkten sich in den vierziger und fünfziger Jahren zusehends.

Heftige Attacken richteten die linksradikalen Führungskräfte vor allem gegen die Sowjetunion. Anarchistische und anarchosyndikalistische Kräfte sowie ein Teil der Trotzkisten verleumdeten die Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion als „Staatskapitalismus" und als „östlichen Totalitarismus". Der Anarchosyndikalist Rudolf Rocker behauptete 1948 in einem amerikanischen Standardwerk über „Europäische Ideologien" – den Sowjetstaat als „totalitär" diffamierend –: „In Rußland ..., wo die sogenannte Diktatur des Proletariats Realität geworden ist, haben die Bestrebungen einer einzelnen Partei nach politischer Macht jede wahrhafte sozialistische Reorganisation des ökonomischen Lebens verhindert und das Land in die Sklaverei eines mühsam funktionierenden Staatskapitalismus gezwungen. Die proletarische Diktatur, von der naive Seelen glauben, sie sei ein unvermeidliches Übergangsstadium zu einem echten Sozialismus, ist heute in einen gräßlichen Despotismus und einen neuen Imperialismus hinübergewachsen, welcher hinter der Tyrannei der faschistischen Staaten in nichts zurückbleibt."[4]

Unter Entstellung aller historischen Tatsachen und Erfahrungen konstruierten pseudolinke „Kritiker" der sozialistischen Gesellschaftsordnung vor allem in der Sowjetunion somit eine angebliche Wesensgleichheit zwischen Faschismus einerseits und real existierendem Sozialismus andererseits. Diese linksradikalen Ideologen legten zur Charakterisierung einer Gesellschaftsordnung die Elle bürgerlicher Demokratie und Freiheit an. Die von der Struktur des bürgerlich-parlamentarischen Systems abweichenden Formen der staatlichen Machtausübung versahen sie mit dem Etikett einer „totalitären Ordnung". Das gipfelte schließlich in der Behauptung, Faschismus und Sozialismus würden wesensgleiche Staats- und Gesellschaftsformen darstellen und in gleicher Weise mit ähnlichen Methoden und brutalen Unterdrückungsmaßnahmen die Menschen ihrer persönlichen Freiheit und Würde berauben. Die sozialistische Gesellschaftsordnung in der UdSSR und später auch in den anderen sozialistischen Ländern wurde so mit dem Faschismus gleichgesetzt und damit als „antidemokratisch", „antihumanistisch", „totalitär", „faschistisch" verleumdet, als eine Gesellschaftsordnung, die angeblich nichts mit einem „wahrhaften" Sozialismus zu tun

hätte. Bei dieser Position handelte es sich um nichts weiter als um eine linksradikale Variante der konservativen Totalitarismus-Doktrin.*

Damit wurden die völlig entgegengesetzten sozialökonomischen Grundlagen von Faschismus einerseits und Sozialismus andererseits negiert. Während der Faschismus an der Macht die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"[5] ist, sind im Sozialismus hingegen mit der Entmachtung des Monopolkapitals auch die gesellschaftlichen Ursachen für faschistische Herrschaftsformen ein für allemal beseitigt worden. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat gerade die praktische Politik der imperialistischen Staaten immer wieder die enge Verwandtschaft des Faschismus mit dem Imperialismus ans Licht gebracht, hat doch die verleumderische Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus den USA-Imperialismus keineswegs daran gehindert, das faschistische Portugal 1948 in den Marshallplan einzubeziehen und 1950 in die NATO aufzunehmen. Andererseits leistete gerade die sozialistische Sowjetunion im zweiten Weltkrieg den Hauptbeitrag zum Sieg über die faschistischen Staaten. Diese Tatsachen ignorierend, machten sich anarchistische, anarchosyndikalistische und einige andere linksradikale Ideologen die bürgerliche Totalitarismus-Doktrin als Bestandteil ihres Antikommunismus und Antisowjetismus zu eigen.

Weil die Gesellschaftsordnung in den sozialistischen Staaten nicht mit ihrem kleinbürgerlichen Ideal gesellschaftlicher Verhältnisse übereinstimmte, riefen die Linksradikalen unterschiedlicher Schattierung zum Sturz der Macht der Werktätigen in diesen Ländern auf. Der belgische Trotzkist Ernest Mandel (Pseudonym: E. Germain) erklärte, es „ist *heute eine neue Revolution in Rußland* not-

*Bürgerliche antikommunistische Lehre, die unter Entstellung aller historischen Tatsachen und Erfahrungen behauptet, daß Faschismus und Sozialismus bzw. Kommunismus gleichen gesellschaftlichen Ursachen entspringen und wesensgleiche Staats- und Gesellschaftsformen darstellen würden. Den Vertretern der Totalitarismus-Doktrin geht es nicht zuletzt darum, den Charakter der gegenwärtigen Epoche – als Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus – zu leugnen, die bestimmenden sozialen Widersprüche zu entstellen und in lediglich ideologisch-weltanschauliche Gegensätze umzukehren.

wendig – eine politische Revolution, die der Bürokratie die Macht und die Privilegien entreißt"[6]. Die konterrevolutionären Ereignisse 1953 in der DDR sowie 1956 in der Ungarischen VR und der VR Polen wurden später folgerichtig von den Trotzkisten als „neue Etappe auf dem Wege zur politischen Revolution in Osteuropa"[7] gefeiert.

Worin liegen die Gründe für die Wiederbelebung des Linksradikalismus in den ersten Jahren der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus?

Mit der Zerschlagung des Faschismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern insbesondere Westeuropas war ein neues politisches Klima entstanden. Dies war durch den Aufschwung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung und – nicht zuletzt unter dem Eindruck der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen in den Ländern Osteuropas – durch den Willen breitester Schichten der Bevölkerung zu tiefgreifenden progressiven Veränderungen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse gekennzeichnet. Vor allem junge Menschen, die unter den Bedingungen der faschistischen Herrschaft herangewachsen waren, für die es – wie in Italien – einen Bruch mit der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung gab, wurden von revolutionärer Ungeduld erfaßt und strebten nach schnellen und radikalen Veränderungen der existierenden Gesellschaftsordnung. Linksradikale Kräfte, vor allem Anarchosyndikalisten, die mit dem Anspruch auftraten, für revolutionäre Veränderungen der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse einzutreten, konnten unter diesen Bedingungen bei einem Teil der Werktätigen Gehör finden.

Jedoch wurde zugleich der Einfluß des Linksradikalismus dadurch begrenzt, daß in den entwickelten kapitalistischen Staaten (insbesondere Westeuropas) starke kommunistische Parteien entstanden waren, die durch ihre führende Rolle in der Résistance große Autorität unter den Volksmassen ihrer Länder erworben hatten und als einzige politische Kraft ein klares Programm für die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft entwickelten. Dies trug erheblich dazu bei, daß der Linksradikalismus nicht wieder jene Größenordnung erreichen konnte wie nach dem ersten Weltkrieg.

Die geschilderte Situation war auch durch das Wachs-

tum der Arbeiterbewegung selbst, durch die Einbeziehung neuer Schichten der werktätigen Massen in die Klassenkämpfe geprägt. Durch den zweiten Weltkrieg und durch den Druck des Monopolkapitals auf das ländliche und städtische Kleinbürgertum verschlechterte sich unter den Bedingungen der weiteren Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Lage der überwiegenden Mehrheit der Bauern und anderer nichtproletarischer werktätiger Schichten. Infolgedessen strömten ruinierte kleinbürgerliche Kräfte und andere nichtproletarische Elemente in die Arbeiterklasse. So erlebte die Wirtschaft Frankreichs einen starken Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals, in dessen Verlauf deutliche Veränderungen in den Wirtschaftssektoren vor sich gingen. Während 1946 noch 36 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig waren, wurden 1962 nur noch 20 Prozent in diesem Sektor registriert. Demgegenüber stieg der Anteil des sogenannten produzierenden Gewerbes von 30 Prozent 1946 auf 38 Prozent 1962, und der Dienstleistungssektor wuchs von 34 Prozent 1946 auf 42 Prozent 1962. Das bedeutet, daß nicht nur die bäuerliche Bevölkerung drastisch zurückging, sondern sich auch innerhalb des städtischen Kleinbürgertums Umschichtungen vollzogen. Neben modernen Großbetrieben existierten zugleich zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen mit herkömmlichen Technologien und veralteten Produktionsmitteln weiter. Der Druck kleinbürgerlicher Kräfte auf die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung vor allem in den romanischen Ländern begünstigte sowohl rechtsopportunistische und konservative Einflüsse als auch solche linksradikalen Gedankengutes.

Eine Quelle des „linken" Opportunismus erwuchs auch in jener Zeit aus dem rechten Opportunismus in der internationalen Arbeiterbewegung. Insbesondere das Zusammenspiel rechter Führer der internationalen Sozialdemokratie und reformistischer Gewerkschaftsführer mit den Kräften der Monopolbourgeoisie veranlaßte revolutionär gesinnte Arbeiter, sich linksradikalen, vor allem anarchosyndikalistischen Organisationen zuzuwenden. Einerseits errichteten schon in der zweite Hälfte der vierziger Jahre weitverbreiteter Antikommunismus und Antisowjetismus Barrieren zu den kommunistischen Parteien, die viele nicht zu überwinden vermochten. Andererseits fiel ins Gewicht,

daß die marxistisch-leninistische Ideologie unter den Bedingungen der faschistischen Herrschaft – insbesondere in Italien, Deutschland und Japan – und unter den Verhältnissen des Krieges nur in sehr geringem Umfang hatte verbreitet werden können.

Vor allem in den romanischen Ländern hatten die linksradikalen Traditionen eine große Bedeutung für die ideologische und politische Ausrichtung eines Teils des sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelnden Protestpotentials. Führungskräfte linksradikaler Organisationen knüpften bewußt an diese Traditionen an und belebten sie wieder. Auf dem Kongreß der „IAA" 1953 in Puteaux bei Paris sprach sich in diesem Kontext die Mehrzahl der Delegationen für die erneute Ratifikation der Prinzipienerklärung der „IAA" aus, die auf dem Gründungskongreß dieser Organisation an der Jahreswende 1922/23 angenommen worden war. Die französische anarchosyndikalistische CNT bekannte sich – ohne die veränderten realen Bedingungen des Klassenkampfes zu berücksichtigen – zu den Ideen der revolutionär-syndikalistischen CGT der Jahrhundertwende. Die „Charte de Paris" der CNT von 1946, „in der jedes der großen Themen des revolutionären Syndikalismus erscheint: die notwendige Einheit der Arbeiterklasse, die Zurückweisung jeder äußeren Intervention, die Strukturen der Klassenorganisation nehmen jene der zukünftigen Gesellschaft vorweg, Föderalismus, der Generalstreik zum Zwecke der Enteignung ..."[8], knüpfte gewissermaßen nahtlos an die „Charte d'Amiens" der CGT von 1906 an.

Auch die Trotzkisten strichen die ungebrochene Kontinuität ihrer Auffassungen zu denen Trotzkis heraus, nannten die Ausarbeitung der Theorie der „permanenten Revolution" „Trotzkis größtes Verdienst" und behaupteten, daß die Geschichte des 20. Jahrhunderts die Richtigkeit dieser Ideen bestätigt hätte. Auf dem 4. Weltkongreß der „IV. Internationale" 1954 wurden das „Übergangsprogramm" von 1938 und die Aktualität seiner Forderungen gegen die UdSSR unterstrichen.

Natürlich waren auch die Anarchisten bestrebt, an den klassischen Anarchismus des 19. Jahrhunderts anzuknüpfen. Es sei geradezu erstaunlich, schrieb einer ihrer Führer an der Wende zu den fünfziger Jahren, wieviel von dem Werk Proudhons lebendig geblieben sei und „gerade

durch die heutige Weltlage erneute Bedeutung erlangt hat".[9]

In diesem Zusammenhang spielte die vielfach ungebrochene personelle Kontinuität im linksradikalen Lager eine große Rolle. Die französische CNT setzte sich nicht nur aus jungen Militanten, die aus der Résistance hervorgegangen waren, und aus anarchistischen spanischen Aktivisten zusammen, sondern auch aus früheren Funktionären der anarchosyndikalistischen Confédération Générale du Travail Syndicaliste Révolutionnaire der Vorkriegszeit. Auch in der niederländischen anarchosyndikalistischen OVB fand man neben Trotzkisten und Mitgliedern ohne ideologische Orientierung alte Anarchosyndikalisten des NAS und des Nederlandsch Syndicalistisch Vakverbond der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg. Ähnlich sah das Bild in den anarchistischen und trotzkistischen Organisationen aus.

Schließlich wirkte sich auch die von linksradikalen Organisationen betriebene Agitation und Propaganda aus. Man entfaltete eine rege Reise- und Vortragstätigkeit und verbreitete linksradikale Publikationsorgane in relativ hohen Auflagen. Die trotzkistische Zeitschrift „La Vérité" erschien noch im Untergrund gegen Ende der Nazibesetzung Frankreichs in einer Auflage von 60000 Exemplaren. Das anarchistische Organ „Le Libertaire", herausgegeben von der französischen FA, hatte 1946 eine Auflage von 78000 Exemplaren. In Italien erschien sogar eine anarchistische Tageszeitung, die „Umanità Nova". Zudem wurden in verschiedenen kapitalistischen Ländern klassische anarchistische Schriften neu aufgelegt. Insgesamt blieb jedoch die publizistische Aktivität des Linksradikalismus in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus beträchtlich hinter derjenigen in den zwanziger Jahren zurück.

Abgemagert zum Skelett

In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre begann sich das politische Klima in den kapitalistischen Industriestaaten spürbar zu verschlechtern. Die internationale Reaktion un-

ter Führung des USA-Imperialismus entfesselte den kalten Krieg, um die revolutionären Kräfte aufzuhalten und die eingetretenen Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis wieder zurückzurollen. In den Jahren 1946 bis 1949 gelang es der Reaktion, die von den Kommunisten geführte Arbeiter- und demokratische Bewegung in den kapitalistischen Ländern zu schwächen, ihren Spielraum erheblich einzuengen und beträchtliche Teile der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten verstärkt ihrem politisch-ideologischen Einfluß zu unterwerfen.

Die Zurückdrängung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung in der Zeit des kalten Krieges ließ auch für den Linksradikalismus in den kapitalistischen Industriestaaten Gewitterwolken aufziehen. Infolge der veränderten politischen und ökonomischen Lage verfiel der Linksradikalismus ebenso wie am Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den zwanziger Jahren in ein langwieriges Siechtum.

Die französische CNT verzeichnete von 1949 an eine stark rückläufige Entwicklung. Die schwedische SAC verlor vor allem in den fünfziger Jahren über die Hälfte ihrer Anhänger und hatte 1957 nur noch etwa 16000 Mitglieder. Die spanische CNT im Exil war über lange Zeit hinweg durch interne Krisen gekennzeichnet und löste sich schließlich auf, während in Spanien selbst wenige Gruppen in der Illegalität weiterwirkten.

Ähnliche Tendenzen zeigten sich auch beim Anarchismus und beim Trotzkismus. In Westdeutschland bzw. in der BRD erfuhr der Anarchismus in den Jahren zwischen 1945 und 1949 zunächst eine Belebung, aber in der Folgezeit stagnierte seine Entwicklung und war dann unter anderem aufgrund zersetzender Richtungskämpfe rückläufig. Ende 1955 gab es in der BRD neben den 1000 bis 1500 Mitgliedern der anarcholiberalen Freisozialen Union höchstens 10 anarchistische Gruppen mit insgesamt 100 bis 150 Mitgliedern. Mitte der sechziger Jahre war der Anarchismus in der BRD – wie ein bürgerlicher Anarchismusforscher zu Recht schreibt – „bis zum Skelett abgemagert"[1].

Die französische trotzkistische PCI hatte im November

1945 etwa 800 Mitglieder, erreichte im September 1946 mehr als 1000 Mitglieder, durchlebte dann eine Niedergangsphase und hatte bereits im Juli 1951 nur noch etwa 200 Mitglieder. Die französische trotzkistische Organisation Communiste Internationaliste bestand 1958 nur noch aus etwa 50 Mitgliedern. Die Auseinandersetzungen in der trotzkistischen Bewegung über deren Niedergang seit Ende der vierziger Jahre und über die Entwicklung einer geeigneten Strategie und Taktik, um den eigenen Einfluß im gesellschaftlichen Leben der kapitalistischen Länder zu vergrößern, führten schließlich zum Bruch im internationalen Trotzkismus im Jahr 1953, später zur Spaltung von 1960.

Seit der zweiten Hälfte der vierziger und verstärkt im Verlauf der fünfziger Jahre bildeten sich vor allem in bezug auf folgende Fragen unterschiedliche Positionen im internationalen Trotzkismus heraus:

Erstens die Frage der Einschätzung der Situation nach dem zweiten Weltkrieg, insbesondere in Europa: Während die einen – vor allem Pierre Frank, David Rousset (geb. 1912) und später Michel Pablo (auch unter dem Namen Raptis bekannt, geb. 1911) – die Auffassung vertraten, es sei im Ergebnis des zweiten Weltkrieges eine neue Situation in den kapitalistischen Industrieländern entstanden, die auch ein neues Herangehen erfordere, vertraten andere – vor allem Pierre Lambert (Pseudonym: Stéfane Just, geb. 1920) und Jean-Jacques Marie (geb. 1937) – die Meinung, die Lage erfordere keinerlei Veränderungen in der von Trotzki entwickelten Strategie und Taktik, um die Ziele des internationalen Trotzkismus zu realisieren. Aus dieser unterschiedlichen Einschätzung ergaben sich zumeist auch unterschiedliche Antworten auf die weiteren Fragen.

Zweitens die Frage von Krieg und Frieden: Auch in dieser äußerst wichtigen Frage zeigten sich mehr oder weniger deutlich zwei Tendenzen, die vielfach miteinander verwoben waren: zum einen eine zutiefst *abenteuerliche Tendenz,* die sich darin äußerte, daß führende Kräfte der „IV. Internationale" (vor allem Michel Pablo) wiederholt erklärten, daß ein dritter Weltkrieg unmittelbar bevorstünde, daß er jedoch den Zusammenbruch des Kapitalismus beschleunigen und „den Kommunismus weiter ausdehnen" würde. Diese Tendenz gipfelte dann nach der Etablierung



„Krieg dem Kriege" – Postkarte der Kulturföderation Freier Sozialisten und Antimilitaristen, einer anarchistischen Organisation

der posadistischen Richtung des Trotzkismus zu Beginn der sechziger Jahre in der absurden und menschenfeindlichen Forderung von Jaime Posadas (1912–1981), die Sowjetunion müsse einen atomaren Präventivkrieg auslösen und die militärische Macht der USA durch einen Atomschlag vernichten, um den Sieg der „Weltrevolution" herbeizuführen.[2]

Zum anderen zeigte sich eine *realistischere Tendenz* in dieser Frage. Es wurde zunächst zu Recht eingeschätzt, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges von der Existenz des Imperialismus, insbesondere desjenigen der USA, ausginge, da er sich mit dem zu seinen Ungunsten veränderten internationalen Kräfteverhältnis nicht abfinden werde. Dann aber wurde erklärt, die letzte Konsequenz der verstärkten Aufrüstung des Imperialismus könne nur der Krieg sein.[3] Früher oder später würde der amerikanische Imperialismus versuchen, „mit Waffengewalt den internationalen Vormarsch der antikapitalistischen Kräfte aufzuhalten"[4]. In Negation und im direkten Gegensatz zu der vom XX. Partei-

tag der KPdSU konstatierten Möglichkeit, neue weltweite Kriege unter den veränderten internationalen Bedingungen verhindern zu können, postulierten die Trotzkisten: „Nur die Zerschlagung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals in den entscheidenden Ländern des Westens kann diese Gefahr (die Kriegsgefahr – J. W.) endgültig bannen.“[5]

Nahezu im gleichen Atemzug appellierte die „IV. Internationale“ „an die Arbeiter und an alle Völker der ganzen Welt, sich in einer gemeinsamen Aktion gegen den Wahnsinn der Atomrüstungen zu wenden“. Sie forderte: „Unverzügliche Einstellung der Atomwaffenversuche! Sofortiges Verbot aller Atomwaffen!“[6] In diesem Sinne beteiligten sich zum Beispiel in der BRD Trotzkisten – ebenso wie Anarchisten – an der Bewegung gegen die Remilitarisierung Mitte der fünfziger Jahre und an der Ostermarschbewegung.

Drittens die Frage des Entrismus: Da den Trotzkisten unter den Bedingungen des kalten Krieges der Durchbruch zur so lange vergeblich angekündigten Massenbewegung nicht gelingen wollte, propagierte Michel Pablo, der Generalsekretär der „IV. Internationale“, nach dem Vorbild des von Trotzki initiierten Eintritts der Trotzkisten in die sozialdemokratische Section française de l'Internationale ouvrière 1934 die Taktik eines Beitritts der Trotzkisten zu den bestehenden Parteien und Massenorganisationen der Arbeiterklasse, um sich Masseneinfluß zu verschaffen. Vor allem französische, amerikanische und englische Trotzkisten wandten sich gegen diese Politik und warfen dem Internationalen Sekretariat unter Pablo vor, daß seine Linie die „IV. Internationale“ „liquidieren“ würde. Diese Kräfte fanden sich 1953 im „Internationalen Komitee der IV. Internationale“ zusammen, das von da an zeitweilig fast die Hälfte der internationalen trotzkistischen Bewegung repräsentierte.

Viertens die Frage der Orientierung auf die „koloniale Revolution“: Nachdem ein Erfolg der entristischen Taktik ausgeblieben war, konzentrierte sich die „IV. Internationale“ zunehmend auf den nationalen Befreiungskampf des algerischen Volkes und auf die sich entwickelnde nationale Befreiungsbewegung insgesamt, der als einem der drei Hauptströme im revolutionären Weltprozeß große Bedeutung zukam und zukommt. Die „IV. Internationale“ stili-

sierte jedoch „die koloniale Revolution zur beherrschenden Tatsache in der Entwicklung der Weltrevolution“[7] hoch. Obwohl sie erklärte, daß die Weltrevolution nur unter der Führung der Arbeiterklasse siegen könne, unterbewertete sie nicht nur die revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse in den Hochburgen des Kapitals, sondern negierte vor allem, daß das sozialistische Weltsystem den entscheidenden Beitrag im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt in der Welt leistete und leistet.

Die Fixierung auf die „koloniale Revolution“ als angeblich entscheidende Kraft im revolutionären Prozeß führte zur Herausbildung von zwei Richtungen unter den Trotzkisten der entwickelten kapitalistischen Länder: Während die einen (vor allem Ernest Mandel, Livio Maitan (geb. 1923) und Pierre Frank) weiterhin die Hauptaktivität ihrer Sektionen auf die jeweiligen Länder konzentrieren wollten, hielten die anderen (vor allem M. Pablo und J. Posadas) die Arbeit in den unterentwickelten Ländern und Regionen für vorrangig, weil sie allein in ihnen die Zukunft der trotzkistischen „Weltrevolution“ erblickten. Diese Entwicklung führte 1960 zum Bruch Posadas' mit der „IV. Internationale“ und zur Etablierung des Posadismus als einer Richtung im internationalen Trotzkismus. Wohl nicht zu Unrecht warfen ihm Pablo, Frank und Mandel vor, alle Hoffnungen auf die Arbeiterklasse der europäischen Länder verloren zu haben.

Insgesamt muß man feststellen, daß am Ende der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus der Linksradikalismus faktisch von der politischen Bühne der kapitalistischen Industriestaaten verschwunden war.

Was waren die Ursachen für den Niedergang des Linksradikalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern seit Ende der vierziger Jahre?

Der Übergang zur imperialistischen Politik des kalten Krieges, die in den kapitalistischen Industriestaaten mit einem verstärkten Vorgehen der Reaktion gegen alle fortschrittlichen Kräfte verbunden war, brachte insgesamt schlechtere Kampfbedingungen für die Arbeiter- und de-

mokratische Bewegung mit sich. Von der Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten waren auch die linksradikalen Kräfte betroffen. Verfolgungsmaßnahmen der reaktionären Kräfte richteten sich gegen alle, die irgendwie des Kommunismus verdächtig waren oder nach einer revolutionären Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung strebten, selbst wenn sie sich dazu nur verbal bekannten und die von ihnen angestrebte Veränderung mit einer wirklichen sozialistischen Gesellschaftsordnung nichts zu tun hatte, sondern ein im Kern kleinbürgerliches Sozialismusmodell beinhaltete. So wurde in Frankreich die Fédération Communiste Libertaire wegen ihrer Unterstützung des algerischen antikolonialen Befreiungskampfes strafrechtlich verfolgt, ihr Organ „Le Libertaire" wiederholt beschlagnahmt und schließlich 1956 verboten und sein Direktor Georges Fontenis mehrmals verhaftet und zu hohen Geldstrafen verurteilt.[8]

Der Vormarsch der politischen Reaktion wurde durch die Wiederbelebung der kapitalistischen Wirtschaft Ende der vierziger Jahre begünstigt, als in den meisten europäischen kapitalistischen Ländern die Industrieproduktion wieder den Vorkriegsstand erreichte. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang der am 5. Juni 1947 verkündete Marshallplan, der darauf ausgerichtet war, die Wirtschaft der westeuropäischen Länder mit amerikanischen Finanz- und Warenkrediten in Höhe von 10260 Millionen US-Dollar anzukurbeln und die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu festigen. Der damit verbundene Zufluß von Nahrungsmitteln und Konsumgütern nach Westeuropa bildete zusammen mit der Entwicklung eines vielfältigen Systems der ökonomischen Bindung, Irreführung und Beherrschung der Arbeiterklasse die materielle Basis für die ideologische Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne des Antikommunismus und der Politik des kalten Krieges insgesamt.

Nach den Entbehrungen der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre wurden die Verbesserungen im materiellen Lebensstandard der Werktätigen und das zunehmende Warenangebot von vielen Menschen als vorrangig empfunden. Der Monopolbourgeoisie gelang es mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer, durch die raffinierte Ausnutzung der schnellen Ankurbelung der Produktion und der

Verbesserung des Warenangebots demokratische Illusionen über die kapitalistische „Marktwirtschaft“ und ihren Staat zu nähren und den Gedanken der Verstaatlichung, der demokratischen Kontrolle und Lenkung der Wirtschaft sowie die Idee des Sozialismus zu diskreditieren. Vielmehr wurde der Eindruck erweckt, der Kapitalismus funktioniere nach wie vor (und – dem Anschein nach – sogar besser als der Sozialismus) und revolutionäre Veränderungen seien daher nicht mehr notwendig. Mit diesen Veränderungen im Massenbewußtsein verloren in den frühen fünfziger Jahren kommunistische Parteien kapitalistischer Industriestaaten in gewissem Maß an Einfluß unter den Massen. Empfindlicher aber traf es linksradikale Organisationen und Gruppierungen. Der durch die Hetze der reaktionären imperialistischen Kreise maßlos gesteigerte Antikommunismus und Antisowjetismus und die damit einhergehende Diskreditierung der Idee des Sozialismus generell hatten in den Augen vieler Werktätiger selbst die Vorstellungen und Ziele der linksradikalen Kräfte in Mißkredit gebracht, die diverse Formen eines kleinbürgerlichen Sozialismus beinhalteten.

Der sinkende Einfluß linksradikaler Organisationen resultierte aber auch aus dem Unvermögen, sich mit ihrer Strategie und Taktik auf die veränderten Klassenkampfbedingungen einzustellen. In dogmatischer Art und Weise hielten sie an den überkommenen, inzwischen noch realitätsferneren Losungen fest und waren auf diese „Prinzipientreue“ auch noch besonders stolz. Zumeist unverändert auf die „jederzeit“ ausbrechende Revolution hoffend, negierten oder geringschätzten sie oftmals die aktuellen Tagesforderungen der Werktätigen, zeigten sie Unsicherheit bei der Beantwortung neu auftauchender Fragen und diskutierten diese neuen Probleme ungenügend. Während mit dem Nachlassen des kalten Krieges Mitte der fünfziger Jahre die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Industriestaaten ihren Einfluß unter den Massen durch die Ausarbeitung einer realistischen Politik wieder erweitern konnten, blieben die linksradikalen Organisationen kleine, nahezu leblose Sekten.

Zudem verkleinerte die Polarisierung der politischen Kräfte in der Zeit des kalten Krieges den Spielraum für linksradikale „Dritte Weg“-Sucher aufs äußerste. Die links-

radikalen Kräfte wurden praktisch zwischen den Fronten zerrieben. Darüber hinaus führten auch in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus Resignationserscheinungen unter den Anhängern linksradikaler Organisationen infolge von Niederlagen und Rückschlägen der revolutionären Bewegung und vor allem des Ausbleibens von erhofften schnellen Erfolgen zu einem Rückgang ihres Einflusses und zu einem Schrumpfen der Mitgliederzahlen. Persönliche Streitigkeiten der Führungskräfte und unversöhnliche Richtungskämpfe sowie daraus resultierende Spaltungen schwächten zusätzlich.

Schließlich trug nicht zuletzt der konsequente Kampf der kommunistischen Parteien gegen die Politik und Ideologie des Linksradikalismus dazu bei, dessen Einfluß zurückzudrängen. Die Autoren der offiziellen Parteigeschichte der Japanischen KP stellen in diesem Zusammenhang fest: „Die Partei kämpfte resolut gegen die ultralinken abenteuerlichen provokatorischen und zerstörenden Aktivitäten der Trotzkisten, indem sie die konterrevolutionäre Rolle der Trotzkisten ... entlarvte."[9]

Während in den fünfziger Jahren die linksradikalen Gruppierungen und Organisationen nur noch ein Schattendasein führten, kam es unter den Bedingungen des kalten Krieges zu Erscheinungen des „linken" Sektierertums in einigen kommunistischen Parteien kapitalistischer Industrieländer. Die kommunistischen Parteien waren vielfältigen Behinderungen, Verfolgungen und Gewaltmaßnahmen bis hin zu Mord und Terrorakten von seiten der politischen Reaktion ausgesetzt, die die Möglichkeiten einer legalen Betätigung in starkem Maß einengten. Die weltweite Offensive der Reaktion gegen die Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte, die in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder von den sozialdemokratischen Parteiführungen mehr oder weniger toleriert oder sogar gutgeheißen und unterstützt wurde, sowie die antikommunistische Spaltungspolitik rechter sozialdemokratischer Führer führten oft zu einer tendenziellen Isolierung der kommunistischen Parteien von den Massen und vielfach zu einem Rückgang ihrer Mitgliedschaft und ihres Masseneinflusses. „Der grobschlächtige und schroffe Antikommunismus rechtssozialdemokratischer Führer, der sich in einigen Ländern zeitweilig bis zur antikommunistischen Hysterie steigerte,

führte bei manchen Kommunisten zu scharfen und heftigen Reaktionen und" – wie die marxistische Gesellschaftswissenschaftlerin Hella Kaeselitz zu Recht feststellt – „begünstigte und förderte sektiererische Erscheinungen."[10]

Solche Erscheinungen gab es in den kommunistischen Parteien Frankreichs, der USA, Japans, Portugals, Kanadas, Belgiens und anderer kapitalistischer Industrieländer. In Japan mußte die Kommunistische Partei Anfang der fünfziger Jahre unter besonders schwierigen Bedingungen kämpfen, da unter dem Besatzungsregime die Möglichkeiten einer legalen Betätigung aufs äußerste eingeengt waren. In dieser Situation kam es zu einer Spaltung der Partei. Die Parteiführung unter Kyuichi Tokuda (1894–1953) und anderen Funktionären ging auf eine ultralinke abenteuerliche Linie über, schloß sieben Mitglieder des ZK aus und bildete eine neue Provisorische Führung. Das von ihr ausgearbeitete „Neue Programm" von 1951 schloß die Möglichkeit jeder Entwicklung der Revolution mit friedlichen Mitteln aus und entwickelte die Theorie einer „Revolution nur durch Gewalt". Um die Interessen der Werktätigen zu verteidigen und das Volk zu befreien, würde es keine andere Wahl geben, als durch die Entwicklung eines langwierigen Widerstandes und Selbstverteidigungskampfes in städtischen und ländlichen Gebieten gegen die Herrschaft der USA und der reaktionären japanischen Kräfte zu kämpfen. Die Schaffung von Selbstverteidigungsorganisationen und der Aufbau von „Bergdorf-Festungen" wurden zur Hauptaufgabe erklärt.

Diese ultralinken Abenteurer wollten die Erfahrungen des „Volkskrieges" in China mechanisch auf Japan übertragen. Vor dem Hintergrund des Sieges der chinesischen Revolution gab es Tendenzen, die Erfahrungen der chinesischen Revolution ungerechtfertigter Weise zu generalisieren und den Aufbau einer Volksbefreiungsarmee, die Schaffung von „Bergdorf-Festungen" und die Führung eines langwierigen bewaffneten Kampfes zum einzigen Weg für die Befreiung der Völker aller kolonialen und abhängigen Länder zu machen.

In der offiziellen Parteigeschichte der KP Japans wird in diesem Zusammenhang eingeschätzt: „Diese ultralinke abenteuerliche Linie, gepaart mit der Unterdrückung durch die amerikanischen und reaktionären japanischen Kräfte

und mit der Parteispaltung, schädigte das Prestige der Partei unter den Massen, zerstörte die Parteiorganisationen und fügte der Partei und der revolutionären Sache äußerst schweren Schaden zu."[11] Erst Mitte der fünfziger Jahre, besonders im Zusammenhang mit der 6. Nationalkonferenz der KP Japans im Juli 1955, wurden die Linie des ultralinken Abenteurertums und das Sektierertum schrittweise überwunden.

Auch in den USA traten unter den Bedingungen des kalten Krieges Anfang der fünfziger Jahre in der Kommunistischen Partei sektiererische Tendenzen in Erscheinung. Unter dem Eindruck des massiven Vorgehens der politischen Reaktion beschloß die Parteiführung 1950 übertriebene Sicherheitsmaßnahmen, die dazu führten, daß die KPdUSA faktisch den Kampf für die Erhaltung ihrer Legalität aufgab. „Dieser falsche Beschluß", schrieb William Z. Foster einige Jahre später, „brachte weitere Verluste in der allmählich absinkenden Mitgliedschaft der Partei und schwächte ihre Massenkontakte."[12]

Ausgangspunkt für die sektiererischen Fehler waren teilweise unrichtige Vorstellungen über das internationale Kräfteverhältnis und über die innere Situation der USA. Viele Kommunisten beurteilten zwar die Aggressivität des US-Imperialismus richtig, unterschätzten aber zwischen 1949 und 1954 die Möglichkeiten zur Erhaltung des Friedens und zu einem erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus. Bei ihnen dominierte die Auffassung, Krieg und Faschismus als unvermeidlich anzusehen sowie den McCarthyismus, der eine Erscheinungsform der brutalen Reaktion war und faschistische Tendenzen aufwies, mit einer faschistischen Ordnung gleichzusetzen. Einige Erklärungen der Parteiführung „nährten in der Partei die Vorstellung, daß wir Faschismus hätten, und führten zu Aktionen, die vorzeitig Positionen preisgaben."[13]

Dies hatte unter anderem zur Folge, daß zeitweise kaum noch zwischen den einzelnen Fraktionen der Monopolbourgeoisie unterschieden wurde, daß man die Regierung Eisenhower mit dem McCarthyismus identifizierte und daß sektiererische Kräfte in der KPdUSA zu engen Auffassungen in der Politik zurückkehren wollten.

Mitte der fünfziger Jahre, als sich mit der Minderung der internationalen Spannungen die Kampfbedingungen der



Tribunal demokratischer Kräfte gegen den McCarthyismus, Januar 1954 in New York

Arbeiterbewegung verbesserten, sowie unter dem Eindruck der Erfolge der Friedenspolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten gelang es den amerikanischen Kommunisten, die falschen Auffassungen und fehlerhaften Positionen in den genannten Fragen zu überwinden. William Z. Foster formulierte als Lehren, die die KPdUSA aus den so schädlichen Ereignissen in ihrer Geschichte zog und die sicherlich für die kommunistische Bewegung insgesamt Gültigkeit haben: „Wir müssen mit aller Energie die revisionistischen Versuche bekämpfen, den Marxismus-Leninismus zu verwässern und zu einer leeren Phrase zu machen, ebenso jede linkssektiererische Tendenz, ihn dogmatisch anzuwenden. Das sind die wichtigsten Lektionen, die sich aus einer langen Debatte in der Partei ergeben haben."[14]

Ein Totgesagter betritt die Bühne

„Paris, 13. Mai 1968. In den Abendstunden strömen die Studenten zurück von der großen Straßendemonstration; sie besetzen wieder die Sorbonne. Barrikaden, Generalstreik, Aufmarsch der Hunderttausende – ist das nicht die Revolution? Hatte sich die Polizei nicht zurückziehen müssen? Wehen nicht rote und schwarze Fahnen vom Dach der Universität? Vom Aufstand der Studenten zur Revolution! Pausenlos folgen einander auf der Tribüne des Auditorium maximum zündende Reden. Jeder greift zum Mikrophon, jeder hat etwas zu sagen. Beifall rast. Im Hof nächtliches Verbrüderungsfest. Fetzen von Jazz. Die Welt wird neu geboren. Ein Redner: ‚Hier hat die Freiheit Asyl gefunden.' Ein Wandplakat: ‚Es ist verboten, zu verbieten.' Ein anderes: ‚Die Phantasie ergreift die Macht.'"[1]

Mit diesen Worten skizziert der österreichische Marxist Bruno Frei eine Momentaufnahme der Mai-Ereignisse 1968 in Paris, gibt er Stimmungen und Gedanken der Teilnehmer an der von Anarchisten ausgelösten und geführten Studentenrevolte wieder. Von vielen politischen Beobachtern totgesagt, hatte der Linksradikalismus nach jahrelangem Tiefschlaf erneut die politische Bühne betreten. Seine Ideen begeisterten studentische Rebellen in mehr als 40 kapitalistischen Staaten: von Berkeley in den USA über Löwen in Belgien, Mailand, Pisa und Florenz in Italien bis Tokio in Japan, wo sie gegen den Widerstand der Polizei zwischen dem Hauptbahnhof und der Ginza, dem Geschäfts- und Vergnügungsviertel, einen Straßenzug von fast einem Kilometer Länge besetzten und zum „befreiten Gebiet" erklärten.

Die Herausbildung des sogenannten antiautoritären Flügels in der breiten antiimperialistischen Studentenbewegung war das Hauptkennzeichen der ersten Phase des heutigen Linksradikalismus. Diese Phase begann Anfang der sechziger Jahre und dauerte bis 1968/69.



Paris, Mai 1968: Brutaler Polizeieinsatz gegen demonstrierende Studenten

Die Studentenrevolte im Mai 1968 in Paris war sowohl Höhepunkt als auch Ausgangspunkt des Zerfalls dieser antiautoritären Richtung. Die Sprüche, die die Häuserwände von Paris, London, Kopenhagen und anderen Großstädten zierten, atmeten den Geist der Anarchisten des 19. Jahrhunderts: „Die Straße ist die Revolution in Permanenz." – „SCHAFFT ALLES AB!" – „Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche!" – „Macht kaputt, was euch kaputtmacht!" – „Direkte Aktion!" – Oder: „Alle Macht den Räten!"

Typisch für die antiautoritären Wortführer war ihre Behauptung, das moderne Proletariat in den kapitalistischen Ländern sei unfähig für den revolutionären Kampf geworden und die Rolle des revolutionären Hegemons in den Klassenkämpfen hätten jetzt Studenten, Intellektuelle und verarmte Randschichten übernommen. Bakunin ließ grüßen.

Mit dem Aufleben des jugendlichen Linksradikalismus schöpften alte Anarchisten neue Hoffnungen. In dem schä-



Studentenversammlung im Quartier latin am 4. Mai 1968 (mit x: Daniel Cohn-Bendit)

bigen Saal des Teatro degli Animosi im italienischen Carrara trafen im Sommer 1968 Altanarchisten und junge Anarchos auf einem internationalen Kongreß zusammen, dem ersten seit 1958. Unweit der Losung der Veranstalter „Die Jugend ist anarchistisch" baumelten nackte Mädchenbeine über die Brüstung der Loge, wohlgeformt, doch unglaublich schmutzig. Ihre madonnenhaarigen Besitzerinnen knutschten Daniel Cohn-Bendit, das Idol der Pariser Mairevolte. Antibürgerlichkeit und „freie Liebe" waren „in".

„Doch auch in Carrara scheiterte der Anarchismus, wie so oft zuvor in seiner blutigen und träumerischen Geschichte, an einem Erzübel: dem Anarchismus. Diesmal in der Gestalt von Daniel Cohn-Bendit."[2] Inhaltliche Auseinandersetzungen auf dem Kongreß gingen in tumultartige Szenen über. Die Anhänger des „roten Dany" trampelten: „Kon-greß ab-bre-chen!" Mit Fäusten erkämpfte sich Cohn-Bendit das Mikrophon: „Ich bin gegen alle Tribünen, gegen alle Institutionen." Und: „Revolution muß man jeden Tag machen, beim Essen, beim Sprechen, beim Lieben ..." Die grauhaarige spanische Anarchistin Federica Montseny

kommentierte den Vorgang lapidar: „Ein paar Ohrfeigen würden ihm guttun."

Ende der sechziger Jahre liegen auch die Anfänge des Anarcho-Terrorismus, der in der Folgezeit mit seinen spektakulären Aktionen die bürgerlichen Medien mit Schlagzeilen versorgen sollte. Als einige junge Leute, Studenten und Schauspieler, unter ihnen spätere Mitbegründer der „RAF", in Frankfurt am Main ein Kaufhaus in Brand steckten, um auf den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam aufmerksam zu machen, ein Fanal zu setzen, frohlockte die Westberliner Untergrundzeitung „Charlie kaputt": „Dem gut plazierten Molotow-Cocktail mit Zeitzünder sind die Schlagzeilen unserer gesamten Presse sicher, garantierte zehn Millionen Leser im wahlfähigen Alter. Welch einmalige Chance, um eine breite Öffentlichkeit für unsere brennenden Fragen zu interessieren ..."[3] Die anarchistische „Propaganda der Tat" in Neuauflage!

Zugleich begann sich in jener Phase eine neue Hauptrichtung des heutigen Linksradikalismus herauszubilden: die Richtung der an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierten Gruppierungen. Diese Gruppierungen sollten dann in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zur dominierenden Erscheinung im Linksradikalismus der kapitalistischen Industrieländer werden.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre machten sich in einigen kommunistischen Parteien Westeuropas und Nordamerikas Vertreter eines „linken" Opportunismus und Revisionismus sowie sektiererische Tendenzen bemerkbar. In der Italienischen Kommunistischen Partei kritisierte die Gruppe „Manifesto" (so benannt nach der von ihr herausgegebenen Zeitschrift „Il Manifesto") die Strategie und Taktik der IKP von linksradikalen Positionen aus, war jedoch auch nicht frei von rechtsopportunistischen Elementen. Die Gruppe „Manifesto" trat gegen die Sowjetunion und die anderen Staaten des realen Sozialismus auf, verleumdete die kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern und arbeitete auf eine Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung hin. Sie wandte sich gegen den demokratischen Zentralismus, forderte das Recht auf

die Bildung von Minderheitsgruppierungen innerhalb der Partei, verfocht eine sektierererische Linie und war bestrebt, mittels der maximalistischen Taktik der überhöhten Forderungen den Kampf der Kommunisten in den Gewerkschaften als „reformistisch" zu diffamieren. „Positionen dieses Typus", wurde im Beschluß des ZK der IKP vom Oktober 1969 festgestellt, „befinden sich ... offenkundig außerhalb der Partei und sind unvereinbar mit der ideellen, politischen und organisatorischen Orientierung der Partei."[4] Nachdem sie im Februar 1969 zur offen parteifeindlichen Tätigkeit übergegangen waren, wurden die Mitglieder der Gruppe „Manifesto" im November 1969 aus dem Zentralkomitee und aus der IKP ausgeschlossen.

In der Kommunistischen Partei Kanadas trat Ende der sechziger Jahre eine linkssektierererische Opposition in Erscheinung, die ihre Basis in dem von Charles Caron geleiteten Stadtparteikomitee von Vancouver hatte. Diese Opposition überschätzte im Zusammenhang mit dem Kampf der kanadischen Friedensbewegung gegen die US-Aggression in Vietnam das Niveau dieses Kampfes und verwischte den Unterschied zwischen der antimonopolistischen und der antikapitalistischen Etappe des Kampfes, was in der Konsequenz zur Verneinung der Notwendigkeit der Herstellung der Einheitsfront mit anderen antimonopolistisch-demokratischen Kräften führen mußte und die Partei vom Hauptstrom des Friedenskampfes isoliert hätte. In einer Flugschrift vom Oktober 1967 erklärte die linkssektierererische Opposition, daß „wir als marxistische Partei unseren Kampf gegen den Krieg, wie er zum Beispiel in Vietnam im Gange ist, auf den Kampf gegen das kapitalistische System ausdehnen, das die Quelle des Krieges ist"[5]. Nachdem sich die linkssektierererische Opposition im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR 1968 mit den Vertretern des rechten Opportunismus in der Partei faktisch verbündet und nationalistische, antisowjetische und antikommunistische Positionen bezogen hatte, wurden die führenden Köpfe dieser Opposition Ende 1968/Anfang 1969 aus der KP Kanadas ausgeschlossen.

Das Wiederaufleben des Linksradikalismus vollzog sich vor dem Hintergrund qualitativer Veränderungen des kapitalistischen Systems. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war der Kapitalismus in die dritte Etappe seiner all-

gemeinen Krise eingetreten. Diese ist hauptsächlich dadurch gekennzeichnet, daß das sozialistische Weltsystem mit seinem Kern, der Sowjetunion, immer mehr zum entscheidenden Faktor und zur bestimmenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung wird, daß das imperialistische Kolonialsystem vollständig zusammenbricht und sich der antiimperialistische Charakter der nationalen Befreiungsbewegung weiter entfaltet und daß sich der staatsmonopolistische Kapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern voll ausprägt.

In den Hochburgen des Kapitals wirken eine Reihe neuer Faktoren. Dazu gehören insbesondere der wachsende Einfluß des sozialistischen Weltsystems auf die inneren Prozesse des Kapitalismus, die zunehmende Internationalisierung des Kapitals und des Klassenkampfes, die rasche Entwicklung der Produktivkräfte in Gestalt des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die damit einhergehende wachsende Rolle der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Länder prägt sich weiter aus, und es bilden sich drei imperialistische Zentren (USA, Westeuropa und Japan) heraus. Diese Entwicklung ist mit einer wachsenden Labilität des imperialistischen Systems und einer Zuspitzung seiner inneren Widersprüche verbunden.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern hat die ökonomische und politische Machtkonzentration in den Händen der Monopolbourgeoisie durch die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates eine neue Stufe erreicht. Andererseits beschleunigt die wissenschaftlich-technische Revolution den Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion, was unter den Bedingungen des Kapitalismus dazu geführt hat, daß sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen dem hohen Grad der Vergesellschaftung der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse, vertieft hat und neue Widersprüche entstehen. Als Hauptwiderspruch bildete sich der Antagonismus zwischen der Monopolbourgeoisie und der überwiegenden Mehrheit des Volkes heraus.

Die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis und die Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus in

der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus haben in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu einem Aufschwung der Klassenkämpfe geführt, an denen sich immer mehr gesellschaftliche Kräfte, vor allem auch junge Menschen, beteiligen. Die neu in die Klassenauseinandersetzungen einbezogenen mannigfachen sozialen Kräfte und Schichten haben sich auf der Suche nach gesellschaftspolitischer Orientierung und nach Alternativen zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung unterschiedlichen politischen Kräften angeschlossen. Sowohl kommunistische als auch sozialdemokratische und sozialistische Parteien verzeichneten ebenso wie Gewerkschaften in den sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre einen nicht unbeträchtlichen Mitgliederzuwachs.

Aber mit dem Aufschwung der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse und anderer Teile der Volksmassen in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern hat besonders seit Mitte der sechziger Jahre auch der Linksradikalismus eine starke Belebung erfahren. Er ist seither zu einer ständigen Erscheinung des Kapitalismus in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise geworden, ungeachtet der Tatsache, daß sich die Intensität und die Formen seines Auftretens in dieser Zeit gewandelt haben.

Für sein Wiederaufleben sind einschneidende Veränderungen in der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse und anderer nichtmonopolistischer Klassen und Schichten, darunter insbesondere auch der Intelligenz, von Bedeutung. Veränderungen, die vor allem aus dem Übergang von der vorwiegend extensiv zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals resultieren. Die neuen Reproduktionsbedingungen des Kapitals mit ihrer neuen Qualität der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bedingen in viel größerem Umfang als früher den Einsatz wissenschaftlichen Potentials sowohl in Forschung und Produktion als auch im Dienstleistungssektor, im Bereich der imperialistischen Herrschaftssicherung und im System der geistig-kulturellen Beeinflussung und Manipulierung der Volksmassen. Die Folge ist zum einen

der sprunghaft wachsende Bedarf an Wissenschaftlern. Vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde versucht, dem mit rapide ansteigenden Studentenzahlen Rechnung zu tragen. Zum anderen ist mit diesen Veränderungen auch in weit umfangreicherem Maß als bisher die Verwandlung von geistiger Arbeit in Lohnarbeit verbunden. Beträchtliche Teile der Intelligenz nähern sich in ihrer sozialökonomischen Lage dem Industrieproletariat an, was sich in der Reduzierung von Leitungsaufgaben auf arbeitsorganisatorische und produktionstechnische Belange, in der Unsicherheit des Arbeitsplatzes und im Betroffensein von Arbeitslosigkeit äußert. Diese Annäherung führt bei einigen zur allmählichen Proletarisierung.

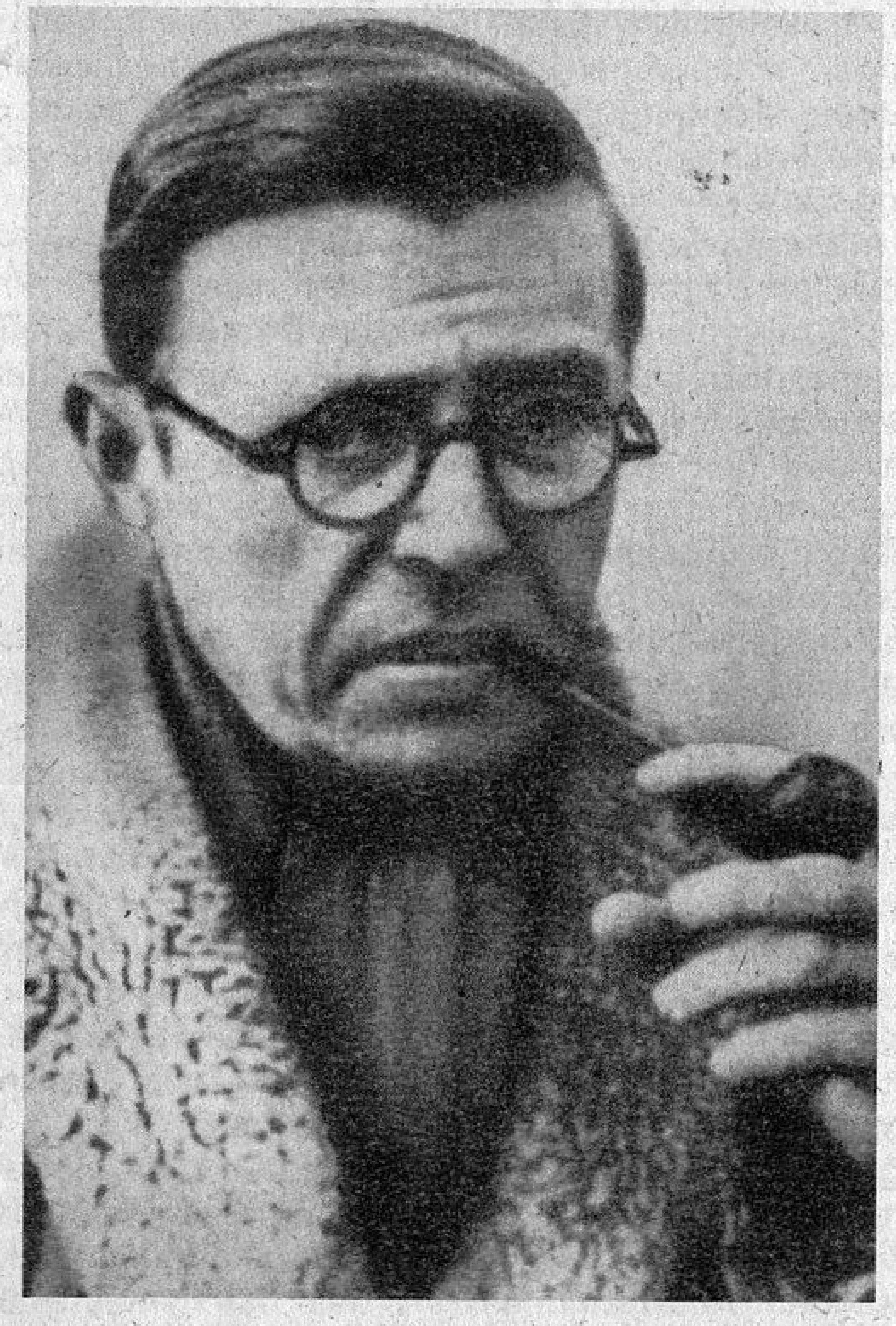
Aber diese Veränderungen in der sozialökonomischen Situation beträchtlicher Teile der Intelligenz spiegeln sich nicht unmittelbar und sofort in ihrem Bewußtsein wider. Obwohl sie der wachsenden Ausbeutung durch das Kapital ausgesetzt ist, unterscheidet sie sich hinsichtlich ihrer höheren Qualifikation, des Einkommens, des Lebensstils und der sozialen Herkunft von den traditionellen Schichten der Arbeiterklasse. Soziale Gewohnheiten und Traditionen sowie von der Bourgeoisie bewußt verbreitete kleinbürgerliche Ansichten sind sehr zählebig und werden zudem durch das gesamte System der ideologischen Manipulierung stets aufs neue aktiviert. Die Mehrheit der Lohnarbeit verrichtenden Intelligenz bleibt noch sehr stark kleinbürgerlichen Denk- und Verhaltensweisen verhaftet und damit dem Individualismus zugeneigt. Sie tendiert daher im Bestreben, die verlorene Position zurückzuerlangen bzw. noch vorhandene Privilegien zu bewahren, zumeist zum Konservatismus und Sozialreformismus. Ein kleiner Teil von ihr gelangt hingegen auf linksradikale Positionen.

Diese linksradikalen Tendenzen sind einmal als kleinbürgerlicher Protest gegen den Verlust der bisherigen relativen Unabhängigkeit zu werten, sie richten sich gegen die sogenannte „Vermassung" und Entwertung der Persönlichkeit und gegen die Unterwerfung unter die „Sachzwänge" der Profitwirtschaft. Das Unbehagen darüber führt zum Streben nach *schnellen Veränderungen* der derzeitigen sozialökonomischen Lage, die die im kleinbürgerlichen Sinne verstandene Freiheit und Unabhängigkeit wiederherstellen

sollen. Linksradikale Revolutions- und Gesellschaftsvorstellungen entsprechen diesen Bestrebungen, da sie gemäß ihrem kleinbürgerlichen Charakter gerade die so verstandene Freiheit in den Mittelpunkt ihrer Ordnungsvorstellung rücken.

Die in diesen Gesellschaftsveränderungen gesammelten individuellen Erfahrungen veranlaßten Teile der mit Philosophie, Soziologie und angrenzenden Disziplinen befaßten Intelligenz, nach gesellschaftlichen Ursachen und Alternativen zu suchen. Aber da sie die sozialökonomischen Veränderungen des kapitalistischen Systems in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise undialektisch reflektierten, blieb ihr Imperialismusbild vom Erfassen von Oberflächenerscheinungen geprägt. Ihre Vorstellungen über den gegenwärtigen Kapitalismus entsprachen vielfach einem Kapitalismus, wie er im 19. Jahrhundert existierte. Gegen diesen Kapitalismus bezogen sie eine oftmals sogar emotional überhöhte Position; seine heutige Entwicklungsstufe aber begriffen sie nicht. Sie gelangten nicht zu einem wissenschaftlichen Imperialismusbild, das es ihnen ermöglicht hätte, daraus einen realistischen Weg zur Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung abzuleiten. Gepaart mit antikommunistischen Vorbehalten und dem ungeduldigen Streben nach möglichst schnellen gesellschaftlichen Veränderungen, wandten sie sich ultralinken Konzeptionen zu.

Angesichts der tiefen Krise der kapitalistischen Gesellschaft, der bürgerlichen Ideologie und Kultur und damit des Verfalls der bürgerlichen Leitbilder einerseits und der wachsenden Ausstrahlungskraft des Marxismus-Leninismus und des realen Sozialismus andererseits versuchten in den sechziger Jahren einige kleinbürgerliche Kreise, Teile des Gedankengutes von Marx, Engels und Lenin für sich nutzbar zu machen. Die Hinwendung zum Marxismus erfolgte jedoch zumeist in der Art des Studiums seiner verfälschten bürgerlichen Interpretation. Der herrschende Antikommunismus und Antisowjetismus, der noch nicht breite Volksmassen erfassende politische und ideologische Einfluß der marxistisch-leninistischen Parteien in einigen Ländern und das Auftreten von neuen Fragen durch die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses, auf die von marxistischer Seite nicht immer sofort eine Antwort



Jean-Paul Sartre

gegeben werden konnte, begünstigten die Hinwendung von neu in die Klassenauseinandersetzungen einbezogenen Kräften zur kleinbürgerlichen Ideologie und darunter auch zum Linksradikalismus.

Vor allem in den sechziger Jahren fanden durch das Wirken einer Reihe kleinbürgerlicher Ideologen wie Theodor W. Adorno (1903–1969), Max Horkheimer (1895–1973), Oskar Negt (geb. 1934), Charles Wright Mills (1916–1962), Herbert Marcuse (1898–1980), Jean-Paul Sartre

(1905–1980), Albert Camus (1913–1960), Régis Debray (geb. 1941), Frantz Fanon, Henri Lefèbvre (geb. 1901) und anderer unterschiedliche Ideen Verbreitung, die ein pseudomarxistisches, linksradikales Denken förderten. Vertreter der „Frankfurter Schule", einer sozialkritischen und sozialpolitischen Richtung in der bürgerlichen deutschen Soziologie, die nach dem 1923 gegründeten „Institut für Sozialforschung" in Frankfurt (Main) benannt ist, entlehnten dem Marxismus eine Reihe von Ideen und legten diese im Geist des Linkshegelianismus* und des Subjektivismus** aus. Sie unterwarfen einzelne Seiten der imperialistischen Ordnung einer scharfen Kritik, wobei sie einen kleinbürgerlich verzerrten Begriff der Entfremdung*** propagierten und versuchten, diesen Begriff in den Rang einer unhistorischen, gleichsam ewigen, zumindest Kapitalismus und Sozialismus umfassenden Kategorie zu erheben. Auf diese Weise verwischten sie den grundlegenden Unterschied zwischen den beiden ökonomischen Gesellschaftsformationen und kritisierten von einer pseudorevolutionären Position aus Imperialismus und Sozialismus gleichermaßen. Ihre Theorien spielten bei der Begründung linksradikaler Denk- und Handlungsweisen eine wesentliche Rolle und förderten insbesondere die Herausbildung einer antisowjetischen und antisozialistischen Grundtendenz im antiautoritären Flügel der Studentenbewegung.

Sowohl in den USA als auch in der BRD hatten die

*Fortbildung und Anwendung der Philosophie G. W. F. Hegels (1770–1831) durch seine Schüler, wobei das Grundanliegen Hegels im Veränderungsmoment, in der dialektischen *Methode* gesehen wird (im Unterschied zu den Rechtshegelianern, die das Hauptgewicht auf das *System* Hegels legen).

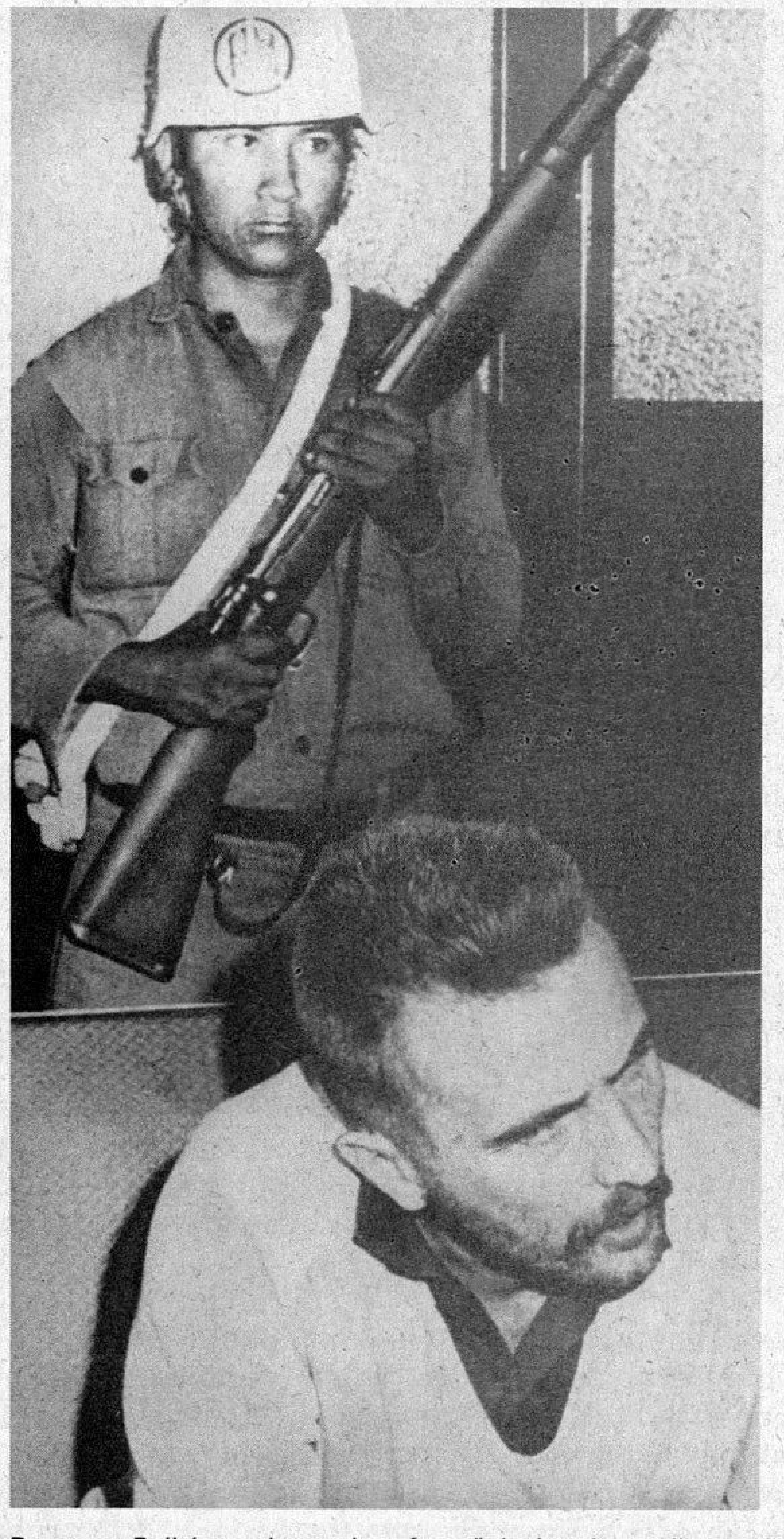
**Die Auffassung oder die ihr entsprechende Haltung, daß die gesellschaftlichen Ereignisse subjektiv-willkürlich gestaltbar seien, bzw. allgemein die voluntaristische (d. h. lediglich vom Willen getragene) Übertreibung der Rolle des subjektiven Faktors.

***Auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhendes gesellschaftliches Verhältnis, in dem die von den Menschen durch ihre eigene gesellschaftliche Tätigkeit geschaffenen Produkte, Verhältnisse und Institutionen ihnen als fremde, über ihnen stehende Mächte gegenübertreten, von denen sie beherrscht werden, deren blindem bzw. willkürlichem Wirken sie unterworfen sind. Die Entfremdung existiert in allen vorsozialistischen Gesellschaftsformationen und erreicht ihren Höhepunkt im Kapitalismus, in der kapitalistischen Warenproduktion. Im Imperialismus nimmt die Entfremdung umfassende Formen an, indem das Monopolkapital und der staatsmonopolistische Kapitalismus zu alles beherrschenden Mächten des gesellschaftlichen Lebens werden.

Schriften und das Auftreten von Herbert Marcuse, der selbst aus der „Frankfurter Schule" hervorgegangen war, besonderen Einfluß auf den antiautoritären Flügel in der Studentenbewegung. Marcuse wurde zum ungekrönten König jugendlicher Rebellen. Es gelang ihm, „die Geisteshaltung der linksradikalen Elite, ihre utopischen Konstruktionen zum Ausdruck zu bringen. Marcuse bot, mit einem Wort, jene Ware an, nach der eine Nachfrage bestand."[6] Von der Sentenz seines Essays „Repressive Toleranz", „daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht' auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzureichend herausgestellt haben"[7], fühlten sich die Wortführer des antiautoritären Flügels ebenso angesprochen wie von seiner Auffassung, daß das Proletariat im Unterschied zu den Zeiten von Marx, Engels und Lenin nunmehr politisch und ideologisch fest in das imperialistische System integriert und nicht mehr zu revolutionärer Aktion fähig sei.[8] Marcuse richtete seine Hoffnung auf jene sozialen Randgruppen, die in das staatsmonopolistische System „nicht integriert" seien, auf die Ausgestoßenen der sogenannten „Überflußgesellschaft": die nationalen Minderheiten, Ghettobewohner, Arbeitslosen und ähnliche.[9] Seiner Ansicht nach könnten vor allem die Studenten und die junge Intelligenz zum Katalysator des revolutionären Prozesses werden.[10] Einige seiner Anhänger leiteten gerade hieraus die These ab, die Studentenschaft und die Intelligenz seien zur Führung der Revolution berufen.

Neben und zum Teil durch Marcuse beeinflußte der Existentialismus* Sartres und Camus' die sich entwickelnde linksradikale Bewegung. „Da der Existentialismus von Sartre und Camus die These Nietzsches – ‚Gott ist tot' – unterstützt, das heißt die Autorität als solche, als Symbol der

*Subjektiv-idealistische und irrationalistische Strömung der bürgerlichen Philosophie. Der Existentialismus reflektiert das Krisenbewußtsein des Kleinbürgers, besonders des kleinbürgerlichen Intellektuellen in der niedergehenden kapitalistischen Gesellschaft. Im Mittelpunkt des Existentialismus steht der irrationalistische Begriff der „Existenz", der etwas völlig Subjektives, das Lebensgefühl des kleinbürgerlichen Individuums in der imperialistischen Gesellschaftsordnung, bezeichnet, das als allgemein-menschliches Gefühl hingestellt wird. Der Existentialismus betont Angst, Einsamkeit, Schuld, das „Scheitern" als Grundelemente der menschlichen Existenz und bezeichnet das menschliche Leben als sinnlos.



Der von Polizisten bewachte französische Journalist und Schriftsteller Régis Debray während einer Pressekonferenz in der bolivianischen Stadt Camiri, August 1967

sozialen Repression ablehnt", schrieb der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler E. J. Batalow, „steht er mit dem linksradikalen Antiautoritarismus in vollem Einklang."[11]

Neben der Aufnahme dieses Gedankengutes durch den antiautoritären Flügel der Studentenbewegung gab es – bedingt durch die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika – „eine radikale Rezeption der Theorien der Dritten Welt"[12], insbesondere der Ideen von Fanon und Debray. Fanon, ein Revolutionär und zum Marxismus tendierender Theoretiker des algerischen Befreiungskampfes, erhob die Bauernschaft zur einzig revolutionären Kraft in den Ländern der „Dritten Welt" und negierte damit die revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse.[13] Der französische Linksradikale Debray, der sich selbst an Guerillaaktionen in Lateinamerika beteiligt hatte, leitete einseitig und verzerrt aus dem Verlauf der kubanischen Revolution ab, daß „man alle Anstrengungen auf die praktische Organisation des bewaffneten Kampfes konzentrieren"[14] müsse. Er, der später eine „Kritik der Waffen" schrieb und in den achtziger Jahren zu den Beratern des französischen Staatspräsidenten Mitterrand gehört, verabsolutierte den bewaffneten Kampf und schrieb die Rolle der Vorhut in Lateinamerika den Studenten und den revolutionären Intellektuellen zu.[15]

Diese Ideen inspirierten einige Führer der Studentenbewegung in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern. Sie versuchten, die Kampfformen und -methoden der Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf die politische Praxis in den imperialistischen Staaten schematisch zu übertragen, und übernahmen dabei insbesondere die „Focus-Theorie" Debrays.

Diese Theorie wurde von ihnen in dem Sinne aufgefaßt, „daß die Revolutionäre nicht immer auf die objektiven Bedingungen für die Revolution zu warten haben, sondern daß sie über den Focus, über die bewaffnete Avantgarde des Volkes die objektiven Bedingungen für die Revolution durch subjektive Tätigkeit schaffen können"[16]. Eine solche Interpretation, eine solche Verwechslung von subjektiver Bereitschaft zur Revolution mit den objektiven Bedingun-

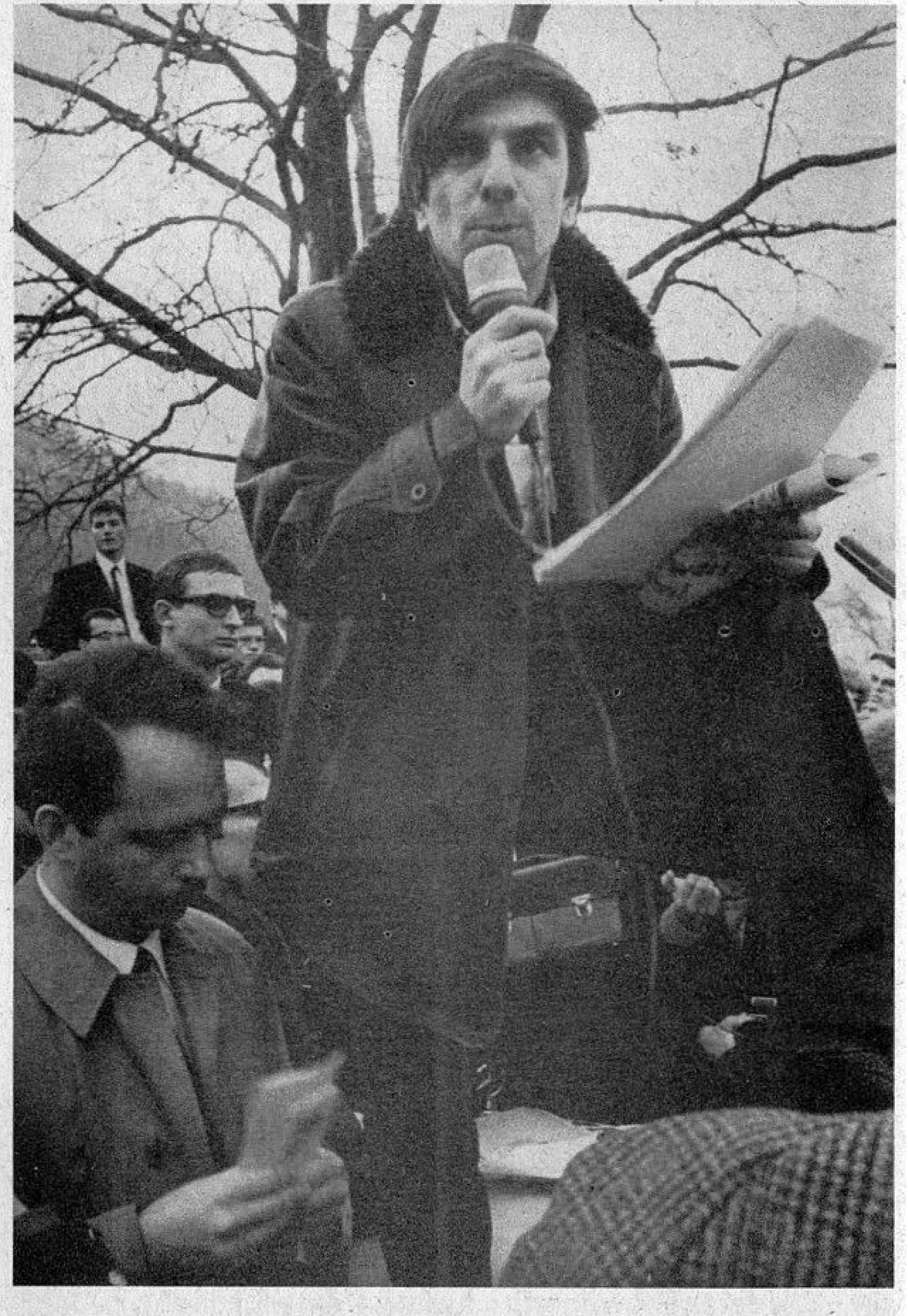


Jacques Sauvageot (links) und Alain Geismar (Mitte) auf einer Demonstration im Mai 1968 in Paris

gen dafür kam der kleinbürgerlichen und jugendlichen Ungeduld von Vertretern der linksradikalen Bewegung entgegen.

Bei der Herausbildung des zeitgenössischen Linksradikalismus spielten auch die Aktivitäten von Ideologen und Organisatoren traditioneller linksradikaler Sekten eine wichtige Rolle. Die linksradikalen Herausgeber eines Bandes mit Schriften des bekannten Trotzkisten Isaac Deutscher schrieben dazu 1980: „... durch seine historischen Arbeiten, durch zahlreiche Vorträge und Diskussionen spielt Isaac Deutscher in den sechziger Jahren eine wichtige Rolle bei der Herausbildung der Neuen Linken ..."[17]

Große Bedeutung kam aber dabei auch einer Reihe „linker" Ideologen zu, die sich aus dem antiautoritären Flügel der Studentenbewegung heraus entwickelten: Daniel Cohn-Bendit (geb. 1945), Jacques Sauvageot (geb. 1943), Alain Geismar (geb. 1939) und André Glucksmann (geb. 1937), allesamt durch die Pariser Mai-Ereignisse bekannt geworden, die sie nun zu einer „Theorie der Spontaneität" verarbeiteten, Rudi Dutschke (1940–1979) und Bernd Rabehl (geb. 1938), die im Gespräch mit dem zum „linken"



Rudi Dutschke

Radikalismus tendierenden Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger (geb. 1929) über die Zukunft das komplette Modell einer „Räterepublik in Westberlin“ als „Provokation“ sowohl für die BRD wie für die DDR konstruierten, und an-

dere. Etwas betagtere „Neue Linke" wie die Amerikaner Theodore Roszak (geb. 1933) und Charles Reich (geb. 1928) schwammen auf der Welle mit und boten ihre Interpretation der Ereignisse an.

Auf solche Exponenten der antiautoritären Studentenbewegung wie Dutschke, Cohn-Bendit, Rabehl und andere übte der Marxismus einen nicht unbeträchtlichen Einfluß aus. Aber ihre Marxismus-Rezeption ist dadurch gekennzeichnet, daß vor allem nur *ein* Aspekt der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie, der Aspekt der Negierung, der Zertrümmerung, der Zerstörung der bürgerlichen Verhältnisse, in verzerrter Form aufgenommen, die positive, aufbauende Seite dieser Theorie aber geringgeschätzt wurde. Die Vertreter des Linksradikalismus zeigten sich außerstande, den Marxismus-Leninismus als eine geschlossene und sich historisch entwickelnde Lehre zu begreifen.

Einen wichtigen Einfluß auf die Entwicklung des heutigen Linksradikalismus hatte die kleinbürgerliche Reflexion und Mystifikation der Entwicklung in China, insbesondere der sogenannten „Großen proletarischen Kulturrevolution", durch den antiautoritären Flügel der Studentenbewegung. E. J. Batalow weist darauf hin, daß man schwerlich eine andere Erscheinung der Gegenwart finden wird, „die im Westen so inadäquat interpretiert worden ist" wie die „Kulturrevolution", denn Theoretiker, Ideologen und zahlreiche Anhänger der linksradikalen Bewegung sahen in ihr etwas, was es in ihr gar nicht gab: „Zerstörung des ‚bürokratischen Apparats' durch aktiv handelnde Gruppen von Jugendlichen, die die gesetzlichen Machtorgane völlig ignorierten, Herausbildung ‚neuer Bedürfnisse', die sich im Bewußtsein der jungen Generation fixierten, ‚Bedürfnisse', die den Konsumgeist angeblich untergruben und auf ein ‚neues' Ideal des Menschen orientierten, usw."[18]

Wie himmelweit eine solche Interpretation der „Kulturrevolution" in China von der Wirklichkeit entfernt war, wie sehr diese den gesellschaftlichen Fortschritt behinderte, anstatt ihn zu befördern, wird erst durch die Einschätzung der damaligen Vorgänge richtig deutlich, die von der heutigen chinesischen Führung 1981 vorgenommen worden ist: „Die ‚Kulturrevolution' von Mai 1966 bis zum Oktober 1976 hat Partei, Land und Volk die schwerwiegendsten Rück-

schläge und Verluste seit Gründung unserer Volksrepublik gebracht. ... Die Praxis hat bewiesen, daß die ‚Kulturrevolution' keine Revolution war und sein konnte und daß sie keinerlei gesellschaftlichen Fortschritt gebracht hat, daß sie nicht ‚den Feind durcheinandergebracht' hat, sondern nur uns selbst. ... Die ‚Kulturrevolution' war eine innere Unruhe, die von ihrem Führer fälschlicherweise initiiert und von konterrevolutionären Cliquen ausgenutzt wurde und für Partei, Staat und alle unsere Nationalitäten verheerende Konsequenzen hatte. ... Ein Chaos wie das der ‚Kulturrevolution' darf sich auf keinem Gebiet wiederholen."[19]

Nicht zuletzt spielten bei der Entwicklung des heutigen Linksradikalismus bestimmte Traditionen der verschiedenen westeuropäischen Länder und der USA eine Rolle. In Frankreich, Italien und Spanien war und ist das vor allem der traditionelle Einfluß des Anarchismus und des französischen Anarchosyndikalismus der Jahrhundertwende, in den USA die Tradition des Industrialismus in Gestalt der IWW. Die französische Fédération Anarchiste rief zur Aufarbeitung dieser Traditionen sogar eine Geschichtskommission ins Leben, die zu dieser Problematik mehrere Studien veröffentlicht hat. In der BRD und in Westberlin gab es auf der Suche nach einem „alternativen" Gesellschaftsmodell sowohl zum Kapitalismus als auch zum realen Sozialismus einen Rückgriff auf anarchosyndikalistische und andere ultralinke Ideen, die in einem Teil der deutschen Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre verbreitet waren, sowie auf die Schriften Proudhons, Bakunins, Kropotkins, Landauers, Mühsams und anderer Anarchisten des 19. Jahrhunderts und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts.

Auf der Suche nach einem „alternativen" Gesellschaftsmodell gab es in den entwickelten kapitalistischen Staaten Bemühungen, den anarchosyndikalistischen Rätegedanken wieder fruchtbar zu machen. In diesem Sinne ist die Rezeption der Schriften von Otto Rühle, Anton Pannekoek und Herman Gorter zu sehen. Vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre machten sich die Wortführer des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung in der BRD, in Frankreich und in anderen Ländern die linksradikale Kritik von Rühle, Pannekoek und anderen Vertretern

der sogenannten linken Opposition an der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung in wesentlichen Punkten zu eigen und neigten dazu, sich mit dieser Opposition zu identifizieren.

Von den Linksradikalen um Gorter in den Niederlanden übernahm eine Reihe Vertreter des zeitgenössischen Linksradikalismus die Auffassung, daß sich die sozialökonomischen und politischen Bedingungen im Westen radikal von den russischen und osteuropäischen unterscheiden würden und daß die Leninsche Anwendung des Marxismus nur für Rußland und höchstens Osteuropa gültig gewesen sei. Sie stellten sich hinter die Position, die Gorter 1920 in seinem „Offenen Brief an den Genossen Lenin" vertreten hatte: „Sie verfolgen die Taktik der Bauernvölker, wir die der industriellen. Dies ist kein Hohn und kein Spott. Ich glaube, daß der Weg bei Ihnen richtig war. Nur sollen Sie, – weder in dieser kleinen Frage, noch in den großen der Gewerkschaften und des Parlamentarismus – uns nicht aufzwingen was in Rußland gut, aber hier verderblich ist."[20] Die zeitgenössischen Linksradikalen haben damit nichts anderes übernommen als die Leugnung der Allgemeingültigkeit des Leninismus.

Berücksichtigt man schließlich, daß über die genannten Auffassungen hinaus auch Ideen von Karl Korsch (1886–1961), Alfred Sohn-Rethel (geb. 1899), Roman Rosdolsky (1898–1967), Wilhelm Reich (1897–1957) und anderen und selbst verzerrt aufgenommene Vorstellungen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie bestimmte Auffassungen von Georg Lukács (1885–1971) bei der Orientierung der führenden Vertreter des zeitgenössischen Linksradikalismus eine Rolle spielten, so wird deutlich, daß der heutige Linksradikalismus seine Ideen aus einem ideologischen Warenhauskatalog geschöpft hat. In diesem Sinne forderte der linksradikale Ideologe Günther Hillmann (geb. 1922), für eine „neue Theorie der Gesellschaft wie des Individuums" folgende ideologischen Fragmente zu vereinigen: „die Hegelsche Denkmethode in ihren verschiedenen Momenten, die Marxsche Methode des Handelns, seine allgemeine Produktions- und Konsumtionstheorie, sowie seine Zielsetzung einer herrschaftsfreien Gesellschaft, die Freudsche Theorie des gesellschaftlichen Individuums, die Wienersche Kybernetik, den Sartreschen

Existentialismus, die Brechtsche Theatertheorie und selbstverständlich die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung und der Psychoanalyse. Aber auch Elemente der modernen Kunst (z. B. Jazz, Surrealismus, Brecht-Theater) müßten aufgenommen werden. Und endlich wären die verschiedenen Arten von revolutionärer Tätigkeit (auch der Anarchismus, der Syndikalismus, der Gildensozialismus, die Rätebewegung, die kommunistischen Oppositionsströmungen, die sexualpolitische Bewegung), vor allem auch die Ergebnisse der verschiedenen Revolutionen, zu verarbeiten."[21]

Die zeitgenössischen Linksradikalen folgten Hillmann hierin weitgehend.

Sektierer und Spontis

Eine typische Szene Anfang der siebziger Jahre an der „Freien Universität" in Westberlin: „Nach einem Go-in zum Präsidialamt treffen sich die Studenten in der Cafeteria. Kurz wird besprochen, welche weiteren Schritte unternommen werden sollen. Treffpunkte werden bekanntgegeben, man unterhält sich, trinkt Kaffee: gemeinsame Entspannung nach der Aktion. Plötzlich tritt ein selbstbewußter Mann vor die Versammelten. Das Jackett seines Tweedanzugs auseinandergeschlagen, die Fäuste in die Hüften gestemmt, die Beine gespreizt, als wolle er Wurzeln schlagen: keiner soll ihn hier wegkriegen. Mit ungewöhnlich lauter Stimme verkündet er, er spreche im Namen des Kommunistischen Studentenverbandes. Das tut er dann auch eine Viertelstunde lang. Der Inhalt seiner Rede hat außer einigen einleitenden Sätzen nichts mit der Aktion zu tun: er berichtet von der Gefährlichkeit des Sozialimperialismus und seiner Agenturen, jongliert mit Zahlen, Zitaten und Ereignissen. Er gebraucht rhetorische Techniken, wie man sie von Parlamentsdebatten her kennt. Er stellt nichts zur Diskussion, breitet nur seine Überzeugung aus. Belohnt wird er durch dünnen Beifall seiner Genossen. Die Konkurrenz vom KBW sieht sich herausgefordert, sagt auch was.

Die Angegriffenen, die ADSen*, sind ohnehin nicht anwesend. Die Studenten, die alles über sich ergehen ließen, fliehen in verschiedene Richtungen. Diskussion und Versammlung sind beendet. Der Redner zieht mit seiner Gefolgschaft in einen leerstehenden Seminarraum, zu einem Termin – intern."[1]

Abgehobenheit von der wirklichen Bewegung und Versuche, diese Bewegung für organisationsegoistische Zwecke zu instrumentalisieren, kennzeichneten das linksradikale Sektenwesen ebenso wie die pausenlose Beschäftigung mit sich selbst: eine ungeheure Menge von Sitzungen, Gesprächen, Protokollen, Direktiven, organisationsinternen Terminen. Die Kürzel der Organisationsnamen („KBW" für „Kommunistischer Bund Westdeutschlands", „KSV" für „Kommunistischer Studentenverband", einer Suborganisation der linksextremen „KPD", der „Kommunistischen Partei Deutschlands", die sich widerrechtlich den ruhmreichen Namen der Partei Thälmanns angeeignet hatte) waren dabei austauschbar.

Szenenwechsel: Anfang 1978. 15000 zumeist junge Leute versammeln sich an der Technischen Universität in Westberlin – zum ersten „TUNIX" („Tu nichts")-Treffen. Spontaneistische Kräfte, kurz „Spontis" genannt, hatten „die Irren Europas" gerufen: Mit dem Treffen soll „ein Beben stattfinden, eine Explosion der Irren, Arbeiter, Dissidenten, Frauen, Schwulen, Musikanten, Militanten, Stadtindianer, Lesben, Kommunisten, Sozialisten, Makrobioten, Ökologen, Beamten, Freaks, Künstler, Träumerinnen, Fantasten, Forschrittsgegner, Kiffer, Kämpfer und Chaoten."[2] Und alle sind gekommen. Unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen, lehnen sie alle Institutionen bis hin zur Familie ab und erklären die Arbeitslosigkeit zur „Tugend der Faulheit". Sie „wollen's anders" (auch wenn sie nicht genau wissen, wie) und pinseln an Wände und Fensterscheiben Sprüche wie „Was lange gärt, wird endlich Wut", „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat", oder „Traum ist Wirklichkeit". Sie meinen: „Wir sind die Leute, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben!"

**ADS* – Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten. Es handelt sich um der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) nahestehende Studentengruppen.

Sektierer und Spontis charakterisierten die zweite Phase der Entwicklung des zeitgenössischen Linksradikalismus. Diese reichte vom Ende der sechziger bis zum Ende der siebziger Jahre. Aus den Zerfallsprodukten des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung entstand eine kaum überschaubare Zahl von anarchistischen, trotzkistischen und an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierten Gruppierungen sowie von pseudolinken Terroristengruppen. Während in der ersten Phase das anarchistische Element vorherrschte, dominierten in der zweiten trotzkistische und an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte Kräfte im „linken" Radikalismus der Gegenwart.

Mitte der siebziger Jahre erreichte der zeitgenössische Linksradikalismus seinen bisherigen organisatorischen Höhepunkt. Dabei war die zahlenmäßige Größe der linksradikalen Gruppierungen sehr unterschiedlich; neben einer Vielzahl von Minisekten, von denen einige nahezu nur als Briefkastenadressen existierten, gab es linksradikale Organisationen, die über eine beachtliche Zahl von Mitgliedern und Sympathisanten verfügten. 1975 wurde die Gesamtmitgliederzahl der neun wichtigsten trotzkistischen Gruppierungen in Großbritannien auf 14000 geschätzt. In Italien hatte 1976 die linksradikale Gruppierung Lotta Continua nach eigenen Angaben zwischen 8000 und 10000 Mitglieder, und die linksradikale Partito di Unità Proletaria (PdUP) zählte 1977 etwa 18000 Mitglieder. In der BRD gab im Sommer 1974 die an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte „KPD" die Zahl ihrer Mitglieder und Kandidaten mit 5000 an.

Mit Ausnahme der anarchistischen, anarchosyndikalistischen und terroristischen Gruppierungen beteiligten sich fast alle größeren linksradikalen Organisationen an den Parlamentswahlen in ihren Ländern. Derartige Organisationen konnten Mitte der siebziger Jahre bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den kapitalistischen Ländern Europas fast zwei Millionen Stimmen auf sich vereinigen. In Frankreich gaben bei den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1974 im ersten Wahlgang 595370 Wähler ihre Stimme der Kandidatin der trotzkistischen Lutte Ouvrière, Arlette Laguiller. In Spanien erhielten die ultralinken Gruppierun-

gen bei den Parlamentswahlen von 15. Juni 1977 rund 350000 Stimmen und damit zwei Abgeordnetensitze in den Cortes.

Im Unterschied zum antiautoritären Flügel der Studentenbewegung „erhoben" sich nun – mit Ausnahme der Anarchisten – fast alle linksradikalen Gruppierungen zur angeblich neuen Avantgarde des Proletariats, da die „traditionellen" Parteien der Arbeiterklasse – Kommunisten und Sozialdemokraten – in dieser Funktion versagt hätten und in den Sumpf des Revisionismus und Opportunismus abgeirrt seien. Durch die Gründung einer Vielzahl von Betriebszeitungen, durch den Aufbau linksradikaler Betriebszellen und sogar durch die Gründung von Spaltergewerkschaften sowie mit mannigfaltigen anderen Varianten versuchten sie, in die Betriebe einzudringen und Teile des Industrieproletariats auf ihre Seite zu ziehen.

Der Aufschwung des Linksradikalismus vollzog sich vor dem Hintergrund der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in allen Bereichen. Sowohl in den imperialistischen Hauptländern als auch an der Peripherie des Kapitalismus wurde das gesellschaftliche System erschüttert. Seine politische Labilität fand in der mannigfachen Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie und in der politischen Rechtsentwicklung ebenso Ausdruck wie in nahezu 80 Regierungsrücktritten im Verlauf der siebziger Jahre. Der dem Imperialismus immanente Widerspruch zwischen dem Drang nach Reaktion, nach Abbau der bürgerlichen Demokratie und dem Streben der Volksmassen nach Erweiterung der demokratischen und sozialen Rechte verschärfte sich mit der fortschreitenden Ausformung des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter.

Infolge der zunehmenden Labilität des politischen Systems der imperialistischen Länder, der fortschreitenden Entmachtung des bürgerlichen Parlaments zugunsten der imperialistischen Exekutive und des weiteren Ausbaus des staatsmonopolistischen Herrschaftsapparates wuchs das Mißtrauen vieler Werktätigen gegenüber den bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Demokratie. Insbesondere Teile der studierenden Jugend und der Intelligenz hielten die kapitalistische Ordnung nicht mehr für fähig, die gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart und Zukunft zu lösen. Das ließ sie nach politischen Alternativen zu diesem

System suchen. Kleinbürgerliche Ungeduld und ungenügende Kenntnis der reichen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung bei einem kleinen Teil der politisch aktiven Kräfte begünstigten deren Abdriften von einem emotional geprägten Protest gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf linksradikale Positionen.

Diese Tendenzen wurden durch die von der herrschenden Klasse angewandte Methode der Gewalt gegen systemkritische Kräfte und durch den wachsenden Druck der Bürokratisierung in allen Bereichen des Lebens zusätzlich stimuliert. Bei einigen, die die menschliche Individualität gegen die Willkür des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu verteidigen suchten, entwickelte sich eine Frontstellung nicht nur gegen Bürokratisierung und Willkür des imperialistischen Staates, sondern gegen jegliche Autorität überhaupt.

Enttäuscht über die der Festigung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems dienende Politik und Ideologie rechtssozialdemokratischer Führungskreise und durch den tief in breiten Teilen der Bevölkerung verwurzelten Antikommunismus und Antisowjetismus beeinflußt, gewann für diese Kräfte ein illusionärer „linker" dritter Weg an Attraktivität. Es bestätigte sich damit erneut, daß der „linke" Radikalismus „nicht selten eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung"[3] ist.

Schließlich haben in diesem Zusammenhang auch Schwierigkeiten in der kommunistischen Bewegung – wie das Auftreten des sogenannten Eurokommunismus mit seiner „kritischen Distanz" zum Leninismus und zum realen Sozialismus und seinen Versuchen zur „Anpassung" an die bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln in einer Reihe entwickelter kapitalistischer Staaten – eine Rolle gespielt. Der sowjetische Gesellschaftswissenschaftler S. Ja. Mirskij stellte dazu fest, „daß die Verabsolutierung des parlamentarischen Weges zum Sozialismus und das Vergessen der revolutionären Kampfformen des Proletariats bei einigen Kommunisten des Westens den ‚Linken' die Möglichkeit boten, in den Augen eines Teils der Jugend als irgendeine außerparlamentarische Opposition zu erscheinen, ja sogar als die einzigen revolutionären Kämpfer gegen den Kapitalismus dazustehen"[4].

Doch der Linksradikalismus erfuhr auch eine vielfältige

Förderung durch liberale Kreise der Monopolbourgeoisie. Deren Absichten liegen auf der Hand: Jene Kräfte, die sich vom imperialistischen System lösen wollten, sollten mittels der differenzierten linksradikalen Gruppierungen aufgefangen, von der Hinwendung zu den Kommunisten abgehalten und nach Möglichkeit brav in die Systembindung zurückgeführt werden. So begannen bereits in den sechziger Jahren die verschiedensten bürgerlichen Zeitungen, Zeitschriften und Verlage, systematisch linksradikale Schriften herauszugeben.

Eine sicher nicht vollständige Übersicht ergibt, daß allein in der BRD und in Westberlin von 1966 bis 1980 neben einer Vielzahl von Zeitschriftenartikeln, Fernsehberichten, Rundfunkkommentaren und Büchern bürgerlicher Autoren über den Anarchismus 124 Neuausgaben und Reprints „klassischer" anarchistischer Texte erschienen. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der angesehene bürgerliche Verlag de Gruyter mit Sitz in Westberlin und New York in seiner Dokumentenreihe 1973 eine Sammlung der wichtigsten Schriften der anarchoterroristischen RAF herausbrachte. Ende der siebziger Jahre wurden die Memoiren des anarchosyndikalistischen Ideologen Augustin Souchy in mehreren Auflagen vom bekannten Hermann Luchterhand Verlag in Darmstadt und Neuwied auf den Büchermarkt geworfen. Ebenjenes Souchy, der im Sommer 1976 eine sechswöchige Vortragsreise durch die USA und Kanada unternahm und in mehreren Städten die Möglichkeit erhielt, im Rundfunk über den Anarchismus zu sprechen und so dessen Ideen und Vorstellungen breit zu propagieren.[5]

Schließlich gehört zu einer solchen Förderung des Linksradikalismus durch Teile des Monopolkapitals auch, daß zum Beispiel in der BRD die an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte Splittergruppe „KPD" Anfang der siebziger Jahre vom Bundesgerichtshof das Parteienprivileg zuerkannt erhielt, während das 1956 verhängte KPD-Verbot weiterhin in Kraft bleibt.

Für die Entwicklung ihres Einflusses und für die Gewinnung neuer Anhänger war auch die von den linksradikalen Organisationen selbst betriebene Agitation und Propaganda bedeutsam. Seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre überschwemmten die verschiedenen ultralinken



Titelseite der trotzkistischen Zeitschrift „INPREKORR“ vom 18. Juni 1976

Gruppierungen alle entwickelten kapitalistischen Länder mit linksradikalen Zeitungen und Zeitschriften. In diesen Jahren existierten allein in der BRD mehr als 120 derartige Periodika. Nach unvollständigen Angaben erschienen Ende der siebziger Jahre in den entwickelten kapitalistischen Ländern insgesamt über 500 linksradikale Periodika, darunter die britische trotzkistische Wochenzeitung „Socialist Worker“ mit 28 000 Exemplaren Auflage, die linksradikale französische Tageszeitung „Libération“ mit einer Auflage von 30 000 Exemplaren, die spanische trotzkistische Wochenzeitung „Combate“ mit einer Auflage von 60 000 Exem-

plaren, die linksradikale italienische Tageszeitung „Lotta Continua" mit einer Auflage von 55000 Exemplaren und die anarchistische spanische Monatsschrift „Ajoblanco" mit einer Auflage von 70000 Exemplaren. Die „Kommunistische Volkszeitung" des KBW in der BRD hatte 1974 eine Auflage von 55000 Exemplaren.

Auch durch die Herausgabe der Schriften der anarchistischen „Klassiker" sowie die Publizierung der Reden und Schriften der Führer der ultralinken Gruppen ist linksradikales Gedankengut verbreitet worden. Allein in der BRD wurden von 1969 bis 1974 von linksradikalen Verlagen 16 Textsammlungen und 33 Einzelschriften aus der Geschichte des „linken" Radikalismus vorwiegend in Deutschland neu herausgegeben. Mitte der siebziger Jahre wurden die Schriften Trotzkis in vielen Sprachen neu oder sogar erstmals aufgelegt.

Einige linksradikale Organisationen bauten eigene Schulungssysteme, Sommerlager usw. für Funktionäre, Mitglieder und Sympathisanten auf, um auf diesem Wege Multiplikatoren für linksradikale Politik und Ideologie heranzubilden. Die spanische linksextreme Organización Revolucionaria de Trabajadores (ORT) eröffnete allein 1978 rund 40 Schulen zur Ausbildung von Kadern. Hinzu kommt noch eine ausgedehnte Vortragstätigkeit unterschiedlicher linksradikaler Ideologen und Politiker sowie die Tatsache, daß eine Reihe führender Linksradikaler wie Ernest Mandel oder Charles Bettelheim (geb. 1913) Professuren, Dozenturen oder Assistenzen an verschiedenen westeuropäischen Universitäten und Hochschulen innehaben und ihre Studenten mit trotzkistischem, anarchosyndikalistischem und anderem linksradikalem Gedankengut vertraut machen.

Anarchistische und trotzkistische Theorien und Gesellschaftsvorstellungen haben sich in diesem Zusammenhang für politisch unerfahrene, mit antikommunistischen Vorurteilen belastete systemkritische Kräfte als besonders attraktiv erwiesen, weil sie sich nirgendwo in der Welt mit ihrem Anspruch an der Realität messen lassen müssen.

Der bürgerliche Ideologe Heinz Brahm bemerkte zu Recht: „Da ... die Theorie der Trotzkisten nirgendwo durch



Trotzkistische Presseorgane aus den siebziger Jahren

Regierungsverantwortung in der Praxis in Frage gestellt werden kann, hat sie eine besondere Anziehungskraft auf puristisch* eingestellte Intellektuelle, vor allem der jüngeren Generation."[6]

*Hier: nach der „reinen", von den realen Klassenkämpfen mit ihren notwendigen Kompromissen nicht „verunreinigten" Lehre strebend.



der IV. Internationale

THE RED MOLE
182, Pentonville Road, London N.1
vierzehntägig Jahresabo 4 Pfund

Klassenkampf
Zentralorgan der LCR – Luxembourg
46, rue Auguste Charles, Luxembourg, LUX
monatlich Jahresabo 150 Lfr.

Linksradikale Anschauungen entstanden auch aus der Fehlinterpretation von Prozessen in der nationalen Befreiungsbewegung. Der erfolgreiche antikoloniale und antiimperialistische Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas übte eine tiefe Wirkung auf die antiimperialistische Bewegung in den kapitalistischen Industrie-

ländern aus. In der zweiten Hälfte der sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde die antiimperialistische Haltung vieler junger Menschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern durch den Abscheu über die schmutzige Aggression der USA gegen das vietnamesische Volk geprägt. Später trat vor allem der antiimperialistische Kampf der Völker Mittelamerikas, der FSLN in Nikaragua, der FMLN in El Salvador usw., und des südlichen Afrikas, insbesondere in Namibia und in der Republik Südafrika, in den Vordergrund und hat viele junge Leute veranlaßt, sich mit diesem heroischen Kampf zu solidarisieren. Die Faszination über die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung einerseits und die Empörung über die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen des Imperialismus andererseits verstärkten sowohl die systemkritische Haltung, führten aber auch bei einigen politisch aktiven Kreisen vor allem unter den Studenten und der jungen Intelligenz zu einer Überbewertung der Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen im Klassenkampf der Gegenwart. Einseitig und dogmatisch schlußfolgerten sie, daß einzig und allein der *bewaffnete* Kampf revolutionär sei und zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen könne.

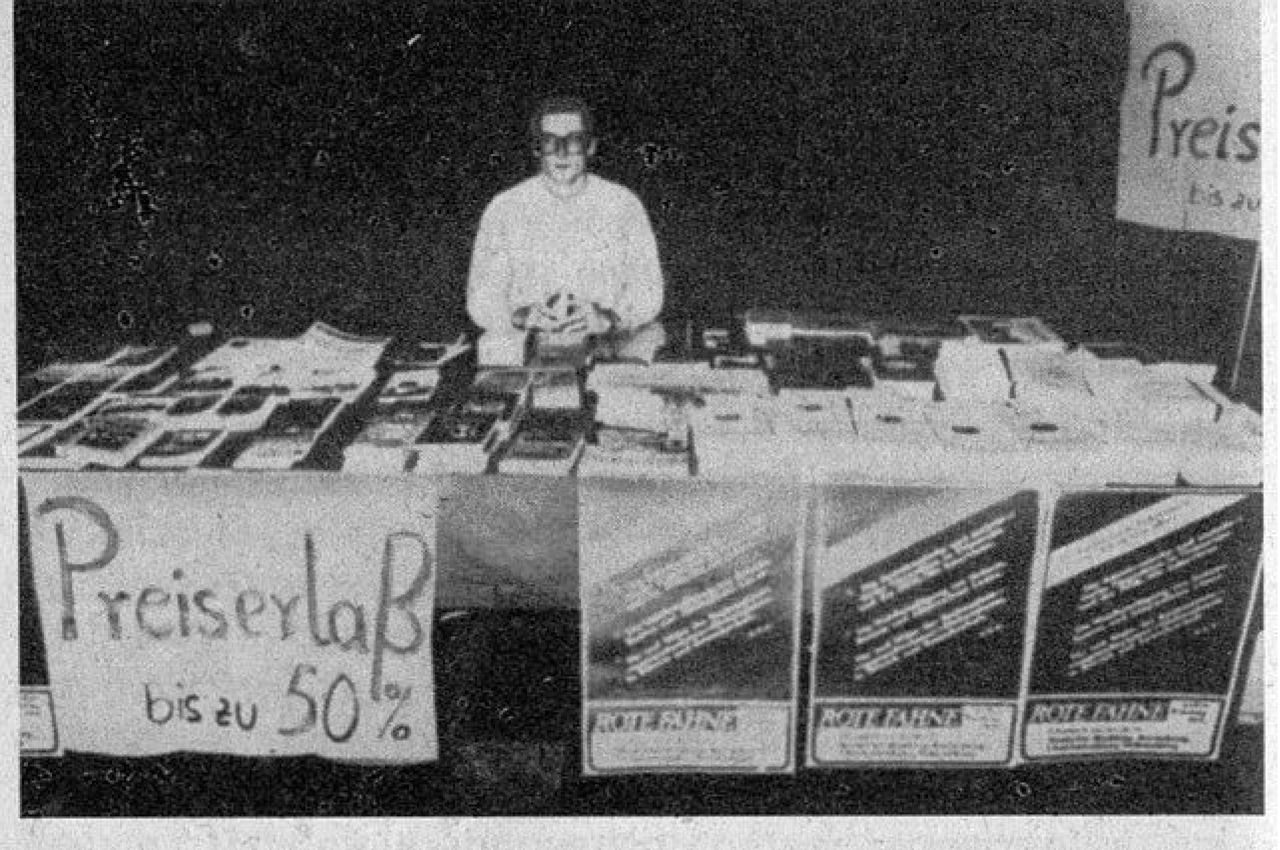
Die irrige Auffassung, daß die Anwendung bewaffneter Gewalt mit Klassenkampf völlig identisch sei, war immer wieder der Nährboden dafür, daß trotzkistische Vorstellungen von der „permanenten Revolution" und dem bewaffneten „Export" der Revolution, anarchistische Auffassungen von der „direkten Aktion" und die ultralinke Parole, die politische Macht der Revolutionäre komme einzig aus den Gewehrläufen, bei ihnen Gehör fanden und ihr Handeln bestimmten.

Ferner erlebte der Linksradikalismus nach dem Sturz der faschistischen Regime in Portugal, Spanien und Griechenland Mitte der siebziger Jahre nicht nur in diesen drei Ländern einen Aufschwung, sondern diese Ereignisse stimulierten auch linksradikale Kräfte in anderen kapitalistischen Ländern zu neuen Aktivitäten. Besonders der Verlauf der portugiesischen Revolution von 1974 schien die linksradikale These zu bestätigen, daß nur durch den Einsatz militärischer Gewalt die kapitalistische Gesellschaftsordnung im

revolutionären Sinne verändert werden könne; und umgekehrt hätte das Beispiel Chile gezeigt, daß der friedliche, die Möglichkeiten des bürgerlichen Parlaments nutzende Weg ein für allemal gescheitert sei. Angesichts der Ereignisse in Portugal und Chile erschien diese Position vielen antiimperialistisch eingestellten, aber politisch unerfahrenen Kräften durchaus einleuchtend. Viele Enthusiasten fuhren nach Portugal, um dort ihre verschiedenen gesellschaftlichen Experimente zu verwirklichen. Das Scheitern derartiger Versuche Ende der siebziger Jahre fiel sicher nicht zufällig mit dem zeitweiligen Niedergang des Linksradikalismus in den kapitalistischen Industriestaaten zusammen.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zeigte sich, daß die gesellschaftspolitischen und Organisationsvorstellungen der Linksradikalen – trotz bestimmter Teilerfolge – nicht aufgegangen waren. Insbesondere die linksradikalen Konzepte einer schnellen Revolutionierung der Volksmassen in den kapitalistischen Staaten waren wie schillernde Seifenblasen geplatzt. Die Veränderungen in der VR China nach Maos Tod führten zudem bei einer Reihe von Gruppierungen zu einer tiefen politischen und ideologischen Verunsicherung. Schließlich traf der Übergang zur imperialistischen Konfrontationspolitik und zu einer neokonservativen Innenpolitik an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren die linksradikalen Kräfte zumeist unerwartet und unvorbereitet. Dadurch gerieten viele linksradikale Gruppierungen in eine Identitäts- und Orientierungskrise, die von ihnen vielfach in eine angebliche „Krise des Marxismus" uminterpretiert wurde.[7]

Bis zum Ende der siebziger Jahre mußte der Linksradikalismus einen beachtlichen Rückgang der Zahl der Mitglieder, der Anhänger und der Periodika seiner Gruppierungen verzeichnen. Ein Rückgang, der mit einer gewissen zeitweiligen Schwächung der Organisationen und des Einflusses von Teilen der Arbeiterbewegung in einigen entwickelten kapitalistischen Staaten wie Italien, Frankreich, Großbritannien, den USA, Japan oder Luxemburg korrespondierte. Die spanische anarchosyndikalistische CNT, die im Mai 1978 die Zahl ihrer Mitglieder mit über 300000 angab, hatte sich nach heftigen internen Auseinandersetzungen 1980 gespalten und zählte nach bürgerlichen Angaben An-



Die „KPD" am Ende – Ausverkauf

fang der achtziger Jahre kaum mehr als 70000 Mitglieder. Die schwedische SAC ging in ihrer Mitgliederstärke von rund 24000 Mitte der siebziger Jahre auf etwa 18000 an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren zurück. Während die trotzkistischen Gruppen Mitte der siebziger Jahre international über 70000 bis 80000 Mitglieder verfügten, war deren Mitgliedschaft Ende der siebziger Jahre auf die Hälfte geschrumpft. Andere Gruppen wie die „KPD" und der KBW in der BRD verschwanden von der politischen Bildfläche, ohne ein Loch zu hinterlassen.

Auch große Teile ihrer Wählerschaft verabschiedeten sich von den linksradikalen Gruppierungen. Während die spanische Partido de Trabajo de España bei den Parlamentswahlen von 1977 noch 260000 Stimmen für sich verbuchen konnte, waren es zwei Jahre später nur noch 170000. Votierten in Portugal bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 1976 noch 16 Prozent der Wähler für den Kandidaten der Linksradikalen, Otelo Sarvaia de Carvalho (geb. 1937), so entfielen auf ihn bei den Präsidentschaftswahlen am 7. Dezember 1980 nur noch 1,5 Prozent der Stimmen.

Der Streit über die Ursachen des Niedergangs führte zu immer neuen Abspaltungen und Sektenbildungen. Vielfach

entstanden derart winzige Grüppchen, daß deren Anhänger bequem in einem Straßencafé Platz gefunden hätten. Ihre intellektuelle Unfruchtbarkeit einerseits und die ideologischen Grabenkämpfe zwischen ihnen andererseits kennzeichneten nur die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die der Ikonenverehrung und Götzendienerei ähnelnde Anbetung längst zu Staub zerfallener Lehrmeister ließ die „Theoretiker" dieser Grüppchen hilflos auf dem Strom der Ereignisse schwimmen, die Sekten selbst verkümmerten zu messianischen Glaubensgemeinschaften. Treffend interpretierte der marxistische Gesellschaftswissenschaftler Martin Robbe diese Entwicklung: „Die Zersplitterung des dogmatischen Linksradikalismus folgt ihrer eigenen Logik. Sie beruht darauf, daß die Möglichkeiten des Irrtums unbegrenzt sind. Und sie ist Reaktion auf das vorprogrammierte Scheitern eines jeden Versuches von Linksradikalen, die Gesellschaft zu revolutionieren: Jeder Mißerfolg wird für Unzufriedene zum Anlaß, nach einer neuen Organisation und einem neuen Programm zu rufen, auch wenn die Unterschiede zum alten vielfach nur Eingeweihten offenbar werden."[8]

Katzenjammer wurde laut. Viele, die einst lieber heute als morgen die kapitalistische Welt umstürzen wollten, resignierten, flüchteten in alternative Landkommunen, in religiöse Sekten oder in Drogen oder klinkten sich wieder in die bürgerliche Gesellschaft ein. Der linksradikale Schriftsteller Peter Mosler (geb. 1944) fragte in seinem Buch „Was wir wollten, was wir wurden" wehmütig: *„Wo sind die lustigen Feuer?* Vor zehn Jahren reisten wir in Jeans und Parka mit leichtem Gepäck, breiteten den Schlafsack in einer Wohngemeinschaft aus und drehten uns eine Zigarette, das rote Buch von Mao in der Tasche und Sartre, Camus im Kopf. Später, als die meisten von uns ihr Universitätsexamen hatten, viele einen Beruf, einige eine Frau, ein Kind und eine Lebensversicherung, wurden wenige unkenntlich, zerfressen von den Angeboten der Bestechung, die die Gesellschaft für sie bereithielt, jene Gesellschaft, die sie zuvor bekämpft hatten, und sie glichen den Arrivierten mit den rosigen Wangen in ihren schnellen Autos, die sie zuvor verspottet hatten. Die sich wollüstig ihrem Beruf hingaben, eignen sich den Opportunismus der Entwurzelten an ..."[9]



Sponti-Flugblatt „Das tapfere Schneiderlein. Organ der Unverbesserlichen"

Angewidert vom Organisationsfetischismus der an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierten Miniparteien, ihrer politischen Indoktrination und sektenmäßigen Disziplinierung, sammelten sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht wenige Mitglieder derartiger Organisationen in sogenannten Sponti-, Basis- oder Autonomie-Gruppierungen, die ungezügelten Spontaneismus und „Antiautoritarismus" im anarchistischen Sinne verherrlichten. Diese Sponti-Strömung war vor allem eine Form des linksradikalen Reagierens auf den sozialen Deklassierungsprozeß großer Teile der früher stärker privilegierten Intelligenz. Sie idealisierte die „Verweigerung" gegenüber der Gesellschaft und das „Ausflippen" aus ihr, verkündete all-

gemeine Technikfeindlichkeit und verherrlichte das „einfache Leben". Die Spontis besaßen keine ausgefeilte Theorie, ihre politischen Einschätzungen waren sehr stark von einer subjektiven „Hier und jetzt"-Haltung geprägt und vielfach außerordentlich emotional geladen.

In mindestens sieben kapitalistischen Industrieländern sorgten die vielfach kurzlebigen Sponti-Gruppierungen ab Mitte der siebziger Jahre für bunte Tupfer in der politischen Landschaft.

Ihre Namen sprachen für sich: „Gruppe Unabhängiger Individual-Chaoten" (GUIC), „Alpträumer", „Politik links unten", „Sozialistische Undogmatische Studenten-Initiative" (SUSI) (Motto: „Umstürzlerisch, unorganisiert, ungehorsam, undiszipliniert") oder „Spontifex Marxismus". Bisweilen traten sie auch als „Großstadtindianer", als „Mescaleros" oder als „Bewegung undogmatischer Frühling" in Erscheinung. Ihre Blätter nannten sie „Info der Bremer Unpäßlichen Gruppen", „Carlo Sponti" oder „Pflasterstrand". Ihre Anhängerschaft in der BRD wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf rund 15000 geschätzt; andere Autoren gaben sogar 80000 an. Der Schwerpunkt der Sponti-, Basis- und Autonomie-Gruppen lag an den Universitäten und Hochschulen, wo sie sich an den Wahlen zu den Studentenparlamenten beteiligten. Im Wintersemester 1978/79 erzielten sie an 18 Universitäten und Hochschulen jeweils mehr als 25 Prozent der Stimmen und wirkten damit als ein politisch bedeutsamer Faktor. Anfang 1979 besaßen diese Gruppen mehr als 150 Sitze in den Studentenparlamenten und hatten damit etwa die gleiche Stärke wie die Hochschulgruppen der Jungsozialisten.

In Italien verzeichnete die Autonomisten-Bewegung, die sehr viele gemeinsame Züge mit den Sponti-Gruppen in der BRD aufwies, 1977 ungefähr 10000 Anhänger. Über eigene örtliche Rundfunkstationen wie „Radio città futura" (Rom), „Radio Alice" (Bologna) oder „Contro radio" (Florenz) mobilisierten die Autonomisten ihre Sympathisanten zum Angriff auf die bürgerliche Staatsgewalt wie gegen die Italienische Kommunistische Partei. Zusammenstöße mit der Polizei, in Brand gesteckte Autos, Anschläge auf Nachtbars und Sabotageakte gehörten ebenso wie mas-

senhafte gemeinsame Diebstähle in Kaufhäusern, Lebensmittelläden, Radiogeschäften oder die Erstürmung von Festveranstaltungen, von Kinos, Konzertsälen oder gar der Mailänder Scala zum „diffusen Terrorismus" der militanten Autonomisten. Ihre Lieblingswaffe war die Pistole P38, und sogenannte „kreative Gruppen" unter den Autonomi huldigten einem „bewaffneten Existentialismus": Kreativität bedeute, „tausend Töne im Knattern deiner Maschinenpistole hören, tausend Farben im Blut deiner Feinde sehen, die Furcht vor dem Tod im Angesicht dessen lesen, der gewohnt ist zu befehlen."[10]

Diese expressionistische Beschreibung erinnert wohl nicht zu Unrecht an jene Empfindungen, die sich beim Genuß von Rauschgift einstellen. Der Gebrauch von Drogen wurde in Teilen der Autonomisten-Bewegung nicht nur propagiert, sondern von einigen linksradikalen Ideologen sogar zur radikalsten Revolte in der gesamten Geschichte der Menschheit hochstilisiert. Der italienische Linksradikale Guido Viale (geb. 1943), der 1969 zu den Gründungsvätern der von den ultralinken Ideen Mao Zedongs inspirierten Gruppe Lotta Continua gehörte, sich aber später enttäuscht von diesen Auffassungen abwandte, stellte die ebenso absurde wie gefährliche These auf: „Zum Heroin zu greifen ist eine tödliche Entscheidung, aber auch ein radikaler Bruch mit allen offiziellen Formen der Kultur und der Kommunikation."[11]

Abschied vom Proletariat?

Am Freitag, dem 13. März 1981, erschien in der Westberliner „tageszeitung" („taz") folgende Anzeige anarchistischer Kräfte mit der Ankündigung eines „schwarzen Freitags":

„Heute soll die Stadt explodieren! An allen Ecken soll Mensch es spüren, daß es uns gibt, ‚diese' Hausbesetzer und ihr Sympathisanten-Sumpf. Legt jetzt die Taz beiseite, und macht euch auf den Weg, denn wir haben außer Scheiben noch andere klirrende Stimmen, und die müssen

endlich mal Ausgang kriegen. Und davon sollte sich jeder angesprochen fühlen. Schwarzer Freitag für die Berliner Burschuasi. Dezentrale Aktionen der Spaßgerilja in allen Stadtteilen, zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Die regierenden Kackvögel, Kaputtsanierer, Geiselnehmer und Knastbaumeister stehen nicht unter Denkmalschutz. Eine Abrißgenehmigung vom Amt für revolutionäre Umtriebe liegt vor. Strengt euren Grips an und entfaltet Fantasie!"[1]

Dieses Pamphlet macht darauf aufmerksam, daß der Linksradikalismus, der in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von Katzenjammer geplagt wurde, in den achtziger Jahren keineswegs von der politischen Bühne der kapitalistischen Industrieländer verschwunden ist. Vielmehr erschloß er sich neue Wirkungsfelder – vor allem in den neuen sozialen und demokratischen Bewegungen, zu denen die Haus- und Instandbesetzer-Bewegung zählt.

In der BRD engagieren sich viele frühere Mitglieder eingegangener linksradikaler Organisationen wie der „KPD" und des KBW nunmehr in der Ökologiebewegung. Einige Kräfte aus der trotzkistischen „Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) denken offen darüber nach, „sich als Bestandteil eines ökosozialistischen Flügels in den Grünen auf(zu)bauen"[2]. Seit Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre kann also von einer neuen, einer dritten Phase in der Entwicklung des zeitgenössischen Linksradikalismus gesprochen werden.

Der Charakter dieser Entwicklungsphase ist eng verknüpft mit dem in den siebziger Jahren eingeleiteten neuen Abschnitt der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der durch die besondere Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise gekennzeichnet ist. Die damit entstandene neue Qualität der Krisenprozesse des Kapitalismus, die neue Stufe der Aggressivität und Demokratiefeindlichkeit des Imperialismus, die wesentlich aus dem qualitativ neuen Entwicklungsgrad der Internationalisierung des Kapitals resultieren, sowie das Entstehen neuer globaler Probleme der Menschheit komplizieren auf neue Art die Situation und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten. Der auf dieser

Grundlage weiter zugespitzte Widerspruch zwischen Monopolkapital und Volk äußert sich im Entstehen neuer Konflikt- und Klassenkampffelder und im Hervortreten neuer antimonopolistisch-demokratischer Forderungen, Kämpfe und Bewegungen.

Immer deutlicher tritt heute zutage, „daß der Imperialismus, dessen aggressivste Kreise mit dem Risiko eines Atomkrieges spielen, zu einem Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist"[3]. Die allgemeine Krise des Kapitalismus hat sich weiter vertieft. „Unter dem Einfluß und vor dem Hintergrund der wissenschaftlich-technischen Revolution spitzt sich der Konflikt zwischen den gigantisch gewachsenen Produktivkräften und dem auf Privateigentum beruhenden Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse noch mehr zu. Davon zeugen das Wachstum der Arbeitslosigkeit, die Verschärfung des gesamten Komplexes der sozialen Probleme, der alles durchdringende Militarismus als das gängigste Mittel, die Wirtschaft anzukurbeln, die anwachsende Krise der politischen Institutionen, des Geisteslebens, der lastende Druck der Reaktion auf der ganzen Linie: in Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und Kultur, in der Nutzung von Erkenntnissen des menschlichen Genius. Die herkömmlichen Formen des Konservatismus werden von autoritären Tendenzen abgelöst." Der Kapitalismus ist „heute mit einer nie dagewesenen Verflechtung und wechselseitigen Verschärfung aller seiner Widersprüche konfrontiert, mit einer solchen Zahl sozialer und sonstiger Sackgassen, wie er sie in all den Jahrhunderten seiner Entwicklung nicht gekannt hat".[4]

Als Folge der besonderen Art der Verflechtung der allgemeinen Krise des Kapitalismus mit den zyklischen Krisen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre ist in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine hohe dauernde Massenarbeitslosigkeit mit erheblichen Auswirkungen auf die soziale Lage der Werktätigen entstanden. 1988 waren in den 24 OECD-Staaten etwa 30 Millionen Menschen arbeitslos. Die in der offiziellen Statistik nicht erfaßten Arbeitslosen und Kurzarbeiter hinzugerechnet, waren in diesen entwickelten kapitalistischen Ländern sogar 40 bis 50 Millionen Menschen betroffen. Der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an den Arbeitslosen betrug mehr als 35 Prozent. In den USA und in anderen Ländern

ist die Arbeitslosenrate unter den unterdrückten rassischen und ethnischen Minderheiten am höchsten. „Für nicht wenige hat dies alles dazu geführt, daß sie in eine ‚neue Armut' abgesunken sind. Von ihr werden gegenwärtig in den kapitalistischen Hauptländern bis zu 20 Prozent der Bevölkerung bedroht."[5]

Auf dem internationalen Symposium „Die Kommunisten und die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern" wurde in diesem Zusammenhang festgestellt: „In der gegenwärtigen Situation offenbart sich besonders kraß der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut, die zum Los von Millionen und aber Millionen Familien in der kapitalistischen Gesellschaft geworden sind."[6] In fast allen Ländern des Kapitals werden die Erwerbslosenunterstützung gekürzt und die Bedingungen für deren Zahlung härter. Allein in den USA lebten 1988 32,5 Millionen Menschen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, und Millionen der Ärmsten hungerten oder litten an Unterernährung.

Infolge der Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern nimmt der Umfang der Randschichten zu, deren Armut – wie schon Marx betonte – eine Quelle für extremistische Positionen und Handlungen sowohl ultrarechter als auch linksradikaler Natur ist.[7] Allerdings gibt es dabei keinen Automatismus der Art, daß eine steigende Zahl von Arbeitslosen zwangsläufig ein Anwachsen des Linksradikalismus zur Folge hätte. Vielmehr führten die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und deren soziale Auswirkungen – über die unmittelbar Betroffenen hinaus – zu einem verstärkten Suchen nach Auswegen, bei dem auch – in Abhängigkeit von politischen, ideologischen und massenpsychologischen Faktoren – eine Hinwendung zu anderen politischen Positionen als denen des Linksradikalismus möglich ist. Zudem verfallen viele der Betroffenen in Resignation.

Unter den von den Krisenerscheinungen des imperialistischen Systems besonders betroffenen Bevölkerungsschichten können sich vor allem aus folgenden Gründen spontan ultralinke Tendenzen entwickeln, welche die pseu-

dorevolutionären Gruppierungen bei der Gewinnung neuer Anhänger für sich nutzen:

Die Monopolbourgeoisie versucht, die Arbeitslosen gegen diejenigen Werktätigen auszuspielen, die Arbeit haben. Linksradikale Kräfte knüpfen hier mit der Behauptung an, diejenigen, die Arbeit haben, seien dadurch „privilegiert" und die Arbeitslosen seien die am meisten unterprivilegierten und damit einzig revolutionären Kräfte. In diesem Sinne behauptete der ehemalige Führer der linksradikalen Black Panther Party in den USA, Eldridge Cleaver (geb. 1935), daß das Lumpenproletariat die eigentliche revolutionäre Klasse wäre, da es gegenüber den Kapitalisten als Eigentümern an Produktionsmitteln und der Arbeiterklasse als Eigentümer von Arbeitsplätzen die einzige eigentumslose Klasse sei.[8] Zum Teil fällt diese These bei den Ärmsten der Armen auf fruchtbaren Boden, und einige von ihnen sehen in den Möchtegernrevoluzzern ihre Interessenvertreter.

Die Arbeitslosigkeit unter der jungen Generation hat in einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, besonders in Italien, zur Entwicklung einer Verbindung von Teilen der Studentenschaft und Kräften aus dem Lumpenproletariat geführt. In diesem Land hat man für sie sogar eine spezielle Bezeichnung gefunden: emarginati (über Bord Geworfene). Fast drei Viertel aller Arbeitsuchenden sind junge Menschen unter 29 Jahren, und viele von ihnen haben Fach- oder Hochschulbildung. Von den 112000 offiziell als arbeitslos registrierten Jugendlichen, die 1983 ihren ersten Arbeitsplatz suchten, hatten 38,9 Prozent den Abschluß einer höheren Schule oder Universität. „Gewiß wäre es falsch, zu behaupten, alle oder die meisten von ihnen würden ‚bis auf den Grund' sinken und unbedingt Lumpenproletarier werden. Doch ein gewisser Teil dieser Jugend, von der spätbürgerlichen Lebensweise zutiefst enttäuscht und den Ideen der sogenannten Gegenkultur zugeneigt, nähert sich dem an nichts mehr glaubenden Lumpenproletariat, stellt faktisch dessen Ergänzung dar."[9] Eine Feststellung, die sowohl für Westeuropa als auch für Nordamerika gilt.

Die lang andauernde Arbeitslosigkeit und die Schwarzarbeit, zu der viele junge Menschen gezwungen werden, lösen die arbeitslosen Jugendlichen aus den Beziehungen

zur Arbeitswelt, jahrezehntelange Erfahrungen der Arbeiterklasse werden nicht aufgenommen und verarbeitet. Dadurch werden diese Jugendlichen für Ideen empfänglich, die die Arbeiterklasse bereits historisch überwunden hat, wie die des Linksradikalismus.

Zugleich ruft die lang andauernde Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen tiefe Zweifel hervor, ob sie überhaupt noch etwas Nützliches leisten können, verstärkt sich bei ihnen die Zukunftsangst und wächst bei ihnen die Neigung zu extremen Ansichten und Positionen. Wie die sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler Dadiani und Ėfirov feststellen, führt die Vergrößerung des Lumpenproletariats, der Randschichten im Innern der bürgerlichen Gesellschaftsstruktur zur Schaffung einer Art von sozialkulturellen „Ghettos", „deren Bewohner – Entwurzelte, Heruntergekommene, aus der Gesellschaft Ausgestoßene – von Verzweiflung, blinder Wut, von der Neigung zu äußersten Mitteln, zu ‚unverzüglichen Lösungen' beherrscht werden"[10].

Die mangelnden historischen Erfahrungen im Klassenkampf und das ungeduldige Streben nach Verbesserungen ihrer schlechten sozialen Lage machen vor allem auch einen Teil der ausländischen Arbeiter in Westeuropa und der afroasiatischen Minderheitsgruppen in den USA und in Großbritannien für linksradikale Ideen anfällig.

Aus dem vollzogenen Übergang von der vorwiegend extensiv zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals in den kapitalistischen Industrieländern ergeben sich neue Reproduktionsbedingungen für die Arbeitskraft. Zu den Erfordernissen der individuellen Reproduktion treten immer mehr die gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft, die durch gesellschaftlich-staatliche Maßnahmen gewährleistet werden müssen. Materielle und geistige, kollektive und gesellschaftliche Bedürfnisse entwickeln sich, die an die Grenzen des Profitsystems stoßen. Während der Kapitalismus auch in Zukunft noch in der Lage sein wird, steigenden materiellen Bedürfnissen, mithin ihrem quantitativen Wachstum nachzukommen, wird er immer weniger fähig sein, das sich aus den neuen Reproduktionserfordernissen der Arbeitskraft ergebende qualitative Wachstum der Bedürfnisse (z. B. das nach einer intakten Umwelt, nach Gerech-

tigkeit, nach Mitbestimmung und Selbstbestimmung der Betroffenen usw.) zu befriedigen.

Genau hier setzen heute verschiedene linksradikale Theoretiker an. Sie bieten mit den von ihnen konstruierten kleinbürgerlichen Gesellschaftsmodellen pseudoradikale Scheinlösungen an, die versprechen, die neuen Bedürfnisse zu befriedigen. Dafür werden aus dem Arsenal des Anarchismus und Anarchosyndikalismus solche Begriffe und Vorstellungen entlehnt wie „Basisdemokratie", „Dezentralisierung", „Entstaatlichung", „direkte Aktion" der Betroffenen usw.

In solchen zum Spektrum der neuen sozialen und demokratischen Bewegung gehörenden Organisations- und Aktionsformen wie bunten und alternativen Listen, verschiedenen Bürgerinitiativen oder grünen Parteien, wie sie in den letzten Jahren in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern entstanden sind, trifft man heute auf Schritt und Tritt auf derartige Begriffe und Vorstellungen. Damit erweist sich zumindest ein Teil derjenigen Kräfte, die unter den veränderten Reproduktionsbedingungen des Kapitals und der Arbeitskraft politisch aktiv geworden sind, für linksradikales Ideengut anfällig.

Die übergroße Mehrheit der in den neuen sozialen und demokratischen Bewegungen engagierten Menschen erkannte angesichts der Zuspitzung der internationalen Situation in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, daß ihr Kampf gegen die Gebrechen und Auswüchse des kapitalistischen Systems nur in einer friedlichen Welt Aussicht auf Erfolg hat. Deshalb reihen sich viele in den breiten Strom der Friedensbewegung ein. Nicht wenigen von ihnen erscheint aber die verschärfte Auseinandersetzung zwischen den beiden antagonistischen gesellschaftlichen Systemen in der Welt als ein Kampf zwischen zwei Titanen um die Weltherrschaft. Unter dem Einfluß der bürgerlichen Propaganda, die keine Mühe scheut, die Außenpolitik der sozialistischen Staaten als „expansionistisch" und „aggressiv" zu verleumden, ziehen einige den falschen Schluß, beide Gesellschaftssysteme – Imperialismus wie Sozialismus – seien ihrem Wesen nach gleich: es ginge nur um machtpolitische Auseinandersetzungen.

Diesem vereinfachten, falschen Weltbild scheint die von linksradikalen Ideologen verbreitete These zu entsprechen, die UdSSR sei ebenso wie die USA eine „Supermacht“ geworden, es handele sich bei der Sowjetunion um eine neue Art Imperialismus, nämlich um „Sozialimperialismus“. Die politisch noch unerfahrenen Kräfte sehen lediglich solche gleichartigen Erscheinungen wie die gewaltigen ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und militärischen Potentiale, über die sowohl die Sowjetunion als auch die USA verfügen, und die daraus resultierende bedeutende politische Rolle, die beide Staaten in der heutigen Welt spielen. Unabhängig von den ökonomischen Grundlagen des Klassencharakters beider Staaten werden die negativen Seiten des imperialistischen Systems der USA, insbesondere die imperialistische Außenpolitik, auf die sozialistische UdSSR und ihre Außenpolitik schematisch übertragen. Nach einer solchen Auffassung ist nicht das kapitalistische System in seinem monopolistischen Stadium, sondern die Größe des Staatswesens die Ursache für die Versuche zur Unterjochung anderer Völker.

Eine derartige Trennung von Politik und Ökonomie läßt – bewußt oder unbewußt – außer acht, daß es die Monopole der imperialistischen Staaten sind, die auf der Jagd nach Superprofiten ihre ökonomische und politische Herrschaft ausweiten wollen, die möglichst weite Bereiche im eigenen Land und in der ganzen Welt erobern wollen. Die Kriegsfraktion der Monopolbourgeoisie ist dabei bereit, ihre ökonomischen und politischen Ziele, die die Vernichtung des realen Sozialismus einschließen, auch mittels eines nuklearen Krieges durchzusetzen, und macht dementsprechend ihren Einfluß auf die Außen- und Militärpolitik imperialistischer Staaten geltend.

Die These von den „Supermächten“ und vom „Sozialimperialismus“ negiert hingegen bewußt, daß es zwischen dem Staat des Monopolkapitals und dem sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern grundsätzliche, klassenmäßige Unterschiede gibt. Ihre Verfechter unterschlagen, daß der heutige imperialistische Staat das Instrument der Diktatur des Monopolkapitals ist, die Arbeiter-und-Bauern-Macht dagegen das Herrschaftssystem der Mehrheit des Volkes. Sie unterschlagen, daß in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern gegenüber den hoch-

entwickelten kapitalistischen Staaten jegliche imperialistischen Monopole liquidiert sind und damit auch die tiefsten Wurzeln für eine aggressive, imperialistische Außenpolitik. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Klassen oder Schichten, die an der Kriegsvorbereitung verdienen, Rüstungsprofite erzielen oder an einer Expansion nach außen ein materielles Interesse haben können. „Eine Welt ohne Kriege und ohne Waffen – das ist das Ideal des Sozialismus."[11]

Konfrontiert mit der Wirklichkeit, erweisen sich die Thesen von den „Supermächten" und vom „Sozialimperialismus" zwar als völlig haltlos, aber aufgrund der „Verkehrtheiten" des Erscheinungsbildes gerade bei politisch unerfahrenen und marxistisch nicht geschulten Menschen keineswegs als wirkungslos. Der emotionale Haß vieler Jugendlicher auf die imperialistischen Ausbeuter- und Unterdrückungsordnung wird mit solchen Auffassungen in falsche, linksradikale Bahnen geleitet.

In jugendlichem Ungestüm lehnen diese Kräfte jegliche Kompromisse im revolutionären Kampf ab – auch auf der Ebene des internationalen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus. Von daher wird die von den sozialistischen Staaten betriebene Politik der friedlichen Koexistenz, die darauf gerichtet ist, „die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus *lediglich und ausschließlich in Formen des friedlichen Wettbewerbs und der friedlichen Rivalität*"[12] auszutragen, aber „keinerlei Versicherung für die Erhaltung des sozialen Status quo"[13] in den kapitalistischen Ländern darstellt, völlig verzerrt und unvollständig reflektiert und als „Verrat an der Revolution" gedeutet. Diese falsche Interpretation der friedlichen Koexistenz und der sozialistischen Außenpolitik begünstigt immer wieder die Hinwendung zu abenteuerlichen linksradikalen Positionen.

Es zeigt sich also, daß auch in dem neuen Abschnitt der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach wie vor ein Nährboden für linksradikale Stimmungen vorhanden ist und sich sogar ausweitet. Nach einer Zeit der Krisenerscheinungen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat sich der Linksradikalismus an die neu entstandenen Bedingungen in den kapitalistischen Ländern in gewisser Weise angepaßt. Infolge der Hinwendung bzw. Integration in die



Kopfzeilen der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW, des „Roten Morgens" der „KPD", von „Kommunismus und Klassenkampf" des KBW und „Kommunist" des KB Österreichs

neuen sozialen und demokratischen Bewegungen gelang es in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, die linksradikalen Gruppen in den entwickelten kapitalistischen Ländern in bestimmtem Maß wieder zu stabilisieren und ihr Wirkungsfeld und ihre Wirkungsbreite zu erweitern. Neue Mitglieder strömen in ultralinke Gruppierungen, die Fluktuation ihrer Anhänger läßt nach, neue Zeitungen und Zeitschriften tauchen auf. Dabei war das zahlenmäßige Ausgangsniveau der linksradikalen Gruppierungen und der von ihnen organisatorisch erfaßten Mitglieder und Anhänger in der kapitalistischen Welt Anfang der achtziger Jahre beachtlich größer als am Ende der sechziger Jahre.

Im Unterschied zu den siebziger Jahren, in denen trotzkistische und an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte Kräfte vorherrschten, dominieren in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erneut Anarchismus und Anarchosyndikalismus. In diesem Kontext ist zu beobachten, daß einige bisher an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte Gruppierungen immer mehr zu anarchosyndikalistischen bzw. linkssozialistischen Positionen tendieren. Diese

Verlagerungen im Linksradikalismus widerspiegeln das Scheitern vor allem jener Konzepte, die sich an den ultralinken Ideen Trotzkis und Mao Zedongs orientierten, ein Scheitern, das vielen linksradikalen Kräften als angebliche „Krise des Marxismus" erschien. Während die einen anarchistisches und anarchosyndikalistisches Ideengut wiederentdecken, wenden sich andere der Konstruktion eines „westlichen Marxismus" zu, dessen Traditionslinie bis in die frühen zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts zurückgeführt wird.

Zu den Vertretern dieses „westlichen Marxismus" werden nicht nur Karl Korsch oder Georg Lukács gerechnet, sondern auch der italienische Kommunist Antonio Gramsci (1891–1937) soll dafür vereinnahmt werden. Der britische Linksradikale Perry Anderson (geb. 1938), der zu den Herausgebern der „New Left Review" gehört, will den „westlichen Marxismus" „– allen inneren Divergenzen und Gegensätzen zum Trotz – als eine übergreifende intellektuelle Tradition konstituieren"[14], die von Lukács und Korsch über den Literatur- und Kulturkritiker Walter Benjamin (1892–1940), die Philosophen und Soziologen Max Horkheimer, Galvano Della Volpe (1895–1968), Herbert Marcuse, Henri Lefèbvre, Theodor W. Adorno und Jean-Paul Sartre bis zu den Philosophen Louis Althusser (geb. 1918) und Lucio Colletti (geb. 1924) reiche.[15]

Es ist in diesem Zusammenhang sicher kein Zufall, daß in der BRD 1980 damit begonnen wurde, eine zehnbändige Gesamtausgabe der Schriften von Karl Korsch herauszugeben. Aus diesem Anlaß wurde im Juni 1980 ein internationales Symposium an der Universität Frankfurt (Main) mit Teilnehmern aus Frankreich, Großbritannien und der BRD durchgeführt, auf dem nach der Aktualität des Werkes von Korsch gefragt wurde. Seine Aktualität bestehe zweifellos darin, so der Herausgeber Michael Buckmiller (geb. 1943), „Fragen an die Marxsche Theorie gerichtet zu haben, die bis heute nicht beantwortet sind, die aber auch nicht außerhalb des Marxismus beantwortet werden können"[16]. Die Aufarbeitung des Werkes von Korsch sei notwendig, um den Marxismus zu „erneuern" und „weiterzuführen". Es solle somit zwar keinen „Abschied vom Marxismus" geben, wohl aber einen solchen vom Leninismus.

Das Aufwerfen der Fragestellung eines „westlichen Mar-

xismus" ist nur ein Beleg dafür, daß an die Stelle der in den siebziger Jahren oft anzutreffenden Primitivität in den linksradikalen Publikationen eine vielfach faktenreiche und differenziertere Argumentation getreten ist. Dies hat nicht zuletzt dazu beigetragen, den bisherigen Einfluß linksradikaler Kräfte in Gewerkschaften verschiedener kapitalistischer Industriestaaten zu stabilisieren, so zum Beispiel im britischen Trade Union Congress (TUC) und in der französischen Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT). Mit ihrer Hinwendung zu den kleinen Fragen des Alltags und der Kritik an rechten Führern der Gewerkschaften konnten linksradikale Kreise „auch ehrliche kampfbereite Arbeiter hier und da auf ihre Seite ziehen"[17].

Während die linksradikalen Gruppen in den siebziger Jahren meist als kleine, voneinander getrennt handelnde Gruppierungen in Erscheinung traten, extrem elitär und massenfeindlich agierten und jede von ihnen behauptete, die alleinige revolutionäre Avantgarde zu sein, existieren heute intensive Bestrebungen für den Zusammenschluß verschiedener ultralinker Gruppierungen oder zumindest für ihre verstärkte Zusammenarbeit. Im November 1985 schlossen sich in Kanada vier derartige Organisationen zur Alliance for Socialist Action (ASA) zusammen. In den USA vereinigten sich im März 1986 drei ultralinke Gruppen zu Solidarity. Vielfach treten jetzt linksradikale Kräfte als gewerkschaftliche Jugend- und Aktionsgruppen, als Frauen- und Friedensinitiativgruppen in Erscheinung.

Oftmals sind ultralinke Gruppierungen heute Partner in breiten Bündnissen. Linksradikale Ideologen und Organisationen haben ihre politisch-ideologischen Positionen teilweise modifiziert und nehmen in vielen politischen Tagesfragen eine gemäßigtere Haltung ein als früher. Das Leben korrigierte sie, machte sie klüger und in Ansatzpunkten diskussionsfähiger.

Ein führender Funktionär der „KPD/ML", die Anfang Oktober 1986 mit der GIM zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) fusionierte, faßte diese Entwicklung in die Worte: „Wir lernten, uns besser einzubringen in Bewegungen, wo wir sonst immer nur besserwisserisch von außen unseren Senf zugegeben haben. Wir lernten, daß die aktuellen Fra-



Rainer Trampert

gen und Kämpfe gar nicht so leicht zu führen sind. Wir lernten, daß man froh sein muß über jeden Mitkämpfer gegen das Kapital, egal wo er nun politisch organisiert ist."[18]

Unter dem Eindruck derartiger Erkenntnisse vollzogen verschiedene Linksradikale politisch-ideologische Wandlungsprozesse, veränderte sich ihr Standort im politischen Spektrum der kapitalistischen Industrieländer. Joschka Fischer (geb. 1948) entwickelte sich innerhalb weniger Jahre vom Sponti zum Ökoreformisten und wurde erster Minister der Partei DIE GRÜNEN in einem Bundesland der BRD. Thomas Ebermann (geb. 1951) und Rainer Trampert (geb.

1940), einst führende Ideologen des linksradikalen „Kommunistischen Bundes" (KB), entwickelten „ökosozialistische" Positionen und sind heute wichtige Repräsentanten der GRÜNEN. Selbst der „rote Dany" – Daniel Cohn-Bendit – trägt jetzt Grün.

Die Veränderungen im zeitgenössischen Linksradikalismus werden vor allem in der Frage des Ringens um die Sicherung des Friedens und in der Hinwendung zu demokratischen Massenbewegungen deutlich, obwohl damit keineswegs alle ultralinken Positionen in diesen Fragen aufgegeben wurden. Nach wie vor nehmen die meisten Linksradikalen zu der auf Entspannung und ergebnisorientierten Dialog mit den kapitalistischen Ländern des Westens gerichteten Politik der sozialistischen Staaten eine negative Haltung ein, was aus ihrer traditionellen Ablehnung der Politik der friedlichen Koexistenz bzw. aus dem Unverständnis gegenüber dieser Politik resultiert.

Beim stärkeren Engagement im Ringen um die Erhaltung des Friedens konnten linksradikale Kräfte an eine bestimmte Traditionslinie im linksradikalen Lager anknüpfen, die bis in die ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts zurückreicht. In den fünfziger Jahren traten Anarchisten gegen die Remilitarisierung in der BRD auf, und in den sechziger Jahren beteiligten sich derartige Kräfte in Großbritannien und in der BRD aktiv an der Ostermarschbewegung gegen die atomare Aufrüstung. Nunmehr engagieren sich auch andere Linksradikale in stärkerem Maß in der Friedensbewegung. In Frankreich unterstützen sie den „Appell der Hundert", in dem die Kommunisten eine wichtige Rolle spielen. In Großbritannien wirken sie mit in der Campaign for Nuclear Disarmament (CND), in den USA in der Freeze-Bewegung und in Italien in dem Friedenskomitee Lotta per la pace, das von dem ehemaligen NATO-General Nino Pasti geleitet wird.

Im November 1983 brachte die linksradikale Partito di Unità Proletaria gemeinsam mit der IKP und der Unabhängigen Linken im italienischen Parlament einen Antrag ein, die Stationierung von Cruise Missiles in Italien um ein Jahr zu verschieben.[19] In der BRD verlangte im September 1988 die BAF gemeinsam mit anderen in der Friedenbewegung engagierten Kräften, den Verzicht auf Atomwaffen ins Grundgesetz aufzunehmen und der Modernisierung der



Mitglieder des „Appells der Hundert" auf einer machtvollen Demonstration für Frieden und Abrüstung im Oktober 1984 in Paris

US-amerikanischen und westeuropäischen Atomwaffen sowie jeglicher Ersatzaufrüstung für die wegfallenden Mittelstreckenraketen eine eindeutige Absage zu erteilen: „Wir wollen, daß alle neuen Möglichkeiten als Chancen genutzt werden, um Europa von der tödlichen Last der Atomwaffen zu befreien."[20]

Der linksradikalen Auffassungen nahestehende britische Historiker Edward P. Thompson verurteilte im Mai 1986 das SDI-Programm der US-Administration als Haupthindernis auf dem Weg zu sichtbaren Fortschritten bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf und begrüßte die Abrüstungsvorschläge der UdSSR. Er würdigte die Initiative von SED, KPTsch und SPD zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa als Beispiel für den heute notwendigen neuen Typ internationaler Zusammenarbeit im Interesse der Friedenserhaltung.

Auch andere linksradikale Kräfte schätzen die Friedensinitiativen der sozialistischen Länder heute realistischer ein als früher. 1983 schrieb die Redaktion der Zeitschrift „Moderne Zeiten", in der frühere Mitglieder des KB vertreten waren: „Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge sind,

ohne daß die Friedensbewegung ihre gesamten Anliegen darauf kleinschneidert, eine Hilfe für uns."[21] Und die Zeitung „Arbeiterkampf" betonte: „Die NATO-Kriegspolitik macht die Sowjetunion zu einem objektiven Verbündeten der Friedensbewegung in diesem Land. Wer an *dieser* Frage die Spaltung der Friedensbewegung propagiert und provoziert, der muß sich schon die Frage gefallen lassen, wessen Interesse er vertritt, denn es geht um das Leben von Millionen."[22]

Linksradikale Kräfte machen heute darauf aufmerksam, daß die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Werktätigen in den kapitalistischen Industrieländern und die imperialistische Hochrüstung zusammenhängen. In diesem Sinne erklärte die „KPD/ML" in der BRD: „Unsere Losung: Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Das heißt auch: Nein zu den Atomraketen, ja zur 35-Stunden-Woche."[23] Vielfach treten linksradikale Kräfte für die Verteidigung und Erweiterung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten ein. In der BRD fordern sie ein Verbot der Aussperrung und plädieren für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht. In Großbritannien, Frankreich, der BRD und anderen Ländern engagieren sie sich im Kampf gegen den Neofaschismus, treten gegen Ausländerfeindlichkeit auf und rufen zur Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf. Entschieden lehnen sie das Apartheidregime in Südafrika ab. Mit Nachdruck wenden sich viele linksradikale Gruppierungen gegen die Interventionspolitik und die Stützung reaktionärer Regime in Lateinamerika durch die USA und versichern Nikaragua ihrer solidarischen Unterstützung.

In einigen kapitalistischen Ländern sind in breiten und demokratischen Wahlbündnissen oftmals auch linksradikale Kräfte und Gruppierungen vertreten. In Frankreich gehörten linksradikale Kräfte zum Bündnis von Sozialisten und Kommunisten, das 1981 bei den Präsidentschaftswahlen über den bürgerlichen Block siegte. Auch in Italien und Belgien öffneten die kommunistischen Parteien für verschiedene linksradikale Kräfte ihre Listen zu parlamentarischen Wahlen verschiedener Ebenen.

Die Kommunisten berücksichtigen dabei, daß in der Haltung linksradikaler Kräfte zu Bündnisfragen seit Anfang

der achtziger Jahre vornehmlich zwei Tendenzen zu konstatieren sind: Zum einen gibt es nach wie vor Bestrebungen, breite demokratische Bündnisse vor allem zur Ausweitung des eigenen Einflusses zu nutzen. Zum anderen zeigen sich jedoch Lernprozesse, bei denen solche Kräfte zu radikaldemokratisch-antiimperialistischen Positionen tendieren.

Vor allem in lateinamerikanischen Ländern gibt es positive Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Linksradikalen und Kommunisten im Rahmen breiter Bündnisse. In Peru wirken Kommunisten gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Parteien und gemäßigten linksradikalen Kräften in der Izquierda Unida, die im November 1986 bei den Kommunalwahlen 32 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte. „Die peruanischen Kommunisten", erklärte Cesar Jiménez als deren Vertreter im Redaktionsrat der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", „gehen davon aus, daß sich alle Teilnehmer der Front zum Sozialismus bekennen. Es gibt unter ihnen zwar unterschiedliche Auffassungen zur revolutionären Strategie, zum Charakter des künftigen Staates und zu einigen anderen Fragen, aber sie sind sich einig in dem Bestreben, den Kräften der Oligarchie und des Imperialismus eine Niederlage beizubringen und die Macht des Volkes zu errichten."[24]

Haben die Veränderungen im heutigen Linksradikalismus nun dazu geführt, daß die Linksradikalen aufgehört haben, linksradikal zu sein?

Davon kann keine Rede sein. Aber die Grundpositionen linksradikaler Kräfte zu den Hauptfragen unserer Zeit reichen von realistischen bis zu extrem pseudorevolutionären Auffassungen: Besonders deutlich zeigt sich dies in der Haltung zu den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Hier erstrecken sich die Positionen von Vorbehalten und einem mehr oder weniger distanzierten Verhältnis gegenüber dem realen Sozialismus bis zu bewußten Verzerrungen und Verfälschungen.

Ein solch distanziertes Verhältnis findet sich bei der linksradikalen Gruppierung Proletarische Aktion (PA) in der BRD: „Der Hauptfeind Nr. 1 der Völker der Welt ist der US-Imperialismus. ... Die sozialistischen Länder sind nicht un-

sere Feinde. Allerdings können wir sie in nächster Zukunft auch nicht als direkte Verbündete betrachten." Aber: „Wir lehnen jede wie auch immer geartete Definition der Sowjetunion als ‚sozialimperialistisch' ab."[25]

Hingegen greifen auf extremen Positionen stehende linksradikale Ideologen alle Probleme auf, die in dem einen oder anderen sozialistischen Land existieren, um sie für ihre antisozialistische Argumentation zu nutzen. Vor allem wird dem realen Sozialismus seine sozialistische Qualität abgesprochen und damit zugleich der Charakter unserer Epoche als der des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus geleugnet.

Die theoretisch-programmatische Begründung und Formulierung des linksradikalen Antisozialismus und Antisowjetismus ist allerdings unterschiedlich. Anarchisten und Anarchosyndikalisten, aber auch andere Linksradikale, diffamieren den realen Sozialismus als „Staatskapitalismus", „weil sich" – so die Freie Arbeiter-Union – Heidelberg (Anarchisten) – „Staat und Sozialismus ausschließen" würden.[26] Die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" behauptet, die Frage „wer – wen?" sei „in der Sowjetunion (und den anderen RGW-Ländern) durch den Sieg der kapitalistischen Verhältnisse und die Restauration – in Form des Staatskapitalismus – entschieden worden"[27]. Und die britische trotzkistische Socialist Workers Party stellte in ihrem Organ „Socialist Worker" die These auf: „Die Erfahrung Rußlands demonstriert, daß eine sozialistische Revolution in einem Land nicht überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind nicht sozialistisch, sondern staatskapitalistisch."[28]

Diese linksradikalen Kräfte übertragen schematisch alle Gebrechen und Verbrechen des imperialistischen Staates auf den sozialistischen Staat, insbesondere die Ausbeutungs- und Unterdrückungsfunktion des kapitalistischen Staates. Da die Revolutionen in den heute sozialistischen Ländern nicht zur sofortigen Abschaffung des Staates geführt haben, wie dies vor allem den zeitgenössischen Anarchisten und Anarchosyndikalisten vorschwebt, seien diese Revolutionen ebenso „gescheitert" wie die Pariser Kommune. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution 1917 habe nur die Aufgabe der Industrialisierung Rußlands erfüllt. Insofern sei mit dem Sowjetstaat lediglich eine Form

des „Staatskapitalismus" entstanden. Kapitalistische und sozialistische Staaten würden sich nicht grundsätzlich, sondern nur in einigen unwesentlichen Details unterscheiden. Letztlich wird damit aber nur die bürgerliche Industriegesellschaftstheorie* in einer „linken" Variante wiederholt.

Aber nicht nur Anarchisten und Anarchosyndikalisten behaupten, in den Staaten des realen Sozialismus gebe es gar keinen Sozialismus, sondern dies tun auch Trotzkisten und Anhänger der ultralinken Thesen Mao Zedongs. Die Trotzkisten sprechen in bezug auf die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten zumeist von „degenerierten Arbeiterstaaten" oder „Übergangsgesellschaften". Einige an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierte Kräfte diffamieren die Sowjetunion nach wie vor als angeblich „sozialimperialistische Supermacht", meinen, an die Stelle des Sozialismus sei ein „Kapitalismus neuen Typs", ein „bürokratischer staatsmonopolistischer Kapitalismus", getreten.[29] Auch die linksradikale Zeitung „Rote Fahne" behauptet, daß in den sozialistischen Staaten „ein Kapitalismus existiert, mögen ihn noch so viele sozialistische Worte schmücken"[30].

Die verschiedenen linksradikalen Kräfte haben in der Regel nur vereinfachte Vorstellungen vom Sozialismus und vom Kommunismus und legen zumeist an die bisher in den sozialistischen Ländern geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse die Elle des vollendeten Kommunismus an. So postulierte der führende Trotzkist Jaime Posadas: „Das

*Diese bürgerliche Theorie verfolgt das Ziel, den historischen Materialismus und seine zentrale Kategorie, die ökonomische Gesellschaftsformation, zu verfälschen bzw. zu ersetzen. An deren Stelle tritt die Kategorie der Industriegesellschaft, und es werden drei Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit konstruiert: eine prä- (vor-)industrielle oder agrarische, eine Industrie- und eine post- (nach-)industrielle Gesellschaft. Mit der Hervorhebung eines Teils der Produktivkräfte, der Industrie, wird der antagonistische Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung in den heute industriell entwickelten Ländern verwischt, die Bedeutung des Eigentums an den Produktionsmitteln herabgesetzt oder ganz negiert. Sozialismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus werden faktisch gleichgesetzt.
Nach dieser Theorie verliert das Ringen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in den kapitalistischen Industriestaaten um tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen in Richtung auf den Sozialismus seinen Sinn. Unter dem Einfluß der industriellen Entwicklung würden sich beide gesellschaftlichen Systeme auf evolutionärem Wege „angleichen"; revolutionäre Veränderungen seien gegenstandslos geworden.

mindeste, was der Sozialismus voraussetzt, ist die Grundlage, um ‚jedem nach seinen Notwendigkeiten' zu geben, aber heute wird noch die Produktion verteilt nach der Norm ‚jedem nach seiner Leistung'."[31] Diese Äußerung von Posadas ist typisch für den heutigen Linksradikalismus, dessen Vertreter oftmals viel über die Verteilung der materiellen Güter der künftigen Gesellschaft schreiben, jedoch wenig über deren Produktion. In ihren Auffassungen über die neue Gesellschaft dominiert die Vorstellung von einer primitiven, kleinbürgerlich geformten Gleichheitsgesellschaft, die zum Teil asketische Züge trägt.

Weil die Gesellschaftsordnung in den Staaten des realen Sozialismus nicht mit ihrem Ideal übereinstimmt, unterstellen viele linksradikale Theoretiker, daß die Werktätigen in der sozialistischen Staatengemeinschaft „noch rechtloser" und „politisch noch unterdrückter" seien als in den kapitalistischen Industrieländern, und leiten davon ab, daß die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in den Staaten des realen Sozialismus liquidiert werden müßte. So stellte die trotzkistische „IV. Internationale (Internationales Zentrum für ihren Wiederaufbau)" auf ihrem Gründungskongreß im Juli 1982 die Behauptung auf: „Tatsächlich besteht die wichtigste Aufgabe der politischen Revolution (die angeblich in den sozialistischen Ländern durchgeführt werden müßte – J. W.) darin, die parasitären Bürokratien von der politischen Macht zu verjagen, mit dem Machtmonopol der bürokratischen Partei ... Schluß zu machen und das gesellschaftliche Eigentum von seiner Beschlagnahme und Verwaltung durch die Bürokratie zu befreien."[32] Bei dieser Grundposition kann es nicht verwundern, wenn die konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968 oder in der VR Polen 1980/81 als Schritte auf dem Weg zu einer „politischen Revolution" in Osteuropa begrüßt wurden und es vielfältige Kontakte zwischen linksradikalen Kräften und antisozialistischen Kreisen in der ČSSR bzw. der VR Polen gab.

Die zeitgenössischen Linksradikalen sind allerdings auch Gegner der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie geißeln und verurteilen die Gebrechen und Verbrechen des Kapitalismus oftmals auf das schärfste. So stellt die trotzkistische Zeitung „was tun" im Juli 1986 fest: „Wir erleben eine neue historische Krise der kapitali-

stischen Gesellschaft. Ihre Kennzeichen: weltweit steigende Massenarbeitslosigkeit, drohender Bankrott ganzer Regionen der ‚Dritten Welt', Massenverelendung und Hungersnot, Umweltzerstörung, Aufrüstung, imperialistische Kriege und Gefahr eines Atomkriegs. ... Die Antwort der herrschenden Klasse auf die neue historische Gesellschaftskrise ähnelt derjenigen, die in den dreißiger Jahren auf die Weltwirtschaftskrise erfolgte: Aufrüstung und Klassenkampf von oben. Alle imperialistischen Regierungen betreiben seit Ende der siebziger Jahre eine beschleunigte Aufrüstungspolitik. Die US-Regierung steht an der Spitze dieser Entwicklung; die Bundesregierung ist einer ihrer treuesten Verbündeten. Finanziert wird diese Politik von der breiten Mehrheit der Bevölkerung: über Sozialabbau und wachsende Besteuerung."[33]

Die linksradikale Kritik ist jedoch durchweg kleinbürgerlicher Natur und vielfach lediglich moralisierend. Die Leninsche Imperialismus-Theorie wird völlig ignoriert bzw. so verzerrt interpretiert oder gar bewußt verfälscht, daß dabei eine Rechtfertigung linksradikaler Auffassungen herauskommt.

Infolge ihrer Mißachtung der Existenz objektiver gesellschaftlicher Gesetze gelangen die zeitgenössischen Linksradikalen in der Regel zu einer subjektivistischen Revolutionsvorstellung. Gewalt im Klassenkampf wird zumeist einseitig als bewaffnete Gewalt interpretiert. Daraus resultiert nicht nur, daß historisch notwendige Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung ignoriert werden und die Meinung vorherrscht, man könne mit einem Sprung zum Sozialismus bzw. zum Kommunismus gelangen. Vielfach wird auch der dialektische Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus, von Reform und Revolution, von Nationalem und Internationalem negiert oder geringgeschätzt. Das linksradikale Revolutionsmodell reduziert sich daher im Kern auf ein Anpeitschen der Revolution, auf eine kleinbürgerliche Revolte.

Innenpolitisch leitet sich hieraus die Ablehnung der Leninschen Strategie und Taktik des Kampfes für demokratischen und sozialen Fortschritt in einer kapitalistischen Klassengesellschaft ab. Das Ringen der DKP und anderer kommunistischer Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern für eine friedensorientierte und demokrati-

sche Reformalternative wird als „Verrat“ an den revolutionären Prinzipien und den Interessen der Arbeiterklasse diffamiert. Die programmatische Orientierung kommunistischer Parteien auf den Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, die reale Voraussetzungen dafür schaffen soll, tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltungen zu erkämpfen und im Klassenkampf schließlich den Weg zum Sozialismus zu öffnen, sei „aus illusionären Hoffnungen auf die Gewinnung einer besseren Welt ohne Revolution“ geboren und würde bedeuten, „friedliche Koexistenz zwischen der Arbeiterklasse und den Monopolkapitalisten herzustellen“. Entgegen jeder Realität behauptet die linksradikale MLPD in der BRD, daß eine solche Strategie und Taktik, wie sie die DKP verfolgt, „Verzicht auf den Klassenkampf“ in den kapitalistischen Staaten und damit „Festigung der monopolkapitalistischen Herrschaft“ bedeuten würde.[34] Bei der Politik der DKP handele es sich – so die „KPD/ML“ – „keinesfalls um einen auf hiesige Bedingungen angewandten Marxismus ..., sondern um eine Revision des Marxismus“.[35]

Außenpolitisch ergibt sich aus dieser Revolutionsvorstellung zumeist die Ablehnung der von den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft betriebenen Politik der Friedenssicherung und der weltweiten Durchsetzung der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung; ja, diese Politik wird als „Verrat“ an der Revolution in den kapitalistischen Ländern und als „Partnerschaft mit dem Imperialismus“ verunglimpft. In diesem Sinne erblickt die trotzkistische Zeitung „Internationale Tribüne – La Vérité“ eine neue „‚Internationale‘ der Konterrevolution“ und schreibt: „Wir verurteilen die Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die im Namen der sogenannten ‚friedlichen Koexistenz‘ die Fesseln der Unterdrückung und Ausbeutung in der Welt beibehalten.“[36]

Nach Auffassung vieler Linksradikaler sei es nämlich eine erstrangige internationale Pflicht der machthabenden Arbeiterklasse, mit bewaffneten Mitteln die Revolution in andere Länder zu exportieren und so den Imperialismus zu vernichten. Derartige Positionen sind nicht nur theoretisch unhaltbar, sondern praktisch-politisch lebensgefährlich. Im Nuklearzeitalter würde die praktische Umsetzung dieser

Position zu einem die gesamte Menschheit vernichtenden nuklearen Inferno führen, nicht aber zum Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt. Im übrigen hat, wie Michail Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU ausführte, „der Sozialismus seine Zukunft von sich aus nie an die militärische Lösung internationaler Probleme geknüpft“[37].

Aus ihrer Revolutionsvorstellung heraus lehnen die heutigen Linksradikalen auch die Schaffung einer revolutionären Partei marxistisch-leninistischen Typus ab. Sie leugnen entweder völlig die Notwendigkeit einer solchen Partei, verstehen darunter lediglich einen in viele Fraktionen aufgespaltenen Debattierklub oder eine nach streng militärisch-hierarchischen Prinzipien aufgebaute Vereinigung. Hinzu kommt, daß viele Linksradikale zwar ein plakatives verbales Bekenntnis zur revolutionären Rolle der Arbeiterklasse ablegen, ihr jedoch in Wirklichkeit mit elitärer Arroganz gegenüberstehen und sie nur als Vehikel zur Beförderung ihrer kleinbürgerlichen Revolutionsvorstellungen und -zielsetzungen betrachten.

Andere interpretieren die Strukturveränderungen der Arbeiterklasse so, daß nicht mehr die Arbeiterklasse, die sie im traditionellen Sinne nur als Industrieproletariat fassen, das revolutionäre Subjekt unserer Zeit sei, sondern jene Schichten diese revolutionäre Funktion übernommen hätten, die von ihnen als „neue Mittelklasse“ und ähnlich bezeichnet werden und die sich entweder in ihrer sozialen Lage an die Arbeiterklasse annähern oder sich in einem langwierigen Proletarisierungsprozeß zu einem Bestandteil der Arbeiterklasse entwickeln bzw. bereits entwickelt haben. Viele der heutigen Linksradikalen sehen das revolutionäre Subjekt der Gegenwart vor allem in der Intelligenz und in den verarmten Randschichten. Unter dem Eindruck des Auftretens neuer demokratischer und sozialer Bewegungen wird die These wieder aufpoliert, das Proletariat habe seine revolutionären Potenzen verloren, habe seine Zukunft schon hinter sich und die Rolle des revolutionären Hegemons sei auf diese neuen Bewegungen übergegangen.

Typisch für diese Position ist das Buch des französischen Soziologen André Gorz (geb. 1924) mit dem programmatischen Titel „Abschied vom Proletariat“, in dem er

postuliert: „Der Schritt über den Kapitalismus hinaus" könne „nur von solchen Schichten vollzogen werden, die die Auflösung aller Klassen, einschließlich der Arbeiterklasse, verkörpern oder ankündigen". Und: „Die traditionelle Arbeiterklasse ist nur noch eine privilegierte Minderheit."[38] Zu Recht haben andere Linksradikale wie Perry Anderson darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse aufgrund ihres zentralen Platzes im Produktionsprozeß, ihrer nach wie vor großen Mitgliederzahl und „ihrer eingespielten Organisation einen gesellschaftlichen Machtfaktor ersten Ranges" repräsentiert. „Eine politische Alternative hat deshalb in den westlichen Industrieländern nur bei einem Bündnis der traditionellen Arbeiterbewegung mit den antikapitalistischen Elementen in den neuen sozialen Bewegungen eine Chance."[39]

Ungeachtet dessen behaupten einige Linksradikale schließlich: „Das Zeitalter der großen Arbeiterbewegungen ist vorbei. Die Anarchisten haben nie an die von Marx verkündete ‚historische Mission des Proletariats' geglaubt."[40]

Somit erweisen sich die zeitgenössischen Linksradikalen in theoretischer Hinsicht vielfach als „umgestülpte bürgerliche Theoretiker". Besonders deutlich wird dies bei den von heutigen Linksradikalen vertretenen „linken" Varianten der bürgerlichen Industriegesellschaftstheorie, der imperialistischen Totalitarismus-Doktrin und der Konvergenztheorie. „Umgestülpte" bürgerliche Gesellschaftsvorstellungen vermischen sich in den linksradikalen Theorien und Gesellschaftsauffassungen eklektisch mit Positionen des klassischen Anarchismus und vielfach auch mit linksradikal verzerrten Bruchstücken des Marxismus-Leninismus. „Das Ergebnis ist ein aggressiver Antimarxismus und Antileninismus. Charakteristisch ist weiterhin ein theoretischer Dogmatismus, der in der politischen Praxis zu einer Verherrlichung von Spontaneismus und einer Taktik des Alles-oder-Nichts führt."[41]

Bewußt „umgestülpte Bürgerlichkeit" in Sinne von Politulk wird von einer der skurrilsten Erscheinungen in der politischen Landschaft der BRD verkörpert, von der Anarchistischen Pogo-Partei Deutschlands (APPD). Sie vereint das Unvereinbare schon im Namen, nämlich „Anarchismus" und „Partei". Ihre Speerspitze richtet sie gleichermaßen gegen die bürgerlichen Parteien und die ultralinken Mini-

sekten, die sich selbst zu „Parteien des Proletariats" ernannt haben. Im Herbst 1981 gegründet, führte die APPD am 18. Februar 1984 ihren „1. unordentlichen Parteitag" durch. Ihr „Zentralorgan", das alle 14 Tage für 30 Pfennige zu haben ist, hat sie „Armes Deutschland" getauft. Seine Kopfzeile lautet: „Nichtwähler aller Länder, vereinigt euch! Kämpft für die totale Lust!"

Den Parolen der APPD haftet das Punk-Milieu an, aus dem sie hervorgegangen ist: „Das Leben zur Orgie machen", „Den Kampf für die Interessen des Pöbels führen", „Sex gegen Arbeitshetze!" oder „Orgasmus gegen Pflichterfüllung!" Aber auch: „Für die Wiederherstellung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in den Grenzen von 1237". Die APPD meint: „Politiker sind meist machthungrig und bestechlich. Wir wollen da keine Ausnahme machen!"[42] Die APPD – ein Kabinett-Stück des politischen Absurditätentheaters.

Kontinuität und Veränderung

Die Entwicklung des Linksradikalismus in diesem Jahrhundert, wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, wirft eine wesentliche Frage auf. Was hat sich in diesem Zeitraum am Linksradikalismus und an seinen Quellen geändert, und was ist gleichgeblieben?

Der Linksradikalismus in den kapitalistischen Industrieländern und sein wellenartiges Aufleben und Niedergehen in unserer Epoche, sein Schwanken zwischen Götterdämmerung und Wiederauferstehung, stehen in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, mit der Vertiefung des revolutionären Weltprozesses. Der Linksradikalismus ist ein Produkt des kapitalistischen Systems und widerspiegelt Prozesse, die sich im Kapitalismus selbst vollziehen. Sein Auftreten kann nicht isoliert aus sozialen, ökonomischen, politischen oder ideologischen Faktoren erklärt werden, sondern nur in deren komplexem Zusammenhang. Besonders die Entstehung und Stärkung des realen Sozialismus

markierten entscheidende Einschnitte der allgemeinen Krise des Kapitalismus und stimulierten zugleich revolutionäre Kräfte und Wandlungen in den kapitalistischen Industrieländern. In diese Prozesse wurden vielfältige neue soziale Kräfte hineingezogen, die sich teilweise linksradikalen Positionen zuwandten.

Der organisatorisch selbständige Linksradikalismus erfuhr in der Regel dann eine Belebung, wenn es einen Aufschwung der revolutionären Bewegung in der Welt gab. Umgekehrt ging sein Einfluß zurück, wenn die revolutionäre Welle abebbte. Mit der Verbreiterung und Vertiefung des revolutionären Weltprozesses in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus schwächt sich dieses wellenartige Auftreten des Linksradikalismus ab. Über Jahrzehnte hinweg begleitet er als ständige Erscheinung den gegenwärtigen Kapitalismus. Der Linksradikalismus ist also auch Trittbrettfahrer auf dem Zug revolutionärer Bewegung. Auch in Zukunft ist bei einem Aufschwung der revolutionären Bewegung mit einem verstärkten Auftreten linksradikaler Erscheinungen, wenn auch in modifizierten Formen, mit hoher Wahrscheinlichkeit zu rechnen.

Linksradikale Erscheinungen können auch eine Reaktion auf neu entstandene bzw. veränderte Bedingungen des Klassenkampfes sein. „Linkes" Sektierertum in den kommunistischen Parteien tritt sowohl bei einem Aufschwung der Klassen- und demokratischen Kämpfe als auch in Zeiten schwerer Rückschläge auf, also an geschichtlichen Wendepunkten und in komplizierten Augenblicken, wenn die revolutionäre Theorie entsprechend den neuen Kampfbedingungen schöpferisch weiterentwickelt werden muß. „Die revolutionäre Phrase tritt als Krankheit revolutionärer Parteien am häufigsten dann auf", schrieb Lenin zu dieser Problematik, „wenn der Gang der revolutionären Ereignisse große und rasche Wendungen nimmt."[1]

Gerade in Zeiten des Abebbens der revolutionären Welle haben sich in den Reihen der kommunistischen Bewegung wiederholt sektiererische Elemente gezeigt, „die die vor sich gegangenen Veränderungen in der Welt negierten, neue Kampfformen und -methoden ablehnten, an überhol-

ten Leitsätzen festhielten, die Massenarbeit vernachlässigten und dadurch dem Rechtsopportunismus Angriffspunkte boten"[2].

In den ersten Jahrzehnten der allgemeinen Krise des Kapitalismus gab es neben einem starken organisatorisch selbständigen Linksradikalismus in der internationalen Arbeiterbewegung auch linksradikale Abweichungen *in der* kommunistischen Weltbewegung. Sie besaßen internationalen Charakter, beschwören ernste Gefahren für die kommunistische Bewegung herauf. Nach 1945 wurden die kommunistischen Parteien dagegen weitgehend von *außerhalb* ihrer Reihen agierenden linksradikalen Kräften attackiert. Eine komplizierte Situation entstand in den sechziger Jahren im Zusammenhang mit der damaligen ultralinken Politik Mao Zedongs und seiner Gruppe. Die damit in Verbindung stehenden Probleme konnten aber im Verlauf der sechziger und siebziger Jahre gelöst werden.

Der Linksradikalismus erlebte immer dann eine Hoch-Zeit, wenn massenhaft neue soziale Kräfte, die über keine oder nur geringe politische Erfahrungen verfügten, in die Klassenkämpfe einbezogen wurden. Lenin wies schon 1910 darauf hin, „daß die Gewinnung immer neuer ‚Rekruten', die Einbeziehung neuer Schichten der werktätigen Masse unvermeidlich von Schwankungen in Theorie und Taktik, von Wiederholungen alter Fehler, von einer zeitweiligen Rückkehr zu veralteten Anschauungen und veralteten Methoden usw. begleitet sein muß"[3]. Revolutionäre Ungeduld ließ solche Kräfte vielfach zu linksradikalen Positionen tendieren.

In der *ersten und zweiten Etappe* der allgemeinen Krise des Kapitalismus handelte es sich in den meisten kapitalistischen Industrieländern bei diesen neuen sozialen Kräften in ihrer Mehrheit um Industrieproletarier der ersten Generation, die aus ruinierten städtischen und ländlichen kleinbürgerlichen Schichten hervorgegangen waren und die *im Produktionsbereich* tätig waren. Viele wandten sich damals vor allem dem Anarchosyndikalismus zu. In der *dritten Etappe* der allgemeinen Krise des Kapitalismus erwiesen sich jene als anfällig für den Linksradikalismus, die zu den Lohnarbeit verrichtenden Teilen der Intelligenz und den Arbeitern und Angestellten *in der Zirkulationssphäre und im Dienstleistungssektor* gehören. Diese Wandlung in

der sozialen Basis des Linksradikalismus ist vor allem auf die Veränderungen in den Reproduktionsbedingungen des Kapitals zurückzuführen.

Den Teilen der Werktätigen, die sich in ihrer sozialen Lage an die der Arbeiterklasse annähern oder gar langwierigen, allmählichen Proletarisierungsprozessen unterworfen sind, ist gemeinsam, daß sie trotz ihrer veränderten sozialen Lage großenteils in kleinbürgerlichen Denk- und Verhaltensweisen befangen waren bzw. sind. Werden sie in die Klassenauseinandersetzungen einbezogen, erweisen sie sich daher vielfach für linksradikale und andere kleinbürgerliche Auffassungen anfällig. Gerade ihnen fällt es oft schwer, die Härte, die Kompliziertheit und die Langwierigkeit der Klassenauseinandersetzungen zu verstehen und sich darauf einzustellen. Sie neigen dazu, bestimmte Momente vom revolutionären Gesamtprozeß zu trennen und sie zu verabsolutieren, was gefährliche Fehlorientierungen zur Folge haben kann.

Eine andere nicht unwesentliche Ursache für linksradikale Verhaltensweisen in der Arbeiterbewegung und in der revolutionären Bewegung insgesamt erwächst aus der brutalen Unterdrückungspolitik des imperialistischen Staates. Linksradikale Erscheinungen erwiesen sich somit oft als ein „einseitiger Widerhall" auf ein solches Vorgehen.[4] Die Geschichte hat aber auch gezeigt, daß linksradikale *Organisationen* – vor allem solche mit Masseneinfluß – dem repressiven Vorgehen der herrschenden Kreise des Monopolkapitals zumeist nur ungenügenden Widerstand entgegensetzten, sich nicht auf die veränderten, das heißt verschlechterten Bedingungen des Klassenkampfes einstellen konnten und in der Regel zu bedeutungslosen politischen Sekten degenerierten.

Immer wieder haben, wie Lenin formulierte, „die Extreme des Opportunismus, des ‚parlamentarischen Idiotismus' und des philisterhaften Reformismus die entgegengesetzten Extreme des revolutionären Syndikalismus hervorgerufen"[5]. Diese Feststellung trifft für den Linksradikalismus allgemein zu. Der rechte Opportunismus erzeugte in allen Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus Linksradikalismus in der Arbeiterbewegung, wie er auch linkssektiererische und dogmatische Tendenzen in der kommunistischen Bewegung stimulierte. Lenin schrieb

1920, daß Arbeiter „häufig durch völlig gerechtfertigten Haß gegen den Opportunismus und Reformismus der Parteien der II. Internationale zum Anarchismus getrieben worden sind"[6].

In jedem Land wird der Linksradikalismus – wie andere politische Strömungen auch – stets von der nationalen Spezifik, den historischen Traditionen, dem erreichten Entwicklungsstand der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit von den jeweiligen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse geprägt. In diesem Zusammenhang griffen die Linksradikalen jeweils auf das geistige Erbe der Vergangenheit, insbesondere der eigenen Bewegung, zurück.

Die verschiedenen ideologischen Quellen des Linksradikalismus wirken allerdings nicht alle gleichermaßen stark auf die Menschen, die sich von ultralinken Ideen angezogen fühlen. Vielmehr müssen diese in einer bestimmten Weise der eigenen sozialökonomischen und politischen Lage und ihrem Erkenntnisstand der gesellschaftlichen Wirklichkeit entsprechen. Dabei spielt auch der Zufall eine Rolle, ob sich der einzelne anarchistischen oder trotzkistischen Schriften oder den ultralinken Thesen Mao Zedongs zuwendet bzw. ob und wie er seine persönlichen Probleme in der einen oder anderen linksradikalen Richtung am deutlichsten widergespiegelt findet. Es bestätigt sich die Aussage von Marx, daß die Weltgeschichte „sehr mystischer Natur (wäre), wenn ‚Zufälligkeiten' keine Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andre Zufälligkeiten wieder kompensiert."[7]

Insgesamt zeigt sich, daß der Linksradikalismus in jeder der drei Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus stets ein Produkt des kapitalistischen Systems ist, daß – wie Lenin 1921 schrieb – kleinbürgerlicher Reformismus wie kleinbürgerlicher Revolutionarismus unvermeidlich sind, „solange die tiefsten Wurzeln des Kapitalismus nicht beseitigt sind"[8].

Die Veränderungen in den Existenzbedingungen des Linksradikalismus im Verlauf unserer Epoche sind nicht ohne Auswirkungen auf die Gestalt des Linksradikalismus geblieben. In den kapitalistischen Industrieländern läßt der Linksradikalismus folgende *Gemeinsamkeiten und Unter-*

schiede in den drei Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus erkennen:

Auch der Linksradikalismus mußte sich der wichtigsten Frage unserer Zeit, dem Kampf um die Sicherung des Friedens, stellen. In der Regel gab es zwei Linien im linksradikalen Lager, die sich auch heute noch zeigen: eine Linie, die im wesentlichen in ihrem kleinbürgerlichen Verständnis Revolution und Krieg miteinander identifiziert, und eine zweite Linie, die infolge einer anarchistischen Ablehnung jedes Staates antimilitaristisch und vielfach pazifistisch in Erscheinung tritt.

Obwohl die linksradikalen Kräfte – wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung – die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten betriebene Politik der friedlichen Koexistenz abgelehnt und zumeist als „Verrat an den Interessen des Weltproletariats" bekämpft haben, ist dies oftmals nicht gleichbedeutend gewesen mit einer Negierung des Kampfes um die Erhaltung des Friedens. Vor allem anarchosyndikalistische und anarchopazifistische Kräfte engagierten sich gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Während in der Vergangenheit in den praktischen Klassenauseinandersetzungen im Kampf gegen Krieg und Faschismus vielfach äußerst eingeengte Vorstellungen über die Schaffung von Aktionseinheits- und Volksfrontbündnissen vertreten wurden, zeigen sich seit Beginn der achtziger Jahre gerade in dieser Frage bemerkenswerte Veränderungen und Lernprozesse. Ausgelöst durch die Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik der reaktionärsten Kräfte des USA-Imperialismus und der NATO, haben sich viele linksradikale Gruppierungen in der breiten demokratischen Friedensbewegung engagiert, sind Teil dieser Bewegung geworden und treten gegen jegliche Militarisierung des Weltraums und gegen die Stationierung neuer atomarer Waffen in Westeuropa auf.

Trotz vielfältiger Wandlungen, die der Linksradikalismus durchmachte, ist sein Wesen als kleinbürgerliche Politik und Ideologie gleichgeblieben. Dieses Wesen ist jedoch nicht deshalb kleinbürgerlich, weil der Linksradikalismus *seiner sozialen Basis* nach kleinbürgerlich wäre. Dies trifft nur zum Teil zu. Das Wesen des Linksradikalismus ist vielmehr deshalb kleinbürgerlich, weil linksradikale

Politik und Ideologie *die Interessen kleinbürgerlicher Schichten* in gewisser Weise *widerspiegeln*, weil sie innerhalb der Grenzen bleiben, die das materielle Interesse des Kleinbürgertums setzt.

Was die heutigen Linksradikalen „zu Vertretern des Kleinbürgers macht, ist", wie Marx bei der Charakterisierung kleinbürgerlicher Theoretiker und Politiker im 19. Jahrhundert feststellte, „daß sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber jener nicht im Leben hinauskommt, daß sie daher zu denselben Aufgaben und Lösungen theoretisch getrieben werden, wohin jenen das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben. Dies ist überhaupt das Verhältnis der *politischen* und *literarischen Vertreter* einer Klasse zu der Klasse, die sie vertreten."[9]

Das kleinbürgerliche Wesen linksradikaler Politik und Ideologie äußert sich darin, daß stets im Kern kleinbürgerliche Antworten auf Grundfragen unserer Epoche gegeben werden. Es zeigt sich vor allem in der bis auf den heutigen Tag durchgängigen Frontstellung gegen den realen Sozialismus und gegen die Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung von jenem Zeitpunkt an, zu dem deutlich wurde, daß die neue Gesellschaftsordnung, die im Sowjetland zu entstehen begann, nicht irgendwelchen kleinbürgerlichen Sozialismusvorstellungen entgegenkam. Jedoch sind Ausprägung und Intensität der linksradikalen Gegnerschaft gegen den realen Sozialismus und des „linken" Antikommunismus in Geschichte und Gegenwart sehr unterschiedlich gewesen.

Im Verlauf unserer Epoche haben auch die Vielgestaltigkeit und Differenziertheit des Linksradikalismus zugenommen. Das hängt damit zusammen, daß jede neue Wendung der Geschichte, wie Lenin feststellte, „gewisse Veränderungen in der Form der kleinbürgerlichen Schwankungen hervor(ruft), die stets neben dem Proletariat auftreten und stets in diesem oder jenem Maße in das Proletariat eindringen"[10]. So existierten nach 1917 im internationalen Maßstab nur Anarchismus und Anarchosyndikalismus sowie im wesentlichen auf diesen beruhende linksradikale Tendenzen in den meisten jungen kommunistischen Parteien. Erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ent-

wickelte sich der Trotzkismus zu einer internationalen Strömung. In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre entstanden als eine weitere Hauptrichtung im Linksradikalismus Gruppierungen, die sich an den ultralinken Thesen Mao Zedongs orientierten. Zugleich hat die innere Differenziertheit in den einzelnen Hauptrichtungen zugenommen. Zudem existiert in der Gegenwart in umfangreicherem Maß als früher ein buntschillernder nicht organisierter Linksradikalismus.

In seiner wechselvollen Geschichte erreichte der Linksradikalismus äußerst unterschiedliche Größenordnungen in den einzelnen Ländern. In fast allen kapitalistischen Industriestaaten verzeichneten linksradikale Organisationen in der revolutionären Periode nach dem ersten Weltkrieg den Höhepunkt ihrer Mitgliederentwicklung. Diese Organisationen vereinten damals in ihren Reihen insgesamt rund 4,8 Millionen Anhänger. Mit dem Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus sanken die Mitgliederzahlen rapide, und viele Vereinigungen verschwanden völlig von der politischen Bildfläche.

Nach dem zweiten Weltkrieg erfuhr der Linksradikalismus kurzfristig eine gewisse Belebung, um dann erneut in ein längeres Siechtum zu verfallen. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre hatten die verschiedenen linksradikalen Organisationen in den kapitalistischen Industrieländern schätzungsweise 450000 Anhänger.

In der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus lag der bisherige Höhepunkt des Linksradikalismus Mitte der siebziger Jahre. Weltweit erreichten die ultralinken Gruppierungen damals wahrscheinlich nahezu Millionenstärke an Anhängern. Danach erlitt der Linksradikalismus einen erheblichen Einflußrückgang. Seit 1983/84 zeigt sich in den meisten kapitalistischen Industrieländern eine Stabilisierung und erneute Ausweitung seines Einflusses.

Der Einfluß linksradikaler Ideen reicht – besonders in revolutionären Aufschwungphasen – weit über die eigentlichen linksradikalen Organisationen hinaus. So wurden bestimmte linksradikale Positionen in den zwanziger und dreißiger Jahren auch von Teilen sozialistischer Parteien und Gewerkschaften vertreten. Heute findet man anarchosyndikalistische Ideen wie die der „Selbstverwaltung", der „Basisdemokratie", der „Dezentralisierung" und der „direkten



Mitglieder der IWW, die aufgrund des Gesetzes gegen den „verbrecherischen Syndikalismus" jeder zu fünf oder zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurden

Aktion" in den programmatischen Dokumenten einiger linkssozialistischer Parteien, in einer Reihe sozialreformistischer Jugendorganisationen und auch bei einigen sozialistisch orientierten Gewerkschaften in Westeuropa. Neu ist, daß für den Anarchosyndikalismus typische Ideen und Vorstellungen heute auch von Kräften in den neuen sozialen und demokratischen Bewegungen, darunter besonders in grünen und ähnlichen Parteien, aufgenommen worden sind. Jedoch sind diese Kräfte damit keineswegs Anarchosyndikalisten geworden.

Interessant ist, daß sich im Verlauf der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Stellung der Monopolbourgeoisie zum Linksradikalismus verändert hat. Während anfangs die linksradikalen Organisationen, vor allem anarchosyndikalistische Gewerkschaften wie die amerikanischen IWW, vom Monopolkapital und von den Repressivorganen seines

Staates in vielen Ländern mit Vehemenz verfolgt wurden, zeigte sich später, daß die Monopolbourgeoisie bestrebt war, innerhalb der kommunistischen Parteien mit linksradikalen bzw. linkssektiererischen Thesen auftretende Kräfte zu fördern, um die kommunistische Bewegung zu schwächen. Nun wurden linksradikale Organisationen vielfach toleriert.

In der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus nimmt der Linksradikalismus in der Strategie und Taktik der Monopolbourgeoisie einen weit gewichtigeren Platz ein. Heute wird er vom Imperialismus auf vielfältige Weise direkt und indirekt gefördert, wenn er gegen die Kräfte des politischen und sozialen Fortschritts genutzt werden kann.

Er wird aber dann bekämpft, wenn er die Interessen des imperialistischen Systems tangiert. Diese veränderten Beziehungen zwischen Imperialismus und Linksradikalismus haben ihre Ursache vor allem in der weiteren Ausprägung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Um aus seiner historischen Defensive herauszukommen, ist der Imperialismus bestrebt, alle nur möglichen politischen und ideologischen Reserven gegen das weitere Fortschreiten des revolutionären Weltprozesses zu mobilisieren, darunter auch den Linksradikalismus.

Schließlich ist das Verhältnis von Linksradikalismus und kommunistischer Bewegung seit 1917 bis in unsere Tage durch ein Spannungsverhältnis von (zeitweiliger) Kooperation und (ständiger) Auseinandersetzung gekennzeichnet. Dabei beweisen Geschichte und Gegenwart, daß trotz tiefgreifender ideologischer Gegensätze unter bestimmten Bedingungen eine Zusammenarbeit im Ringen um die Sicherung des Friedens, im Kampf gegen den Faschismus und für demokratischen und sozialen Fortschritt möglich war und ist. Zugleich hat sich im linksradikalen Lager in dieser Frage immer wieder eine Differenzierung gezeigt:

Jene linksradikalen Kräfte, die auf dogmatischen Positionen verharrten, die den realen Bedingungen des Klassenkampfes nicht oder nur ungenügend Rechnung trugen, verloren nicht nur an Einfluß unter den werktätigen Massen und manövrierten sich so selbst ins politische Abseits,

sondern errichteten in gleichem Maß auch von sich aus Barrieren für eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und verkümmerten zu bedeutungslosen politischen Sekten.

Die Kommunisten waren in solchen Fällen stets gut beraten, wenn sie zwischen den Ideologen und Führungskräften der linksradikalen Sekten, die bewußt den Pfad eines pseudorevolutionären Antikommunismus und Abenteurertums beschritten, und den irregeleiteten Mitläufern unterschieden haben, die aus politischer Unerfahrenheit in solche Gruppen hineingeraten waren, jedoch aktiv gegen das imperialistische System kämpfen wollten. Die revolutionären Potenzen dieser einfachen Mitglieder linksradikaler Sekten gilt es auch heute für den gemeinsamen Kampf um Frieden und Sozialismus fruchtbar zu machen.

Die Vergangenheit hat wiederholt gezeigt, daß es möglich war, die klassenbewußtesten Kräfte aus dem linksradikalen Lager auf kommunistische, auf marxistisch-leninistische Positionen zu führen. Die revolutionäre Romantik kann also eine Durchgangsetappe darstellen, eine Etappe, die viele durchlaufen haben, die später – nach Überwindung ihrer Irrtümer – die revolutionären Positionen der Arbeiterklasse bezogen haben, die es lernten, ihre moralische Empörung mit dem Vermögen zu verbinden, die Situation sorgfältig zu analysieren und alltägliche revolutionäre Kleinarbeit zu leisten.

Im Unterschied zu den auf dogmatischen Positionen verharrenden pseudolinken Gruppierungen haben andere eine gemäßigte Haltung eingenommen. Sie verstanden es, den realen Kampfbedingungen besser Rechnung zu tragen. Immer dann, wenn linksradikale Gruppierungen Abstriche von ihren extremen Positionen gemacht haben, gelang es ihnen, Einfluß unter den Massen zu gewinnen und zu einer politisch bedeutsamen Kraft zu werden. Eine solche Situation erfordert von den Kommunisten eine flexible Haltung.

Heute haben solche linksradikalen Kräfte in breiten demokratischen Bündnissen, die sich im Kampf um die Erhaltung des Friedens engagieren und gegen Neofaschismus und Rassismus auftreten, festen Fuß gefaßt. Sie sind in verschiedenen Regionen der kapitalistischen Welt, vor allem in Lateinamerika, oftmals in breiten lin-

ken und demokratischen Wahlbündnissen verankert, in Bündnissen, in denen die Kommunisten auch mit ihnen zusammenarbeiten. Gerade in der heutigen nach wie vor komplizierten und widersprüchlichen internationalen Situation, in der einerseits vor allem das INF-Abkommen eine Wende zum Besseren signalisiert, aber andererseits die Gegner jeglicher Abrüstung ihre Aktivitäten verstärken, ist es besonders wichtig und notwendig, mit allen zusammenzugehen, die ehrlich den Frieden erstreben, sich von Vernunft und Realismus leiten lassen und guten Willen an den Tag legen.

„Um die Gefahr eines nuklearen Infernos abzuwenden, um die Konfrontation durch Zusammenarbeit zu ersetzen, gehen wir auch künftig mit allen zusammen, die das gleiche wollen"[11], erklärte Erich Honecker auf dem XI. Parteitag der SED.

„Heute, im nuklearen Zeitalter, ist es dringend notwendig, daß sich alle politischen Strömungen und gesellschaftlichen Bewegungen zusammenschließen, die entschlossen sind, für die Erhaltung des Menschengeschlechts zu kämpfen", bekräftigte auch Michail Gorbatschow. „Wir können ideologische Meinungsverschiedenheiten haben, und wir haben sie auch ... Doch das darf kein Hindernis für unsere gemeinsamen Aktionen im Friedenskampf sein."[12] Die Kommunisten sind willens, „für den Frieden auch mit Kräften zusammenzuarbeiten, die in anderen Bereichen ... antikommunistische Positionen beziehen."[13]

Die Erfahrungen aus Geschichte und Gegenwart besagen jedoch auch, daß die Zusammenarbeit von Kommunisten mit anderen politischen Kräften, darunter mit solchen aus dem linksradikalen Lager, zugleich von ideologischen Auseinandersetzungen geprägt ist, ja, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit auf einen solchen Meinungsstreit im Interesse der gemeinsam angestrebten Ziele angewiesen ist. Vor den Kommunisten steht heute die Aufgabe, „bei der größer gewordenen Vielfalt (der Kräfte des Friedens und der Vernunft – J. W.) noch stärker die Notwendigkeit zu beachten, den Dialog konstruktiv zu führen und aufeinander zuzugehen". Die DKP erklärte dazu auf ihrem 8. Parteitag 1986: „Das Zusammenwirken entwickelt sich partner-

schaftlich, gleichberechtigt, ohne Ausgrenzung und ohne Führungsanspruch dieser oder jener Kraft. Wir Kommunisten respektieren im Dialog Motivation und Meinung Andersdenkender. Andererseits verzichten wir nicht darauf, unsere Meinung zu den aufgeworfenen komplizierten Problemen vom marxistischen Standpunkt aus darzulegen, zum Beispiel zu den gesellschaftlichen Ursachen für Krieg und Wettrüsten, zu der Unhaltbarkeit von Supermachtauffassungen und antikommunistischen Bedrohungslügen."[14]
Die bei den Kommunisten vorhandene ideologische Klarheit ist für sie zugleich eine Verpflichtung zur geduldigen Diskussion und zur solidarischen Auseinandersetzung, um den gemeinsamen Kampf hemmende Auffassungen zurückzudrängen und schließlich zu überwinden.

Abkürzungsverzeichnis der Organisationen

AAU	Allgemeine Arbeiter-Union
AAUD	Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands
AAUE	Allgemeine Arbeiter-Union Einheitsorganisation
AD	Action Directe (Direkte Aktion)
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund
ADS	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten
AL	Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
APPD	Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands
ASA	Alliance for Socialist Action (Allianz für Sozialistische Aktion)
BAF	Bundeskonferenz Autonomer Friedensgruppen
BOC	Bloque Obrero y Campesino (Arbeiter- und Bauern-Block)
BPP	Black Panther Party (Schwarze-Panther-Partei)
CCC	Cellules Communistes Combattantes (Kämpfende Kommunistische Zellen)
CCI	Comité Communiste Internationaliste (Kommunistisch-Internationalistisches Komitee)
CC.OO.	Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen)
CFDT	Confédération Française Démocratique du Travail (Französische Demokratische Konföderation der Arbeit)
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeine Italienische Konföderation der Arbeit)
CGL	Confederazione Generale del Lavoro (Allgemeine Konföderation der Arbeit)
CGT	Confederação Geral do Trabalho (Allgemeine Konföderation der Arbeit; Portugal)
CGT	Confederación General de los Trabajadores (Allgemeine Konföderation der Arbeiter; Mexiko)
CGT	Confédération Générale du Travail (Allgemeine Konföderation der Arbeit; Frankreich)
CGTSR	Confédération Générale du Travail Syndicaliste Révolutionnaire (Allgemeine Revolutionär-Syndikalistische Konföderation der Arbeit; Frankreich)
CGTU	Confédération Générale du Travail Unitaire (Allgemeiner Einheitsgewerkschaftsbund; Frankreich)
CND	Campaign for Nuclear Disarmament (Kampagne für nukleare Abrüstung)
CNT	Confederación Nacional del Trabajo (Nationale Konföderation der Arbeit; Spanien)

CNT	Confédération Nationale du Travail (Nationale Konföderation der Arbeit; Frankreich)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EVC	Eenheidsvakcentrale (Einheitsfachzentrale)
FA	Fédération Anarchiste (Anarchistische Föderation)
FAI	Federación Anarquista Ibérica (Föderation der Anarchisten Iberiens)
FAU	Freie Arbeiter-Union
FAUD	Freie Arbeiter-Union Deutschlands
FAU-HD (A)	Freie Arbeiter Union – Heidelberg (Anarchisten)
FAU/R	Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten
FKAD	Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands
FKP	Französische Kommunistische Partei
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (Front Farabundo Martí für die Nationale Befreiung)
FORA	Federación Obrera Regional Argentina (Regionale Arbeiter-Föderation Argentiniens)
FOUS	Federación Obrera de Unidad Sindical (Arbeiter-Föderation der gewerkschaftlichen Einheit)
FP-25	Forcas Populares 25 de Abril (Volkskräfte des 25. April)
FRAP	Front Révolutionnaire d'Action Proletaire (Revolutionäre Front der Proletarischen Aktion)
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional (Sandinistische Nationale Befreiungsfront)
FVDG	Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften
GUIC	Gruppe Unabhängiger Individual-Chaoten
„IAA"	„Internationale Arbeiter-Assoziation" (anarchosyndikalistische Berliner Internationale)
IKP	Italienische Kommunistische Partei
IU	Izquierda Unida (Vereinigte Linke)
IWW	Industrial Workers of the World (Industriearbeiter der Welt)
KAI	„Kommunistische Arbeiter-Internationale"
KAP	Kommunistische Arbeiter-Partei
KAPD	Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
KAUD	Kommunistische Arbeiter-Union Deutschlands
KB	„Kommunistischer Bund"
KBW	„Kommunistischer Bund Westdeutschlands"
KI	Kommunistische Internationale (Komintern)
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
„KPD"	„Kommunistische Partei Deutschlands"
„KPD/ML"	„Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten"

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPdSU(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPdUSA	Kommunistische Partei der USA
KPSp	Kommunistische Partei Spaniens
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSV	„Kommunistischer Studentenverband"
LB	„Leninbund"
LCR	Liga Comunista Revolucionario (Revolutionär-Kommunistische Liga)
LO	Lutte Ouvrière (Arbeiterkampf)
MC, MCE	Movimiento Comunista de España (Kommunistische Bewegung Spaniens)
MLPD	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands"
NAS	Nationaal Arbeids-Secretariaat (Nationales Arbeits-Sekretariat)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpaktorganisation)
NSF	Norsk Syndikalistisk Federasjon (Norwegische Gewerkschafts-Föderation)
NSV	Nederlandsch Syndicalistisch Vakverbond (Niederländischer Gewerkschafts-Fachverband)
OBU	One Big Union (Einheitsgewerkschaft)
OCI	Organisation Communiste Internationaliste (Kommunistisch-Internationalistische Organisation)
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development (Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung)
ORT	Organización Revolucionaria de Trabajadores (Revolutionäre Organisation der Arbeiter)
OVB	Onafhankelijke Vakbeweging (Unabhängige Fachbewegung)
PA	Proletarische Aktion
PCI	Parti Communiste Internationaliste (Kommunistisch-Internationalistische Partei)
PdUP	Partito di Unità Proletaria (Partei der Proletarischen Einheit)
POI	Parti Ouvrier Internationaliste (Internationalistische Arbeiter-Partei)
POUM	Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiter-Partei der Marxistischen Vereinigung)
RAF	„Rote Armee Fraktion"
RGI, Profintern	Rote Gewerkschafts-Internationale
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAC	Sveriges Arbetares Centralorganisation (Schwedische Arbeiter-Zentralorganisation)

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale; alte Bezeichnung der Sozialistischen Partei Frankreichs)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SUSI	Sozialistische Undogmatische Studenten-Initiative
SWP	Socialist Workers Party (Sozialistische Arbeiter-Partei)
TUC	Trade Union Congress (Gewerkschafts-Kongreß)
UGT	Unión General de Trabajadores (Allgemeiner Arbeiter-Bund)
USI	Unione Sindacale Italiana (Italienischer Gewerkschafts-Bund)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands

Verzeichnis der Zitate und Quellen

Mit Bomben für den Frieden?

1. Bekennerbrief von RAF und Action Directe zum Anschlag auf die Rhein-Main-Air-Base: „Die AIR-BASE ist ein Geheimdienstnest ..." In: taz – die tageszeitung, Berlin (West), 10. 8. 1985.
2. Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1986, S. 19.
3. Ebenda, S. 11.
4. Thesen zur internationalen Lage. In: INPREKORR, Frankfurt/M. 1986, Nr. 176/177 (Sondernummer), S. 71.
5. Zit. in: UZ – Unsere Zeit, Düsseldorf, 1. 10. 1985.
6. INPREKORR, Frankfurt/M. 1985, Nr. 172, S. 21.
7. Zit. in: Arbeiterkampf, Hamburg, 19. 1. 1981.
8. FAU/R: Alles wird gut. In: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG(NHT), KPD, PA, Köln, 31. 5. 1985.
9. Roter Morgen, Dortmund, 24. 1. 1986.
10. Zit. in: Roter Morgen, Dortmund, 18. 11. 1983.
11. Vgl.: rote armee fraktion: Krieg dem imperialistischen Krieg. In: Arbeiterkampf, Hamburg, 28. 9. 1981 (Erklärung der RAF zum Bombenanschlag auf das europäische Hauptquartier der U.S. Air Force in Ramstein).
12. Zit. in: DER SPIEGEL, Hamburg 1985, Nr. 6, S. 23.
13. Westfälische Rundschau, Dortmund, 29. 11. 1984.
14. Zit. in: UZ – Unsere Zeit, Düsseldorf, 26. 7. 1986. – Ellen Weber spielt auf einen vom Bundesamt für Verfassungsschutz 1978 verübten Bombenanschlag auf das Gefängnis von Celle und auf terroristische und andere gewalttätige Aktivitäten der V-Leute des Verfassungsschutzes Scheffer (Deckname: Donner) und Udo F. an. Letztgenannter stand im Sommer 1986 in Nürnberg wegen Beleidigung und Körperverletzung vor Gericht. Der Richter hielt ihm sein umfangreiches Vorstrafenregister vor. Da rutschte dem Angeklagten der Satz heraus: „Das waren doch Straftaten, die ich als V-Mann für den bayerischen Verfassungsschutz beging. Man hat mir doch versprochen, daß diese Eintragungen gelöscht werden." Und zu einer Verurteilung wegen Versammlungsstörung und Sachbeschädigung im Jahr 1982 erklärte er: „Da war der Tandler (ein CSU-Politiker – J. W.) in Erlangen, da hab ich als Demonstrant Steine auf Polizisten geworfen, das ist von denen billigend in Kauf genommen worden." (Zit. in: UZ – Unsere Zeit, Düsseldorf, 9. 7. 1986.)
15. INPREKORR, Frankfurt/M. 1985, Nr. 172, S. 20
16. Revolutionärer Weg, Stuttgart 1983, Nr. 22, S. 102.
17. Ein kleiner, aber wichtiger Lichtblick. In: bresche, Zürich 1988, Nr. 327/328, S. 11.
18. E. Mandel: The Threat of War and the Struggle for Socialism. In: New Left Review, London 1983, September/October, S. 38.

Die Kinderkrankheit

1 William Gallacher: Eine seltsame Frage. In: Lenin und die Internationale. Erinnerungen von Zeitgenossen, Berlin 1983, S. 102/103.
2 Vgl.: Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918–1. Januar 1919), Berlin 1985, S. 105–146 und 148–171, besonders S. 146, 162 und 166/167.
3 Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 434.
4 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, S. 80/81.
5 William Gallacher: Revolt on the Clyde. An Autobiography, London 1949, S. 251.
6 W. I. Lenin: III. Kongreß der Kommunistischen Internationale. 22. Juni–12. Juli 1921. Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale, 1. Juli. In: Werke, Bd. 32, S. 492.
7 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, a. a. O., S. 16.
8 Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, Berlin 1970, S. 82.
9 J. Bruhat/M. Piolot: Aus der Geschichte der CGT, Berlin 1961, S. 32/33.
10 Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23, Hamburg (1923), S. 700.
11 W. I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung. In: Werke, Bd. 16, S. 354.
12 Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26, Hamburg/Berlin 1926, S. 799.
13 B. Preuß: Einführung in Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", Berlin 1978, S. 11/12.
14 Vgl. W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: Werke, Band 32, S. 538.
15 F. I. Firsow: Die Hilfe der Komintern für die ideologisch-politische und organisatorische Festigung der KPD 1919–1922. In: Studien zur ideologischen Entwicklung der KPD 1919–1923, hrsg. von W. Imig und W. Kissljakow, Berlin 1981, S. 33.
16 W. Kolarow: Heran an die Massen! In: Lenin und die Internationale, a. a. O., Berlin 1983, S. 152.
17 W. Z. Foster: Oktjabr'skaja revoljucija i rabočij klass SŠA. In: Kommunist, Moskva 1957, Nr. 15, S. 70.

Heilung von einem Laster

1 Die Kommunistische Internationale, a. a. O., S. 252.
2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 4, S. 58.
3 Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, Hamburg o. J., S. 402.
4 G. Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der

Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935. In: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 155/156.

Zwischen Revolution und Revolte

1 Der Syndikalist, Berlin 1920, Nr. 51/52, S. 2.
2 Vgl. G. Aigte: Die Entwicklung der revolutionären syndikalistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit (5. Fortsetzung). In: Die Internationale, hrsg. von der FAUD, Berlin 1931, Nr. 7, S. 166.
3 W. I. Lenin: Dritter Gesamtrussischer Kongreß des Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. In: Werke, Bd. 26, S. 475.
4 Industrial Workers of the World. Letter from American Workers to the Soviet Government. In: Political Affairs, New York 1970, Nr. 3, S. 27/28.
5 W. I. Lenin: Materialien zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Ergänzungsband 1917–1923, S. 194.
6 Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 4, Moskau 1983, S. 587.
7 William Z. Foster: History of the Three Internationals, New York 1955, S. 324.
8 William Z. Foster: Abriß der Geschichte der Weltgewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1955, Berlin 1960, S. 361.
9 Vgl. S. A. Lozovskij: Iz vospominanij o V. I. Lenine. In: Voprosy istorij KPSS, Moskva 1966, Nr. 7, S. 111.
10 G. Bartsch: Der internationale Anarchismus 1862–1972, Hannover 1972, S. 55.
11 E. C. Carbó: Die IAA in Spanien. In: I.A.A.: 10 Jahre internationaler Klassenkampf, Berlin (1932), S. 33.
12 A. Schapiro: Rückblick und Ausblick. In: Die Internationale, hrsg. von der „IAA", Berlin 1924, Nr. 1, S. 2/3.
13 W. I. Lenin: Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Bd. 31, S. 188.
14 H. Bötcher: Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England, Jena 1922, S. 22.
15 Der bürgerliche Wissenschaftler H. Bötcher weist auf derartige Tendenzen und Bestrebungen (in Form des Industrialismus) im britischen Gewerkschaftszusammenschluß Triple Industrial Alliance hin, der Anfang der zwanziger Jahre über 1,5 Millionen im Bergbau und im Transportwesen beschäftigte Gewerkschafter und damit etwa den sechsten Teil der männlichen Arbeiterschaft Englands in seinen Reihen vereinte. Vgl. ebenda, S. 143.
16 Prinzipienerklärung und Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Angenommen auf dem I. Kongreß, Berlin, Dezember 1922, modifiziert auf dem II. Kongreß, Amsterdam, März 1925. In: Die Internationale, hrsg. von der „IAA", Berlin 1925, Nr. 5, S. 56.
17 Zit. in: W. D. Haywood: Unter Cowboys und Kumpels. Erinnerungen eines amerikanischen Arbeiterführers, Berlin 1980, S. 270/271.

Weder Sünde noch Fehltritt

1 E. S. Varga: Ausgewählte Schriften 1918–1964. Erster Band, Berlin 1979, S. 302.
2 W. Z. Foster: History of the Three Internationals, a. a. O., S. 296.
3 R. Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1974, S. 130.
4 Vgl. W. I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 357.
5 W. I. Lenin: Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharskis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften. In: Werke, Bd. 13, S. 162.
6 W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Werke, Bd. 25, S. 435.
7 Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie. In sieben Bänden, Bd. 3, Moskau 1982, S. 250.
8 A. Schapiro: Rückblick und Ausblick, a. a. O., S. 2.
9 Vgl. A. Borghi: Fernand Pelloutier, ein Vorläufer des Syndikalismus. In: Die Internationale, hrsg. von der „IAA", Berlin 1924, Nr. 1, S. 11.
10 Vgl. P. F. Brissenden: The I.W.W. A Study of American Syndicalism, New York 1920, S. 29.
11 W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Werke, Bd. 21, S. 243.

Hochseedampfer nach Murmansk entführt

1 Vgl. F. Jung: Der Weg nach unten, Neuwied 1961, S. 143–153.
2 I. Ehrenburg: Menschen Jahre Leben. Memoiren, Band II, Berlin 1978, S. 7, 11, 15 und 16.
3 J. Bruhat/M. Piolot: Aus der Geschichte der CGT, a. a. O., S. 59.
4 La „Charte d'Amiens". In: J.-D. Reynaud: Les syndicats en France, Paris 1963, S. 83.
5 Ebenda.
6 Die Prinzipienerklärung des Syndikalismus. In: Der Syndikalist, Berlin 1919, Nr. 50, S. 1.
7 R. Rocker: Konstruktiver Sozialismus. In: Die Internationale, hrsg. von der FAUD, Berlin 1928, Nr. 4, S. 10.
8 H. W. Gerhard: Stalin und der Fünfjahresplan. In: Die Internationale, hrsg. von der FAUD, Berlin 1933, Nr. 2, S. 27 und 31.
9 W. I. Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung. In: Werke, Bd. 22, S. 329.
10 H. M. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923, Meisenheim am Glan 1969, S. 180.
11 Warum hat sich die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen? In: Die Rote Gewerkschafts-Internationale. Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluß im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten, Berlin 1921, Nr. 7, S. 47.
12 Bericht des Vollzugsbureaus der Roten Gewerkschafts-Internationale. An den zweiten Kongreß der revolutionären Gewerkschaften in Moskau, 25. November 1922, Berlin (1922), S. 105.

13 H. M. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923, a. a. O., S. 213.
14 Vgl. H. M. Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus' in Deutschland, Frankfurt/M. 1976, S. 109.
15 Die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation), Berlin 1921, S. 19.
16 K. Kühne: Neomarxismus und Gemeinwirtschaft, Köln–Frankfurt/M. 1978, S. 41.
17 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Werke, Bd. 27, S. 244.
18 Richtlinien für die AAU (Einheitsorganisation). In: Die Aktion, Berlin 1921, Nr. 41/42, S. 591.
19 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, a. a. O., S. 28.
20 Engels an Florence Kelley-Wischnewetzky in New York, 28. Dezember 1886. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 36, S. 589.
21 W. I. Lenin: Was tun? In: Werke, Bd. 5, S. 394.
22 W. I. Lenin: Ein neuer revolutionärer Arbeiterbund. In: Werke, Bd. 8, S. 504.

Von Bayern nach Mitteldeutschland, vom „Weißen Kreuz" zur „Roten Fahne"

1 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., Bd. 3, S. 264.
2 O. Ihlau: Die Roten Kämpfer, Meisenheim am Glan 1969, S. 33.
3 Programm der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Mitte Mai 1920 als Entwurf veröffentlicht. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 1. Halbband, Berlin 1966, S. 272 und 276.
4 W. Thiele: Geschichten zur Geschichte, Berlin 1981, S. 13.
5 Programm und Organisations-Statut der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1924, S. 28.
6 Zit. in: H. M. Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus' in Deutschland, a. a. O., S. 141.
7 U. Linse: Die Transformation der Gesellschaft durch die anarchistische Weltanschauung. Zur Ideologie und Organisation anarchistischer Gruppen in der Weimarer Republik. In: Archiv für Sozialgeschichte, XI. Bd., Hannover 1971, S. 346.
8 C. H(irte): Erich Mühsams Vermächtnis. In: der bücherkarren, Berlin 1984, Nr. II, S. 1.
9 E. Toller: Eine Jugend in Deutschland, Leipzig 1970, S. 124.
10 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 47.
11 M. Hoelz: Vom „Weißen Kreuz" zur roten Fahne, Halle/Leipzig 1984, S. 81/82.
12 M. Gebhardt: Max Hoelz. Wege und Irrwege eines Revolutionärs, Berlin 1983, S. 72.
13 Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Groß-Berlin, 1. Jg. (1920), Nr. 118: Illusionen. So zit. in: H. M. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923, a. a. O., S. 240.

14 H. M. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923, a. a. O., S. 109.
15 G. D. Feldman, E. Kolb, R. Rürup: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920). In: Politische Vierteljahresschrift, Opladen 1972, Nr. 1, S. 87.
16 Vgl. F. Kool (Hrsg.): Die Linke gegen die Parteiherrschaft, Olten und Freiburg i. Br. 1970, S. 130/131.
17 S. Weber: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1919–1923, Berlin 1982, S. 31.

Zerfall und Niedergang

1 R. Busch: Die FAUD (A.-S.) als Minderheitsbewegung. In: Die Internationale, hrsg. von der FAUD, Berlin 1931, Nr. 8/9, S. 191.
2 Bericht der CNT an den III. Kongreß der IAA. In: Die libertäre Bewegung in Spanien 1936–1976, Bremen o. J., S. 11.
3 H. W. Gerhard: Der Anarchosyndikalismus in Deutschland. In: I. A. A.: 10 Jahre internationaler Klassenkampf, a. a. O., S. 45.
4 J. Zelt: Proletarischer Internationalismus im Kampf um Sacco und Vanzetti, Berlin 1958, S. 11.
5 W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer. In: Werke, Bd. 32, S. 347.
6 F. Engels: Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg". In: Marx/Engels: Werke, Bd. 18, S. 516/517.
7 K. Marx: Rede über den Haager Kongreß. In: ebenda, S. 159.
8 F. Engels: Über die politische Aktion der Arbeiterklasse. In: ebenda, Bd. 17, S. 416.
9 W. I. Lenin: Marxismus und Revisionismus. In: Werke, Bd. 15, S. 27.
10 S. Nestriepke: Die Gewerkschaftsbewegung, Bd. III, Stuttgart 1921, S. 298.
11 A. Souchy: Aufstieg oder Niedergang des Syndikalismus. In: Die Internationale, hrsg. von der FAUD, Berlin 1927, Nr. 2, S. 36.
12 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, a. a. O., S. 16/17.
13 In: Kursbuch der Weltanschauungen, Frankfurt/M. – Berlin (West) – Wien 1980, S. 113.
14 R. Rocker: Der Bankerott des russischen Staats-Kommunismus, Berlin 1921, S. 7.

Trotzki – ein neuer Prophet?

1 I. Deutscher: Trotzki, Bd. III. Der verstoßene Prophet. 1929–1940, Stuttgart 1963, S. 390.
2 Zit. in: ebenda.
3 Ebenda, S. 392.
4 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in sechs Bänden, Bd. IV, Zweites Buch, Moskau 1976, S. 87.
5 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1971, S. 431.

6 H. Schumacher: Die Kommunistische Internationale (1919–1943). Grundzüge ihres Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, Berlin 1979, S. 84.
7 Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie. In sieben Bänden, Bd. 5, Moskau 1985, S. 761.
8 P. Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919–1943), Bd. 2, Frankfurt/M. 1982, S. 498.
9 Vgl. dazu detailliert: M. Basmanow: Das Wesen des Trotzkismus von heute, Moskau 1975, besonders S. 17–46; A. Sobolew: Trotzkismus – Feind der Revolution, Berlin 1974, besonders S. 23–41.
10 K. Marx/F. Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850. In: Marx/Engels: Werke: Bd. 7, S. 247/248.
11 W. I. Lenin: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung. In: Werke, Bd. 9, S. 232.
12 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in sechs Bänden, Bd. II, Moskau o. J., S. 98/99.
13 Ebenda, Bd. I, S. 21.
14 L. Trotzki: Eine geschichtliche Information zur Frage über die Theorie der „permanenten Revolution". In: L. Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Oktoberrevolution, Berlin 1933, S. 714.
15 L. Trotzki: Die permanente Revolution, Berlin 1930, S. 161.
16 W. I. Lenin: Seltsames und Ungeheuerliches. In: Werke, Bd. 27, S. 56.
17 W. I. Lenin: IV. Konferenz der Gewerkschaften und der Betriebskomitees Moskaus. 27. Juni – 2. Juli 1918. Schlußwort zum Bericht über die gegenwärtige Lage. 28. Juni 1918. In: Werke, Bd. 27, S. 480.
18 Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berichterstatter: M. S. Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU, Berlin 1986, S. 16.
19 L. Trotzki: Sozialismus in einem Lande? In: L. Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, a. a. O., S. 703.
20 W. I. Lenin: Über das Genossenschaftswesen. In: Werke, Bd. 33, S. 454.
21 L. Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der 4. Internationale (Übergangsprogramm), Berlin (West) 1972, S. 41.
22 Die internationale Arbeiterbewegung, a. a. O., Bd. 5, S. 761.
23 Die Aufgaben der Linken Kommunisten. Beschlüsse der Reichskonferenz der Linken Kommunisten zur Vorbereitung der Gründung des Leninbundes (Berlin 1928), S. 9.
24 Permanente Revolution, Berlin 1931, Nr. 1, S. 1.
25 M. Shachtman: Genesis of Trotskyism. The first ten years of the Left Opposition, London 1973, S. 51.
26 Vgl. K. Kühne: Neomarxismus und Gemeinwirtschaft, Köln–Frankfurt/M. 1978, S. 51.
27 P. Frank: La Quatrième Internationale. Contribution à l'histoire du mouvement trotskyste, Paris 1973, S. 19.
28 Ebenda, S. 23.
29 I. Deutscher: Trotzki, Bd. III, a. a. O., S. 393.
30 Ebenda, S. 440.
31 H. Abosch: Trotzki und der Bolschewismus, Basel 1975, S. 150/151.
32 Zum Zeitpunkt der Reichstagsauflösung 1928 waren die „Linken Kom-

munisten" unter Mißbrauch ihres von der KPD erhaltenen Mandates im Reichstag als Fraktion mit 15 Mandaten vertreten.

33 R. Zimmermann: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 191.

Spanien – auf dem Prüfstand der Geschichte

1 I. Ehrenburg: Menschen Jahre Leben, Bd. II, a. a. O., S. 358–360.
2 B. Frei: Die anarchistische Utopie. In: B. Frei/H. Adamo: Die anarchistische Utopie/Über Terrorismus, Frankfurt/M. 1978, S. 33.
3 P. Broué/É. Témime: Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt/M. 1968, S. 66.
4 Die internationale Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 340.
5 I. Ehrenburg: Menschen Jahre Leben, Bd. II, a. a. O., S. 382.
6 E. J. Hobsbawm: Sozialrebellen. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Gießen 1979, S. 115.
7 J. Joll: Die Anarchisten, Frankfurt/M. – Berlin (West) 1966, S. 264.
8 Ebenda, S. 274/275.
9 Die internationale Arbeiterbewegung, Bd. 5, a. a. O., S. 345.
10 CNT-Kongreß in Zaragoza. In: Die libertäre Bewegung in Spanien 1936–1976, a. a. O., S. 48.
11 A. Schapiro: Bericht über die Confederación Nacional del Trabajo (CNT) und den Aufstand in Spanien im Januar 1933. In: Arbeiterbewegung – Theorie und Geschichte. Jahrbuch 4, hrsg. von C. Pozzoli, Frankfurt/M. 1976, S. 185/186.
12 I. Hidalgo de Cisneros: Kurswechsel, Berlin 1982, S. 224.
13 M. Kolzow: Spanisches Tagebuch, Berlin 1986, S. 44.
14 I. Ehrenburg: Menschen Jahre Leben, Bd. II, a. a. O., S. 384.
15 Zit. in: J. Joll: Die Anarchisten, a. a. O., S. 285.
16 P. Broué/É. Témime: Revolution und Krieg in Spanien, a. a. O., S. 210/211.
17 W. L. Bernecker: Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der sozialen Revolution in Spanien 1936–1939, Hamburg 1978, S. 219.
18 Vgl. J. Joll: Die Anarchisten, a. a. O., S. 296.
19 E. J. Hobsbawm: Revolution und Revolte, Frankfurt/M. 1977, S. 123.
20 J. Joll: Die Anarchisten, a. a. O., S. 288.
21 L. Schewtschenko: Zum Kampf der Kommunistischen Internationale um die Gewerkschaftseinheit in den Jahren 1935–1939. In: Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Sammelband, Berlin 1974, S. 322.
22 Vgl. A. Souchy/G. Leval: Kollektivierungen in Spanien (1936–1939), Berlin (West) 1981.
23 W. I. Lenin: Die Krise der Partei. In: Werke, Bd. 32, S. 34.
24 P. Broué/É. Témime: Revolution und Krieg in Spanien, a. a. O., S. 198/199.
25 Vgl.: ebenda, S. 199.
26 Ebenda, S. 200.
27 W. I. Lenin: Über den Demokratismus und den sozialistischen Charakter der Sowjetmacht. In: Werke, Ergänzungsband, 1917–1923, S. 77/78.

28 Vgl. K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 4, S. 481.
29 F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring"). In: ebenda, Bd. 20, S. 270.
30 W. I. Lenin: Ausführungen in der Sitzung des Rats der Volkskommissare. 4. März 1918. In: Werke, Ergänzungsband 1917–1923, S. 33.
31 E. J. Hobsbawm: Sozialrebellen, a. a. O., S. 114/115.
32 J. Joll: Die Anarchisten, a. a. O., S. 295.
33 F. Neumann: Anarchismus. In: Handbuch Politischer Theorien und Ideologien, hrsg. von F. Neumann, Reinbek 1978, S. 273.
34 Die CNT, die Regierung und der Staat. In: E. Oberländer (Hrsg.): Der Anarchismus, Frankfurt/M. – Wien – Zürich 1973, S. 397.
35 Zit. in: J. Joll: Die Anarchisten, a. a. O., S. 290.
36 J. Joll: Die Anarchisten, a. a. O., S. 290.
37 I. Ehrenburg: Menschen Jahre Leben, Bd. II, a. a. O., S. 385.
38 L. Schewtschenko: Zum Kampf der Kommunistischen Internationale um die Gewerkschaftseinheit in den Jahren 1935–1939, a. a. O., S. 323/324.
39 Ebenda, S. 324.
40 J. Joll: Die Anarchisten, a. a. O., S. 300.
41 S. Alvarez: Lehren aus der spanischen Epopöe. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag–Berlin 1986, Nr. 7, S. 964.

Im Kampf gegen Faschismus und Krieg

1 Zunächst und immer Revolution! In: K. Barck (Hrsg.): Surrealismus in Paris 1919–1939. Ein Lesebuch, Leipzig 1986, S. 138.
2 K. Barck: Differenzierung der Beziehungen zwischen künstlerischer und politischer Avantgarde. Blickrichtung: französischer Surrealismus. In: Künstlerische Avantgarde, Berlin 1979, S. 203.
3 Zit. in: P. Spriano: Storia del Partito comunista italiano, Bd. I, Torino 1976, S. 481.
4. A. Müller-Lehning: Der Weg zur faschistischen Diktatur in der demokratischen Republik. In: Die Internationale, hrsg. von der FAUD, Berlin 1931, Nr. 10, S. 228.
5 Die Internationale. Anarchosyndikalistisches Organ, Amsterdam 1934, Nr. 1, S. 20.
6 Unser Wort. Halbmonatsschrift der deutschen Sektion der Internationalen Linken Opposition, Prag 1933, Nr. 4, S. 3.
7 Unser Wort. Halbmonatszeitung der I. K. D., Paris 1935, Nr. 3, S. 1.
8 Zit. in: Die Internationale. Anarchosyndikalistisches Organ, Amsterdam 1935, Nr. 3/4, S. 29/30.
9 Die Kommunistische Partei Italiens. Kurzer geschichtlicher Abriß, Berlin 1952, S. 39.
10 F. Leschnitzer: Der Weg Erich Mühsams. In: Färbt ein weißes Blütenblatt sich rot ... Erich Mühsam. Ein Leben in Zeugnissen und Selbstzeugnissen, Berlin 1978, S. 22.
11 A. Klein: Werk eines furchtlosen Lebens voller Ehrlichkeit und Hingabe. Zu Publikationen von und über Erich Mühsam in Verlagen unserer Republik. In: Neues Deutschland, Berlin, 10. 12. 1979.

12 Die Kommunistische Internationale, a. a. O., S. 490.
13 A. Schapiro: Die Taktik der IAA. In: I.A.A.: 10 Jahre internationaler Klassenkampf, a. a. O., S. 17/18.
14 I. A. A.: 10 Jahre internationaler Klassenkampf, a. a. O., S. 27.
15 Die Internationale. Anarchosyndikalistisches Organ, Amsterdam 1934, Nr. 2, S. 26.
16 W. Abendroth: Vorwort zu O. Ihlau: Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1969, S. 1 des Vorwortes.
17 Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Berlin 1929, Nr. 1, S. 1.
18 Der Syndikalist, Berlin 1921, Nr. 3, S. 2.
19 E. J. Hobsbawm: Revolution und Revolte, a. a. O., S. 93/94.

Epigonen wittern Morgenluft

1 Vgl. G. Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, Hannover 1972, S. 66/67 und 129.
2 Zit. in: ebenda, S. 67.
3 R. Rocker: Anarchism and Anarcho-Syndicalism. In: F. Gross (ed.): European Ideologies. A Survey of 20th Century Ideas, New York 1948, S. 363.
4 Ebenda, S. 350/351.
5 G. Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, a. a. O., S. 93.
6 E. Germain: Zur „Theorie des Staatskapitalismus" in Sowjetrußland. In: pro und contra, Berlin (West) 1951, Nr. 7/8, S. 114.
7 die internationale (Organ des Internationalen Sekretariats der „IV. Internationale"), Wien 1956, Nr. 3, S. 19.
8 R. Biard: Histoire du mouvement anarchiste en France 1945–1975, Paris 1976, S. 94.
9 R. Rocker: Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus, Darmstadt-Land (1951), S. 10.

Abgemagert zum Skelett

1 G. Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd. 1, a. a. O., S. 294.
2 Vgl. P. Frank: La Quatrième Internationale, a. a. O., S. 74 und 98; G. Bartsch: Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus? Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände, Berlin (West)/Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 63, 70, 75 und 194.
3 Vgl.: Der 5. Weltkongreß der IV. Internationale (Wien 1958), S. 5/6.
4 die internationale (Organ des Internationalen Sekretariats der „IV. Internationale"), Wien 1956, Nr. 1, S. 4/5.
5 Ebenda, S. 5.
6 Der 5. Weltkongreß der IV. Internationale, a. a. O., S. 8/9.
7 Ebenda, S. 56.
8 Vgl. R. Biard: Dictionnaire de l'extrême-gauche de 1945 à nos jours, Paris 1978, S. 139.

9 Fifty Years of the Japanese Communist Party, revised and enlarged edition, ed.: Central Committee, Japanese Communist Party, Tokyo 1980, S. 186.
10 H. Kaeselitz: Kommunistische Parteien in den Hauptländern des Kapitals, Berlin 1982, S. 116.
11 Fifty Years of the Japanese Communist Party, a. a. O., S. 160.
12 W. Z. Foster: The Party Crisis and the Way Out, Part I. In: Political Affairs, New York 1957, Nr. 12, S. 57.
13 D. Rubin: Communists in the McCarthy Era. In: Political Affairs, New York 1969, Nr. 9/10, S. 138.
14 W. Z. Foster: The Party Crisis and the Way Out, Part II. In: Political Affairs, New York 1958, Nr. 1, S. 59.

Ein Totgesagter betritt die Bühne

1 B. Frei: Die anarchistische Utopie, a. a. O., S. 7.
2 DER SPIEGEL, Hamburg 1968, Nr. 37, S. 147.
3 Zit. in: R. Krämer-Badoni: Anarchismus: Geschichte und Gegenwart einer Utopie, Wien–München–Zürich 1970, S. 10.
4 Dibatto e lotta politica per la linea del XII congresso. In: L'Unità, Milano, 16. 10. 1969.
5 Vancouver City Committee: Peace, October 1967, Archives CPC. Zit. in: Geschichte der Kommunistischen Partei Kanadas 1921–1976, Berlin 1984, S. 227.
6 E. J. Batalow: Philosophie der Rebellion, Berlin 1975, S. 34.
7 H. Marcuse: Repressive Toleranz. In: Spuren der Befreiung – Herbert Marcuse. Ein Materialienbuch zur Einführung in sein politisches Denken, hrsg. von D. Claussen, Darmstadt und Neuwied 1981, S. 248.
8 Vgl. H. Marcuse: Der eindimensionale Mensch, Neuwied/Berlin (West) 1967, S. 15.
9 Vgl. ebenda, S. 267.
10 Vgl. H. Marcuse: Versuch über die Befreiung, Frankfurt/M. 1969, S. 87.
11 E. J. Batalow: Philosophie der Rebellion, a. a. O., S. 36/37.
12 U. Bergmann/R. Dutschke/W. Lefèvre/B. Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 71.
13 Vgl. F. Fanon: Verdammte dieser Erde, Frankfurt/M. 1967, S. 47.
14 R. Debray: Revolution in der Revolution? Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in Lateinamerika, München 1967, S. 135.
15 Vgl. ebenda, S. 19/20.
16 U. Bergmann/R. Dutschke/W. Lefèvre/B. Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, a. a. O., S. 69.
17 I. Deutscher: Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1980, S. 230.
18 E. J. Batalow: Philosophie der Rebellion, a. a. O., S. 32.
19 Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China. In: Renmin Ribao, Beijing, 1. 7. 1981.
20 H. Gorter: Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre: „Der Radikalismus eine Kinderkrankheit des Kommunismus", Berlin (1920), S. 63.

21 G. Hillmann: Zum Verständnis der Texte. In: K. Marx: Texte zu Methode und Praxis, Bd. I, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 235.

Sektierer und Spontis

1 Wir warn die stärkste der Partein ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin (West) 1978, S. 81.
2 Zit. in: G. Langguth: Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 236.
3 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, a. a. O., S. 17.
4 S. Ja. Mirskij: Levyj ėkstremizm – orudie antikommunizma. In: Rabočij klass i sovremennyj mir, Moskva 1980, Nr. 5, S. 44.
5 Vgl. A. Souchy: „Vorsicht: Anarchist!". Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Darmstadt und Neuwied 1978, S. 261/262.
6 H. Brahm: Trockij, Trotzkismus. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 6, Freiburg–Basel–Wien 1972, Spalte 505.
7 Vgl. K. Schlögel, W. Jasper, B. Ziesemer: Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin (West) 1981, S. 117.
8 M. Robbe: Verlockung der Gewalt. Linksradikalismus – Anarchismus – Terrorismus, Berlin 1981, S. 108.
9 P. Mosler: Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach, Reinbek 1977, S. 7/8.
10 Zit. in: I. Fetscher: Terrorismus und Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Reinbek 1981, S. 155.
11 G. Viale: Die Träume liegen wieder auf der Straße, Berlin (West) 1979, S. 190.

Abschied vom Proletariat?

1 Zit. in: J. Scheer/J. Espert: Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. Alternatives Leben oder Anarchie? Die neue Jugendrevolte am Beispiel der Berliner ‚Scene', München 1982, S. 40.
2 was tun, hrsg. von der GIM, Frankfurt/M. 12. 12. 1985.
3 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland an den XI. Parteitag der SED, a. a. O., S. 12.
4 Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, a. a. O., S. 18/19.
5 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED, a. a. O., S. 12/13.
6 Wie die soziale Krankheit Nummer eins bekämpfen? Internationales Symposium „Die Kommunisten und die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern". In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag–Berlin 1984, Nr. 5, S. 634.
7 Vgl. K. Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 7, S. 26.
8 Vgl. B. Leineweber/K.-L. Schibel: Die Revolution ist vorbei – wir haben gesiegt, Berlin (West) 1975, S. 43.
9 E. Henry: Lumpenproletariat heute und Extremismus. In: Probleme

des Friedens und des Sozialismus, Prag–Berlin 1979, Nr. 9, S. 1280.
10 L. Ja. Dadiani, S. A. Ėfirov: Sovremennyj „levyj" terrorizm: mif i real,nost'. In: Rabočij klass i sovremennyj mir, Moskva 1980, Nr. 6, S. 56.
11 Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Neufassung. In: XXVII. Parteitag der KPdSU. Dokumente, Moskau 1986, S. 79.
12 Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, a. a. O., S. 96.
13 Otto Reinhold: Den Frieden miteinander sichern. In: Horizont, Berlin 1986, Nr. 4, S. 4.
14 P. Anderson: Über den westlichen Marxismus, Frankfurt/M. 1978, S. 13.
15 Vgl. ebenda, S. 46.
16 M. Buckmiller (Hrsg.): Zur Aktualität von Karl Korsch, Frankfurt/M. 1981, S. 8.
17 L. Schneider: Über einige Entwicklungen bei linksopportunistischen Gruppierungen. In: Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1986, Nr. 3, S. 99.
18 Arbeiterkampf, Hamburg, 6. 5. 1985.
19 Vgl.: Neues Deutschland, Berlin, 17. 11. 1983. – Die PdUP näherte sich in der Folgezeit so weit den IKP-Positionen an, daß sie sich im November 1984 der IKP anschloß.
20 Zit. in: UZ – Unsere Zeit, Düsseldorf, 5. 9. 1988.
21 Moderne Zeiten, Hannover 1983, Nr. 1, S. 2.
22 Arbeiterkampf, Hamburg, 19. 12. 1983, Beilage, S. 7.
23 Roter Morgen, Dortmund, 27. 1. 1984.
24 C. Jiménez: Nach dem Wahlsieg. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag–Berlin 1984, Nr. 2, S. 195.
25 Es gibt keine Grenze in diesem Kampf auf Leben und Tod (Che). Ein Beitrag der Proletarischen Aktion zum revolutionären Kampf. In: Arbeiterkampf, Hamburg, 30. 6. 1986.
26 Eine anarchistische Kritik am KPD-Programmentwurf. In: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG(NHT), KPD, PA, Hamburg, 7. 3. 1986.
27 Kommunistische Hefte. Theoretisches Organ der KPD, Dortmund 1985, Nr. 13, S. 8.
28 Zit. in: B. Baker: The Far Left. An Exposé of the Extreme Left in Britain, London 1981, S. 62.
29 Revolutionärer Weg, Stuttgart 1983, Nr. 22, S. 18, 102 und 162.
30 Rote Fahne, Essen, 15. 12. 1984.
31 J. Posadas: Die Streiks in Polen, Frankfurt/M. o. J., S. 54.
32 Internationale Tribüne – La Vérité, Köln 1982, Nr. 6/7, S. 34.
33 was tun, hrsg. von der GIM, Frankfurt/M. 3. 7. 1986.
34 Revolutionärer Weg, Stuttgart 1983, Nr. 22, S. 174/175.
35 Roter Morgen, Dortmund, 24. 2. 1984.
36 Internationale Tribüne – La Vérité, Köln, 18. 3. 1988.
37 Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, a. a. O., S. 16.
38 A. Gorz: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt/M. 1980, S. 10 und 64.

39 P. Anderson, F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye: Politik des radikalen Realismus. In: Argument, Berlin (West) 1984, Nr. 148. S. 843.
40 H.-J. Valeske/S. Blankertz: Anarchismus – Kriegserklärung an den Staat. Eine Einführung in die anarchistische Kritik der herrschenden Zustände, Münster/Wetzler 1978, S. 59.
41 N. Madloch: Zur Auseinandersetzung mit den Hauptrichtungen der Angriffe der gegenwärtigen anarchistischen, ultralinken und trotzkistischen Theorien – Erfordernis für das Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses, Berlin 1981, S. 5.
42 Zit. in: taz – die tageszeitung, Berlin (West), 16. 7. 1984.

Kontinuität und Veränderung

1 W. I. Lenin: Über die revolutionäre Phrase. In: Werke, Bd. 27, S. 1.
2 H. Kaeselitz: Kommunistische Parteien in den Hauptländern des Kapitals, a.a.O., S. 152.
3 W. I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 354.
4 Vgl. ebenda, S. 357.
5 W. I. Lenin: Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere". In: Werke, Bd. 12, S. 370.
6 W. I. Lenin: Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale, a. a. O., S. 189.
7 Marx an Ludwig Kugelmann. 17. April 1871. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 33, S. 209.
8 W. I. Lenin: Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt. In: Werke, Bd. 33, S. 1.
9 K. Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 8, S. 142.
10 W. I. Lenin: Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt, a. a. O., S. 1.
11 Schlußansprache des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, Genossen Erich Honecker, auf dem XI. Parteitag. In: Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1986, S. 699.
12 M. Gorbatschow: Zusammenarbeit mit allen für gleiches Ziel – Frieden. In: Neues Deutschland, Berlin, 22. 4. 1986.
13 H. Neubert: Kommunisten im Friedenskampf. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag–Berlin 1985, Nr. 3, S. 312.
14 Protokoll des 8. Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei. 2.–4. Mai 1986, Hamburg (Düsseldorf) 1986, S. 39 und 41.

Personenregister